
Regionalpolitik in Mitteleuropa

**Herausgegeben von
Andreas Lange**



Leipziger Universitätsverlag 2004

Comparativ : Leipziger Beiträge zur Universalgeschichte und vergleichenden
Gesellschaftsforschung / hrsg. von Matthias Middell und Hannes Siegrist –
Leipzig : Leipziger Univ.-Verl.
ISSN 0940-3566

Jg. 14, H. 2. Regionalpolitik in Mitteleuropa – 2004

Regionalpolitik in Mitteleuropa. Hrsg. von Andreas Lange – Leipzig : Leipziger
Univ.-Verl., 2004

(Comparativ ; Jg. 14, H. 2)

ISBN 3-937209-55-7

© Leipziger Universitätsverlag GmbH, Leipzig 2004
COMPARATIV. Leipziger Beiträge zur Universalgeschichte und vergleichenden
Gesellschaftsforschung 14 (2004) 2
ISSN 0940-3566
ISBN 3-937209-55-7

Inhalt

Aufsätze

- Andreas Lange* Editorial: Regionale Entwicklung und Polarisierungsprozesse in den mittel- und osteuropäischen Ländern (MOEL) 7
- Silvia Däberitz, Anne Kadolph, Kristin Seffer, Anne Walde* Polarisierungstendenzen in Estland: Werden diese durch den Beitritt zur EU abgemildert? 18
- Anna Kurzynoga, Johannes Lenz* Führt der EU-Beitritt Polens zur Vertiefung der strukturellen Disparitäten zwischen westlichen und östlichen Regionen? Eine Analyse der Grenzregionen Polens 35
- Oliver Gebhardt, Sabine Krätzschmar* Restrukturierung mit Hindernissen: Der Fall Slowenien 55
- Philipp Fink* Der ungarische Musterknabe? Wachsende Polarisierungen in Ungarn 77

Forum

- Diego Holstein* Globalization and Historical Writing since the „Global Village“ 102

Buchbesprechungen

- Richard J. Evans: *Rituale der Vergeltung. Die Todesstrafe in der deutschen Geschichte 1532–1987*, Berlin/Hamburg 2001 (*Falk Bretschneider*) 117
- Hans-Werner Hahn, Werner Greiling, Klaus Ries (Hrsg.): *Bürgertum in Thüringen. Lebenswelt und Lebenswege im frühen 19. Jahrhundert*, Rudolstadt 2001 (*Manfred Hettling*) 123

Uwe Puschner: Die völkische Bewegung im Wilhelminischen Kaiserreich. Sprache – Rasse – Religion, Darmstadt 2001 (<i>Matthias Middell</i>)	125
Sean Dobson: Authority and Upheaval in Leipzig, 1910–1920. The Story of a Relationship, New York 2001 (<i>Thomas Adam</i>)	126
Waldemar Grosch: Deutsche und polnische Propaganda während der Volksabstimmung in Oberschlesien 1919–1921, Dortmund 2002 (<i>Kai Struve</i>)	128
Dietrich Beyrau (Hrsg.): Im Dschungel der Macht. Intellektuelle Professionen unter Stalin und Hitler, Göttingen 2000 (<i>Matthias Middell</i>)	131
Jutta Scherrer: Kulturologie. Rußland auf der Suche nach einer zivilisatorischen Identität, Göttingen 2003 (<i>Matthias Middell</i>)	132
Terry Cox/Bob Mason: Social and Economic Transformation in East Central Europe. Institutions, Property Relations and Social Interests, London 1999 (<i>Victoria Umanet</i>)	133
Hélène Carrère d'Encausse: Lenin. Translated by George Holoch, Holmes & Meier, New York/London 2001 (<i>Dittmar Schorkowitz</i>)	136
Susanne Dürr: Strategien nationaler Vergangenheitsbewältigung. Die Zeit der <i>Occupation</i> im französischen Film, Tübingen 2001 (<i>Christoph Vatter</i>)	141
Martin Frenzel: Neue Wege der Sozialdemokratie. Dänemark und Deutschland im Vergleich (1982–2002), Wiesbaden 2002 (<i>Christian Fenner</i>)	144
Franz Ansprenger: Geschichte Afrikas, München 2002 (<i>Rohland Schuknecht</i>)	148
Resümees/Abstracts	150
Verzeichnis der Autorinnen und Autoren	156

Andreas Lange

Editorial: Regionale Entwicklung und Polarisierungsprozesse in den mittel- und osteuropäischen Ländern (MOEL)¹

Der Beitritt acht neuer Staaten aus Mittel- und Osteuropa zur Europäischen Union stellt insbesondere für die regionalpolitischen Instrumente der EU (Struktur- und Kohäsionsfonds) eine große Herausforderung dar. Der größte Teil der Regionen in den neuen Mitgliedsstaaten erreicht weniger als 75 Prozent des mittleren EU-Pro-Kopf-Einkommens (in Kaufkraftparitäten). Ausnahmen bilden lediglich die Regionen Prag, Bratislava, Budapest und Slowenien.² Im Jahr 2000 erreichte Prag 121 Prozent, Bratislava 98 Prozent und Budapest 76 Prozent des EU-Pro-Kopf-Einkommens.³ Für Slowenien wurde geschätzt, dass es im Jahr 2003 ca. 75 Prozent erreicht.⁴ Auch innerhalb der MOEL haben sich zum Teil erhebliche regionale Disparitäten bei Einkommen und Arbeitslosigkeit entwickelt. Insbesondere die Hauptstadtregionen und die an den Westen angrenzenden Regionen wuchsen nach 1989 sehr schnell, während landwirtschaftlich-geprägte Gebiete, monoindustrielle Regionen und nicht an die EU grenzende Regionen benachteiligt waren. So lassen sich Unterschiede von bis zu 2,7:1 (Praga, 121 Prozent, vs. Stredni Morava, 45 Prozent) finden. Allerdings übertreffen einige EU-15 Staaten die regionalen Disparitäten in den MOEL. So zeigt Deutschland Spitzenwerte der regionalen Ungleichheit im Pro-Kopf-Einkommen von bis zu 3:1 (z.B. Hamburg im Vergleich zu Dessau).⁵

Die Frage von Polarisierung und regionaler Entwicklung beinhaltet daher zwei Dimensionen: Zum einen fasst dieses Heft Beiträge zusammen, die sich der Frage nach den internen, regionalen Entwicklungsdisparitäten der neuen Mitgliedsstaaten widmen. Dazu gehören regionale Einkommensunterschiede, Unterschiede in der Industriestruktur oder interpersonelle Einkommensunterschiede. Zum anderen verbindet sich damit auch die Suche nach möglichen Antriebskräften für ökonomische Aufholprozesse an das Einkommens-

1 Ich möchte Philipp Fink und Anke Müller für Anregungen und Korrekturen danken.

2 Slowenien wird noch als eine statistische Region (NUTS 2) gewertet.

3 Eurostat, News Release 10/2003 – 30. January, Brussels 2003.

4 Eurostat, GDP Per Capita in Purchasing Power Standards (PPS), (EU-15=100), Brussels 2003.

5 Eurostat, Per Capita Below 75 Prozent of the EU Average in 50 of the 211 EU Regions. Statistics in Focus. Theme 1-1/2000, Brussels 2000.

niveau der EU-15 Staaten. Der Begriff Polarisierung soll den starken Veränderungen in der regionalen Struktur in den MOEL seit 1989 Rechnung tragen. Während bis in die 1970er Jahre die sozialistischen Staaten eher durch regionale Konvergenz gekennzeichnet waren,⁶ kam es danach durch den Rückgang flächendeckender Großinvestitionen aufgrund des Mangels an Investitionskapital nur noch zur gezielten Förderung bestimmter Leuchtturmprojekte bzw. bestimmter Regionen. Mit dem Niedergang der Schwerindustrien und dem Auseinanderbrechen der Kombinate nach 1989 brachen die Regionalstrukturen der Vorkriegszeit vielerorts wieder auf. Damit einher gingen neue Formen der Polarisierung und Ungleichentwicklung zwischen den Regionen aber auch zwischen den sozialen Schichten.

Mit dem Beitritt der MOEL zur EU verbinden sich viele Hoffnungen auf eine schnelle Anpassung der Einkommen. Dabei scheint bereits jetzt klar, welcher Regionentyp die besten Aussichten auf Erfolg hat: nämlich die Grenzregionen zum Westen und die Hauptstädte. Den Entwicklungsaussichten der Regionen nachzugehen, die nicht zu diesem bevorzugten Kreis gehören, ist ein weiteres Anliegen der folgenden Beiträge.

Die Debatten um regionale Entwicklung, die sich vor allem im Zuge der europäischen Integration entwickelten, untersuchten im Wesentlichen die Frage, ob und unter welchen Bedingungen es zu Konvergenz der Einkommen kommt. Da Konvergenz historischen Schwankungen unterlag und insbesondere seit den 1980er Jahren in der EU kein allgemeingültiges Phänomen mehr ist, widmete sich die Ursachenforschung den erfolgreicherer Regionen, um daraus entsprechende Konsequenzen und Lehren für Nachzüglerregionen zu ziehen. In dieser Diskussion spielten besonders Aspekte der intra-regionalen bzw. endogenen Entwicklungspotenziale eine wichtige Rolle. Im Kern bedeutete dies, dass Regionen, die sich auf ihre eigenen 'assets' konzentrierten und wachsende Exportmärkte für Nischenprodukte erschließen konnten, die größte Aussicht auf Erfolg hatten. Für Nachahmer wurden daher entsprechende angebotsseitige Empfehlungen gegeben. Dies wurde häufig mit dem Argument gerechtfertigt, dass Regionen zunehmend Funktionen des Nationalstaates übernehmen, weil Globalisierungsprozesse

6 G. Gorzelak, *The Regional Dimension of Transformation in Central Europe*, London 1996; G. Grabher, *Adaptation at the Cost of Adaptability? Restructuring the Eastern German Regional Economy*, in: G. Grabher/D. Stark (Hrsg.), *Restructuring Networks in Post-Socialism. Legacies, Linkages, and Localities*, Oxford 1997, S. 107-134; S. Krätke u. a., *Regionen im Umbruch: Probleme der Regionalentwicklung an den Grenzen zwischen Ost und West*, Frankfurt a. M. 1997; John Pickles, *Restructuring State Enterprises. Industrial Geography and Eastern European Transition*, in: J. Pickles/A. Smith (Hrsg.), *Theorizing Transition. The Political Economy of Post-Communist Transformations*, London 1998, S. 172-196.

die Fähigkeit des Staates aushöhlen, regionale Innovation und Entwicklung zu gewährleisten. Auf der Basis dieser Analyse wurde in vielen Studien argumentiert, dass der wirtschaftliche Erfolg von Regionen entweder auf spezifischen industriellen und technologischen Voraussetzungen beruhte, oder durch bestimmte regionale Governance-Strukturen geprägt war.⁷ Aus dieser liberalen Perspektive heraus erscheint Globalisierung als Chance für Nachzüglerregionen, sich schneller und intensiver in den Weltmarkt zu integrieren. Dadurch wird die Region selbst zu einer wichtigen analytischen Kategorie, weil diese Konzepte die Regionen als neue Spieler in der Weltwirtschaft sehen, die ihre Kompetenzen unabhängig ausbauen und ihre Stellung gegenüber dem Nationalstaat stärken.

Diese Position fasse ich unter dem Begriff des Neuen Regionalismus (NR) zusammen, der sich an Arbeiten von M. Keating, G. MacLeod und J. Lovering anlehnt.⁸ Diese Studien konnten die zugrunde liegende Ideologie des NR aufzeigen, der sich auf liberale Perspektiven eines Wettbewerbs zwischen den Regionen zurückzieht.⁹ An anderer Stelle habe ich gezeigt, dass der NR eine Fortsetzung der von M. Piore und C. Sabel in den 1980er Jahren angestoßenen Debatte um das Modell der industriellen Distrikte ist, das sich insbesondere auf kommunitaristische und liberale Ideen einer angebotsseitigen Anpassung regionaler Ökonomien bezieht.¹⁰ Die in der Folge sichtbar gewordenen Probleme dieses Modells lassen sich folgendermaßen zusammenfassen: Erstens, der Übergang zu post-fordistischen Produktionsweisen

7 R. Florida, *The Learning Region*, in: Z. J. Acs (Hrsg.), *Regional Innovation, Knowledge and Global Change*, London 2000, S. 231-239; K. Ohmae, *The End of the Nation State. The Rise of Regional Economics*, New York 1995; M. J. Piore/C. F. Sabel, *The Second Industrial Divide: Possibilities for Prosperity*, New York 1984; M. Storper, *The Regional World: Territorial Development in a Global Economy*, London/New York 1997.

8 M. Keating, *The New Regionalism in Western Europe: Territorial Restructuring and Political Change*, Cheltenham 1998; J. Lovering, *Theory Led By Policy: The Inadequacies of the New Regionalism (Illustrated from the Case of Wales)*, in: *International Journal of Urban and Regional Research* 23 (1999) 2, S. 379-395; G. MacLeod, *New Regionalism Reconsidered: Globalization and the Remaking of Political Economic Space*, in: *International Journal of Urban and Regional Research* 25 (2001) 4, S. 804-829.

9 Keating weist auf den Null-Summen-Spiel-Charakter des Begriffs der Konkurrenz zwischen Regionen hin, deren komparativer Kostenvorteil sich in einen kompetitiven Vorteil umwandeln kann. Das Ausbleiben von Konkurrenzfähigkeit ist dann allerdings auf eigenes Verschulden zurückzuführen. M. Keating, *Governing Cities and Regions: Territorial Restructuring in a Global Age*, in: A. J. Scott (Hrsg.), *Global City Regions*, Oxford 2001, S. 371-390, S. 375.

10 A. Lange, *Uneven Regional Development: The European Union and its New Member States*, Münster (im Erscheinen).

mit kleinen und flexiblen, regional-verankerten Unternehmen fand nicht statt.¹¹ Vielmehr entstand eine Vielfalt von Produktionsstrukturen die außerdem einem permanenten Wandel unterlagen.¹² Zweitens, der NR konzentrierte sich auf die Analyse von Erfolgsmodellen und blendete so Faktoren des Niedergangs und Ursachen für regionale Divergenz aus. Dies hatte drittens zur Folge, dass die Analyse von region-externen Einflussfaktoren häufig zu kurz kam, wie z.B. die Rolle von Multinationalen Unternehmen.¹³ Viertens gelang es diesen Modellen nicht, neue Handlungsspielräume für benachteiligte Regionen (*least favored regions* – LFRs) aufzuzeigen, die sie nutzen könnten, um ihre eigenen ökonomischen und sozialen Potenziale zu entwickeln. Derin wenn Nationalstaaten in einer Situation von Interdependenz durch die Internationalisierung der Wirtschaft in ihrer Handlungsfreiheit eingeschränkt werden, ist es erklärungsbedürftig, welche neuen Handlungskapazitäten und institutionelle Rahmenbedingungen sich für Regionen ergeben.

Daraus resultiert, dass Regionen eine ähnliche Rolle wie Nationalstaaten zukommt. Sie ziehen sich auf ihre eigenen Kompetenzen und Ressourcen zurück und betreiben eine aktive Integration in den Weltmarkt. Der Nationalstaat fungiert nicht mehr als Puffer gegenüber dem Weltmarkt und ist zu schwach, um maßgeschneiderte regionale Entwicklungsstrategien entsprechend deren komparativen Kostenvorteilen zu entwerfen. Die politische Strategie, die sich daran knüpft, manifestiert sich vor allem in Forderungen nach Dezentralisierung und der Verlagerung wirtschaftspolitischer Kompetenzen auf die regionale Ebene. Der populär gewordene Begriff der 'Glokalisierung'¹⁴ vereint diesen Antagonismus zwischen dem Globalen und dem

11 J. Peck/A. Tickell, Searching for a New Institutional Fix: the After-Fordist Crisis and the Global-Local Disorder, in: A. Amin (Hrsg.), Post-Fordism: A Reader, Oxford 1997, S. 281-315.

12 A. L. Friedman, Microregulation and Post-Fordism: Critique and Development of Regulation Theory, in: New Political Economy 5 (2000) 1, S. 59-76.

13 A. Amin/K. Robins, The Reemergence of Regional Economies? The Mythical Geography of Flexible Accumulation, in: Environment and Planning D: Society and Space 8 (1990) 1, S. 7-34; A. Amin/N. Thrift, Neo-Marshallian Nodes in Global Networks, in: International Journal of Urban and Regional Research 16 (1992) 4, S. 571-587; F. Martinelli/E. Schoenberger, Les oligopoles se portent bien, merci! Éléments de réflexion sur l'accumulation flexible, in: G. Benko/A. Lipietz (Hrsg.), Les régions qui gagnent. Districts et régions: les nouveaux paradigmes de la géographie économique, Paris 1992, S. 163-188; E. Schoenberger, The Firm in the Region and the Region in the Firm, in: T. J. Barnes/M. S. Gertler (Hrsg.), The New Industrial Geography. Regions, Regulations and Institutions, London 1999, S. 205-224.

14 Vergleiche R. Robertson, Globalization: Social Theory and Global Culture, London 1994; E. Swyngedouw, The Mammon Quest. 'Glocalization', Interspatial Competi-

Lokalen: Globalisierungsprozesse betreffen immer einen konkreten Ort, gleichzeitig treten die Regionen als neue Akteure auf, um ihr eigenes Territorium zu vermarkten. Offensichtlich gelingt dies bestimmten Regionen besser als anderen. Der NR läuft dabei Gefahr, die Region als wirtschaftlich quasi-autarken Akteur zu isolieren und ihre Einbettung in nationale Institutionen zu vernachlässigen. Das neue Interesse an der Region sieht M. Keating dann auch in einer programmatischen Agenda begründet, die den Verlust der regionalen Steuerungsfähigkeit des Staates ausbalancieren möchte. Der NR erhält seine Attraktivität für regionale *policy-maker* und Entscheider durch sein liberales Konzept, welches territoriale Konkurrenz statt Solidaritätsstrategien fordert.¹⁵

Die ökonomischen Wachstumstheorien der Neoklassik, aber auch neuere Wachstumstheorien, die sich auf das Heckscher-Ohlin-Samuelson Theorem stützen, bilden die Basis für die wirtschaftspolitischen Konzepte des NR. Sie haben in ihren Modellen lange Zeit auf die Nivellierung von regionalen Unterschieden gesetzt, die sich im Zuge von Kapitalbewegungen und Arbeitskräftewanderungen zwischen entwickelten und unterentwickelten Regionen ergeben sollen.¹⁶ Die empirische Gleichzeitigkeit von Angleichung und Polarisierung sowohl auf Welt- als auch auf Regionalebene, die den Voraussagen der neoklassischen und neueren Wachstumstheorien widerspricht, spielt insbesondere in Ansätzen der *New Economic Geography* eine wichtige Rolle. Diese stützen sich vor allem auf die Existenz von konstanten bzw. wachsenden Skalenerträgen und argumentieren, dass Konvergenz kein ‚Automatismus‘ ist, sondern ein komplexer und voraussetzungsvoller Prozess, der politischer Steuerung bedarf.¹⁷

Für die Diskussion um regionale Entwicklung und regionale Polarisierung in den neuen Mitgliedsstaaten in Mittel- und Osteuropa ist von Bedeu-

tion and the Monetary Order: The Construction of New Scales, in: M. Dunford/G. Kafkalis (Hrsg.), *Cities and Regions in the New Europe: The Global-Local Interplay and Spatial Development Strategies*, London 1992, S. 39-67.

15 M. Keating, a.a.O., S. 375.

16 R. J. Barro/X. Sala-i-Martin, *Convergence Across States and Regions*, in: Brookings Paper on Economic Activity 1 (1991) S. 107-182; G. H. Borts, *The Equalization of Returns and Regional Economic Growth*, in: *American Economic Review* 50 (1960) 3, S. 319-347; J. G. Williamson, *Regional Inequality and the Process of National Development*, in: *Economic Development and Cultural Change* 13 (1965) 4, S. 1-84.

17 T. J. Barnes/M. S. Gertler, *The New Industrial Geography. Regions, Regulations and Institutions*, London/New York 1999; M. Dunford/A. Smith, *Catching Up or Falling Behind? Economic Performance and Regional Trajectories in the "New Europe"*, in: *Economic Geography* 76 (2000) 2, S. 169-195; J. V. Henderson et al., *Geography and Development*, in: *Journal of Economic Geography* 1 (2001) S. 81-105; P. R. Krugman, *Geography and Trade*, Cambridge 1991.

tung, dass der NR eher problematische Anknüpfungspunkte bietet. Regionen mit fragmentierten Identitäten und spezifischen Transformationsproblemen im politisch-institutionellen und ökonomischen Bereich könnten über zu geringe endogene Kapazitäten bei der Umsetzung von Wachstumsstrategien verfügen. Sind solche 'assets' nicht vorhanden, sind sie oft schwierig zu schaffen. Deren Entstehung ist durch sehr unterschiedliche Voraussetzungen geprägt. Unter 'assets' werden häufig verstanden: Ressourcenausstattung (natürliche oder Humanressourcen), funktionierende regionale Institutionen ('governance'), Innovationsstrukturen und -netzwerke, dynamische Unternehmen mit innovativen Produkten für internationale Nischenmärkte, etc. Eine bestimmte geographische Lage, eine industrielle Vorgeschichte oder die Zugehörigkeit zu einem bestimmten Währungsgebiet, um nur einige zu nennen, können sich sowohl positiv als auch negativ als Voraussetzung der Entstehung solcher 'assets' auswirken. So erweisen sich z.B. industrielle Monokulturen (technologisches "lock-in") als Bremser struktureller Transformation. Aufholprozesse von LFRs kommen dann unter Umständen nur sehr schwer in Gang, weil die komplexen und interdependenten internen Voraussetzungen nicht ausreichend für die Entwicklung von Wachstumsfaktoren sind.

Die wirtschaftspolitischen Strategien setzen in der Regel auf Redistribution und Infrastrukturinvestitionen (z.B. Strukturfonds) aber auch auf Dezentralisierung und Stärkung der lokalen Verwaltung. LFRs dürften jedoch in den wenigsten Fällen in der Lage sein, die strukturelle Transformation ihrer regionalen Ökonomie allein zu bewältigen. Dezentralisierung setzt daher nicht nur ausreichende Finanzmittel- und Kompetenzzuweisungen durch den Nationalstaat voraus, um alle lokalen Potenziale im Zuge partizipativer Strategien zu aktivieren. Sie muss auch durch anhaltende starke Einflussnahme des Nationalstaates unterfüttert werden, um den Strukturwandel zu stützen.¹⁸ Ein weiteres Problem liegt in der oft fehlenden Weltmarktintegration solcher Regionen, was sich z. B. an der geringen Präsenz Multinationaler Unternehmen zeigt. Zwar haben sich fast alle regionalen Entwicklungspläne die Anziehung von ausländischen Direktinvestitionen (ADI) zum Ziel gesetzt. Die ausländischen Investoren bevorzugen jedoch meist die entwickelteren Räume in den MOEL. Bereits jetzt haben sich pfadabhängige Entwicklungen herausgebildet, wie die Beiträge in diesem Heft zeigen. Ausländische

18 Dafür sprechen die Beispiele aus Nordfrankreich. Vgl. G. Benko/C. Demazière, Le développement régional au miroir de la crise des régions d'ancienne tradition industrielle. L'exemple du nord de la France, in: G. Benko/A. Lipietz (Hrsg.), La richesse des régions: la nouvelle géographie socio-économique, Paris 2000, S. 451-478.

Investitionen sind in allen untersuchten Ländern regional konzentriert, sei es auf die Hauptstädte oder an die EU-Länder angrenzenden Räume.

Die Beiträge in diesem Heft

In ihrem Beitrag zu Polarisierungstendenzen in Estland fragen die Autoren Silvia Däberitz, Anne Kadolph, Kristin Seffer und Anne Walde, welche Auswirkungen der Beitritt zur Europäischen Union auf das Land haben wird. Sie argumentieren, dass der EU-Beitritt für Estland eine Reihe von Vorteilen bringen könnte insbesondere im Bereich des Außenhandels, der Minderheitenpolitik und der Ansiedlung von Multinationalen Unternehmen in bisher benachteiligten Regionen. Estland konnte sich nach 1991 als Reexportbasis für Unternehmen vor allem aus Skandinavien etablieren, da das Land schnelle Liberalisierungsschritte einleitete. Seit 2001 scheint der Anteil der reexportierten Güter am Gesamtexport jedoch tendenziell zurückzugehen, so dass die Stärkung des Binnenmarktes, verbesserte politische Stabilität und die zunehmende Konkurrenzfähigkeit der estnischen Unternehmen eine Veränderung in den Investitionsmotiven von Multinationalen Unternehmen bewirken könnten.

Obwohl Estland nur über eine geringe Fläche verfügt, konnten sich räumliche Unterschiede herausbilden. Verantwortlich dafür sind unter anderem der Niedergang der Energiewirtschaft im Nordosten und der Landwirtschaft in peripheren Regionen. Gewinner sind die urbanen Zentren Tallinn im Norden und Tartu im Süden. Die räumliche Konzentration von kapital- und technologieintensiver Exportproduktion (z.B. Informationstechnologie), die besonders durch ADI vorangetrieben wurde, ist damit eine der Hauptursachen für die Zunahme von Disparitäten nach der Unabhängigkeit des Landes. Räumliche spill-over Effekte ins Hinterland beginnen erst zögerlich.

Das Hinterherhinken der alten monoindustriellen Kerne wird ergänzt durch die strukturelle Benachteiligung der russischsprachigen Minderheit, die sich vor allem im Nordosten konzentriert. Der Druck der EU zur Umsetzung des *acquis* trug jedoch bereits zur deutlichen Verbesserung der sozialen und politischen Stellung der russischsprachigen Minderheit bei, wie z.B. durch die Ausgabe von Pässen. Die ökonomische Benachteiligung der Minderheit bleibt jedoch weiterhin bestehen, da der Nordosten des Landes durch den Niedergang der Energiewirtschaft (Ölschiefer) geprägt ist. Die politischen Strategien zum Abbau von Polarisierungstendenzen stecken noch in den Kinderschuhen. Sie manifestieren sich unter anderem in der Reform der Regionalverwaltung, die jedoch zunächst nur die Kompatibilität der estnischen Regionalstruktur mit dem EU-System herstellte, um Mittel aus den Strukturfonds zu erhalten. Nicht zuletzt könnte der Ausbau der Infrastruktur

dieses vergleichbar kleinen Landes durch den Beitritt voranschreiten und den Anschluss der peripheren Gebiete beschleunigen.

In ihrem Artikel über die polnischen Grenzregionen vergleichen Anna Kurzynoga und Johannes Lenz den Entwicklungsstand von drei westlichen mit drei östlichen Grenzregionen. In der Entwicklung des Pro-Kopf-Einkommens verzeichnen die westlichen Grenzregionen wesentlich schnelleres Wachstum, so dass sich hier bereits Divergenzen etabliert und stabilisiert haben. Die westlichen Regionen besitzen dabei den geografischen Vorteil der Nähe zu Deutschland, während die östlichen Regionen an strukturschwache Gebiete der Ukraine angrenzen. Den westlichen Regionen ist es geglückt, sich als Plattform für ADI zu positionieren. Dies hat, so die Autoren, auch historische Ursachen. Die westlichen Grenzregionen blicken auf eine lange industrielle Tradition zurück, ihr Agrarsektor ist vergleichsweise modern (durch umsiedlungsbedingte Landreformen nach 1945), sie beherbergen heute eine Reihe wichtiger Industrien und verfügen aufgrund stärkerer Urbanisierung über stabilere Absatzmärkte sowie Pendlermöglichkeiten in den Westen. In den östlichen Regionen hingegen ist der überdimensionierte Agrarsektor weiterhin zu großen Teilen durch Subsistenzwirtschaft gekennzeichnet. Beschäftigungsalternativen außerhalb der Landwirtschaft und dem damit verbundenen informellen Sektor bestehen nur wenige. Trotzdem verzeichnen die östlichen Regionen eine wesentlich geringere Arbeitslosenquote, was eine Folge der Aufnahmefähigkeit von Subsistenzlandwirtschaft und informellem Sektor sein könnte. Aufgrund ihrer Entfernung zu den wichtigen Absatzmärkten des Westens sowie hoher Transportkosten durch schlechte Infrastruktur gehen kaum Investitionsanreize von diesen Regionen aus.

Kurzynoga und Lenz gehen der Frage nach, ob der Beitritt Polens eine Veränderung der strukturellen Unterschiede zwischen den östlichen und westlichen Grenzregionen bringt. Sie argumentieren, dass eher mit einer mittelfristigen Verschlechterung, zumindest jedoch mit keiner Verbesserung im Sinne eines Aufholens an die westlichen Regionen, der sozio-ökonomischen Situation der östlichen Grenzregionen zu rechnen ist. Die Integration der westlichen Regionen wird bestehende Vorteile verstärken und wirkt damit transaktionskostensenkend. Im Gegenteil dazu könnte die Absehtung der Ostgrenze negative Auswirkungen auf den Kleinhandel und den informellen Sektor in den östlichen Grenzregionen haben. Grundlegender Nachholbedarf im Bereich der Infrastruktur und strukturelle Veränderungen im Agrar- und Industriesektor besteht weiterhin. Der Beitritt könnte dann eine beschleunigende Wirkung zeigen, wenn damit ein erhöhter Finanztransfer aus Brüssel und Warschau verbunden ist. Dies hat jedoch zur Voraussetzung, dass das

regionale Verwaltungssystem Polens modernisiert wird. Erste Schritte wurden mit der Verwaltungsreform von 1999 unternommen, die den regionalen und lokalen Ebenen mehr Kompetenzen zugewiesen hat. Trotz Reformen besteht allerdings weiterhin geringe Eigenständigkeit der Regionen auf der Einnahmeseite. Auch in Anbetracht der kurzen Zeit, in der die Reform in Kraft ist, steht die Entwicklung regionaler Wirtschaftspläne noch am Anfang. Die Ausweitung der regionalen Steuerbasis und mehr Unabhängigkeit muss jedoch im Verhältnis zu den immensen Reformaufgaben insbesondere in den östlichen Regionen gesehen werden. Dazu bedarf es erheblicher Kraftanstrengungen nicht nur der Regionen selbst, sondern auch der EU und Warschaus.

Oliver Gebhardt und Sabine Krätzschmar untersuchen in ihrem Beitrag zu Slowenien das spezifische Transformationsmodell des Landes, das sich von denen anderer MOEL darin unterscheidet, dass erst gegen Ende der 1990er Jahre weiterführende Liberalisierungsschritte eingeleitet wurden. Dass die Transformation jedoch eher graduell verlief, ist den Autoren zufolge allerdings nicht auf politische Intentionen zurückzuführen, sondern vielmehr ein Ergebnis von Blockadehaltungen klientelistischer Patronagenetzwerke, die die Privatisierung großer Staatsbetriebe im Banken-, Versicherungs- und Versorgungssektor verlangsamten und die Öffnung für ausländische Direktinvestitionen behinderten. Dies hatte jedoch positive Auswirkungen auf die Entwicklung des Landes, da die soziale Stabilität gestärkt und die binnenwirtschaftliche Nachfrage stabilisiert wurde. Der vergleichsweise geringe Zufluss an ADI verhinderte außerdem die allzu schnelle Zunahme regionaler Disparitäten, wonngleich diese auf einem konstanten bzw. leicht steigenden Niveau verharreten.

Die ökonomische Entwicklung nach der Unabhängigkeit konzentrierte sich in Zentralslowenien um die Hauptstadt Ljubljana sowie in der nordwestlichen Grenzregion und den Adriagebieten. Mit der zunehmenden Öffnung des Landes, die sowohl durch politische Reformen als auch durch Druck der EU zustande kamen, ist mit einer Zunahme ausländischer Investitionen zu rechnen. Die Autoren argumentieren, dass die weitere Öffnung des bis dato relativ geschlossenen Transformationsmodells die regionalen Disparitäten verschärfen könnte, wenn es nicht gelingt, die zurückhinkenden Regionen strukturell an die Vorreiter anzuschließen. Als mögliche Strategien schlagen sie zum einen vor, die Reform der regionalen Verwaltungsstruktur voranzubringen und insbesondere für eine Neuausrichtung der Kompetenz- und Finanzverteilung zu sorgen. Zum anderen sollte die slowenische Regierung durch finanzielle Umverteilung von dem zu erwartenden Zuwachs an Unter-

nehmenssteuern dem Rückfall der am wenigsten entwickelten Gebiete entgegensteuern.

Philipp Fink analysiert in seinem Beitrag das Transformationsmodell Ungarns, das sich vor allem auf die Anziehung von ADI gestützt hat. Ungarn galt neben Estland als eines der liberalisiertesten Transformationsländer und erhielt immer Bestnoten für seine Wirtschaftsreformen von den westlichen Beobachterorganisationen. Das Land setzte bei der Privatisierung sowie dem Aufbau neuer industrieller Strukturen vor allem auf exportorientierte Multinationale Unternehmen. Die unbestreitbaren Wachstumserfolge können nach Ansicht des Autoren jedoch nicht darüber hinweg täuschen, dass die Vorherrschaft Multinationaler Unternehmen zu oligopolistischen Strukturen und zur Entwicklung von Wachstumsinseln führte, die nicht in die Gesamtwirtschaft im Sinne von *backward and forward linkages* ausstrahlten. Im Ergebnis dieser Konzentration identifiziert er drei Dimensionen von Polarisierung: nämlich industriestrukturelle, interpersonelle und regionale Polarisierungen.

Zum einen musste Ungarn aufgrund drohender Zahlungsunfähigkeit nach 1989 schnell Devisenquellen erschließen. Zum anderen fehlten Kapital und eine starke unternehmerische Schicht, um technologische Alternativen zu entwickeln. Der Verkauf der Unternehmen an ausländische Investoren wurde von einer spezialisierten Privatisierungsbehörde gesteuert, die somit Weichen für den zukünftigen Verlauf der ungarischen Ökonomie legte. Die starke Förderung von Multis ging jedoch auf Kosten der einheimischen Unternehmen, die in der Produktivitätsentwicklung zurückgefallen sind, weniger Profite erwirtschaften, weniger in den Exportsektor integriert sind und insgesamt niedrigere Löhne zahlen. Die Multis erwirtschaften hohe Skalenerträge und haben daher die einheimische Industrie stark unter Druck gesetzt bzw. in den binnenmarktorientierten Sektor abgedrängt. Dies könnte zu *dutch-disease*-Problemen führen, wenn die Dominanz der Multis in bestimmten Exportsektoren anhält. Ein Aufholen der einheimischen Industrie wäre dann erschwert.

Interpersonelle Polarisierungen entstanden Fink zufolge vor allem dadurch, dass neben der transformationsbedingten Verschlechterung der Einkommensverteilung der Arbeitnehmer die Nachfragestruktur der Multis nach spezifischen Qualifikationen eine segmentierte Entlohnungsstruktur schuf, die hochqualifizierte Arbeiter im internationalen Sektor bevorzugte. Steuerliche Entlastungen für hohe und Belastungen für die mittleren und niedrigen Einkommen, die als Anreize für ADI fungieren sollten, trugen zu einer weiteren Verschlechterung der Einkommenspositionen z. B. niedrigqualifizierter Arbeitnehmer und Familien bei. Die industriestrukturellen und interpersonellen Unterschiede finden ihr räumliches Pendant in den traditionell star-

ken Disparitäten zwischen dem Osten und Südosten Ungarns sowie der Hauptstadt und den westlichen Regionen. Diese wurden durch die Ansiedlungsstrategie der ungarischen Regierung verstärkt, die im Wesentlichen auf Agglomerationsvorteile setzte. Die Förderung des monoindustriellen Nordostens durch ADI sowie des agrarisch geprägten Ostens und Südostens Ungarns konnte in den politischen Strategien des ungarischen Entwicklungsstaates bisher nicht ausreichend realisiert werden, so dass sich sehr starke regionale Disparitäten im Pro-Kopf-Einkommen verfestigten. Ob der EU-Beitritt diese Dichotomie zwischen dem internationalen und einheimischen Industriesektor abmildern kann, muss daher offen bleiben.

Die hier versammelten Beiträge zeigen also, dass unterschiedliche Transformationsverläufe unterschiedliche Voraussetzungen für den EU-Beitritt geschaffen haben. Die regionalen Disparitäten in allen beobachteten Ländern erscheinen zumindest mittelfristig relativ resistent im Sinne einer Pfadabhängigkeit zu sein, auch wenn die kleineren der analysierten Länder möglicherweise schneller von zu erwartenden Infrastrukturinvestitionen profitieren könnten. Zu den viel versprechenden wirtschaftspolitischen Strategien zählen daher zum einen die Absenkung von Transportkosten durch Infrastrukturinvestitionen und zum anderen die Reform des institutionellen Gerüsts der Regionalpolitik, die eine gemeinsame Aufgabe der EU und der Regierungen der Länder sein müssen. Technologische Innovation und regionale Wachstumspolitik von LFRs stehen daher immer im Kontext von externen Einflüssen und Unterstützungsleistungen verschiedener Akteure der regionalen, nationalen und internationalen Ebene. Aber solange institutionelle Fragmentierung, schleppender Aufbau regionaler und nationaler Institutionen, mangelnde Finanzausstattung und ungeklärte Kompetenzverteilung zwischen den Verwaltungsebenen nicht überwunden sind, wird die Entwicklung endogener Wachstumspotenziale nur langsam oder gar nicht vonstatten gehen.

Silvia Däberitz, Anne Kadolph, Kristin Seffer, Anne Walde

Polarisierungstendenzen in Estland: Werden diese durch den Beitritt zur EU abgemildert?

Estland gilt oft als positives Beispiel einer erfolgreichen Transformation. 1991 unterzog sich Estland einer Schocktherapie und konnte nach ersten rezessiven Jahren bereits 1995 eine gut funktionierende Wirtschaft aufweisen. Die Privatisierung klein- und mittelständiger Unternehmen wurde sehr schnell abgeschlossen, Löhne stiegen beständig an und 2001 verzeichnete das Statistikamt erstmals steigende Beschäftigungszahlen. Auch der Budgetsaldo war in diesem Jahr, wenn zwar mit 0,4 Prozent nur marginal, aber doch positiv. Estland konnte rasch ausländische Investoren anziehen, so dass sich insgesamt ein positives Bild abzeichnete. Profitiert hat davon hauptsächlich die Hauptstadt und dort vor allem die Branche der Informationstechnologie. Dem Wirtschaftswachstum der nördlichen Region und des Südens um Tartu stehen der andauernde Abwärtstrend der Region im Nordosten Estlands, in der wenig lukrative Ölschiefer zur Energiegewinnung abgebaut wird, sowie die peripheren landwirtschaftlich geprägten Regionen entgegen. Der Beitritt zur EU wird unseres Erachtens die im Prozess der Liberalisierung entstandenen Polarisierungstendenzen abmildern. So könnten die kapitalintensiven Branchen und die Wirtschaftszweige, in denen ausländische Direktinvestitionen (ADİ) schon in den ersten Jahren nach der Schocktherapie angezogen wurden sowie der Außenhandel von der Integration in die EU profitieren. In den landwirtschaftlich geprägten Regionen sowie im Nordosten Estlands hat die anhaltende schlechte wirtschaftliche Situation nicht zur Entwicklung effektiver regionalstaatlicher Strukturen geführt, so dass im Bereich der materiell-physischen (z. B. Verkehr) als auch der sozialen (z. B. Bildung) Infrastruktur erheblicher Nachholbedarf besteht. Förderprogramme der EU zielten vor allem auf die Stärkung des institutionellen Bereichs ab, um insbesondere die Chancen solcher Regionen zur Ansiedlung von Unternehmen zu erhöhen. Erfolge konnten bisher jedoch nur ansatzweise erzielt werden. Die regionalen und sektoralen Unterschiede führten zu großer sozialer Ungleichheit, von der hauptsächlich die russischsprachige Minderheit nachteilig betroffen ist. Ein Großteil dieser Bevölkerungsgruppe lebt im Nordosten des Landes an der Grenze zu Russland und ist vom Energiesektor abhängig. Anfänglich waren die Angehörigen der Minderheiten auch politisch stark benachteiligt, was aber auf Drängen der

EU verbessert wurde. Sozioökonomische Veränderungen wirkten sich auch auf die Einstellung der Bevölkerung zum EU-Beitritt aus, dem sie mit großer Mehrheit am 14. September 2003 in einem Referendum zustimmte. So scheint eine Mehrheit der Esten mit der EU-Mitgliedschaft schon erfahrene oder zukünftige Vorteile zu verbinden.

Im nächsten Abschnitt erfolgt zunächst eine Betrachtung des estnischen Außenhandels sowie dessen Entwicklung seit 1990. Danach werden regionale, sektorale und soziale Unterschiede untersucht. Der Schlussteil beschäftigt sich mit den Einstellungen der estnischen Bevölkerung zum bevorstehenden EU-Beitritt sowie mit Perspektiven, die sich für Estland als Teil den EU ergeben könnten.

Außenwirtschaftliche Beziehungen Estlands

Eine wichtige Rolle im estnischen Transformationsprozess spielen die wirtschaftlichen und politischen Beziehungen des Landes zu Schweden, Dänemark und vor allem Finnland. Deren Bedeutung zeigt sich nicht nur an den Bemühungen dieser Staaten, den Beitritt Estlands zur EU zu beschleunigen und damit den estnisch-europäischen Handelsbeziehungen im Allgemeinen Auftrieb zu verleihen, sondern auch an ihrem jeweiligen individuellen Engagement in der estnischen Wirtschaft. Schon 1992 lag der Anteil Finnlands und Schwedens am estnischen Außenhandel bei fast 25 bzw. zehn Prozent und auch ausländische Direktinvestitionen kamen zu einem großen Teil aus diesen beiden Staaten.¹ Nordeuropäische Unternehmen investieren in Estland aufgrund unterschiedlicher Bedingungen. Dazu zählen unter anderem die politische und wirtschaftliche Stabilität des Landes (dabei soll vor allem auf die Rechtssicherheit bzw. die stabile Währung verwiesen werden), der relativ unkomplizierte Zugang zu estnischen Unternehmen und zum Kapitalmarkt, attraktive Investitionsanreize, das niedrige Lohnniveau sowie die zu erwartende Expansion des Binnenmarktes. Eine wichtige Rolle spielt außerdem die geographische Nähe zu den Ursprungsländern sowie Estlands Rolle als Produktionsbasis für Exporte nach Russland und die daraus resultierenden niedrigen Transportkosten.²

1 Statistical Office of Estonia, Statistical Database, 2001, <http://gatekeeper.stat.ee:8000/px-web.2001/dialog/stafileri.asp>.

2 J. Borsos/M. Erkkilä, Foreign Direct Investment and Trade Flows between the Nordic Countries and the Baltic States, in: Research Institute of the Finnish Economy (ETLA), Nro 540 (43 sivua) 1995, S. 45ff., www.etla.fi.

Tabelle 1 – Ausländische Direktinvestitionen

	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
ADI (Mio. USD)	162,2	214,6	201,6	150,5	266,7	580,6	305,1	386,9	542,4

Quelle: Bank of Estonia³

Wie der Tabelle zu entnehmen ist, sind die ADI durch einen Aufwärtstrend gekennzeichnet. Bei den Transformationsländern steht Estland nach Ungarn an zweiter Stelle der Pro-Kopf Investitionen und wird sicherlich auch weiterhin ein wichtiger ADI-Adressat bleiben. Borsos und Erkkilä argumentieren, dass aufgrund des steigenden Lohnniveaus diese Prognose nicht eintreffen wird. Ihrer Meinung nach werden die Lohnkosten in wenigen Jahren ein Niveau erreicht haben, bei dem sich für ausländische Unternehmen kein großer Kostenvorteil mehr ergeben wird. Die Folge davon sei eine Umleitung eines Teils der ADI in den zu Russland gehörenden Abschnitt der baltischen Küste.⁴ Diese These steht im Widerspruch zum vorliegenden Artikel. Denn obwohl das Pro-Kopf-Einkommen weiter steigt (vgl. Tabelle 2) und damit als Anreizpunkt an Bedeutung verliert, wird es genügend Gründe geben, Estland Russland weiterhin als Investitionsstandort vorzuziehen.

Tabelle 2 – Einkommensniveau

	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
Durchschnittslohn (monatl., Kronen)	1066	1734	2375	2985	3573	4125	4440	4907	5510
Durchschnittslohn (monatl., USD)	81	134	207	248	257	280	300	290	316

Quelle: Bank of Estonia⁵

Zum einen kann steigende Produktivität zu einer Senkung der Produktionskosten führen und somit die Mehrkosten, die durch höhere Einkommen entstehen, ausgleichen.⁶ Zum anderen wiegen die Investitionsmotive, die sich

3 Bank of Estonia, Statistical Indicators, www.eestipank.info.

4 J. Borsos/M. Erkkilä (Anm. 2), S. 59.

5 Bank of Estonia, Statistical Indicators (Anm. 3).

6 Dieses Phänomen war 1993 auch in Ungarn und Polen zu beobachten, als die Arbeitskosten um neun bzw. 17 Prozent sanken. OECD Proceedings, Regional Integra-

auf die politische und wirtschaftliche Stabilität beziehen, sehr stark, so dass eine Abnahme der ADI nicht zu befürchten ist. Darüber hinaus ist es wahrscheinlich, dass die bisherigen Investitionen eine gewisse Pfadabhängigkeit nach sich ziehen. Die „Historie eines Standortes“ sowie „accumulated local knowledge, institutions and traditions“⁷ können zu einer Verfestigung industrieller Strukturen führen.

Henderson et al. weisen diese Vorteile im Wesentlichen Städten bzw. größeren Agglomerationen zu, da diese über „Built-up physical infrastructure and housing“⁸ verfügen. Das Zentrum Tallinn ist ein gutes Beispiel für räumliche Konzentrationsprozesse, wie die teilweise bzw. vollständige Verlagerung der Produktion vieler nordeuropäischer Unternehmen zeigt. Diese Strukturen Tallinns beruhen zum einen auf seiner traditionellen Rolle als wirtschaftliches Zentrum des Landes, die bereits vor der Unabhängigkeit bestand. Zum anderen haben sich mit der Ansiedlung vieler ausländischer Unternehmen und deren Zulieferfirmen neue Anreize für die weitere Ansiedlung von Firmen ergeben und die Konzentration verstärkt. Nach dem EU-Beitritt ist eher eine Zunahme der Attraktivität Estlands für ADI zu erwarten. Ob dies auch zur weiteren räumlichen Konzentration in der Hauptstadtregion beiträgt, bleibt jedoch abzuwarten.

Es spricht also einiges dafür, dass Estlands Attraktivität als ‚Niedriglohnstandort‘ eher binnenmarktorientierten Investitionsstrategien Platz machen wird. Die mangelnde Verflechtung mit lokalen Zulieferunternehmen, die sich in einer relativ hohen Reexportquote am Außenhandel verdeutlicht, könnte dadurch zunehmend verbessert werden. Die These einer ‚Abhängigkeit‘ Estlands von seinen skandinavischen Partnern stützt sich auf das Argument der Inanspruchnahme preiswerter estnischer Arbeitskräfte durch nordeuropäische Unternehmen unter Ausnutzung von Einkommensniveauunterschieden (These der verlängerten Werkbank). Dazu finden sich einige Hinweise: „In the case of Estonia part of the FDI is motivated by the lower production costs, while at the same time the geographic distance is not an obstacle to export the goods back to Finland.“⁹

Tabelle 3 ist zu entnehmen, dass der Anteil der reexportierten Güter am Gesamtexport zunächst kontinuierlich bis zum Jahr 2000 ansteigt, also auf eine ‚verlängerte Werkbank‘ verweist, um dann 2001 erstmalig signifikant

tion and Transition Economies – The Case of the Baltic Rim, OECD Head of Public Service, Paris 1996, S. 126.

7 J. V. Henderson/Z. Shalizi/A. J. Venables, Geography and Development, in: Journal of Economic Geography 1 (2001), S. 81-105, S. 25.

8 Ebenda, S. 25.

9 OECD Proceedings (Anm. 6), S. 147.

zu sinken. Ob sich damit ein Trend ankündigt, lässt sich noch nicht sagen. Allerdings wird ein Rückgang der Investitionen, die durch niedrige Lohnkosten motiviert waren, sehr wahrscheinlich, da das Einkommensniveau in Estland ansteigt. Damit könnten auch zurückgehende Reexporte erklärt werden die der Abhängigkeitsthese widersprechen.

Möglicherweise hat das Einkommensniveau die Schwelle aber noch nicht erreicht, die dem Wettbewerbsvorteil ‚Niedriglohniand‘ ein Ende setzt. Doch selbst wenn man Estland unter dieser Voraussetzung betrachtet, lässt sich gegen einen Peripheriecharakter argumentieren. In den letzten Jahren wurde von ausländischen Unternehmen (vornehmlich aus Nordeuropa) verstärkt in den Bereich Telekommunikation investiert.¹⁰ Dabei handelt es sich um eine kapitalintensive Branche, bei der Niedriglöhne weitaus weniger Vorteile bringen, als das in den arbeitsintensiven Branchen der Fall ist. Die Motivation für derartiges Engagement ist binnenmarktorientiert und entspringt weniger der Hoffnung auf Lohnkosteneinsparungen. Die steigenden Investitionen in die Telekommunikation, die zunehmend auch aus dem Inland kommen, bieten einigen estnischen Unternehmen die Möglichkeit, sich auf kapital- und wissensintensive Bereiche zu spezialisieren und eine gewisse Eigenständigkeit aufzubauen. Dennoch bleibt es abzuwarten, ob sich diese Tendenzen zu einem allgemeinen Trend entwickeln und zu mehr Eigenständigkeit der estnischen Unternehmen führen.

Tabelle 3 – Außenhandel (in Mrd. Kronen)

Jahr	Exporte	Davon Reexporte	Anteil Reexporte am Gesamtexport in %
1995	19,0	4,4	23,2
1996	21,3	4,9	23,0
1997	29,6	7,9	26,7
1998	35,2	11,2	31,8
1999	35,0	11,4	32,6
2000	53,9	23,6	43,8
2001	57,9	22,0	38,0
2002	56,9	17,7	31,1

Quelle: Statistical Office of Estonia, Bank of Estonia¹¹

10 I. Siigel, Estonia: Preparing for the Information Age, International Council for Information Technology in Government Administration (ICA), ICA Information No. 74, June 2001, www.ica-it.org.

11 Statistical Office of Estonia, Estonia's Foreign Trade by Special Trade System, www.stat.ee/index.aw/section=72078 (27.01.2004); Bank of Estonia, Annual Indica-

Bei der wirtschaftlichen Entwicklung Estlands war und bleibt die EU unter anderem durch das Freihandelsabkommen von 1994 und ihrer Förderprogramme ein wichtiger Partner. Zwischen 1992 und 1999 flossen ca. 190 Millionen Euro im Rahmen des PHARE Programms nach Estland.¹² Seit 2000 betragen die jährlichen Unterstützungsleistungen durch das SAPARD und ISPA Programm ca. 12,5 Millionen bzw. 28 Millionen Euro.¹³

Estland zählt heute zu den Staaten mit den weltweit liberalsten Außenhandelsbedingungen. Der Warenaustausch mit der EU erfolgt zumindest von estnischer Seite her nahezu ohne Beschränkungen. Auch wenn ein Teil der eigenen Güter die Grenzen der EU noch nicht passieren darf, gilt Estland bereits jetzt als Teil des gemeinsamen Binnenmarktes.¹⁴

Durch die verstärkte Kooperation mit der EU haben die Beziehungen zwischen den baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen allerdings an Intensität verloren. Die stärkere Orientierung Estlands in Richtung EU erscheint nachvollziehbar, erhoffte man sich doch dadurch stärkere Vorteile als durch eine regionale Kooperation mit den Nachbarstaaten Litauen und Lettland. Es ist jedoch davon auszugehen, dass sich die zwischenstaatlichen Beziehungen nach dem Beitritt der baltischen Staaten wieder intensivieren. Und auch Russland wird Estland wohl als Handelspartner mit einem höheren als dem jetzigen Stellenwert gewinnen können, da es spätestens zum Zeitpunkt des EU-Beitritts seine diskriminierende Zollpolitik gegenüber den baltischen Staat ändern muss.

Regionale Dimension der wirtschaftlichen Entwicklung

Regionale Disparitäten

Regionale Unterschiede in der wirtschaftlichen und sozialen Struktur Estlands haben ihre Ursprünge schon in der Zeit vor der Unabhängigkeitserklärung 1991. Die Produktion Estlands war in der Zeit des Kalten Krieges Teil der sowjetischen Arbeitsteilung und lieferte unter anderem landwirtschaftliche Produkte und verarbeitete Rohstoffe, wie Holz oder Energieprodukte, die aus dem Abbau von Ölschiefer im Nordosten des Landes gewonnen wurden. Dort siedelte die Sowjetunion russische Arbeiter an, die vor 1991

tors of Estonian Economy, www.cestipank.info/dynamic/itp/index_koond_en.jsp (27.01.2004).

12 Wirtschaftskammer Österreich, Vorbereitung des EU- Beitritts, 2002, www.wko.at/eu/erw/infos/vorbeitritt.htm, (26.1.2004).

13 European Commission, Regular Report on Estonia's Progress Towards Accession, Brussels 2002.

14 Außenhandelskammer (AHK) Estland, Wirtschaftsinformationen, Tallinn 2002, www.ahk.de/bueros/e/estland/wirtschaftsinfos.html, (06.02.2003).

politisch und wirtschaftlich durchaus privilegiert waren. Während der Norden Industriezentrum blieb, waren der Westen, die Mitte des Landes und der Süden eher landwirtschaftlich geprägt, wobei letzterer die Universitätsstadt Tartu als industrielles Zentrum beherbergte.

Infolge der Schocktherapie kehrten sich regionale Unterschiede um. Im Nordosten erlebte die Energiewirtschaft einen starken Einbruch, so dass diese Region zu einer der schwächsten des Landes wurde, mit einer Arbeitslosigkeit von 18 Prozent im Jahr 2001. Der Anteil ausländischer Investitionen liegt in dieser Region bei gerade einmal 2,4 Prozent aller Betriebe.¹⁵ Die agrarisch geprägten Gebiete im Süden und im Zentrum des Landes, in denen hauptsächlich Esten leben,¹⁶ weisen hohe Arbeitslosenzahlen auf, die nach Schätzungen der EU zwischen 25 Prozent und 30 Prozent liegen.¹⁷ Im Süden bildet die Universitätsstadt Tartu mit ihrer hohen wirtschaftlichen Aktivität eine Ausnahme. In der „Hauptstadt des estnischen Südens“ befindet sich ein Park für Biotechnologie und Biomedizin und erfolgreiche Export-Industriebereiche, die vor allem Bauholz, Plastik und Ausrüstungen produzieren.¹⁸ Der Westen Estlands ist durch Tourismus und Fischerei in einer relativ guten Position, reicht aber genauso wenig wie die eben genannten Regionen an den Norden des Landes heran, in dem sich das wirtschaftliche Zentrum Tallinn befindet. Dort lagen die Pro-Kopf-Einkommen bei 159 Prozent des estnischen Durchschnitts im Jahr 2001 (Tabelle 4). Die Infrastruktur ist besser ausgestattet, der Dienstleistungssektor ist größer und die Arbeitslosenzahlen sind wesentlich geringer (5,6 Prozent im Jahr 2000) als im Rest

15 L. Wilder/M. A. Benedict, Regional Earning Differences in Estonia: The Influence of Demographic Characteristics, in: *International Advances in Economic Research* 8 (2002) 3, S. 205.

16 In der Zeit der Unabhängigkeitsbestrebung Ende der 1980er Jahre erwuchs vor allem die Idee einer Rückkehr zur Natur, gegen alles industriell-urbane der Sowjetära und für ein naturverbundenes ländliches Leben. So kehrten viele Esten aufs Land zurück, da sie auch für Enteignungen entschädigt wurden. Estland wollte in den ersten Jahren an Strukturen der Zwischenkriegszeit anknüpfen, was die Eliten des Landes jedoch schnell verwarfen und stattdessen auf eine radikale Öffnung und Liberalisierung des estnischen Marktes setzten. O. Nørgaard/L. Johansen, *The Baltic States after Independence*, Cheltenham 1999, S. 137f.

17 O. Popping/A. Fink-Kessler/H. Luley, Nachhaltige ländliche Entwicklung. Ausgangslage, Maßnahmen und Empfehlungen für die 5. Erweiterung der Europäischen Union, Reihe Landwirtschaft, Forstwirtschaft und ländliche Entwicklung, AGRI-114 DE, Europäisches Parlament, Luxemburg 1999, S. 24.

18 R. Tamkivi, Innovation Support System and Science/Technology Parks in Estonia: Lessons Learned and the Status Achieved, Tallinn Technical University Innovation Centre Foundation, Estonia International Association of Science Parks, www.tech-park.ir/Parks/Farsi/Articles/PDF/03.pdf (15.10.2003), S. 3.

des Landes.¹⁹ Der Norden konnte als einzige Region steigende Pro-Kopf-Einkommen gemessen am Durchschnitt Estlands verbuchen. Auch die wachstumsstarke Region um Tartu im Süden fiel im Pro-Kopf-Einkommen als ganzes zurück.

Tabelle 4 – Regionales BSP pro Kopf 1996-2001 in Prozent (in EEK)

Region	1996	1997	1998	1999	2000	2001
Estland	100	100	100	100	100	100
Norden	148	152	155	153	156	159
Mitte	72	69	68	72	67	65
Nordosten	69	66	61	59	58	54
Westen	76	76	75	75	74	71
Süden	68	65	64	65	64	63

Quelle: Statistical Office of Estonia,²⁰ eigene Berechnungen

Wie Tabelle 5 zeigt, ist auch der Anteil des Nordens (inklusive der Hauptstadt Tallinn) am BSP Estlands kontinuierlich angestiegen und das, obwohl der Bevölkerungsanteil Tallinns konstant bei ca. 30 Prozent an der Gesamtbevölkerung Estlands lag.²¹ Insgesamt zeigt sich an Hand dieser Daten das wachsende Einkommensgefälle der estnischen Regionen, welches insbesondere als Folge steigender industrieller Diversifizierung der Vorreiterregionen entsteht und zu Ungunsten der vor allem einseitig spezialisierten, agrarisch geprägten oder mono-industriellen Regionen wirkt.²² Trotzdem deuten positive Trends darauf hin, dass das absolute Pro-Kopf-Einkommen steigt, wie

19 G. Fainshtein/N. Lubenets, European Integration, Regional Specialization and Location of Industrial Activity in Estonia, PHARE ACE Project P98-1117-R. Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI), Bonn 2002, www.zei.de/download/Phare/estonia.pdf (25.08.2003), S. 17. Die Arbeitslosenzahlen für die Regionen Westen, Mitte und Süden beliefen sich 2000 jeweils auf 5,8 Prozent, 6,6 Prozent und 7,9 Prozent.

20 Statistical Office of Estonia, Statistical Database (Anm. 1).

21 Der Bevölkerungsanteil Tallinns veränderte sich wie folgt: 1989: 30,6 Prozent; 2000: 29,2 Prozent; 2001: 29,2 Prozent; 2002: 29,3 Prozent; 2003: 29,3 Prozent. Der Gesamtanteil des Nordens lag konstant zwischen 38,7 Prozent und 38,5 Prozent. Vgl. Statistical Office of Estonia, Statistical Database (Anm. 1).

22 G. Fainshtein/N. Lubenets (Anm. 19), S. 37.

Tabelle 6 verdeutlicht. Vor allem die Region Tartu konnte eine Steigerung von über 40 Prozent zwischen 2000 und 2003 verbuchen.²³

Tabelle 5 – Beitrag der Regionen zum BSP 1996 – 2001 in Prozent

Region	1996	1997	1998	1999	2000	2001
Estland	100	100	100	100	100	100
Norden	56,5	58	59,3	58,7	59,8	61,1
Mitte	7,5	7,2	7,2	7,6	7	6,8
Nordosten	9,3	8,8	8	7,8	7,6	7,1
Westen	9,2	9,2	9,1	9,1	9	8,6
Süden	17,5	16,8	16,4	16,8	16,6	16,4

Quelle: Statistical Office of Estonia²⁴

Signifikante Auswirkungen auf die regionale Entwicklung hatte die Handelsliberalisierung als Teil des europäischen Integrationsprozesses. Profitiert hat davon vor allem der Norden Estlands. Er zog zunächst die meisten ausländischen Direktinvestitionen an. Allerdings hat das kontinuierliche Absinken von Transportkosten die Integration ländlicher Regionen vorangetrieben, nachdem Investitionsentscheidungen zunehmend zugunsten dieser Regionen ausfielen. Die Attraktivität zur Ansiedlung von Unternehmen in peripheren Regionen in der Mitte und im Westen des Landes lässt sich vor allem auf verbesserte Infrastruktur und geringere Lohnniveaus bei guter Produktivität zurückführen.²⁵

Der Nordosten des Landes war starken strukturellen Veränderungen und sinkender wirtschaftlicher Aktivität unterworfen.²⁶ Dort sind 1999 noch 48,2 Prozent der Unternehmen in öffentlicher Hand gewesen. Im Landesdurchschnitt beträgt dieser Anteil nur 32,9 Prozent. Die Löhne im privatwirtschaftlichen Sektor im Nordosten des Landes lagen im selben Zeitraum im Durchschnitt unterhalb des Niveaus der Löhne im öffentlichen Sektor.

In Norden des Landes um Tallinn ist genau das Gegenteil der Fall. Traistaru et al. erkennen dennoch im Nordosten und der Mitte Estlands positive Entwicklungstendenzen in Bezug auf eine Veränderung der einseitigen Spe-

23 Es können auch keine Aussagen über das tatsächliche Lebensniveau in den einzelnen Regionen gemacht werden, da Einkommensdaten gemessen in Kaufkraftparitäten nicht vorliegen.

24 Statistical Office of Estonia, Statistical Database (Anm. 1).

25 G. Fainshtein/N. Lubenets (Anm. 19), S. 37ff.

26 Ebenda, S. 42f.

zialisierung einiger Regionen und eine zunehmende Diversifizierung, die als Ausgangspunkt für mehr Wachstum gesehen wird.

Tabelle 6 – Durchschnittliche Monatslöhne nach Regionen in.EEK

Region	2000	2001	2002	2003 (2. Quartal)	Veränderung in % 2000–2003
Norden	6363	7036	7941	8261	29,8
Tallinn	6465	7224	8097	8474	31,1
Mitte	4699	4970	5171	5749	22,3
Nordosten	4249	4791	4846	5170	21,7
Westen	4735	4854	5522	5780	22,1
Süden	4359	5164	5811	6160	41,3

Quelle: Statistical Office of Estonia,²⁷ eigene Berechnungen

Als spezialisierte Regionen bezeichnen sie jene, in denen der Anteil der in einer bestimmten Industrie Beschäftigten dieser Region im Verhältnis zu allen anderen Industrien dieser Region überdurchschnittlich hoch ist.²⁸ Dies sind vor allem die Regionen mit mono-industriellen Strukturen. Der Norden und Süden des Landes sind weitaus diversifizierter in ihrer industriellen Basis, was sich positiv auf ihre weiteren Wachstumsaussichten niederschlägt. Jedoch auch die hoch spezialisierten Regionen können mit einer Veränderung ihrer industriellen Basis und einem Voranschreiten der strukturellen Transformation rechnen, weil durch die vergleichsweise geringe Größe des Landes schnelle Fortschritte ihrer verkehrstechnischen Integration durch Infrastrukturinvestitionen nach dem Beitritt zu erwarten sind. Für den Nordosten des Landes könnte die Trendwende jedoch länger dauern, da das technologische *lock-in* z. B. auf Ölschieferproduktion nur mittel- bis langfristig abgebaut werden kann.

Rolle der Regionalpolitik

Ein Problem bilden in Estland die teilweise schwachen institutionellen Strukturen auf lokaler Ebene. Viele Gemeinden gerade in den wirtschaftlich schwachen Gebieten verfügen nicht über ausreichende Mittel, um die für

27 Statistical Office of Estonia, Statistical Database (Anm. 1).

28 I. Traistaru/P. Nijkamp/S. Longhi, Regional Specialization and Concentration of Industrial Activity in Accession Countries, ZEI Working Paper, B 16/2002, Bonn, www.zei.de, S. 9.

eine wirtschaftliche Entwicklung so wichtige Infrastruktur bereitzustellen.²⁹ Estland ist in 15 Bezirke untergliedert, deren Gouverneure von der Regierung eingesetzt werden und deren Budget auch vom estnischen Finanzministerium verwaltet wird. Gemeinden und Städte haben im Gegensatz zu Bezirken den Status von lokalen, teilweise autonomen Einheiten mit diversen Kompetenzen. Sie werden von demokratisch gewählten Vertretern verwaltet und haben das Recht ihren eigenen Haushaltsplan aufzustellen. Die sehr unterschiedliche Situation der Gemeinden widerspiegelt die wirtschaftliche Entwicklung der Regionen.³⁰ Seit Mitte der 1990er Jahre versucht die estnische Regierung durch die Gründung eines Regionalentwicklungsministeriums in Zusammenarbeit mit der Europäischen Union mit Hilfe gezielter regionalpolitischer Maßnahmen den regionalen Disparitäten entgegenzuwirken. Regionenspezifische Bedürfnisse sollen dadurch stärker berücksichtigt und die Koordination zwischen verschiedenen Politikfeldern verbessert werden, um so regionale Entwicklung zu stimulieren. Damit wird angestrebt, dass die Regionen für Strukturfonds der EU kompatibel werden. Das Regionalentwicklungsministerium untersteht dem Innenministerium und arbeitet mit den Ministerien für Umwelt, Wirtschaft sowie Soziales zusammen. 1998 entstand die Agentur für Regionalentwicklung, die die technische und finanzielle Umsetzung der Regierungsprogramme organisiert und mit verschiedenen lokalen Gruppen kooperiert. Das Prinzip der Regionalpolitik ist Hilfe zur Selbsthilfe, wobei Subventionen möglichst vermieden werden sollen. Ziele sind die Schaffung eines regionalen Ausgleichs, einer dauerhaften Sicherung des Lebens auf hohem Niveau und die Vermeidung der Entvölkerung ganzer Landstriche. Die Diskrepanzen zwischen Gesetzgebung und Umsetzung sind jedoch erheblich. Die Bereitstellung sozialer Dienste scheitert oft an fehlenden Ressourcen, da die lokalen Einnahmen zu gering sind. Um regionale Entwicklung im Zusammenhang mit effektiver Regionalpolitik zu fördern, schlägt Mäeltseemes für die Überwindung von Verteilungsproblemen bei Kompetenzen und Aufgaben vor, die existierende Gesetzgebung zu verbessern und organisatorische Probleme zwischen den lokalen Einheiten auszuräumen. Außerdem sollte ein Modell für die Gemeindeverwaltung entworfen werden, um die kommunale Finanzverwaltung zu verbes-

29 S. Mäeltseemes, *Local Government in Estonia*, in: T. M. Horváth (Hrsg.), *Decentralization: Experiment and Reform*, Budapest 2002, S. 61-113, S. 94.

30 Ebd., S. 66f. Obwohl Estland in Bezirke, Städte und ländliche Gemeinden untergliedert ist, kann nicht von einer dezentralen Struktur gesprochen werden. Seit 1998 mussten die meisten Städte mit kleineren Gemeinden zu einer neuen lokalen Einheit fusionieren, da sie aufgrund ihrer dünnen Besiedlung die zugewiesenen Aufgaben oft nicht erfüllen konnten.

sern. Vor allem muss eine lokale Steuerbasis entwickelt werden, die an wirtschaftliche Aktivitäten gekoppelt ist.³¹

Estland weist folglich noch immer zu schwache Institutionen auf, deren Stärkung für eine gleichmäßige Entwicklung der Regionen unabdingbar ist. Gutfunktionierende regionale Verwaltungen, die effizient arbeiten und dabei auf spezifische regionale Bedürfnisse antworten sind notwendig, um mit Hilfe von europäischen Strukturfonds Infrastruktur aufzubauen und wirtschaftliche Aktivität zu fördern.

Sektorspezifische Dimension der Polarisierung

Verlierer der Schocktherapie waren in Estland besonders die Energiewirtschaft – vor allem der Ölschieferabbau im Nordosten des Landes – und der Agrarbereich. Der Ölschieferabbau, der sich auf die Region um die Grenzstadt Narva konzentriert, ist kostenintensiv und umweltschädigend. Die Europäische Union drängt daher auf eine Einstellung dieser Art der Energiegewinnung. Verbunden wäre das aber mit hohen politischen und sozialen Kosten, da große Teile der russischsprachigen Minderheit in der Region leben und von diesem Sektor abhängig sind. Aufgrund der Unrentabilität vielen Unternehmen in dieser Region liegt der Anteil öffentlicher Investitionen mit 48,2 Prozent überdurchschnittlich hoch.³²

Der zweite große Verlierer, der Agrarsektor, hat besonders stark unter der Liberalisierung gelitten. Es gibt keine Agrarsubventionen, weder für den Binnenmarkt noch für den Export.³³ Dadurch stellen exportsubventionierte landwirtschaftliche Produkte aus der EU, die ungehindert auf den estnischen Markt gelangen, eine bedeutende Konkurrenz dar. Umgekehrt scheitern estnische Agrarexporte in die EU an deren hohen Hygienestandards. Die einzigen Exportmärkte bleiben die stark schwankenden Märkte der GUS.³⁴ Der Anteil der estnischen Landwirtschaft am BIP sank von 12,8 Prozent im Jahre 1992³⁵ auf 5,7 Prozent im Jahre 1999³⁶ und das bei gleich bleibend hoher Beschäftigung von 9,5 Prozent.³⁷

31 Ebenda, S. 95.

32 Im Westen des Landes liegen die öffentlichen Investitionen bei 23,1 Prozent. L. Wilder/M. A. Benedict (Anm. 15), S. 205.

33 European Commission, Directorate General for Agriculture, Agricultural Situation and Prospects for the Central and Eastern European Countries, Brussels, June 1998, Working Document.

34 Der Anteil der GUS an den Nahrungsmittel- und Getränkeexporten Estlands lag 1996 bei 59 Prozent (ebenda). Vgl. auch O. Popping/A. Fink-Keßler/H. Luley (Anm. 17), S. 24.

35 A. Kirch/I. Bröckling, Der EU-Beitritt Estlands: Wirkungen, Erwartungen und Interessen, The Institute for European Studies, Tallinn 1998, www.ies.ee.

Positiv entwickelt haben sich arbeitsintensive Produktionsbereiche, wie die Verarbeitung von Holz und Papier, die Druck- und Verlagsindustrie, Elektrotechnik, die Herstellung optischer Geräte, Maschinen und Ausrüstungen, aber auch der Bereich der Lebensmittelverarbeitung sowie der Getränke- und Tabakindustrie. Neben den wissensintensiven Bereichen sind dies Sektoren, in denen ausländische Investoren vor allem aus der Europäischen Union angezogen werden konnten, die Lohnkostenvorteile für Reexporte ausnutzten, in denen sich aber zugleich estnische Unternehmen platzieren konnten.³⁸ Diese Sektoren sind in unterschiedlichem Maße in allen Regionen vorhanden und könnten mittelfristig wichtige Wachstumsimpulse bei der Überwindung von Monostrukturen auslösen.

Nicht zu vergessen sei der Wachstumssektor Informationstechnologie, der sich dank der liberalen Wirtschaftspolitik Estlands durch Direktinvestitionen ans Skandinavien in Tallinn ansiedelte. Produkte werden in Estland veredelt und dann in die Europäische Union zurückgeführt. Die Löhne in der IT-Branche sind wesentlich höher als in anderen Bereichen, so dass das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen in der Hauptstadt anstieg, wo diese Industrien lokalisiert sind.³⁹ In diesen wissensintensiven Sektoren weist Estland im Vergleich zu anderen MOE-Staaten hohe Exportzahlen auf.⁴⁰

Soziale Dimension der Polarisierung

Die regionalen und sektoralen Polarisierungen wirken sich auch auf der sozialen Ebene aus. So lässt sich eine bestimmte Gruppe der Bevölkerung ausmachen, die besonders stark von den Schwierigkeiten des Wandels nach 1991 betroffen ist: die russischsprachige Minderheit. In Estland gehören dieser über ein Drittel der Bevölkerung an. Von den insgesamt 35 Prozent Einwohnern nicht-estnischer Herkunft stammt die Mehrzahl aus Russland (25,6

36 Bis 2001 stieg der Anteil marginal auf 6,3 Prozent. European Commission (a) (Anm. 13).

37 W. Weidenfeld/W. Wessels, (Hrsg.), Europa von A bis Z, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2002, S. 433.

38 G. Fainshtein/N. Lubenets (Anm. 19), S. 24ff.

39 „Der durchschnittliche Monatslohn stieg um etwa 13 Prozent auf rund 5510 EEK [...] Dabei hat sich die sektorale Lohndifferenzierung erhöht. Im Bereich der Informationstechnologie werden die höchsten Monatsgehälter gezahlt (4. Quartal 2001: 17943 EEK) [...]“. A. Polkowski/P. Plötz, Anhaltendes Wirtschaftswachstum in Estland, Lettland und Litauen, in: Wirtschaftsdienst. Zeitschrift für Wirtschaftspolitik, 82 (2002) 10, S. 632.

40 Vgl. Europäische Kommission, Arbeitsdokument der Kommissionsdienststellen: Auswirkungen der Erweiterung auf die Industrie, Brüssel, Februar 2003, S. 10.

Prozent).⁴¹ Die meisten von ihnen kamen in der Zeit zwischen 1945 und 1989 nach Estland.⁴² Viele nahmen Schlüsselpositionen in Partei, Staatsapparat und Militär ein oder arbeiteten in privilegierten Stellungen in angesehenen Industriezweigen.⁴³ Nach der Unabhängigkeit Estlands wurde neu definiert, wer die estnische Staatsbürgerschaft erhielt. Da die nach 1940 Eingewanderten und ihre Nachkommen diese nicht automatisch, sondern nur nach einem schwierigen Einbürgerungsverfahren bekamen (dabei stellten vor allem die komplizierten Sprachtests eine große Hürde dar), die meisten aber auch nicht die russische Staatsbürgerschaft annehmen wollten, gab es eine hohe Zahl von Staatenlosen.⁴⁴ Heute stellen diese einen Anteil von etwa 12,5 Prozent der Bevölkerung dar, für die sich schon allein deshalb Probleme ergeben, da sie nach der estnischen Minderheitendefinition nicht als Angehörige solcher gelten (nur Staatsbürger) und von den Schutzbestimmungen ausgeschlossen werden. Auf politisch-rechtlicher Ebene verhinderte die Staatenlosigkeit die politische Partizipation. So waren Nicht-Esten von sämtlichen Wahlen ausgeschlossen und konnten im September 1992 weder an den Parlamentswahlen noch am Volksentscheid über die neue estnische Verfassung teilnehmen. Der Ausschluss vom Wahlrecht bedeutet natürlich auch den Vorbehalt aller politischen Ämter und Mandate für Esten, die auch im Parlament überrepräsentiert waren. 1993 verbesserte sich diese Situation durch das Zugeständnis des aktiven Wahlrechts bei Kommunalwahlen für alle Einwohner Estlands. Trotzdem bekamen Nicht-Esten nach dem Ausländergesetz von 1993 nur auf fünf Jahre begrenzte Aufenthaltserlaubnisse, was sich durch die somit produzierte Unsicherheit über das zukünftige Bleiberecht negativ auf die Integration der russischsprachigen Bevölkerung auswirkte.⁴⁵

Die meisten Nicht-Esten leben in Tallinn und im Nordosten. In der Hauptstadt betrifft dies etwa die Hälfte der Einwohner, in nordöstlichen

41 Statistical Office of Estonia, Statistical Database (Anm. 1), European Commission, Regular Report (Anm. 13), S. 31.

42 A. Kirch, Estonian Report on Russian Minority, The Institute for European Studies, Tallinn 2001, www.ies.ee, S. 1.

43 G. Hanne/E.-C. Onken/N. Götz, Ethnopolitik, in: H. Graf/M. Kerner (Hrsg.), Handbuch Baltikum heute, Nordeuropäische Studien 14, Berlin 1998, S. 307.

44 D. Bungs, Die Rückkehr Estlands, Lettlands und Litauens nach Europa (1989-1999), in: A. U. Gabanyi/K. Schroeder (Koord.), Vom Baltikum zum Schwarzen Meer. Transformation im östlichen Europa, München 2002, S. 178.

45 G. Hanne u. a. (Anm. 43), S. 311 ff.

Städten leben oft über 90 Prozent Personen russischer Herkunft.⁴⁶ Die regionale Ungleichheit in Estland betrifft daher insbesondere die russischen Einwohner im Nordosten. Die Zahl der von Arbeitslosigkeit Betroffenen ist bei den Nicht-Esten im Vergleich zu den Esten signifikant höher.⁴⁷ Als Erklärungen für den Verlust von Arbeit bei vielen Nicht-Esten nach 1990 werden Entlassungen aufgrund der Sprache, neuer Bestimmungen, die beinhalten, dass alle Angestellten im öffentlichen Dienst Esten sein müssen, sowie strukturelle Veränderungen (Auflösen alter Betriebe, Rationalisierungen) genannt.⁴⁸ Damit verbunden sind soziale Probleme wie Alkoholabhängigkeit, Aggressivität oder Entfremdung vom estnischen Staat. Außerdem waren gerade Personen ohne Staatsangehörigkeit von Leistungen der sozialen Fürsorge des Staates ausgeschlossen.⁴⁹

Verglichen mit der Ausgangssituation der Minderheiten zu Beginn der Unabhängigkeit Estlands hat sich die Lage für die Betroffenen in mehreren Bereichen verbessert. Dies ist nicht zuletzt aufgrund der Einflussnahme internationaler Organisationen, wie der EU, geschehen, die zur Entschärfung des Konflikts beigetragen haben.⁵⁰ Zum war Estland nach der Unabhängigkeit bemüht, in die internationale Gemeinschaft eingebunden zu werden und hatte – nicht zuletzt als Sicherheit vor dem Nachbarn Russland – ein starkes Interesse, EU-Mitglied zu werden. Voraussetzungen dafür waren unter anderem die Ratifizierung internationaler Abkommen z. B. über die Nichtdis-

46 H.-M. Birckenbach, *Preventive Diplomacy: Conclusions from International Intervention into the Estonian and Latvian Conflicts over Citizenship*, in: SCHIFF-Texte Nr. 44, Kiel 1997, S. 6.

47 Open Society Institute, *Minority Protection in Estonia. An Assessment of the Programme Integration in Estonian Society 2000-2007*, Budapest 2002, S. 219 ff.; Council of Europe, *ECRI's Country-By-Country Approach: Report on Estonia*, CRI(99)2, 26.1.1999, Strasbourg; *Estonian Human Development Report (EHDR) 1998*, S. 60ff.; *Estonian Human Development Report (EHDR) 2001*, Tallinn Pedagogical University/Institute for International and Social Studies, www.iiss.ee/nhdr, S. 54ff: Arbeitslosigkeit bei Frauen ist besonders durch ihre ethnische Herkunft bestimmt, wobei ebenso Alter, Bildung und Wohnort eine Rolle spielen. Insgesamt ist demnach das Risiko, arbeitslos zu werden für Frauen, die außerhalb Tallinns wohnen (vor allem im Nordosten) am höchsten.

48 G. Hanne u. a. (Anm. 43), S. 324; *EHDR 1998* (Anm. 47); O. Nørgaard/L. Johansen (Anm. 16), S. 163.

49 *Estonian Human Development Report (EHDR) 2001* (Anm. 47), S. 36 ff.; H.-M. Birckenbach, *Fact-Finding: Ein Instrument friedensfördernder Menschenrechtspolitik. Erfahrungen aus dem Konflikt um die estnische und lettische Staatsbürgerschaft*, in: PFK-Texte Nr.27, Kiel 1994, S. 11.

50 H.-M. Birckenbach, *Preventive Diplomacy* (Anm. 46), S. 9.

kriminierung von Minderheiten.⁵¹ Außerdem erzeugte die internationale Gemeinschaft ein bestimmtes Maß an Druck auf die Regierung, was unter anderem zu Vereinfachungen der Sprachtests, der Ausgabe von „Ausländerpässen“ und Arbeitserlaubnissen in fast allen Sektoren, der Bereitstellung von offiziellen Informationen in Russisch sowie dem Erhalt von Sozialleistungen führte.⁵² Die EU unterstützte diese Maßnahmen im Rahmen des PHARE-Programms durch die Bereitstellung von Studienmaterialien, Weiterbildung von Lehrern und Sprachcamps für russischsprachige Kinder.⁵³ Problematisch erscheint nach wie vor die Vernachlässigung sozioökonomischer Probleme der Minderheiten sowie die offizielle Auffassung der estnischen Regierung, Integration als einseitige Anpassung der russischsprachigen Bevölkerung zu betrachten.⁵⁴ Der von der EU aufgebaute Druck könnte daher beschleunigend auf die Lösung dieser Probleme wirken.

Schlussfolgerungen

Die vielfältigen sozialen und ökonomischen Veränderungen hatten erhebliche Auswirkungen auf die Bevölkerung und führten zu neuen Differenzierungen. Im Gegensatz zu den jungen urbanen und besser gebildeten Gruppen mit steigendem Lebensstandard, gehören Beschäftigte in der Landwirtschaft und in Teilen der Industrie, Geringqualifizierte und Rentner zu den „Transformationsverlierern“.⁵⁵ Der Status des Einzelnen während der Transformation in Mittel- und Osteuropa hatte entscheidende Auswirkungen auf die Haltung zu solch kritischen Fragen wie dem Beitritt zur Europäischen Union. Hierbei sind für Estland besonders die sicherheits- und stabilitätspolitischen Gesichtspunkte von entscheidender Bedeutung. Aufgrund der wenigen Jahre als unabhängiger Staat (1918–1940 und 1991 bis heute) war das Spannungsverhältnis zwischen den Vorteilen durch einen Beitritt und dem Verlust von Souveränität ein wichtiger Punkt in der politischen Debatte zum EU-Beitritt.

Im Hinblick auf die Rolle Estlands im internationalen Handel bleibt festzuhalten, dass es in Estland einen Bedeutungswandel der einzelnen Investiti-

51 K. Raik, *Towards Substantive Democracy? The Role of the European Union in the Democratisation of Estonia and the other Eastern Member Candidates*, Tampere 1998, 88ff.

52 H.-M. Birckenbach, *Fact-Finding* (Anm. 49), S. 8; Council of Europe (Anm. 47).

53 A. Kirch (Anm. 42), S. 9f.; Office for European Integration (OEI), *National Program for the Adoption of the Acquis 2002-2002. Education, Training and Youth*, Tallinn, www.eib.ee/files/18_education.pdf (15.01.2003).

54 Open Society Institute (Anm. 47), S. 197ff.

55 K.-O. Lang, *Die baltischen Staaten vor den Toren von EU und NATO*, FES-Analyse, Stabsabteilung, Bonn, Februar 2003, <http://library.fes.de>, S. 5.

onsmotive gibt. Das Anreizpotenzial des Lohnniveaus wird aufgrund steigender Einkommen abnehmen. Dafür wird die Expansion des estnischen Marktes an Attraktivität gewinnen. Die zu erwartende Zunahme der politischen und wirtschaftlichen Stabilität Estlands durch den EU-Beitritt könnte ebenfalls ein positives Signal an Investoren aussenden. Positiv wird sich der EU-Beitritt auch auf die Handelsbeziehungen zu Russland auswirken, da aufgrund von Vereinbarungen mit der EU eine diskriminierende Zollpolitik gegenüber einem Mitgliedsstaat der Union nicht angewandt werden darf. Die Bedeutung Estlands als Produktionsbasis für Exporte nach Russland wird zunehmen. Trotz der Bedeutungsverschiebungen, die sich für die Investitionsmotive ergeben, könnten ADI daher quantitativ eher noch ansteigen.

Trotzdem existiert in Estland ein zunehmendes Wohlstandsgefälle zwischen prosperierenden städtischen Zentren und stagnierender ländlicher Peripherie. Vor allem die Hauptstadt Tallinn und die Universitätsstadt Tartu sind es, die ausländisches Kapital anziehen und in denen die Infrastruktur schneller modernisiert wird. In peripheren Regionen hingegen führen Restrukturierungsprobleme in der Landwirtschaft oder in brachliegenden Industriezweigen oft zu einer Kombination aus hoher Arbeitslosigkeit und niedrigen Löhnen. Infrastrukturmaßnahmen, die von der EU gefördert werden, könnten zur Verminderung bestehender Disparitäten führen, wenn dadurch Transportkosten gesenkt und der Zugang zu peripheren Regionen erleichtert wird. Unternehmen könnten sich dann zunehmend in diesen Regionen ansiedeln – eine Tendenz, die schon heute zu erkennen ist. Dadurch könnten die bestehenden Muster regionaler Spezialisierung verändert werden. In einem solchen Szenario profitierten die peripheren Regionen von der Ansiedlung neuer Industrien bzw. dem Wachstum bestehender Branchen. Die geringe Größe des Landes erweist sich dabei als Vorteil.

Durch den bevorstehenden EU-Beitritt haben sich bereits jetzt schon positive Effekte im Bereich der Minderheitenpolitik ergeben. Neben den errungenen politischen Rechten, die vor allem den Staatenlosen zu Gute kamen, steht Estland jedoch vor großen Herausforderungen, um die unterschiedlichen Chancen und Lebensbedingungen aller Einwohner Estlands anzugleichen. Die politische, ökonomische und institutionelle Stabilisierung, die mit dem Beitritt einhergeht, könnte daher bestehende regionale, sektorale und soziale Unterschiede abbauen helfen.

Führt der EU-Beitritt Polens zur Vertiefung der strukturellen Disparitäten zwischen westlichen und östlichen Regionen? Eine Analyse der Grenzregionen Polens

Bei der Erstellung einer Typologie von Regionen werden in der Regel folgende Kriterien herangezogen: Größe: Groß-, Mittel- und Kleinregionen; Lage: Grenz- und Kernregionen; Zuständigkeit: direkte und Subregionen.¹ Unter funktionalen Aspekten lassen sich autonome, grenzüberschreitende, homogene und polarisierte Regionen sowie Planungs- und Verwaltungsregionen benennen.² Je nach Disziplin können zudem geographische, ökonomische, historische, politische, kulturelle, ethnische oder soziale Kriterien die Typologisierung ergänzen, um Regionen voneinander zu unterscheiden.³ Hinsichtlich des vorliegenden Untersuchungsgegenstandes hat sich der Regionalausschuss des Europäischen Parlaments auf eine Definition des Begriffs Grenzregion geeinigt. Der Beschluss sieht vor, dass jede Region, „die Land- und Seegrenzen mit den an der Erweiterung interessierten Ländern hat“, einer Grenzregion entspricht.⁴ Da dieser Versuch einer Definition von Grenzregionen sehr allgemein gehalten ist, lässt sich nicht nur an der Vernachlässigung zuvor angeführter Kriterien oder der funktionalen Aspekte von Grenzen ablesen. Auch reale Differenzen zwischen den Grenzregionen

1 Vgl. F. Esterbauer, Grundzüge der Formen regionaler Gliederung in politischen Systemen, in: ders. (Hrsg.), Regionalismus: Phänomen – Planungsmittel – Herausforderung für Europa: Eine Einführung, Wien 1979, hier S. 45.

2 Vgl. F.-L. Knemeyer, Europa der Regionen – Europa der Kommunen: Wissenschaftliche und politische Bestandsaufnahme und Perspektive, Baden-Baden 1994, hier S. 62f.

3 Vgl. F. Esterbauer (Anm. 1), S. 45f.; M. Schulz, Regionalismus und die Gestaltung Europas, Hamburg 1996; T. Conzelmann, Europa der Regionen, in: B. Kohler-Koch/W. Woyke (Hrsg.), Lexikon der Politik, Bd. 5, Die Europäische Union, München 1996, S. 61-68; S. Raich, Grenzüberschreitende und interregionale Zusammenarbeit in einem „Europa der Regionen“, Baden-Baden 1995.

4 Zitiert nach dem Newsletter des Verbindungsbüros der Kärntner Landesregierung bei der EU vom 11.04.2002, unter: www.vbb-kaernten.com, vom 13.12.02. Siehe auch die Mitteilung der EU-Kommission über die Auswirkungen der Erweiterung für die an Beitrittsländer angrenzenden Regionen – Gemeinschaftsaktion für Grenzregionen, in: 52001DC0437, KOM/2001/0437 endg. Fassung, Brüssel 2001, www.europa.eu.int/comm/dgs_de.htm, vom 13.12.02, zu finden.

hinsichtlich ihrer unterschiedlichen politischen und rechtlichen Systeme finden keine Erwähnung.

Dieser Aufsatz setzt sich zum Ziel, bestehende ökonomische und soziale Unterschiede zwischen westlichen und östlichen Grenzregionen in Polen zu untersuchen. Wir fragen, ob der Beitritt Polens zur Europäischen Union (EU) zu einer möglichen Vertiefung der strukturell verankerten regionalen Disparitäten zwischen den Grenzregionen führen wird. Zu diesem Zweck erfolgt zunächst eine Analyse der Faktoren und Ursachen wirtschaftlicher Prosperität oder des wirtschaftlichen Niedergangs von Grenzregionen. Der zweite Teil des Aufsatzes befasst sich mit der empirischen Analyse von jeweils drei östlichen und westlichen Grenzregionen. Hierbei sollen maßgebliche Entwicklungsunterschiede dieser beiden Räume herausgearbeitet werden. Besondere Berücksichtigung finden zudem Aspekte der Migration und der Grenzproblematik in ostpolnischen Regionen nach dem Beitritt zur EU. Der dritte Abschnitt beschäftigt sich mit der Regionalpolitik Polens und den wirtschaftspolitischen Strategien, die insbesondere im Zuge der jüngsten administrativen Reformen an Bedeutung gewannen. Das Hauptaugenmerk liegt dabei auf der institutionellen Ausgestaltung der 1999 in Kraft getretenen Verwaltungsreform. Das betrifft im Wesentlichen die Ausrichtung vorhandener Finanz- und Steuerungsinstrumente auf bestehende regionale Unterschiede. Abschließend erfolgt ein Ausblick auf die künftige Entwicklung polnischer Grenzregionen.

Ursachen regionaler Ungleichheit in Grenzregionen

Entwicklungshemmende Faktoren

Grenzen regulieren den Zugang zu einer bestimmten räumlichen Einheit, zu einem bestimmten Territorium. Diese Demarkation von Territorien hat Konsequenzen. Einerseits kommt es zu einem zentripetalen Effekt, das heißt zu einer Orientierung weg von der Grenze und hin zur Binnenregion. Die beiden Teile der Grenzregion entwickeln demnach mehr Distanz zueinander. Ein an sich gemeinsamer Wirtschaftsraum, in dem komplementäre Produktionsstrukturen vorhanden sind, wird getrennt. Die Grenzregion wird zur Peripherie, ihre Infrastruktur ist schlechter ausgestattet und die Erreichbarkeit wirtschaftlicher Zentren nimmt ab. Daher sind Grenzregionen auch häufig wirtschaftlich ärmere Regionen eines Landes. Vor diesem Hintergrund wäre die Zusammenarbeit mit der ebenso peripheren Region auf der anderen Seite der Grenze vernünftig, die Grenze wirkt hier jedoch als Interaktionsbarriere.⁵

5 Vgl. H. Van Houtum, What is the Influence of Borders on Economic Internationalisation? in: de P. Gijssel/M. Janssen/H.-J. Wenzel/M. Woltering (Hrsg.), *Understanding European Cross-Border Labour Markets*, Marburg 1999, S.107-142, hier S.

Erhöhte Transaktionskosten beschränken die grenzüberschreitende Bewegung von Gütern und Dienstleistungen. Durch materielle Hindernisse – beispielsweise Einfuhrbeschränkungen – und funktional-institutionelle Differenzen – Beschränkungen durch unterschiedliche Rechtssysteme und Normen – wird der Austausch erschwert. Dies ist vergleichbar mit den Auswirkungen einer starken geographischen Distanz. Die Filterfunktion der Grenze besteht somit darin, dass sie zwei institutionelle Systeme im Bereich des Rechtssystems, des politischen Systems, der Politikgestaltung und auch der geltenden gesellschaftlichen Normen erzeugt. Der Grenzraum kann dadurch zum Konfliktraum werden, in welchem unterschiedliche nationalstaatliche Zielsetzungen bezüglich des politischen oder ökonomischen Bereiches aufeinander treffen.⁶

Entwicklungsfördernde Faktoren

Andererseits kann der Grenzraum auch zu einem Kontaktraum werden. Voraussetzungen für einen solchen Zustand sind die Permeabilität der Grenze und die Existenz von grenzüberschreitenden Verflechtungen. Grenzregionen sind durch ein widersprüchliches Verhältnis zum Nationalstaat gekennzeichnet, da die besonderen Chancen von Grenzregionen zum einen auf der Wirksamkeit und zum anderen auf der praktischen Infragestellung nationalstaatlicher Regelungen beruhen. Geringere Transaktionskosten, zwischenbetriebliche Liefer- und Innovationsnetzwerke, die Nutzung und der Schutz gemeinsamer natürlicher Ressourcen sowie die Bereitstellung öffentlicher Güter sind mögliche Vorteile einer grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. In diesen „*zones of cultural overlap*“ sind Mehrsprachigkeit und multinationale Identitäten häufig anzutreffende Phänomene.⁷ Durch Pendlerbeziehungen und intensive grenzüberschreitende Kontakte kommt es zum alltäglichen Zusammentreffen unterschiedlicher Mentalitäten und Handlungsorientierungen. In dieser Situation werden höhere Anforderungen an die Kommunikationsfähigkeiten der Bevölkerung gestellt. Diese verfügt über besondere Kenntnisse von Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur des Nachbarlandes und ist dadurch in einer prädestinierten Lage, dorthin Kontakte zu pflegen. Welche Eigenschaften der Grenze dominieren, hängt schließlich von einer Vielzahl historischer, kultureller, gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Voraussetzungen ab: „(Borders) are a point of reference, a physical and cognitive

112; oder R. Ratti/S. Reichmann (Hrsg.), *Theory and Practice of Transborder Cooperation*, Basel 1993, S. 27.

6 S. Krätke/S. Heeg/R. Stein, *Regionen im Umbruch: Probleme der Regionalentwicklung an den Grenzen zwischen Ost und West*, Frankfurt a. M. 1997, hier S. 145.

7 H. Van Houtum (Anm. 5).

element of order, signification and identity... economic necessity, environmental pressures and basic human curiosity guarantee (however) that borders are permanently transcended, perforated, 'spiritualized' or otherwise disregarded."⁸

Die strukturellen Unterschiede von Grenzregionen stellen jedoch gleichzeitig Anreize für ausländische Direktinvestitionen (ADI) da. Hier sind die Erschließung neuer Absatzmärkte durch ausländische Vertriebs- und Produktionsstätten, Kosteneinsparungen durch Lohn- und Arbeitskostenunterschiede und unterschiedliche Umweltauflagen sowie die Erschließung von Innovationspotenzialen und -netzwerken durch die Ansnutzung vorhandener technologischer Kompetenzen zu nennen.⁹ Damit können Grenzregionen zur Plattform grenzüberschreitender regionaler Kooperation werden. Die räumliche Konzentration von Unternehmen hat ebenfalls mehrere Vorteile: Zum einen können hierdurch Transport- und Kommunikationskosten reduziert werden. Zum anderen besteht die Möglichkeit des Zugriffs auf erfahrene, spezialisierte Arbeitskräfte, Zulieferer und Dienstleister.¹⁰ Zudem können Informationen zwischen Unternehmen durch „*technological spill-over*“ oder „*knowledge spill-over*“ leichter ausgetauscht werden.¹¹ Regionale Netzwerke sind somit eine Voraussetzung für regionale Lernprozesse, in denen die gebündelten Kompetenzen, Methoden, Problemdefinitionen und Technologien schrittweise weiterentwickelt werden können.

8 J. Scott, Dutch-German Euroregions: A Model for Transboundary Cooperation?, in: W.-D. Eberwein/J. Scott/ A. Swedder/P. Ganster (Hrsg.), Border Regions in Functional Transition. European and North American Perspectives, Regio Series of the IRS, Nr. 9, Berlin 1996, S. 85f.

9 Zu unterschiedlichen Entwicklungs- und Wachstumstheorien von Regionen siehe auch B. Hamm/M. Litsch, Sunbelt versus Frostbelt: A Case for Convergence Theory? in: International Social Science Journal 39 (1987) 112, S. 199-214; E. Lauschmann, Grundlagen einer Theorie der Regionalpolitik, 3. Aufl., Hannover 1976; R. Ridinger, EG-Regionalpolitik: Wirtschaftlicher und sozialer Zusammenhalt in der Europäischen Gemeinschaft, Hamburg 1992; I. Schilling-Kaletsch, Wachstumspole und Wachstumszentren: Untersuchungen zu einer Theorie sektoral und regional polarisierter Entwicklung, Hamburg 1980; A. Topan, Das Leitbild der europäischen Kohäsionspolitik im Wandel, Rostock 1997.

10 Aus dieser Perspektive stellt die Grenzregion eine Wirtschaftsregion dar. Allerdings ist fraglich, ob die zumeist vorhandenen kleinen und mittleren Unternehmen nicht Gefahr laufen, ihre Eigenständigkeit zu verlieren. Mancherorts gehören diese zu Unternehmen, die außerhalb der Region ihren Hauptsitz haben, weshalb die regionalen Firmen nach Kriterien gesteuert werden, die mit dem eigentlichen Bedarf der Grenzregion jedoch nicht übereinstimmen. Damit werden die regionalen Unternehmen zu verlängerten Werkbänken überregionaler oder ausländischer Firmen.

11 P. Krugman, Geography and Trade, Cambridge 1991, S. 52.

Diese eher angebotsseitig argumentierenden Ansätze gehen davon aus, dass sich strukturelle Unterschiede auch positiv auf die Entwicklung der Grenzregionen auswirken können, indem z.B. „trickle-down“ Effekte bestehen.¹² Die Entstehung der Disparitäten beruht zumeist auf „regionalen Unterschieden in den Produktions- und Standortstrukturen, zudem können sie lagebedingt und/oder die Folge unterschiedlicher Abhängigkeiten von den interregionalen Verflechtungen sein. Sie sind Ausdruck regional unterschiedlicher Anpassungs- und Umstellungsfähigkeit in Rezessionsphasen, bei Nachfrageverschiebungen und/oder Veränderungen in den komparativen Kostenvorteilen“.¹³ Diese Gründe müssen aber vor dem Hintergrund betrachtet werden, dass den Regionen administrative und finanzielle Ressourcen zur Verfügung gestellt werden müssen, die es ihnen ermöglichen, die eigene Entwicklung zu steuern sowie eigene Standortvorteile effizient herauszuarbeiten und zu nutzen. Die Verlagerung von Entscheidungskompetenzen auf subnationale Einheiten fördert die Nähe und die Beteiligung der Bevölkerung bei der Gestaltung ihrer Region. Demgegenüber steht aber auch die Tendenz des Staates, mit der Verlagerung von Kompetenzen kostenintensive Aufgaben weiterzureichen.¹⁴ Deshalb muss bei dieser Form von Zentralisierung, gepaart mit subsidiären Elementen, genau analysiert werden, ob der neue Entscheidungs- und Handlungsspielraum der Regionen mit der entsprechenden Bereitstellung finanzieller Leistungen verbunden ist. Dieser Aspekt soll im vierten Kapitel Berücksichtigung finden.

Historische Kontinuitäten

Die akkumulierten Erfahrungen einer Region dokumentieren sich auch in der historischen Entwicklung der regionalen Wirtschaftsstrukturen. Für die polnischen Grenzregionen stellt Gorzelak fest, dass der Urbanisierungsgrad im Westen Polens deutlich höher ist als in den östlichen Regionen (siehe Tabelle 2).¹⁵ Die Ursache für diesen Entwicklungsunterschied sieht er unter anderem im Mangel an Eigenstaatlichkeit in der Zeit des ausgehenden 18. Jahrhunderts bis zum Ende des Ersten Weltkriegs begründet. Der dadurch vollzogene Ausschluss dieser Regionen vom westeuropäischen Industrialisierungsprozess hatte neben räumlichen auch politische und wirtschaftliche Auswirkungen auf die Strukturen des Landes. Heute existieren in den östli-

12 Vgl. I. Schilling-Kaletsch, S. 33f. Siehe vor allem auch Anm. 13.

13 Vgl. E. Lauschmann (Anm. 9), S. 94.

14 Erwähnt seien hier der Bereich der sozialen Sicherungssysteme sowie die regionale Strukturpolitik.

15 G. Gorzelak/B. Jałowiecki, European Boundaries: Unity or Division of the Continent? in: *Regional Studies* 36 (2002) 4, S. 409-419.

chen Regionen nur circa 16 Prozent aller polnischen Städte, wovon wiederum lediglich rund zwei Prozent aus der Zeit des 13. Jahrhunderts stammen.¹⁶ Daher teilt er das heutige polnische Territorium in zwei Räume ein, deren Grenzlinie entlang der Weichsel verläuft. Alle Gebiete westlich der Weichsel seien historisch einem starkem Einfluss des Westens ausgesetzt und dadurch prosperierender Bestandteil Westeuropas geworden. Demgegenüber seien die östlich des Flusses gelegenen Gebiete unter ehemals russischem Einfluss Osteuropa zuzurechnen und vergleichsweise rückständig geblieben.¹⁷ Kwiatkowski und Okraszewska führen die Entwicklung heutiger Wojewodschaften ebenfalls auf historische Prozesse in der Phase des 18. bis zum beginnenden 20. Jahrhundert zurück, die sich insbesondere in wechselnden Herrschaftsformen über das polnische Territorium bis zu seiner teilweisen Unabhängigkeit 1918 manifestierten.¹⁸

Für die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg bis 1989 ist der ausgeprägte Egalitarismus kennzeichnendes Merkmal der regionalen Entwicklung in Polen wie auch in vielen anderen mittel- und osteuropäischen Ländern. Ziel sozialistischer Planungspolitik war die Verwirklichung gleicher Lebensbedingungen in allen Regionen, was insbesondere durch große Infrastrukturprojekte und Investitionen im Schwermaschinen- und Stahlbereich in strukturschwachen Gebieten umgesetzt wurde. Diese Strategie der forcierten Angleichung kann jedoch als gescheitert betrachtet werden. Die Planungspolitik des sozialistischen Staates konnte historische Pfadabhängigkeiten kaum durchbrechen: „The influence of historic conditions ... was so strong that actions taken to reduce the differences between the regions failed or even backfired.“¹⁹

Empirische Analyse ausgewählter Grenzregionen

Auf der Grundlage der Berechnungen zum Anstieg des BIP pro Kopf in den ausgewählten Beitrittskandidatenländern, die vom Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) durchgeführt wurden, ist festzustellen, dass

16 Ebenda, S. 412.

17 Vgl. dazu auch G. Gorzelak, *Regional Policies and Regional Capacity-Building in Poland*, in: M. Brusius (Hrsg.), *Central and Eastern Europe on the Way into the European Union: Regional Policy-Making in Bulgaria, the Czech Republic, Estonia, Hungary, Poland and Slovakia*, München 1999, S. 131-157, hier S. 134f.

18 A. Kowalczyk, *Local Government in Poland*, in: T. M. Horváth, (Hrsg.), *Decentralization: Experiment and Reform*, Budapest 1999, S. 217-253.

19 G. Gorzelak/B. Jałowicki (Anm. 15), S. 189.

„sich der Aufholprozess in den Hauptstadtregionen konzentriert.“²⁰ Dabei wird auch deutlich, dass erkennbare Ungleichheiten zwischen den westlichen und östlichen Grenzregionen in allen hier aufgeführten Beitrittskandidatenländern bestehen.

Abbildung 1 zeigt deutlich, dass die Zunahme im Pro-Kopf-Einkommen in den westlichen Grenzregionen stärker ist als in den östlichen. Eine Ausnahme bildet die Slowakische Republik, dort verhält es sich umgekehrt. Die regionalen Unterschiede in Polen im Vergleich zu Ungarn sind jedoch geringer. Das Muster regionaler Entwicklung in Polen deckt sich eher mit der Tschechischen Republik, in der durch die Hauptstadt Prag Wachstum in einer Region konzentriert wird. Wie bereits zu Beginn ausgeführt, werden drei westliche – zurzeit an die EU angrenzende – Wojewodschaften (Zachodniopomorskie, Lubuskie, Dolnośląskie) und drei östliche – nach dem Beitritt Polens an der Außengrenze der EU sich befindende – Wojewodschaften (Podlaskie, Lubelskie, Podkarpackie) analysiert. Um zu untersuchen, welche Formen der Ungleichentwicklung in den polnischen Grenzregionen vorliegen, sollen folgende Indikatoren verwendet werden: Urbanisierungsgrad, Arbeitslosenquote, Zahl der Unternehmen mit ausländischen Kapitalanteilen, das Brutto-Gehalt pro Person im Unternehmenssektor sowie Migrationsprozesse. Es sollte auch geprüft werden, ob sich eine Tendenz zur stärkeren Konzentration von Innovationspotenzial nahe den schon bestehenden Entwicklungszentren und in den Technologieclustern bestätigt. Da vor allem Investitionen mit ausländischem Kapital als Anreiz für die Entwicklung einer Region gelten, soll auch die Standortattraktivität der Regionen erörtert werden.

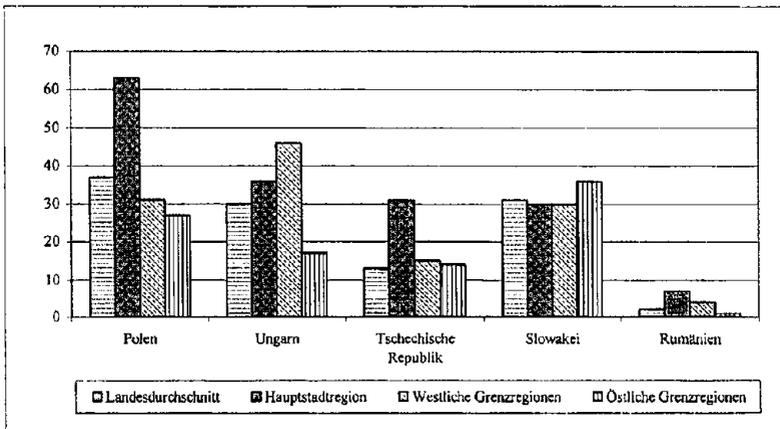
Tabelle 1 ist zu entnehmen, dass die drei Hauptstädte der betrachteten östlichen Grenzregionen bei der Investitionsattraktivität in die Kategorie C (geringste Investitionsattraktivität) eingestuft wurden (Lublin – Wojewodschaft Lubelskie; Białystok – Podlaskie; Rzeszów – Podkarpackie). Wrocław, die Hauptstadt der Wojewodschaft Dolnośląskie befindet sich in Kategorie A, während sich Stettin/Szczecin (Zachodniopomorskie) und Grünberg/Zielona Góra (Lubuskie) in der Kategorie B wiederfinden.²¹ Die Regionalhauptstädte der westlichen Regionen zeichnen sich nicht nur als

20 K. Lammers, Osterweiterung aus Raumwirtschaftlicher Perspektive – Prognosen regionalökonomischer Theorien und Erfahrungen aus der bisherigen Integration in Europa, HWWA Discussion Paper, Nr. 195, Hamburg 2002, S. 24.

21 Vgl. Tab. 1. Die hier vereinfachte Darstellung weist mit Kategorie A den höchsten Grad an Investitionsattraktivität aus. Die Wojewodschaft Lubuskie besitzt jeweils zwei Wojewodschaftshauptstädte: Zielona Góra (Kategorie B) als Sitz des Wojewoden und des Wojewodschaftsamtes und Gorzów Wlkp. (Kategorie C) als Sitz des Regionaltages und des Marschallamtes.

Wirtschaftsstandort durch ihre relative Nähe zur jetzigen Außengrenze der EU aus. Die Anziehungskraft für die Ansiedlung von Investoren sowie deren spezifisch positiver Einfluss könnten beispielsweise in einem bestehenden Anreiz für eine Betriebsverlagerung aufgrund niedriger Transportkosten bestehen.

Abbildung 1
Zunahme des BIP pro Kopf in den Regionen der Beitrittskandidatenländer zwischen 1995–1999 in %



Quelle: K. Lammers, Osterweiterung aus Raumwirtschaftlicher Perspektive, HWWA Diskussion Paper, Nr. 195, Hamburg 2002.

Vom Beitritt Polens könnte auch der Dienstleistungssektor (z.B. Einzelhandel, Handwerk) vor allem in den westlichen Grenzregionen weiter profitieren. Nach der vereinfachten Darstellung ist festzuhalten, dass ostpolnische Wojewodschaften – deren Hauptstädte sich in der Kategorie C befinden – eine geringere Anziehungskraft für ausländische Investoren aufweisen. Für deren Unattraktivität sind im Wesentlichen die räumliche Entfernung, die bestehenden Transportkosten, der Mangel an Infrastruktur sowie ein niedriger Urbanisierungsgrad verantwortlich (siehe Tabelle 2).

Tabelle 1: Kategorien der Investitionsattraktivität

Kategorie A	Kategorie B	Kategorie C
	Danzig/Gdańsk	
	Stettin/Szczecin	Bromberg/Bydgoszcz
Warschau/Warszawa	Oppeln/Opole	Landsberg/Gorzów
Posen/Poznań	Kattowitz/Katowice	Wielkopolski
Krakau/Kraków	Lodz/Łódź	Kielce
Breslau/Wrocław	Allenstein/Olsztyn	Lublin
	Grünberg/Zielona	Rzeszów
	Góra	Białystok
	Thorn/Toruń	

Quelle: Profil wrażliwości gospodarki regionalnej na integrację z Unią Europejską, Unabhängiges Institut für Marktforschung Danzig (Instytut Badań nad Gospodarka Rynkowa) (Hrsg.), Gdańsk 2003.

Siehe: www.ibngr.pl, 15.08.2003, http://rzeczpospolita.pl/tematy/raport_ibngr/, 15.09.2003.

Als ein hemmender Faktor in der Entwicklung Polens ist eine wachsende strukturelle Arbeitslosigkeit zu beobachten, die Folge des Transformationsprozesses ist und durch die anhaltende Rezession der Weltwirtschaft intensiviert wurde.²² Ein weiteres schwerwiegendes Problem für den polnischen Arbeitsmarkt besteht in dem hohen Anteil von Erwerbstätigen im Agrarsektor. Dies betrifft vor allem die östlichen Grenzregionen Polens. Der Anteil der Beschäftigten im Bereich der Landwirtschaft beträgt gemessen am regionalen Arbeitsmarkt in den westlichen Wojewodschaften Zachodniopomorskie 14,6, in Lubuskie 16,9 Prozent, und in Dolnoślaskie 15,5 Prozent. In den ostpolnischen Grenzregionen liegt der Anteil mit 50,8 Prozent in Lubelskie, 45,7 Prozent in Podkarpackie sowie 45,2 Prozent in Podlaskie um ein Vielfaches höher.²³ Dabei ist zu berücksichtigen, dass die dortigen Landwirtschaftsbetriebe mit ca. fünf Ha zu bewirtschaftender Fläche den Betrieben Westpolens mit einer durchschnittlichen Größe von ca. 20 Ha unterlegen sind. Die Folge ist mangelnde Konkurrenzfähigkeit, was sowohl den nationalen als auch den europäischen Markt anbelangt. Der Mangel an Investitionen, veraltete Anbaumethoden und Tierhaltung führen schrittweise

22 G. Gorzelak, Europäische Integration und Regionalpolitik in den Transformationsländern, in: H. J. Wagener, (Hrsg.), Im Osten was Neues. Aspekte der EU-Osterweiterung, Bonn 1998, hier S. 306

23 Vgl. Rocznik Statystyczny Rzeczpospolitej Polskiej, Główny Urzad Statystyczny (Hrsg.), Warszawa 2000, S. XLVI; oder unter: www.stat.gov.pl.

zur Verarmung der ländlichen Bevölkerung. Ein weiterer Grund für die langsame Entwicklung der ostpolnischen Räume ist die geringe Industriedichte. Die westlichen Regionen Polens sind jedoch auch von Restrukturierungsmaßnahmen betroffen, da es dort zu vermehrten Schließungen von staatlichen Landwirtschaftsbetrieben kommt. Die Raumstrukturen in den westlichen Grenzregionen entstanden als Ergebnis der Umsiedlungen nach 1945. In Folge dessen wurden eher staatliche Großbetriebe (PGR) und Genossenschaften (RSP) gegründet. Ihr Niedergang seit 1989 verursachte strukturelle Arbeitslosigkeit besonders auf dem Land, wohingegen in den östlichen Regionen eine Krise der kleinen Betriebe mit hohen Subsistenzproduktionsanteilen herrscht.

Prinzipiell scheint es schwierig, die Auswirkungen der Arbeitslosigkeit auf die Migration und die Wanderungsbewegungen abzuschätzen. Dasselbe gilt für das Verhältnis zwischen dem Investitionsfluss für die künftige Entwicklung der Regionen und den daraus erwachsenden Beschäftigungsmöglichkeiten. Tabelle 2 zeigt, dass die Regionen mit dem größten Zufluss von ADI auch die höchste Arbeitslosenquote haben. Regionen, die zurzeit über eine geringe Anzahl von Beschäftigten im privaten Sektor und einen geringen Anteil an ausländischen Investitionen verfügen, sehen sich allerdings der Gefahr vermehrter Arbeitslosigkeit ausgesetzt. Dies betrifft vor allem die östlichen Grenzregionen. Diese weisen zunächst eine geringere Arbeitslosigkeit auf, wie die Wojewodschaften Podlaskie mit einer Arbeitslosenquote von 14,5 Prozent, Lubelskie mit 15,3 Prozent und Podkarpackie mit 16,2 Prozent. Der Hohe Anteil an Subsistenzproduktion scheint dabei eine gewisse Absorptionsfunktion der Arbeitslosigkeit zu entfalten. Für die Zukunft bedeutet dies, dass der Rückgang der Beschäftigung in Forst- und Landwirtschaft unvermeidlich ist. Finanzielle Investitionen in die kleinen ostpolnischen Landwirtschaftsbetriebe sind entweder kaum wahrscheinlich, oder nur mit Hilfe der EU sowie des polnischen Staates denkbar.

In der EU-Grenzregion Dolnośląskie, deren BIP pro Kopf 102,3 Prozent – pro Kopf ca. 18.324 PLN – gemessen an Polens Durchschnitt von 100 Prozent beträgt, liegt die Arbeitslosenquote bei 22,2 Prozent. Noch ausgeprägter ist die Arbeitslosigkeit in den Wojewodschaften Lubuskie mit 26,2 Prozent und Zachodniopomorskie mit 27,2 Prozent. In den ostpolnischen Wojewodschaften Podlaskie erreicht das BIP pro Kopf 72,8 Prozent, in Lubelskie nur 69,8 Prozent des Landesdurchschnitts.²⁴

24 D. Wyszowska, *Polityka regionalna jako instrument podwyższenia konkurencyjności polskich regionów*, Katedra Polityki Regionalnej i Gospodarki Przestrzennej na Uniwersytecie Białostockim, S. 3; unter: www.instytut.info/referaty/Wyszowska.pdf, vom 15.10.2003.

Tabelle 2
Wirtschaftliche und soziale Merkmale der untersuchten Grenzregionen

Wojewodschaft	Dolnośląskie	Lubuskie	Zachodniopomorskie	Lubelskie	Podkarpackie	Podlaskie
Bevölkerung (in 1000)	2 970	1 024	1 734	2 227	2 131	1 219
Arbeitslosenquote (%)	22,2	26,2	27,2	15,3	16,2	14,5
BIP pro Kopf (PLN) ²⁵	18324	15723	17489	12146	12608	13174
Urbanisierungsgrad (%) [*]	71,4	64,6	69,5	46,8	40,9	58,6
Bruttogehalt pro Person im Unternehmens-sektor (in EUR) [*]	525	452	506	457	444	463
Anzahl von Gesellschaften mit Auslandskapital	4634	2010	3119	729	593	357
Saldo der in- und externen Migration (auf 1000 Einwohner)	-0,3	-1,0	-0,6	-1,7	-1,1	-1,2
Arbeitslosenquote der Hochqualifizierten (%)	2,7	2,2	3,0	4,8	3,5	4,0

Quelle: Zentrales Amt für Statistik Warschau, * Polnische Agentur für Ausländische Investitionen²⁶

Bisher wurden in der Region Dolnośląskie ca. 4.634 Unternehmen mit Anteilen von ausländischem Kapital gegründet. Das entspricht etwa 6,8 Prozent der gesamten ADI in Polen. Im Vergleich dazu existieren in der Woje-

²⁵ Am 15.09.2003 betrug der offizielle Wechselkurs: 1 EUR = 4,44 PLN.

²⁶ Polski Główny Urząd Statystyczny w Warszawie, 2003, www.stat.gov.pl; Polska Agencja Inwestycji Zagranicznych, www.paiz.pl.

wodschaft Podlaskie nur ca. 357 Unternehmen dieser Art. Das entspricht einem Anteil an den gesamten ADI von 0,5 Prozent.²⁷

Die Standortattraktivität einer Region wird nicht zuletzt in hohem Maße durch die verfügbaren Humanressourcen bestimmt. Einkommensgefälle bedingen vor allem den Abfluss von Arbeitskräften aus weniger entwickelten Regionen. Die Arbeitskräftemigration vergrößert daher die vorhandenen regionalen Disparitäten zwischen politisch und ökonomisch ungleich entwickelten Regionen und stellt eine zusätzliche Belastung dar.²⁸ Da sich die Gruppe der Arbeitslosen zumeist aus wenig mobilen Personen mit lediglich abgeschlossener Grundschul- oder Berufsausbildung zusammensetzt, die insgesamt circa zwischen 60 und 70 Prozent aller Arbeitslosen in Polen ausmacht,²⁹ ist die Arbeitskräftewanderung unter den polnischen Regionen gering. Migration findet zumeist innerhalb einer Region oder in die benachbarten Regionen statt. In den westlichen Regionen – beispielsweise Dolnośląskie mit 2,7 Prozent – sind Personen mit einem Hochschulabschluss in geringerem Maße von der Arbeitslosigkeit betroffen, als in den östlichen Regionen, wie zum Beispiel in Lubelskie mit 4,8 Prozent. Tabelle 2 zeigt den Migrationsaldo für die untersuchten Regionen. Der Saldo fällt vor allem in den westlichen Grenzregionen positiv aus, woraus sich für die östlichen Regionen die Gefahr des Abflusses von Arbeitskräften ergibt. Integrations-theoretischen Ansätzen folgend, könnte die Öffnung der Grenzen zwischen der heutigen EU und Polen ebenfalls einen Abfluss von hoch- und fachausgebildeten Arbeitskräfte grenznaher Regionen verursachen. Der Abwanderungsprozess vollzöge sich demnach bis zu dem Zeitpunkt, an welchem sich die Grenzproduktivität und damit die Löhne im Integrationsraum angeglichen haben.³⁰ Ob es jedoch zu solchen Wanderungen insbesondere in die heutige EU kommt, auch wenn die erhoffte schnelle Angleichung der Lebensverhältnisse verzögert wird, bleibt umstritten. Schätzungen gehen davon aus, dass das Migrationspotenzial relativ gering ist gemessen an der Aufnahme-fähigkeit der Arbeitsmärkte der heutigen EU-Mitgliedsstaaten.³¹

27 Vgl. Profil wrażliwości gospodarki regionalnej na integrację z Unią Europejską, Instytut Badań nad Gospodarką Rynkową, unter: www.rzeczpospolita.pl/tematy/raport_ibngr/, vom 15.09.2003.

28 H. Werner, Wirtschaftliche Integration und Arbeitskräftewanderungen in der EU, in: APuZ 8 (2001), S. 13.

29 Im Wesentlichen sind hier die westlichen Wojewodschaften gemeint, wie zum Beispiel Zachodniopomorskie mit 73 Prozent. In den östlichen Wojewodschaften beträgt die Quote rund 60 Prozent. Unter: www.paiz.pl, vom 15.08.2003.

30 H. Werner (Anm. 28), S. 13.

31 T. Straubhaar, Ost-West-Migrationspotential: Wie groß ist es? HWWA Discussion Paper Nr. 137, Hamburg 2001.

Tabelle 3: BIP pro Kopf in den Grenzregionen Polens 1998–2000 in PLN

	Dolnośląskie	Lubuskie	Zachodniopomorskie	Lubelskie	Podkarpackie	Podlaskie
1998	14 290	13 062	13 980	10 383	10 866	10 926
1999	16 273	14 444	15 924	11 112	11 685	11 580
2000	18 324	15 900	17 489	12 146	12 608	13 174

Quelle: Zentrales Amt für Statistik Warschau³²

Tabelle 3 verdeutlicht, dass im Verlauf der Jahre 1998 bis 2000 die westlichen Wojewodschaften ein wesentlich höheres Pro-Kopf-Einkommen aufwiesen, als dies in den östlichen Regionen der Fall war. Es lässt sich auch die Tendenz eines schnelleren Zuwachses des Pro-Kopf-Einkommens in den westlichen Grenzregionen erkennen (siehe auch Abb. 1). Dies könnte die Prognose bestätigen, dass sich in Folge des Integrationsprozesses die bestehenden Entwicklungsgefälle eher vertiefen werden. Nach dem Beitritt Polens zur EU werden die östlichen Grenzregionen Polens Teil der EU-Außengrenze sein. Im Fall der westlichen Wojewodschaften wird das Hindernis der Grenze für die regionalen Wirtschaftskontakte und die Entwicklung der Region wegfallen. Es steht zu befürchten, dass die verstärkte Sicherung der zukünftigen östlichen Außengrenze der EU die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Polen und seinen östlichen Nachbarn erschwert. Nach dem bis 01.10. 2003 geltenden zwischenstaatlichen Abkommen zwischen Polen und der Ukraine bestand ein visafreier Verkehr für die Bürger beider Staaten.³³ Bezüglich der Ukraine diente dieser freizügige Verkehr, besonders vor dem Hintergrund des herrschenden Preis- und Einkommensgefälles, zur Entwicklung grenzüberschreitender Kleinhandelsaktivitäten im Grenzgebiet.³⁴ Der Kleinhandel setzt sich aus dem so genannten Basarhandel in den Grenzstädten und dem Einkaufstourismus zusammen. Da die ukraini-

32 Ebenda. Siehe auch: Rocznik Statystyczny Rzeczypospolitej Polskiej 2000, 2001, sowie 2002, Główny Urząd Statystyczny (Hrsg.), Warszawa.

33 Seit 1.10.2003 können Ukrainer mit einem kostenlosen Visum einreisen, während polnische Bürger für die Ukraine kein Visum benötigen. Für die russischen und weißrussischen Bürger hat Polen am 01.10.2003 kostenpflichtige Visa eingeführt, was von deren Seite ebenfalls getan wurde.

34 A. Haase/A. Wust, Europas neue Peripherie? in: Welt Trends 34 (2002), S.15.

schen Bürger Genussmittel und Kleidung zumeist in Polen erwerben, entstanden im ostpolnischen Gebiet viele kleine Firmen, die für den Bedarf des Kleinhandels produzieren. Deshalb drohen im Falle der Grenzschließung neue Belastungen für den Grenzhandel.

Um die Standortattraktivität der polnischen Regionen zu erhöhen, wurde die Gründung von Sonderwirtschaftszonen (SWZ) sowie so genannten „Euro-Parks“ beschlossen. Sie bestehen vermehrt in den untersuchten Grenzregionen. Beispielsweise entstanden in der Wojewodschaft Podlaskie die SWZ-Suwałki sowie in der Wojewodschaft Podkarpackie der Euro-Park-Mielec und der Euro-Park-Wislosan. In den westlichen Grenzregionen Lubuskie und Dolnośląskie existieren die SWZ-Kostrzyn-Stubice sowie die SWZ-Wałbrzych, Kamienna Góra und Legnica. Die übrigen beiden Wojewodschaften Lubelskie und Zachodniopomorskie weisen bisher keine SWZ aus. Die Merkmale einer SWZ beruhen zumeist auf der staatlichen Investitionsförderung von bis zu 50 Prozent des Investitionsaufwandes von größeren Unternehmen und bis zu 65 Prozent des Investitionsaufwands von kleinen- und mittleren Unternehmen (KMU).³⁵ Diese Vorgehensweise entspricht aber keineswegs den geltenden Rechtsvorschriften der EU, weshalb sich erhebliche Probleme für die polnische Seite im Zuge der Beitrittsverhandlungen ergaben.

Politische Problemlösungen für die Polarisierungsprozesse am Beispiel der Verwaltungsreform von 1999

Das zögerliche Eingreifen des polnischen Zentralstaates könnte die Ungleichheiten in Polen zusätzlich vertiefen. Eine Peripherisierung der ostpolnischen Grenzregionen wäre das Ergebnis. In einem solchen Szenario bildete der Raum zwischen Posen und Warschan mit einer Ausdehnung bis in die deutsch-polnische Grenzregionen, insbesondere Gdańsk, Szczecin und Wrocław, das Zentrum zukünftiger wirtschaftlicher Prosperität. Die Hauptstädte dieser Wojewodschaften wären dann die Hauptentwicklungsachsen und könnten als Gebiete mit überdurchschnittlichem Lebensstandard und hohen Entwicklungspotenzialen am ehesten die Angleichung an die wirtschaftlichen Verhältnisse der EU schaffen. Die östlichen Grenzregionen Polens mit den sich im Umstrukturierungsprozess befindenden Großstädten Lublin,

35 Die SWZ entstanden auf der Grundlage des am 20.10.1994 in Kraft getretenen Gesetzes über die Sonderwirtschaftszonen. Nach diesem Gesetz sowie seiner Änderung vom 16.11.2000 beträgt die staatliche Unterstützung (Regionalsubvention) zwischen 50 und 60 Prozent des Investitionsaufwandes für einen Zeitraum von 20 Jahren ab der Gründung und Ansiedelung des Unternehmens. In: Dziennik Ustaw, Nr 123, poz. 600, 24.11.1994 sowie Dziennik Ustaw, Nr 117, poz. 1228, 23.12.2000.

Rzeszów und Białystok werden demnach künftig die Peripherie bilden. Die nordöstlich liegende Wojewodschaft Podlaskie besitzt aber aufgrund ihrer landschaftlichen Vorteile sowie einer geringen Entfernung zu Warschau die Möglichkeit, sich als Zielregion der Wochenendtouristik für Warschauer Bewohner zu entwickeln.³⁶

Die Gebiets- und Verwaltungsreform, die am 01.01.1999 in Kraft getreten ist, wird als eine zentrale Voraussetzung für effektive Lösungsansätze gesehen, um den voranschreitenden Polarisierungsprozess zwischen den Grenzregionen zu stoppen. Die Republik Polen „soll – laut ihrer Verfassung, angenommen am 02.04.1997 – ein unitarischer Staat sein“.³⁷ Dies trifft in dieser Form heutzutage nicht mehr zu, da das polnische Parlament Ende 1998 eine Verwaltungsreform beschlossen hat. So kennzeichnet Polen seitdem ein dezentralisiertes Rechts- und Verwaltungssystem, in welchem die aus gesamtstaatlichen Wahlen hervorgehenden beiden Kammern des Parlaments, Sejm und Senat, die alleinigen gesetzgebenden Organe sind. Die Wojewodschaften sind territoriale Einheiten der Staatsverwaltung und neben den Gemeinden und Kreisen dritte Säule der lokalen Selbstverwaltung.³⁸ Die Funktion, die sie vor der Verwaltungsreform innehatten, entsprach in etwa der der bundesdeutschen Regierungsbezirke. Die Gebiets- und Verwaltungsreform führte zu einer Neugliederung Polens in 16 Wojewodschaften, statt der bisherigen 49 territorialen Einheiten. Die Neueinteilung erfolgte dabei nach dem Vorbild des regionalen Zuschnitts in der EU, um die Zusammenarbeit untereinander sowie die Inanspruchnahme der EU-Strukturfonds zu erleichtern.³⁹ Die Regionalämter wurden abgeschafft und die Kreise als Selbstverwaltungskörperschaft wiedereingeführt. Der Wojewode, der durch den Ministerrat ernannt wird, fungiert als ‚verlängerter Arm Warschaus‘ und ist oberster Vertreter der Regierungsadministration in der Wojewodschaft

36 G. Węclawowicz, *Przestrzeń i społeczeństwo współczesnej Polski. Studium z geografii społeczno gospodarczej*, Wydawnictwo Naukowe PWN, Warszawa 2002.

37 *The Constitution of the Republic of Poland*, Chancellery of the Sejm (Hrsg.), Warszawa 1999, hier S. 5.

38 W. Glowacki, *Regionalization in Poland*, in: G. Marcou (Hrsg.), *Regionalization for Development and Accession to the European Union: A Comparative Perspective*, Budapest 2002, S. 103-140, S. 110f.

39 Im Zusammenhang damit wurde im Jahr 2000 die Nationale Entwicklungsstrategie für den Zeitraum 2001-2006 verabschiedet. „The general goal of the policy is formulated as ... creating conditions for the growth of the competitiveness of regions and counteracting the marginalization of certain areas in such a way as to support the long-term economic development of the country, its economic, social and territorial cohesion, and its integration with the EU“. Zitiert nach W. Glowacki (Anm. 38), hier S. 127. Zudem wird angeführt, dass die Implementierung der nationalen Strategie entscheidend von der finanziellen Unterstützung durch die EU abhängt.

und verpflichtet, „die politischen Ziele des Ministerrats an die lokalen Bedingungen anzupassen. Zugleich hat er die Aufsichtshoheit über die Einheiten der territorialen Selbstverwaltung, ist das übergeordnete Organ im Verwaltungsverfahren (...) sowie Vertreter des Fiskus und koordiniert unter anderem die Aufgaben auf dem Gebiet der Verteidigung und der Sicherheit des Staates in der Wojewodschaft.“⁴⁰ Damit besitzt der Wojewode weitreichenden Einfluss auf die Geschicke der Wojewodschaft. Die Organe der Wojewodschaft sind das Wojewodschaftsparlament – Sejmik – und eine fünfköpfige Exekutive, der Wojewodschaftsvorstand. An dessen Spitze steht der Marschall, ein von den Abgeordneten gewählter Vertreter.⁴¹ Dieses Amt wurde im Gegensatz zu jenem des Wojewoden erst durch die Reform geschaffen. Der Marschall repräsentiert die Wojewodschaft in ihren partnerschaftlichen Beziehungen. Gleichzeitig obliegt es ihm und den übrigen Organen der regionalen Selbstverwaltung, erstens „Aktivitäten zur Entwicklung der Wojewodschaft und zweitens die Erfüllung gesetzlicher festgelegter konkreter Aufgaben von regionaler Bedeutung auszuführen und zu gewährleisten.“⁴² Das Verhältnis zwischen Marschall und Wojewode kann demnach als konfrontativ beschrieben werden, selbst unter der Prämisse, dass beide der gleichen Partei angehören. Diese Konkurrenz beruht zum einen in der Tatsache, dass das Amt des Marschalls neu geschaffen wurde, zum anderen versucht dieser den Einfluss Warschaws möglichst gering zu halten.

Eine originäre föderale Struktur wurde demzufolge nicht geschaffen. Die Wojewodschaften verfügen seit 1999 zwar über stärkere eigene Kompetenzen im Bereich der Selbstverwaltung. So ist zum Beispiel ein Schwerpunkt im Bereich des Finanz- und Steuerungsinstrumentariums die Realisierung einer regionalen Entwicklungsstrategie.⁴³ Głowacki verdeutlicht in seinem

40 Des Weiteren unterstehen ihm verschiedene Bereiche der Wojewodschaft, wie Polizei, Feuerwehr, Katastrophenschutz oder Bauaufsicht. Vgl. Reform der öffentlichen Verwaltung in Polen, In: Deutsch-Polnisches Informationsbulletin TRANSODRA, Nr. 19, Februar 1999, S. 53-58, unter: www.dpg-brandenburg.de/tr_19/administration.htm, vom 06.12.2003.

41 Vgl. ebd. sowie: Bundeszentrale für politische Bildung, Informationen zur politischen Bildung 273 (2001), S. 18-20; H. Kosarczyn, Regional Development in Poland – An Overview, in: Polska Agencja Rozwoju Regionalnego (Hrsg.), Warszawa 2001. Der Aufbau der Verwaltung ist auch im Internet unter: www.mswia.gov.pl und www.parr.pl zu finden.

42 Vgl. Deutsch-Polnisches Informationsbulletin TRANSODRA (Anm. 40).

43 A. Kowalczyk (Anm. 18), hier S. 226-228. Die regionale Entwicklungsstrategie umfasst folgende Ziele: Entwicklung, Förderung und Kultivierung des nationalen, zivilen und kulturellen Bewusstseins, die Steigerung von Wettbewerb und Innovation

Aufsatz jedoch den in der Realität begrenzten Handlungsspielraum der Wojewodschaften, da nur eine geringe Eigenständigkeit auf der Einnahmeseite besteht. Maßgebliche Einnahmeposten der Regionen im Jahre 2000 waren zweckgebundene Zuweisungen und generelle Subventionen der Regierung sowie eigene Steuereinnahmen. 84 Prozent aller Einnahmen der Regionen stammten demnach aus Warschau, wodurch die Zentralregierung einen starken Einfluss auf die finanzielle Situation der Regionen ausübt.⁴⁴ Für die Gemeinden ergibt sich eine etwas bessere Bilanz, was die Eigenfinanzierung ihrer Ausgaben betrifft. Diese haben 1997 35,2 Prozent ihrer Ausgaben unabhängig von Warschau bestritten, obwohl dies eine Verschlechterung gegenüber 1994 ist, wo noch 40,4 Prozent eigene Steuereinnahmen (z.B. Grundsteuer) flossen. Der Anteil der gemeinsamen Steuern (z.B. Anteil an der Einkommenssteuer) am Gemeindehaushalt, die zwischen der zentralen und der lokalen Ebene aufgeteilt werden, stieg 1997 leicht auf 24,2 Prozent an.⁴⁵ Obwohl die Gemeinden mehr Kompetenzen zugesprochen bekommen haben, sank ihr Steueranteil am BSP von 3,54 Prozent 1997 auf 2,93 Prozent im Jahr 1999.⁴⁶

Auch die Wojewodschaften erfuhren eine Stärkung ihrer Kompetenzen insbesondere bei der Formulierung regionaler Entwicklungsstrategien. Das Vorantreiben der wirtschaftlichen Entwicklung als zentrales Element dieser Strategien baut insbesondere auf die Schaffung von mehr Wettbewerb und Innovation.⁴⁷ Dabei übernimmt die Administration der Wojewodschaft mit der Aufnahme und dem Ausbau internationaler Kooperationsbeziehungen

der regionalen Wirtschaft, die Erhaltung der Kultur und der Umwelt sowie die Aufrechterhaltung der räumlichen Struktur.

44 Vgl. W. Głowacki (Anm. 38), S. 123 f. Weitere Einnahmen resultieren aus Ausgleichszahlungen, den Anteilen aus Einkommens- und Körperschaftssteuern (1999 betragen sie 1,5 und 1 Prozent des Gesamtaufkommens) sowie der Eigentumssteuer der Wojewodschaft. Prinzipiell ist für die allgemeinen Subventionen anzufügen, dass sie sowohl für Regionen als auch für die Gemeinden lediglich Ergänzungszahlungen für die Co-Finanzierung von Projekten in den Bereichen Bildung und Straßenbau darstellen.

45 A. Kowalczyk (Anm. 18), hier S. 235.

46 OECD, Fiscal Design Across Levels of Government. Year 2000 Surveys. Country Report Poland. Directorate for Financial, Fiscal and Enterprise Affairs, Paris 2001, hier S. 15.

47 W. Głowacki (Anm. 38), S. 125f. Nationale und regionale Entwicklungsstrategien sind Bestandteile von sogenannten Regionalverträgen. Diese kommen auf Antrag der jeweiligen Wojewodschaft zustande. Sie beinhalten seitens Warschauer Strategieelemente zur Regionalentwicklung sowie ein individuelles Unterstützungsprogramm. Die Wojewodschaften erstellen im Gegenzug die entsprechend eigene Entwicklungsstrategie sowie regionale Programme.

die wichtigsten Aufgaben, die vor der Gebiets- und Verwaltungsreform der Regierung in Warschau oblagen. Gleichzeitig ist die regionale Administration angehalten, mit der nationalen Regierung über deren Repräsentanten, den Wojewoden, zusammenzuarbeiten. Neben den Aufgaben im Bereich der Raumplanung und regionalen Entwicklungsplanung sowie der regionalen Wirtschaftsentwicklung wurden der Wojewodschaft weitere Aufgaben übertragen. Sie kann dabei nicht in die Kompetenzen der Kreise und Gemeinden eingreifen, obwohl der Aufgabenkatalog⁴⁸ ähnlich dem der Kreise ist. Andererseits sollte aber auch keine Abwälzung schwieriger Aufgaben vom Staat auf die Regionen stattfinden. Mit der Stärkung der Selbstverwaltung durch die Verwaltungsreform wurde das Gewicht der Regionalisierung gestärkt. Die polnischen Regionen haben an politischem Einfluss gegenüber der Zentralregierung gewonnen, gleichzeitig sind sie in der Lage, den übrigen Regionen Europas partnerschaftlich gegenüberzutreten. Die Verwaltungsreform scheint daher auch einen positiven Einfluss auf die grenzüberschreitende Zusammenarbeit von polnischen Grenzregionen auszuüben. Da diese Form der Kooperation im regionalen und lokalen Bereich initiiert und gefördert wird, kann ein Zuwachs an mehr Eigenverantwortlichkeit auch einen Zuwachs an Kooperation bedeuten. Jedoch ist der Einfluss Warschaws noch immer vorhanden insbesondere aufgrund seiner finanziellen Zuwendungen. Damit einher geht aber auch eine bessere Ausgangslage für die Wojewodschaften, den übertragenen Aufgaben gerecht zu werden. Mit einem polnischen EU-Beitritt hoffen Polens Wojewodschaften, von den positiven Effekten der EU-Regionalpolitik profitieren zu können, die auf eine Angleichung zwischen strukturschwachen und starken Regionen abzielt. Allerdings hängt dies von der Höhe der Zuweisung sowie ihrer Verteilung unter den Regionen ab.

Ende des Jahres 2000 wurde von der Regierung in Warschau ein Unterstützungsprogramm verabschiedet, welches als Ergänzung für die sozioökonomische Entwicklung der Regionen betrachtet werden kann. Ziel ist es, ent- und bestehende internationale Beziehungen insbesondere zur EU zu fördern. Damit wird gleichzeitig eine Anpassungsstrategie für den bevorstehenden Beitritt verfolgt. An erster Stelle der Prioritätenliste steht die Entwicklung und Modernisierung der regionalen Infrastruktur. Zudem soll die grenzüberschreitende Zusammenarbeit gefördert werden.⁴⁹ Bei der für die Jahre

48 Die Wojewodschaft besitzt keinerlei Kontroll- oder Aufsichtshoheit gegenüber den Selbstverwaltungseinheiten der Gemeinden und Kreise. Der Aufgabenkatalog umfasst unter anderem das öffentliche Bildungswesen, darunter auch die Hochschulen, Gesundheitsschutz und -fürsorge, Kultur und Schutz der Kulturgüter, Raumordnung, etc. Eine ausführliche Auflistung der Aufgaben und Verantwortungsbereiche für die Wojewodschaften findet sich unter A. Kowalczyk (Anm. 18), S. 250f.

49 Ebenda, S. 129ff.

2001/2002 geplanten Verteilung der finanziellen Unterstützung ist auffällig, dass die westlichen und östlichen Grenzregionen in etwa gleich hohe Anteile erhalten sollen, obwohl gerade die Infrastruktur der östlichen Regionen einen hohen Nachholbedarf aufweist. Die Verteilung der Finanzmittel für die Wojewodschaften konzentrierte sich bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt auf Regionen mit folgenden Problemen: Gebiete mit staatlichen Großbetrieben, die mit enormer Arbeitslosigkeit zu kämpfen haben; veraltete Schwerindustrieregionen; grenznahe Gebiete und Städte in West- und Südostpolen, in denen ebenfalls große Industriebetriebe dominieren, die aber vor dem Zusammenbruch stehen. Als Allokationskriterium für Unterstützungsmaßnahmen wurde die Arbeitslosenquote gewählt. Bei der Zuweisung aus dem nationalen Haushalt für die Regionalverträge im Jahr 2002 wurden die östlichen Wojewodschaften dementsprechend deutlich bevorzugt, was angesichts der Aufgaben im Zuge der Mitgliedschaft in der EU, wie zum Beispiel die Sicherung der Grenze, nachvollziehbar erscheint. Mit dieser deutlichen Aussage der polnischen Regierung für die Stärkung der östlichen Regionen soll einerseits den Anforderungen des Beitritts zur EU entsprochen werden. Andererseits möchte man dem selbst auferlegten Ziel einer Angleichung der regionalen Verhältnisse näher kommen.

Resümee

Grenzregionen verfügen aufgrund ihrer Randlage über besondere Merkmale, die ihre ökonomische Entwicklung sowohl negativ als auch positiv beeinflussen können. Zwischen den westlichen und östlichen Grenzregionen bestehen daher zum Teil erhebliche Entwicklungsunterschiede, deren Abbau durch den EU-Beitritt Polens nicht notwendig erfolgen muss. Vielmehr spricht einiges dafür, dass es mittelfristig eher zu einer Vertiefung der strukturell verankerten regionalen Disparitäten zwischen den Grenzregionen in Polen kommt.

Es wurde gezeigt, dass sich regionales Wachstum in Polen vor allem in der Hauptstadtregion konzentriert. Danach folgen die westlichen Grenzregionen, deren Nähe zur EU-Grenze erhebliche Entwicklungsvorteile bringt. Die östlichen Grenzregionen haben Schwierigkeiten, an das Wachstum der westlichen Regionen anzuschließen. Die Ursachen dafür bestehen sowohl zum einen in der Randlage, die den ökonomischen Austausch erschwert, zum anderen aber auch in historischen Kontinuitäten, die sich verfestigt haben. Vor allem die Wirtschaftsstrukturen, die in der Zeit von 1795 bis 1918 geprägt wurden, spielen dabei eine entscheidende Rolle. Weitere Gründe für die Unterentwicklung der östlichen Grenzregionen bestehen im hohen Beschäftigungsanteil im Agrarbereich, dem geringen Urbanisierungsgrad sowie

in der geringen Industrialisierung. Obwohl die Arbeitslosigkeit in den östlichen Regionen geringer ist als in den westlichen, ist doch durch die weitere Umstrukturierung und den Niedergang der Landwirtschaft mit einer Zunahme zu rechnen. Gleichzeitig könnte die *defacto* Schließung der Grenze nach Osten weitere Probleme verursachen.

Die von den neueren Wachstumstheorien modellierten Voraussagen, nach dem sich strukturelle Wachstumsunterschiede auch positiv auf die regionale Entwicklung auswirken können, wenn sich Regionen auf ihre eigenen „assets“ besinnen, um regionale Unterschiede in Vorteile umzumünzen, sind allerdings an verschiedene Bedingungen geknüpft, wie zum Beispiel funktionierende regional-staatliche Institutionen, ein gewisser Bildungsstand und ein bestimmtes Maß an fiskalpolitischer Eigenständigkeit. Ein daraus resultierendes eigenverantwortliches Handeln der Regionen gekoppelt mit finanziellem Handlungsspielraum ist für alle untersuchten Grenzregionen jedoch nicht ausreichend gegeben. Der Anschluss der östlichen Regionen an das durchschnittliche polnische Pro-Kopf-Einkommen wird insbesondere vom Erfolg angewandeter wirtschaftspolitischer Strategien abhängen. Durch die jüngste Verwaltungsreform wurden die ersten Grundlagen für ein eigenständiges Wirtschaften der Regionen geschaffen. Die dringendsten Probleme auf der Angebotsseite betreffen die mangelhafte Infrastruktur. Die Folge sind steigende Transaktionskosten für Unternehmen bei der Erschließung dieser Regionen. Es ist anzuzweifeln, dass die bereits verabschiedeten Förderprogramme, wie zum Beispiel das nationale Unterstützungsprogramm zum Ausbau der Infrastruktur aus dem Jahr 2000, Aussicht auf schnellen Erfolg haben werden. Die Errichtung von Sonderwirtschaftszonen wird nicht nur in Polen angewendet. Steuererleichterungen und Subventionen wirken attraktiv auf Unternehmen. Durch den Beitritt wird sich Polen jedoch nach dem geltenden EU-Recht richten müssen, weshalb entsprechende Einschränkungen bei der Subventionsvergabepraxis zu erwarten sind.

Grundlegende strukturelle Nachteile der östlichen Grenzregionen im Bereich der Infrastruktur und Industriestruktur, aber auch aufgrund ihrer neuen Randlage durch die Verschiebung der EU-Außengrenze könnten zunächst einen verstärkenden Einfluss auf die regionalen Unterschiede zwischen den Grenzregionen ausüben. Die westlichen Regionen könnten ihre bestehenden Vorteile durch den Beitritt möglicherweise besser ausnutzen. Die östlichen Regionen können ihre eigenen Entwicklungspotenziale nur dann mobilisieren, wenn sie ausreichende Unterstützung aus Warschau und Brüssel erhalten.

Restrukturierung mit Hindernissen: Der Fall Slowenien

Slowenien kann aufgrund seiner verzögerten Transformation besonders im Vergleich zu den „Schocktherapie-Staaten“ Mittel- und Osteuropas als ein Sonderfall betrachtet werden. Die graduelle Transformation Sloweniens wurde durch verschiedene historische Voraussetzungen und politische Strukturen begünstigt. Dies lässt sich u. a. am Beispiel des Privatisierungsprozesses und dem Zufluss von ausländischen Direktinvestitionen (ADI) zeigen. Klientelistische Netzwerke haben den Übergang zu einer vollständig liberalisierten Marktwirtschaft lange Zeit blockiert. Dies kann aber als einer der Erfolgsfaktoren der slowenischen Transformation betrachtet werden. Zum einen wurde auf diese Weise die soziale Stabilität und binnenwirtschaftliche Nachfrage aufrechterhalten, was die graduelle Anpassung erleichterte, und zum anderen verzögerte der geringe Zufluss an ADI¹ die schnelle Vertiefung regionaler Polarisierungstendenzen.² Mögliche Gründe für die dennoch zu

-
- 1 Der Transformationserfolg Sloweniens ohne eine nennenswerte Beteiligung von ADI ist vor allem deshalb von besonderer Bedeutung, weil ADI im Rahmen der neoklassischen Transformationstheorie eine wichtige Rolle bei der Modernisierung post-sozialistischer Volkswirtschaften unterstellt werden. Vgl. hierzu: A. Nesvetailova, From 'Transition' to Dependent Development: The New Periphery in Global Financial Capitalism, Aberystwyth 2002, S. 4; K. E. Meyer, Direct Investment in Economies in Transition, Cheltenham 1998; T. Ozawa, Foreign Direct Investment and Economic Development, in: Transnational Corporations, 1 (1992) 1; M. Rojec, Restructuring with Foreign Direct Investment: The Case of Slovenia, Institute of Macroeconomic Analysis and Development (IMAD), 1998; G. Hunya, Integration through Foreign Direct Investment, Cheltenham 2000.
 - 2 Neuere empirische Untersuchungen zu den Erfahrungen anderer Mittel- und Osteuropäischer Länder (MOEL) – siehe den Beitrag über Ungarn in diesem Heft –, aber auch Chinas weisen darauf hin, dass die Zuflüsse an ADI regional stark divergieren, d. h. überproportional den höher entwickelten Gebieten zu gute kommen, und somit die These stützen, dass ADI zumindest kurz- und mittelfristig eine der Ursachen für die Herausbildung regionaler Polarisierungen darstellen können. Vgl. hierzu: für Ungarn: Nesvetailova (Amm. 1); für die Slowakische Republik: E. Farkasová, Regional Aspects of the Effect of Foreign Direct Investment. S. 16; für China: Q. Chen, Economic Integration and the Geographical Distribution of FDI – the Chinese Experience, Clermont-Ferrand 2003, S. 1. Zur Definition von Polarisierung siehe Andreas Lange, Editorial, in diesem Heft.

beobachtenden regionalen Polarisierungen werden im zweiten Teil der Arbeit analysiert.

Die territoriale Reorganisation Sloweniens ist bisher nicht sehr weit fortgeschritten und entsprechende politische Strategien existieren erst seit wenigen Jahren. Gleiches gilt für das Anlocken von ADI. Trotzdem wurden erste Instrumente zur Regionalförderung erarbeitet und zum Teil bereits implementiert. Mögliche Ursachen für die Neuausrichtung der Regionalentwicklungspolitik stellen die sich in den letzten Jahren verfestigenden regionalen Entwicklungsunterschiede sowie die Notwendigkeit der Schaffung der erforderlichen Instanzen und Mechanismen für die Abschöpfung der Mittel aus den EU-Strukturfonds dar. Die Neuausrichtung der ADI-Strategie bestätigt, dass sowohl die diesbezüglich vorgetragenen Empfehlungen als auch die von der EU geäußerte Kritik während der Beitrittsverhandlungen ihre Wirkungen nicht verfehlt haben. Darüber hinaus muss auf die Wahl Anton Rops zum neuen Ministerpräsidenten hingewiesen werden, der die Beschleunigung des Privatisierungsprozesses und damit auch des ADI-Zuflusses vorantrieb. Dieser gilt als dem von der EU-Kommission beklagten elitären „Inalder-Club“, der besonders die Anfangsphase der slowenischen Transition nachhaltig prägte, als weniger verpflichtet. Weiterer Druck auf politische Reformen ging auch durch die sinkende internationale Wettbewerbsfähigkeit Sloweniens aus,³ deren Hauptursachen vor allem in dem langsamen Restrukturierungs- und Privatisierungsprozess gesehen wurden.⁴ Die internationale Konkurrenzfähigkeit, die für das stark exportabhängige Land einen wichtigen Faktor für wirtschaftliches Wachstum darstellt, konnte lediglich durch wiederholte Abwertungen des Tolar aufrechterhalten werden. In Folge dieser Entwicklung fand eine Neubewertung der positiven Effekte von ADI in Abwägung der damit verbundenen Gefahren statt, die zur Revision der verfolgten Strategie der slowenischen Regierung führte.⁵

3 IMAD, Annual Economic Mirror 1998, 1/99 Competitiveness – Slovenia: CEFTA, www.sigov.si; IMAD, Annual Economic Mirror 1998, 2/99 Competitiveness.

4 Vgl. H. Clement u. a., Wachstum in schwierigem Umfeld – Wirtschaftslage und Reformprozesse in Ostmittel- und Südosteuropa sowie der Ukraine 2001/2002, Working Paper Nr. 242, Osteuropa-Institut München.

5 Zu den positiven Effekten von ADI vgl. M. Plum, Auswirkungen von Direktinvestitionen in Empfängerländern, Bergisch Gladbach 1995, S. 117; UNECE, United Nations Economic Commission for Europe: Economic Survey of Europe 2001, Genf 2001, S. 203; UNCTAD, United Nations Conference on Trade and Development: World Investment Report 2002: Transnational Corporations and Export Competitiveness, Genf 2002, S. 321; J. E. Stiglitz, Die Schatten der Globalisierung. München 2002, S. 92-93; Vgl. für Slowenien u. a. M. Rojec (Anm. 1), S. 26.

Die weitere Öffnung Sloweniens für ADI sowie ein eher zurückhalten- des Engagement im Bereich der Regionalentwicklung könnten die bereits bestehenden regionalen Disparitäten verstärken. Diese Entwicklung erscheint umso wahrscheinlicher, wenn es dem Nationalstaat nicht gelingen sollte, einen Teil des durch zusätzliche ADI erwirtschafteten Mehrprodukts z. B. durch gezielte Besteuerung abzuschöpfen und produktiv im Rahmen von angemessenen Förderprogrammen für eine ausgewogene Regionalentwicklung einzusetzen. Verstärkte Reformanstrengungen könnten die Umsetzung regionaler Entwicklungsstrategien befördern, wenn diese mit einer Dezentralisierung und Effektivierung von Regionalpolitik einhergehen.

Ökonomische Transition Sloweniens

Makroökonomische Indikatoren

Der aktuelle Stand der ökonomischen Transition in Slowenien wird gemeinhin als überaus fortgeschritten eingeschätzt. Die slowenische Wirtschaft wuchs 2001, nach Wachstumsraten von konstant über vier Prozent in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre, immerhin noch um respektable drei Prozent.⁶ Sie erreichte somit ein Pro-Kopf-BIP gemessen in Kaufkraftparitäten von 16.063 Euro. Damit bewegt sich die slowenische Wirtschaftskraft auf einem Niveau von über 70 Prozent des europäischen Durchschnitts. Im Gebiet um die Hauptstadt Ljubljana wurde mit dem Jahr 2001 bereits das Niveau der EU-15 erreicht. Der Leistungsbilanzsaldo sowie der Haushaltssaldo bestätigten mit -0,5 bzw. -1,5 Prozent des BIP die Tendenz eines nur mäßigen Anwachsens der ohnehin schon verhältnismäßig geringen Staatsverschuldung von etwa 40 Prozent des BIP.⁷ Von den fünf Maastricht-Kriterien erfüllt Slowenien demzufolge bereits zwei.

Eine weitere dieser Richtlinien, nämlich das Inflationskriterium, wurde erneut umso deutlicher verfehlt. Die Inflationsrate bewegte sich ähnlich wie in den letzten Jahren bei acht Prozent. Diese nach Meinung vieler Beobachter zu hohe Inflationsrate wird unter anderem auf den Lohndruck seitens des öffentlichen Sektors, die im Erhebungszeitraum relativ hohen Energieimportpreise sowie die von öffentlicher Seite verfolgte Geld- und Wechselkurspolitik, zurückgeführt.

6 Vgl. Dresdner Bank, Slowenien. Investieren in Mittel- und Osteuropa, Mai 2002. <<http://www.dresdnerbank.de>> ; Commerzbank, Slowenien zu Hause in Europa, Commerzbank Außenhandelsblätter 2/2002, <<https://www.commerzbank.de>>; Raiffeisen Bank, Finanzplatz Slowenien. <<http://neu.raiffeisen.at>>.

7 Die relativ niedrige Staatsverschuldung ist unter anderem darauf zurückzuführen, dass Slowenien nur im geringen Maße Altschulden Jugoslawiens übernehmen musste.

Die Arbeitslosigkeit erreichte mit 5,7 Prozent nach der Messmethode der ILO einen für westeuropäische Verhältnisse niedrigen Wert. Relativieren muss man diese Einschätzung allerdings, wenn man sich die nationalen Zahlen etwas genauer ansieht. Diese ergeben eine Quote von 11,6 Prozent. Die bestehende Diskrepanz ist auf die im Rahmen dieser beiden Erfassungsmethoden unterschiedliche Definition des Begriffs „Arbeitslosigkeit“ zurückzuführen. Im Zuge noch ausstehender Privatisierungen staatlicher Banken, Versicherungen und Großunternehmen ist mit einem weiteren Anstieg der Arbeitslosenzahlen zu rechnen.

Privatisierung

Die Transition Sloweniens wurde wohl von keinem einzelnen Aspekt so stark beeinflusst wie von der vergleichsweise hohen Kontinuität der politischen und wirtschaftlichen Eliten und deren wechselseitigen Verflechtungen.⁸ Dies manifestier(t)e sich in regelmäßigem Hin- und Herwechseln von ehemaligen Partei- und Staatsfunktionären zwischen Managementposten im Unternehmenssektor und der Regierung. Dieser Umstand führte zu einer Politisierung des ökonomischen Restrukturierungsprozesses. Diese Entwicklung lässt sich anhand eines der von internationalen Beobachtern am häufigsten kritisierten Schwachpunkte der slowenischen Transformation, nämlich dem staatlichen Privatisierungsprogramm, am besten verdeutlichen.

Ungeachtet der guten Voraussetzungen, die Slowenien bereits zu Beginn seiner Unabhängigkeit durch seine Erfahrungen mit Privatisierungsmaßnahmen⁹ hatte, wurde die Verabschiedung des ersten nationalen Privatisierungsprogramms zu einem für den Charakter der slowenischen Transformation symptomatischen Politikum. Der vom Vizepremierminister ausgearbeitete und im Juni 1991 als Vorschlag der Regierung dem Parlament zur Abstimmung vorgelegte Entwurf des ersten Privatisierungsgesetzes wurde vom damaligen Premierminister persönlich attackiert. Dieser Zwischenfall führte sowohl zu einer Abstimmungsniederlage der Regierung als auch zum Aus-

8 Gute Beispiele für die politische Kontinuität im slowenischen Transformationsprozess sind der vom April 1990 bis Dezember 2002 amtierende Staatspräsident Milan Kučan sowie das derzeitige Staatsoberhaupt Sloweniens, Janez Drnovšek, der von 1991 bis Juni 2000 und von November 2000 bis Dezember 2002 das Amt des Premierministers inne hatte. Beide Politiker waren bereits vor der Unabhängigkeit Sloweniens Mitglied der Liga der Slowenischen Kommunisten. Erstgennanter sogar in verantwortlicher Position. Vgl. weiterhin u. a. P. Kreiner, Das Erfolgsmodell stößt an seine Grenzen. Slowenien als reichster EU-Neuling plant Reformen, Hannoversche Allgemeine Zeitung, 20.09.2003.

9 Erste Privatisierungsprogramme wurden in Jugoslawien bereits Ende der 1980er Jahre durchgeführt.

einanderbrechen der Regierungskoalition und lies zu diesem Zeitpunkt bereits erahnen, dass das ökonomische Kalkül dem politischen gewichen war. Im Folgenden versuchten die Akteure in der politischen Arena, vor allem die Christdemokraten, Zugang zu den ökonomischen Ressourcen des Landes zu bekommen bzw. diesen aufrecht zu erhalten. Sie strebten nach strategischen Positionen in der Wirtschaft, um mit Hilfe der damit verbundenen politisch determinierten Einkommen¹⁰ klientelistische Patronagenetzwerke zu finanzieren, die ihre politische Machtbasis absichern sollten.¹¹ Im November 1992 wurde das erste Privatisierungsgesetz schließlich verabschiedet.¹² Auf Grund seiner Entstehungsgeschichte war das Privatisierungsprogramm vor allem durch ein hohes Maß an Regulierung gekennzeichnet. Dies kann zum Großteil darauf zurückgeführt werden, dass die Parteien im Rahmen des Aushandlungsprozesses versuchten, den jeweiligen politischen Gegner in Schach zu halten. Dies führte unweigerlich zur Verzögerung des Privatisierungsprozesses.¹³

Heute ist der Privatisierungsprozess lediglich bei den kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) abgeschlossen. Dort wurden die Privatisierungsmaßnahmen wesentlich zügiger durchgeführt als z. B. im Banken- und Versicherungssektor, der noch immer von den beiden großen Staatsbanken und dem größten staatlichen Versicherungsunternehmen des Landes dominiert wird, sowie bei staatlichen Großunternehmen.¹⁴ Diese unterschiedlichen Pri-

10 Wenn der Zugang zu Führungspositionen in großen staatlichen Unternehmen nicht durch den freien Wettbewerb von Managern, bei dem sich der Qualifizierteste durchsetzt, sondern durch politische Absprachen festgelegt wird, dann entsteht für den durch die politische Auswahl Begünstigten ein zusätzliches Einkommen, das er unter Marktbedingungen nicht erzielt hätte. Dieses kann folglich nicht als Markteinkommen betrachtet werden und wird deshalb an dieser Stelle als politisch determiniertes Einkommen bezeichnet.

11 Vgl. A. Rus, *Quasi Privatization: From Class Struggle to a Scuffle of Small Particularism*, in: J. Benderly/E. Kraft (Hrsg.), *Independent Slovenia. Origins, Movements, Prospects*, New York 1994, S. 232-233.

12 Dieses Gesetz wurde bereits im Juni des darauf folgenden Jahres abgeändert. Im November 1994 wurde ein neues Privatisierungsgesetz verabschiedet, welches im April 1998 wiederum durch ein neues Gesetz abgelöst wurde, welches noch im selben Monat eine Änderung erfuhr. Die Implementierung des Gesetzes erforderte die Verabschiedung weiterer 14 Gesetze und elf Verordnungen.

13 Vgl. Rus (Anm. 11), S. 234-235.

14 Vgl. P. Sicherl/S. Kukar, *Slovenia*, in: J. Bachtler/R. Downes/G. Gorzelak (Hrsg.), *Transition, Cohesion and Regional Policy in Central and Eastern Europe*, Aldershot 2000, S. 198; Vgl. EBRD, *Slovenia Investment Profile 2001*, London 2001 (www.ebrd.com), S. 3; M. Bučar/M. Stare, *Innovation Policy in Six Candidate Countries: The Challenges*. National Innovation Policy Profile: Slovenia, Study

vatisierungsgeschwindigkeiten können zum einen darauf zurückgeführt werden, dass die Manager des KMU-Sektors aufgrund ihres geringeren politischen Einflusses ihre Besitzstandsansprüche nur begrenzt durchsetzen konnten. Zum anderen erschien der KMU-Sektor vielen politischen Akteuren für ihren Machterhalt strategisch weniger bedeutsam. Zahlreiche KMU-Manager hatten außerdem ein starkes Interesse an schneller Privatisierung, da sie das wirtschaftliche Potenzial ihrer Unternehmen gut einschätzen und von Management Buy-Out Optionen profitieren konnten.¹⁵

Es scheint, dass sowohl für die alten als auch für die neuen politischen Eliten die Sicherung bzw. Etablierung ihrer eigenen Machtbasis in klientelistischen Netzwerken Vorrang vor tief greifenden institutionellen, marktwirtschaftlichen Reformen hatte.¹⁶ Sowohl das Tempo als auch die Form des Privatisierungsprozesses begünstigten dabei die Entstehung eines unvollkommenen Marktes, auf dem es in vielen Sektoren an Wettbewerb mangelt und der noch immer durch die starke Präsenz des Staates gekennzeichnet ist.¹⁷ Dieser verzögerten Transformation scheint keine gezielte Strategie zugrunde gelegen haben, wie sie z. B. durch die These der Förderung von „infant industries“ empfohlen wird. Dies gilt trotz der Aussagen von Insidern, wie z. B. Peter Jesovnik, dem Direktor der slowenischen Industrie- und Handelskammer, der darauf verweist, dass die Privatisierungen auch langsamer angegangen wurden, um aus den Erfahrungen der anderen Transitionsländer zu lernen und so deren Fehler zu vermeiden.¹⁸ Vielmehr sprechen sowohl EU-Kommission als auch slowenische Beobachter von einem Insider-Club alter Eliten, dem sich potentielle Investoren gegenübergestellt

commissioned by the Directorate General for Enterprise – European Commission, Ljubljana 2001, S. 8.

- 15 Vgl. R. P. Heinrich, Privatisierung in ehemaligen Planwirtschaften: Eine positive Theorie, in: A. Bieszczyk-Kaiser/R.-E. Lungwitz/E. Preusche (Hrsg.), Transformation – Privatisierung – Akteure. Wandel von Eigentum und Arbeit in Mittel- und Osteuropa, München 1994, S. 68; A. Naberzic, Slowenien auf dem Weg zum EU-Beitritt, in: B. Neuss (Hrsg.), Occasional Papers Nr. 24, Zwischenbilanz der EU-Osterweiterung – Slowenien, Slowakei und Tschechien als Beispiele, Tübingen 2002, S. 65.
- 16 Vgl. A. Gosar, Slowenien im Vorfeld der EU-Erweiterung aus geographischer Sicht, in: B. Neuss (Hrsg.), Occasional Papers Nr. 24, Zwischenbilanz der EU-Osterweiterung – Slowenien, Slowakei und Tschechien als Beispiele. Tübingen 2002, „Die klassischen Probleme des politischen Wandels, wie z. B. die Umstrukturierung und Privatisierung der Wirtschaft und der Liegenschaften, sind von den Politikern als zweitrangig angesehen worden.“ S. 77; M. Bučar/M. Stare (An., 14), S. 9.
- 17 Vgl. H. Clement u. a. (Anm. 4), S. 52.
- 18 Vgl. A.-K. Kalman, Slowenien zwischen nationaler Selbstfindung und EU-Osterweiterung, NDR Info. Das Forum, 22.10.2002, S. 2.

sehen.¹⁹ Als Folgen dieses Phänomens können die mangelhafte Durchsetzung des Wettbewerbsrechts und die durch die slowenische Entwicklungsgesellschaft (SDC) gewährten undurchsichtigen Beihilfen für ansonsten nicht überlebensfähige Staatsunternehmen betrachtet werden.²⁰

Paradoxerweise hat sich der Reformunwillen der politischen Eliten hinsichtlich der sensiblen Bereiche der Wirtschaft als ein Garant für die Aufrechterhaltung von makro-ökonomischer und sozialer Stabilität herausgestellt und auf diese Weise zusammen mit weiteren Erfolgsfaktoren die Grundlage für die solide derzeitige Lage geschaffen. Die Subventionspolitik schuf Übergangszeiträume und stützte durch ihre Einkommenseffekte zumindest kurzfristig das Beschäftigungsniveau und die Binnennachfrage.

Ausländische Direktinvestitionen

Die von staatlicher Seite verfolgte Privatisierungspolitik konnte in Bezug auf die Beteiligung ausländischen Kapitals im Rahmen der Restrukturierung der slowenischen Wirtschaft nicht ohne Folgen bleiben. Die Privatisierung der überwiegenden Mehrzahl der staatlichen Unternehmen wurde, nicht wie in anderen Staaten, durch Verkauf an strategische, ausländische Investoren realisiert, sondern vorrangig über Management Buy-Outs und Arbeitnehmerbeteiligungen verwirklicht. Die Entstaatlichung der slowenischen Wirtschaft verlief sowohl durch die angewandten Privatisierungsformen als auch durch die bereits zuvor skizzierten Entwicklungen wesentlich langsamer als in den übrigen MOE-Staaten. Die wenigen Beteiligungsmöglichkeiten für ausländische Investoren schlugen sich in vergleichsweise geringen Zuflüssen ausländischen Kapitals nieder. Diese konvergierten im Verlauf der neunziger Jahre beständig um ein Prozent des BIP, wobei in den Jahren 1997 und 1998 aufgrund verstärkter Privatisierungsanstrengungen etwas höhere Quoten verzeichnet wurden. Dennoch lag der Zufluss an ADI als Anteil der getätigten Bruttoanlageinvestitionen, der häufig als guter Maßstab für den Beitrag des Auslands an den getätigten Investitionen interpretiert wird, zwischen 1993 und 2000 durchschnittlich unter fünf Prozent (Tabelle 1).²¹

19 Europäische Gemeinschaften, Regelmäßiger Bericht 2000 über die Fortschritte Sloweniens auf dem Weg zum Beitritt. November 2000, Europäische Kommission, Brüssel 2000, S. 27-28.

20 Europäische Gemeinschaften, Regelmäßiger Bericht 2002 über die Fortschritte Sloweniens auf dem Weg zum Beitritt. Oktober 2002, Europäische Kommission, Brüssel 2002, S. 35.

21 Vgl. P. Havlik, EU Enlargement: Economic Impacts on Austria, The Czech Republic, Hungary, Poland, Slovakia and Slovenia, Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche, Wien 2001. S. 30-36.

Tabelle 1: Zufluss an ausländischen Direktinvestitionen
als Anteil der getätigten Bruttoanlageinvestitionen 1993–2000 in %

	<i>Slowenien</i>	<i>Ungarn</i>	<i>Tschechische Republik</i>	<i>Polen</i>
1993	4,7	32,1	6,6	12,6
1994	4,4	13,7	7,4	12,5
1995	4,4	49,7	15,4	15,5
1996	4,6	23,5	7,7	15,1
1997	8,8	21,4	8,0	14,5
1998	5,2	18,3	17,3	16,0
1999	3,4	17,1	36,0	18,4
2000	2,2	17,5	29,7	24,1
1993–2000	4,7	24,2	16,0	16,1

Quelle: eigene Tabelle nach P. Havlik, EU Enlargement (Anm. 21), S.36.

Für den lange Zeit geringen Zufluss von ADI lassen sich zahlreiche Ursachen ausmachen.²² So stellt der geringe Bekanntheitsgrad Sloweniens²³ ein eben solches Problem dar wie der nur schwach entwickelte Finanzmarkt²⁴ sowie die von der EU-Kommission wiederholt gerügten langwierigen und komplizierten bürokratischen und gerichtlichen Verfahren.²⁵ Darüber hinaus wird die öffentliche Meinung nachhaltig durch sehr öffentlichkeitswirksame ADI-averse Kampagnen einiger Politiker geprägt, die sich aus einer Mischung aus tief sitzenden Ressentiments vor allem gegen den Großinvestor Österreich und erstarktem nationalen Selbstbewusstsein speisen.²⁶ Es

22 Eine sehr gute Zusammenfassung der verschiedenen Ursachen für den geringen Zufluss an ADI findet sich in: OECD. Foreign Direct Investment in Slovenia. Trends and Prospects. Paris 2002. S. 25-26.

23 Dieser ergibt sich zum einen aus der geringen Größe des Landes, zum anderen aber auch aus dessen mangelhafter Vermarktung. Vgl. hierzu M. Walter, Slowenien: Der ungeduldige Anwärter, Faz.Net, 26.09.2001. <<http://www.faz.net>> (8.3.2003); A. Gosar (Anm. 16), S. 80.

24 Dieser ist durch ein vergleichsweise hohes Zinsniveau, hohe binnenwirtschaftliche Transaktionskosten sowie hohe Kosten für die Kapitalbeschaffung an der Börse gekennzeichnet.

25 Dies betrifft z. B. die zeitaufwendige Ausstellung von Genehmigungen, die Verzögerung von Insolvenzverfahren sowie die mangelhafte Durchsetzung ergangener Urteile und damit die Rechtssicherheit, die für eine reibungslose Geschäftsabwicklung unverzichtbar ist.

26 Vgl. hierzu die Äußerungen des ehemaligen slowenischen Wirtschaftsministers Joze Mencinger in: M. Kraske, Musterschüler der glorreichen Zehn, Spiegel Online, 11.12.2002, <www.spiegel.de> (8.3.2003).

scheint, dass die Einkommens- und Machtinteressen von Eliten in strategisch günstigen Positionen bspw. in den noch in quasi-monopolistischen Marktstrukturen operierenden Versorgungsunternehmen dem gesamtwirtschaftlich sinnvollen Engagement ausländischer Investoren lange entgegenstanden.²⁷

Tabelle 2:

Motive für Investitionen ausländischer Unternehmen in Slowenien

Investitionsmotive	Anteil der befragten Unternehmen, die jeweiliges Motiv angegeben haben in %*
Zugang zum slowenischen Markt	41,5
Zugang zu anderen Märkten	36,3
Technologie und Know-how	29,8
Qualifikation der Arbeiter	26,9
Finanzielle Unterstützung	25,1
Anerkanntes Warenzeichen	17,0
Kauf von Material oder Teilen	10,5
niedrige Arbeitskosten	1,8
Aufkauf eines Unternehmens im Konkursverfahren	1,8

Quelle: F. Dedek/J. Novak²⁸

* 183 Unternehmen haben die Fragen beantwortet, Doppelnennungen waren möglich

Dennoch verfügt kaum ein anderer der übrigen MOE-Staaten über ähnlich gute Voraussetzungen für das Anlocken von ADI.²⁹ Slowenien zeichnet sich durch eine marktwirtschaftliche Tradition aus und ist geografisch günstig gelegen. Es bestehen sowohl nach Osten als auch nach Westen historische Netzwerke. Die Perzeption Sloweniens als Tor zum Balkan wurde im Rahmen einer Manager-Befragung durch Dedek und Novak zu den Investitionsmotiven von in Slowenien tätigen multinationalen Unternehmen bestätigt. Tabelle 2 zeigt, dass Investitionen zu mehr als 40 Prozent binnenmarkt-orientiert sind. Die stabile Binnennachfrage hat sich offensichtlich als Vorteil erwiesen. Weitere Anreize stellen die strategisch günstige Lage zur

27 M. Bučar/M. Stare (Anm. 14), S. 36.

28 F. Dedek/J. Novak, Raziskava podjetij s tujim in mešanim kapitalom (Research of Companies with Foreign and Mixed Capital), Gral iteo, Urad za gospodarsko promocijo in tuje investicije pri Ministrstvu za ekonomske odnose in razvoj, Ljubljana 1998.

29 Vgl. u. a. OECD (Anm. 22), S. 23-25; EBRD (Anm. 14), S. 3; M. Bučar/M. Stare (Anm. 14), S. 8.

Erschließung angrenzender Länder, die gut ausgebaute Infrastruktur sowie das gut ausgebildete Arbeitskräftepotenzial dar. Aus dem vergleichsweise hohen Qualifikationsniveau ergibt sich für ausländische Investoren ein erheblich günstigeres Verhältnis von produziertem Mehrwert zu den von ihnen zu tragenden Arbeitskosten als in jedem anderen Land der EU-15.³⁰ Das gilt im Besonderen für die Gebiete Zentralsloweniens, in denen schon heute die große Mehrzahl ausländischer Investitionen getätigt wird.

Dieser Trend lässt sich mit Strukturen erklären, die im Laufe der Transition bzw. bereits zuvor entstanden. Bei der Entwicklung von wirtschaftlichen Zentren, die durch die Ansiedlung einer kritischen Masse von Unternehmen einmal entstanden sind, können lock-in Effekte eintreten, die die Konzentration von Aktivitäten in diesem Zentrum aufrechterhalten und sogar verstärken.³¹ Als grundlegende Bedingung für das Wirken von Agglomerationskräften, die die treibende Kraft bei der Cluster-Bildung darstellen, erscheinen hierbei steigende Skalenerträge.³² Darüber hinaus ergeben sich für die einzelnen Firmen weitere Vorteile aus der Siedlung in derartigen Clustern, wie z. B. Wissens-, Informations- und Technologie-Spillover³³ oder ein größeres Angebot qualifizierter Arbeiter, die zum Teil bereits von ansässigen Firmen ausgebildet wurden.³⁴

Der folgende Abschnitt untersucht, welche Auswirkungen durch die Zunahme von ADI auf die regionale Struktur Sloweniens zu erwarten sind.

Regionale Disparitäten in Slowenien

Im Vergleich zu den anderen MOE-Staaten steht Slowenien dank positiver Indikatoren auf nationaler Ebene überdurchschnittlich gut da, wenn es um die Erfüllung der Maastricht-Kriterien geht. Der Beitrag der zwölf Regionen zu dieser Bilanz ist jedoch sehr unterschiedlich, auch wenn es in Slowenien keine Regionen mit einem extremen Entwicklungsrückstand gibt. Vier der zwölf Regionen sind ausgesprochene Industrieregionen und drei Viertel der

30 Dieses Verhältnis wird als eines der wichtigsten unternehmerischen Kalküle bei der Ansiedlungsentscheidung betrachtet. Vgl. hierzu M. Rojec/M. Stanojević, Motivation and Strategic Consideration of Foreign Investors in Slovenia, Delovni Zvezki Urada Za Makroekonomske Analize In Razvoj, št. 1/letnik IX/2001, Ljubljana 2001, S. 36.

31 Vgl. J. V. Henderson et al., Geography and Development, in: Journal of Economic Geography 1 (2001) S. 81-105, S. 86.

32 Ebenda, S. 82.

33 Vgl. R.W. Eberts, D. McMillen, Agglomeration Economies and Public Infrastructure, in: P.Cheshire, E.S. Mills (Hrsg.), Handbook of Urban and Regional Economics, Vol.3, North Holland 1999.

34 Vgl. P. R. Krugman, Geography and Trade, Cambridge 1991.

Fläche Sloweniens ländliche Gebiete, wovon rund 16 Prozent aufgrund ihrer Nähe zu größeren Städten noch urbanen Charakter haben und über eine gute Verkehrsinfrastruktur und eine günstige ökonomische und soziale Infrastruktur verfügen. Rund eine Million der zwei Millionen Einwohner lebt in diesen Gebieten.³⁵ Der übrige Teil, der fast viertausend von ländlichem Umfeld geprägte Ortschaften umfasst, liegt zwar größtenteils grenznah, ist jedoch sehr bergig und schlecht erreichbar. Die Ausstattung mit Bildungszentren ist in diesen Gebieten geringer, Arbeitsplätze gibt es zu einem großen Teil in der Landwirtschaft, dessen Anteil an der Gesamtwirtschaft allerdings jetzt schon nur noch bei vier Prozent liegt und weiter zurückgeht.³⁶ Die größte Konzentration von Unternehmen, Behörden und sozialen Einrichtungen herrscht in Zentralslowenien, die Dichte wirtschaftlicher Ansiedlungen nimmt nach Osten hin ab. Am deutlichsten wird das Wohlstandsgefälle nach Osten hin im Einkommensvergleich (Tabellen 3 und 4).

Tabelle 3:
Ökonomische Indikatoren für die slowenischen Regionen (Auswahl)

Regionen	BSP pro Kopf in US-Dollar 1999	Beitrag BSP 1999 in %	Netto-Verdienst in Euro 2001*	Firmen und Institutionen 2001 **	Infrastruktur Bahnhöfe 2001	Infrastruktur Pkw 2001
Pomurska	7.740	4,8	512,17	6696	11	48.064
Podravska	8.390	13,4	551,31	18.797	33	131.065
Koroška	8.750	3,2	516,78	4205	12	29.676
Savinjska	9.210	11,8	539,63	15.821	32	104.816
Zasavska	8.114	1,9	542,55	2267	3	17.508
Spodnjeposavska	8.445	2,9	531,83	4520	13	29.020
Jugovzhodna	9.205	6,3	563,76	8407	27	56.763
Osrednjeslovenska	13.543	32,8	663,29	45.547	34	227.398
Gorenjska	9.313	9,1	567,49	12.876	16	85.672
Notranjsko-kraska	8.633	2,2	549,72	3358	7	22.498
Goriška	10.314	6,2	586,82	9568	18	58.707
Obalnokraška	10.583	5,4	598,38	9497	16	51.506
Slowenien	10.109	100	586,62	141.559	222	862.648

35 Republic of Slovenia, National Development Plan 2001-2006, Ljubljana 2001, <<http://www.gov.si/arr/>> (17.1.2003), S. 16.

36 Ebenda, S. 32.

Quelle: eigene Tabelle nach Statistical Office of the Republic of Slovenia³⁷

* 1 € = 229 866 SIT (1.5.2003)

** sämtliche slowenische Firmen und Institutionen (in Land- und Forstwirtschaft, Fischerei, Bergbau, Handwerk, Gas- und Wasserversorgung, Großhandel, Hotelgewerbe, Gastronomie, Transport, Lagerung, Kommunikation, Finanzgewerbe, Immobilien, öffentliche Verwaltung, Bildung, Gesundheit und Soziales)

Den größten Beitrag zur Gesamtwertschöpfung liefert Zentralslowenien mit fast 33 Prozent (Tabelle 3). Die Mehrheit der zwölf Regionen erreichte im Jahr 1999 kaum den nationalen Mittelwert des Pro-Kopf-Einkommens. Nur zwei Regionen, Osrednjeslovenska mit Ljubljana (hier Zentralslowenien) und Obalno-kraška mit der Adria-Hafenstadt Koper lagen darüber. Die nordwestlich gelegene Region Goriška erreichte den Durchschnitt knapp (Tabelle 4). Im Jahr 2001 erreichte Zentralslowenien als einzige Region erstmals den BSP-Durchschnitt der EU-15. Die im nationalen Vergleich schwächste Region, das im äußersten Osten des Landes gelegene Pomurska, erwirtschaftete 50 Prozent des EU-Mittels. Auch die anderen Regionen blieben im Vergleich deutlich hinter dem EU-Vergleichswert zurück.³⁸

Ein relatives Regionalgefälle besteht nur zwischen Zentralslowenien und dem Rest des Landes. Das Entwicklungsniveau innerhalb Restsloweniens weist nicht so starke Disparitäten auf. Trotzdem besteht innerhalb der verbleibenden Regionen ein Gefälle, das von West nach Ost verläuft und sich an Indikatoren wie Arbeitslosigkeit und Einkommen ablesen lässt.³⁹

D. h. also, dass nur ein Viertel der Regionen für die positive Gesamtbilanz verantwortlich ist, die in der allgemeinen öffentlichen Wahrnehmung das Bild vom Musterland produziert. Rund ein Drittel der Slowenen leben in diesen wirtschaftlich starken Regionen. Die verbleibenden zwei Drittel leben in Gebieten, in denen das Pro-Kopf-Einkommen erheblich sowohl hinter der nationalen Norm als auch dem EU-15 Durchschnitt zurückbleibt.

37 Statistical Office of the Republic of Slovenia, Statistical Yearbook of the Republic of Slovenia 2002, Review by Statistical Regions, Ljubljana 2002, <<http://www.gov.si/zrs/leto02/34-02.pdf>> (24.1.2003).

38 Institute of Macroeconomic Analysis and Development (IMAD), Regional Gross Domestic Product (August-September 2003), Ljubljana 2003, <<http://www.gov.si/zmar/arhiv/og8903/ang/areg.pdf>> (23.10.2003).

39 Im Jahr 2000 lag die Arbeitslosenquote in Slowenien nach Berechnungen des Statistical Office und der National Agency for Regional Development (NARD) bei 12,2 Prozent, im Westen bei 9,2 und im Osten bei 15,1 Prozent. Vgl. Republic of Slovenia (Anm. 35), S. 29.

Tabelle 4: BSP der Regionen 2000–2001

Regionen	BSP/Kopf in 1000 SIT		BSP/Kopf in PPS		Index Slowe- nien=100	
	2000	2001	2000	2001	2000	2001
Osrednje- slovenska	2.936	3.308	21.980	23.393	138	139
Obalno-Kraška	2.261	2.485	16.925	17.569	107	104
Gorenjska	1.876	2.122	14.044	15.006	88	89
Goriška	2.080	2.348	15.575	16.606	98	99
Savinjska	1.930	2.126	14.451	15.036	91	89
Jugovzhodna	1.923	2.167	14.394	15.321	91	91
Pomurska	1.509	1.694	11.294	11.979	71	71
Notranjsko- kraska	1.693	1.871	12.672	13.228	80	79
Podravska	1.757	1.975	13.152	13.968	83	83
Koroška	1.776	1.992	13.298	14.089	84	84
Spodnje- posavska	1.822	2.072	13.641	14.655	86	87
Zasavska	1.697	1.804	12.708	12.754	80	76
Slowenien	2.122	2.380	15.890	16.830	100	100

Quelle: eigene Tabelle nach Statistical Office of the Republic of Slovenia⁴⁰

* PPS - Purchasing Power Standard

Die Europäische Kommission bescheinigte Slowenien denn auch in ihrem Regelmäßigen Bericht von 2002 ein relativ geringes Regionalgefälle, verweist aber zugleich auf dessen Beständigkeit.⁴¹ Auch Maßnahmen zu einer ausgewogeneren Regionalentwicklung, die zuvor schon einmal in den Siebzigerjahren begonnen wurden und die langfristige Angleichung der Lebens- und Arbeitsbedingungen in den Gebieten mit Entwicklungsrückstand zum Ziel hatten, haben die Zunahme der regionalen Ungleichheiten im vergangenen Jahrzehnt nicht verhindern können.⁴² Aus aktueller Sicht gibt es abgesehen von neueren politischen Anstrengungen um eine harmonischere

40 IMAD (Anm. 38).

41 Europäische Gemeinschaften (Anm. 19), S. 35.

42 Europäische Gemeinschaften(c), Slowenien, Mittelfristige Prioritäten, Brüssel 2002, <http://europa.eu.int/comm/regional_policy/debate/document/petrin_de.pdf> (10.1.2003).

Regionalentwicklung kaum Anhaltspunkte für eine zügige Kompensation der Disparitäten. Es könnte daher zum einen sein, dass es im Sinne von Pfadabhängigkeiten eher zu einer Persistenz bestehender regionaler Ungleichheit kommt.⁴³ Zum anderen könnte die steigende Integration in den EU-Binnenmarkt und in internationale Unternehmensnetzwerke eine Verstärkung von Kern-Rand-Beziehungen bewirken. Dies träfe insbesondere auf Zentralslowenien als Kern und den Rest des Landes zu. ADI könnten sich aufgrund der mit ihnen einhergehenden Anpassungs- und Restrukturierungsmaßnahmen zugunsten der Wettbewerbsfähigkeit von Kernregionen negativ auf die Anschlussfähigkeit zurückliegender Regionen auswirken, wenn deren mono-industrielle Spezialisierung nicht aufgebrochen werden kann.⁴⁴

Die Tendenz zu einer regionalen Polarisierung scheint weniger ein neues Muster zu sein, als vielmehr eine zwangsläufige Entwicklung auf Grundlage von bereits bestehenden Strukturen. Die Regionen sind dem Transformationsprozess zwar schon seit Anfang der neunziger Jahre ausgesetzt, jedoch verblieben die Unterschiede zwischen ihnen aufgrund des vergleichsweise geschlossenen Transformationsmodells abgeschwächt. Der Übergang Sloweniens vom vorherrschend planwirtschaftlichen zum marktwirtschaftlichen Modell ist nicht im selben Maße vom Zufluss ausländischer Gelder bestimmt gewesen wie in anderen Transformationsländern. Die als Folge vergleichsweise geringe Beteiligung ausländischen Kapitals am ökonomischen Restrukturierungsprozess hat bisher bei gleichen strukturellen Gegebenheiten indirekt mäßigend auf die benannten Polarisierungstendenzen gewirkt. Erst mit dem beschleunigten Privatisierungsprozess und dem wachsenden Zufluss von ADI treten die Disparitäten verstärkt zu Tage.

Abgesehen von den zwei großen ökonomischen Zentren um Ljubljana und Postojna und dem Adriazugang in Koper verfügt Slowenien nur über eine relativ schwach entwickelte Transport- und Kommunikationsinfrastruktur, die spätestens im Jahr 2001 mit dem Nationalen Entwicklungsplan 2001-2006 mit weiteren strukturellen Defiziten benannt worden ist. Es mangelt an einer umfassenden Verknüpfung zwischen den Transportsystemen Eisenbahn und Straße sowie an Verbindungen zwischen den Regionen innerhalb und außerhalb des Landes. Die West-Ost-Transportachse ist nur schwach

43 Vgl. H. Fassmann, Die Rückkehr der Regionen – regionale Konsequenzen der Transformation in Ostmitteleuropa, Eine Einföhrung, in: ders. (Hrsg.), Die Rückkehr der Regionen, Wien 1997, S. 13-35, hier S. 33.

44 Vgl. I. Traistaru/P. Nijkamp/S. Longhi, European Integration, Regional Specialisation and Location of Industrial Activity in Accession Countries. Zentrum für Europäische Integrationsforschung, Bonn 2002.

ausgeprägt, ein mit dem auf der Nord-Ost-Achse vergleichbarer Austausch von Waren und Dienstleistungen findet kaum statt, obwohl gerade die abgelegenen Regionen im Osten davon profitieren könnten. Die Handelsströme verlaufen hauptsächlich vom Zentrum des Landes nach Westen.

Zwar leidet Slowenien weniger unter hoher Arbeitslosigkeit, was sich zunächst überaus positiv auf die Bilanz im Vergleich mit den anderen MOE-Staaten auswirkt. Jedoch gibt es in Slowenien viele Langzeitarbeitslose, von denen die Hälfte über vierzig Jahre alt ist. Diese Verteilung spiegelt sich auch deutlich in den regionalen Disparitäten wider. Die strukturschwachen Regionen sind nominal am stärksten von Arbeitslosigkeit betroffen (15% im Osten Sloweniens) und verfügen gleichzeitig über den größten Anteil an Langzeitarbeitslosen.⁴⁵

Von Nachteil ist ebenfalls die Aufteilung des recht kleinen Landes in viele kleinere Ortschaften, zu Ungunsten von mittelgroßen und größeren Städten, die als Verteilungszentren mit ausgeprägten Produktionsstrukturen, logistischem und Arbeitskräftepotenzial Anreize für Unternehmensgründer und Investoren aus dem In- und Ausland setzen könnten. Insbesondere die strukturschwachen Regionen leiden noch unter dem langsamen Fortschritt der Transformation des Unternehmenssektors, wie weiter oben gezeigt wurde.

Die Parameter, die grundlegend für die wirtschaftliche Überlegenheit Zentralsloweniens sind, fehlen den anderen Regionen weitgehend. Zentralslowenien ist infrastrukturell am besten erschlossen. Mehr als die Hälfte des in Slowenien eingesetzten Auslandskapitals wurde bis Ende 2000 hier investiert.⁴⁶ Zentralslowenien verfügt über einen gut entwickelten Dienstleistungssektor, der zusammen mit einem gut entwickelten Groß- und Einzelhandel einen wichtigen Beitrag zum Wirtschaftswachstum leistet.⁴⁷ Darüber hinaus war auch das Bevölkerungswachstum in dieser Region in den vergangenen zwanzig Jahren doppelt so groß wie im nationalen Mittel.⁴⁸ Die strukturschwächsten Regionen, als Extrembeispiel Pomurska im Osten, haben mit einem Mangel an Beschäftigung zu kämpfen. Dort ist die Jobdichte 1,4mal niedriger als in der Hauptstadtregion.⁴⁹ Die räumliche Mobilität der Arbeiter wird gleichzeitig durch mangelnde Infrastruktur eingeschränkt. Eine Kompensation dieser Defizite gestaltet sich aufgrund fehlender Bildungs- und Schulungszentren schwierig. Die regionalen Disparitäten in Slowenien sind insofern eine Fortsetzung und Verstärkung eines bestehenden

45 Republic of Slovenia (Anm. 35), S. 25ff.

46 EBRD(c), Strategy for Slovenia. (23/24 July 2002), London 2002, S. 44.

47 Republic of Slovenia (Anm. 35), S. 29f.

48 Ebenda, S. 29.

49 Ebenda, S. 31.

Trends bereits vorhandener Strukturen, was sich auch in anderen postsozialistischen Ländern finden lässt. Staatliche Subventionen für ehemals geförderte ländliche Gebiete sind entfallen und entziehen den strukturschwachen Regionen so die Grundlage zum Aufholen der bereits bestehenden Entwicklungsrückstände. Folgt man der Argumentation, nach der zu den Gewinnerregionen der Transformation jene Regionen zählen, die zu Beginn des Prozesses am meisten urbanisiert, am besten erreichbar und am besten mit Infrastruktur (Verkehr, Arbeitskräfte) ausgestattet waren, dann lässt sich auch für Slowenien eine solche Entwicklung beobachten. Je größer die Entfernung einer Region zur Hauptstadt und je schlechter erreichbar diese Region ist, desto schlechter stehen die Chancen für die Ansiedlung von neuen Unternehmen.

Veränderung der Rahmenbedingungen für politische Reformen

Eine von der Regierung ernsthaft betriebene Dezentralisierung Sloweniens setzte erst spät ein und war lange Zeit kein Thema auf der politischen Agenda. Entsprechende langfristige, womöglich über mehrere Jahre ernsthaft betriebene Anstrengungen waren bis Mitte der neunziger Jahre kaum zu erkennen, abgesehen von einem ersten Gesetz zur ökonomischen Unterstützung demographisch gefährdeter Regionen 1990 und ersten Anläufen zur Dezentralisierung des Landes in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre.⁵⁰ Anstrengungen, die auf die Veränderung der ökonomischen und politischen Struktur der Regionen abzielten, gab es bis dahin nicht, obwohl andere politische Maßnahmen auf nationaler Ebene regionale Aspekte sehr wohl enthielten.⁵¹

Ferner ist anzunehmen, dass eine Restrukturierung des Landes aufgrund der vergleichsweise geringen Größe Sloweniens anfangs tatsächlich weniger dringend schien. Auch die Europäische Kommission empfahl Slowenien aus diesem Grund noch 1997 in ihrem Regelmäßigen Bericht, politische Strategien zur Regionalentwicklung direkt in die nationale Entwicklungsstrategie einzubeziehen. Die Verwaltungskapazitäten auf regionaler Ebene schienen größtenteils bereits ausreichend, um Regionalentwicklungsprogramme effizient durchführen zu können. Das Land begann zu dieser Zeit außerdem, politische Strategien gegen die bestehenden regionalen Ungleichheiten zu erarbeiten. Ein gezielter Einsatz der Fördergelder aus den Strukturfonds wäre

50 Ein spezielles Gesetz für Regionalentwicklung sollte wirtschaftliche Unterstützung in demographisch gefährdeten Regionen leisten. Vgl. S. Kukar, *Regional Policy in Slovenia. Results, Problems and Alternatives, The Redevelopment of Regions Expected to Experience Severe Impacts from Technological and Environmental Reconstruction*, Conference Paper, Katowice 1993, S. 97.

51 Ebeida, S. 98.

unter den gegebenen Bedingungen nach damaliger Einschätzung der Europäischen Kommission bereits möglich gewesen.

Trotz dieser Fortschritte diagnostizierte die EU-Kommission fünf Jahre später noch Handlungsbedarf insbesondere bezogen auf die Verwaltungskapazität und die erforderlichen Kontrollsysteme, auch wenn die Beitrittsbedingungen im Allgemeinen erfüllt waren.⁵² Als externer Faktor kann demzufolge der Druck der EU gelten, die die Schaffung einer NUTS-2 Ebene in allen Ländern forderte, um die Strukturfonds abschöpfen zu können. Schätzungen gehen davon aus, dass Slowenien mit einem Ziel-1-Fördergebiets-Status von 2004 bis 2006 nur zwischen 4 und 11 Mio. Euro jährlich abschöpfen kann.⁵³ Dieselben Untersuchungen verweisen noch dazu auf die fehlenden Institutionen und Stellen zur Umsetzung auf regionaler Ebene.⁵⁴ Für eine optimale Abschöpfung und adäquaten Einsatz der Gelder auf regionaler Ebene sei nebst dem Wirtschaftsministerium und der jüngst gegründeten Nationalen Agentur für Regionalentwicklung die Mitwirkung regionaler und lokaler Stellen unvermeidlich, auch wenn der Förderfokus der Europäischen Kommission auf nationalem und NUTS-2-Level liege.

Im Laufe der vergangenen Jahre strebte die slowenische Regierung mit wesentlich mehr Nachdruck als noch Mitte der neunziger Jahre die Erschließung von ADI-Potenzialen an. Es kann davon ausgegangen werden, dass die im Rahmen der verschiedenen Fortschrittsberichte geäußerte Kritik aus Brüssel einen Beitrag zur Revision der bis dato verfolgten Strategie geleistet hat.⁵⁵ Das auf internationaler Ebene durch die rasche Übernahme des *acquis communautaire* erworbene Renommee als Musterschüler der Beitrittsaspiranten zur EU sollte nicht beschädigt und der nahende Beitritt unter keinen Umständen verzögert werden. Einen weiteren Aspekt stellten diesbezüglich die Empfehlungen verschiedener Wirtschaftsinstitutionen dar, die ohne Ausnahme ein ADI-freundlicheres Klima zur Voraussetzung für die Fortsetzung des wirtschaftlichen Aufholprozesses machten.⁵⁶

52 Europäische Gemeinschaften (Anm. 19), S. 108.

53 L. Boot/J.-M. de Vet/F. Feekes, *Absorption Capacity for Structural Funds in the Regions of Slovenia*, NEI Regional and Urban Development, Rotterdam 2002, <<http://www.gov.si/arr>> (12.1.2003), S. 1.

54 Ebenda, S. 38.

55 Vgl. u. a. M. Rojec, *Foreign Direct Investment in Slovenia. Trends, Developments and Policy in 1997–1999*, Delovni Zvezek ZMAR, št. 1/letnik IX/2000, Ljubljana 2000.

56 Vgl. u. a. Slovenian Institute of Macroeconomic Analysis and Development (IMAD), *Autumn Report 1999*. Ljubljana: Institute of Macroeconomic Analysis and Development, 1999; Foreign Investment Advisory Service (FIAS), *Slovenia - Pro-*

Strategiewechsel und Öffnung

Strukturelle Reorganisation in Slowenien

Nach Ansicht der Europäischen Kommission hat Slowenien in Bezug auf die EU-Strukturfonds seit 2001 in der Regionalpolitik und bei der Koordinierung der erforderlichen strukturpolitischen Instrumente deutliche Fortschritte erzielt. Allerdings gebe es keine neuen Entwicklungen, was eine territoriale Gliederung oder den rechtlichen Rahmen auf regionaler Ebene betrifft, ebenso wenig in den Bereichen Finanzplanung und Finanzkontrolle. Ein entsprechendes Überwachungsinstrument ist zwar in der Entwicklungsphase, muss aber weiter verbessert werden.⁵⁷ Die Regierung hat jedoch inzwischen die erforderlichen Stellen benannt, die für die Umsetzung der Strukturfonds zuständig sein sollen.⁵⁸

Auch in der Bewertung des Nationalen Entwicklungsplans 2001-2006 (NDP) wird darauf verwiesen, dass Maßnahmen für eine ausgewogenere Regionalentwicklung nach der Unabhängigkeit Sloweniens darin kaum eine Rolle gespielt haben. Mit dem Entwicklungsplan allein sei noch nicht geklärt, in welchem Ausmaß die Regionen mit ihren spezifischen Problemen unterstützt werden sollen.⁵⁹

Für die letzten drei Jahre vor dem Beitritt zur Europäischen Union waren im NDP für regionale Entwicklungsprogramme umgerechnet rund 168 Mio. Euro eingeplant, etwa 55 Mio. Euro pro Jahr. 316 Mio. Euro sind für die Jahre 2004 bis 2006 nach dem Beitritt für mehrere Subprioritäten eingestellt, darunter die Schaffung regionaler Infrastruktur und eine umfassende städtische und ländliche Entwicklung, insbesondere die Schaffung öffentlicher Transportmittel und die Revitalisierung von Stadtzentren.⁶⁰

Der Entwurf des "Law on Regions" aus dem Jahr 1998 sieht eine Implementierung von zwölf slowenischen Regionen als zweite Ebene der lokalen Selbstverwaltung und ihre Ansiedlung zwischen der gesamtstaatlichen und der Gemeindeebene vor, ohne dass sie dabei in eine untergeordnete Position geraten. Ihre administrative Eigenständigkeit sollen sich die Regionen über eigenen Besitz, eigene Finanzen aus öffentlichen Geldern und eigene weitreichende Kompetenzen sichern. Es sind noch nicht näher beschriebene re-

moting Foreign Direct Investment. Washington: Foreign Investment Advisory Service, 1998.

57 Europäische Gemeinschaften (Anm. 19), S. 105.

58 Die Aufgabenzuweisung müsse jedoch noch ergänzt werden. ebd., S. 106.

59 Institute for Economic Research, Ex Ante Evaluation of the National Development Plan 2001-2006, Slovenia, (15.10.2001), Ljubljana 2001, <www.sigov.si/art> (13.1.2003) S. 88-94.

60 Ebenda.

gionale Finanzfonds vorgesehen, die aus eigenen, staatlichen und kommunalen Mitteln gespeist werden sollen. In die jährlichen regionalen Budgets sollen ferner Teile aus den Einnahmen der staatlichen Einkommenssteuer fließen.⁶¹

Was die Kompetenzen betrifft, so sieht die Planung eine Übergabe aller Aufgaben an die Regionen vor, welche die regionale und die lokale Verwaltungsebene tangieren. Ferner sollen auch die Gemeinden und die Zentralregierung Aufgaben bestimmen können, welche die wirtschaftliche, kulturelle und gesellschaftliche Entwicklung der Region betreffen. Die Verwaltung der Regionen soll direkt gewählten Vertretern obliegen. Ihr Ziel soll sein, eine auf die jeweiligen Besonderheiten und Bedingungen der Region zugeschnittene Entwicklungspolitik zu schaffen, die im besten Fall die Abhängigkeit und Rückständigkeit gegenüber den besser entwickelten Zentren reduzieren könnte.

Die National Agency for Regional Development (NARD) ist sicher auch auf lange Sicht die Schlüsselinstitution für Regionalpolitik auf nationaler Ebene. Ihre zwei Arbeitsfelder "Implementierung der Regionen für den EU-Beitritt" und "Ausgewogene Regionalentwicklung" verweisen nochmals deutlich auf die Prioritäten, zu denen die Ausarbeitung des NDP oder die Realisierung von EU-Programmen gehört. Auf regionaler Ebene sollen die Regional Development Agencies (RDA), von denen zuletzt neun bei der NARD eingetragen waren,⁶² die Umsetzung regionaler Entwicklungsprogramme steuern. Zwischen ihnen besteht jedoch derzeit noch kein koordinierter und regelmäßiger Austausch. Die Entfernung abgelegener Regionen zum EU-Ausland wirkt sich gleichzeitig negativ auf die Effizienz der in diesen Regionen operierenden RDAs aus, fehlt ihnen doch der Kontakt mit den EU-Nachbarländern.

Den bisherigen Vorschlägen und Maßnahmen zur Reorganisation des Landes ist der Fokus auf den Strukturaspekt gemein. Der funktionale Aspekt wurde trotz einer ersten Eingrenzung beispielsweise der Aufgabenbereiche der Regionen überwiegend vernachlässigt. Noch gilt es zu klären, wie genau die Aufteilung der Kompetenzen zwischen Regierung, Regionen und Gemeinden aussehen und auf welche Weise eine Finanzierung der Regionen und ihrer Entwicklung gewährleistet werden soll.

Auswirkungen auf regionale Polarisierungstendenzen

Die strategische Neuausrichtung der slowenischen Investitionspolitik lässt sich an Hand zwischen 1999 und 2000 verabschiedeter Gesetze und Pro-

61 Parliament of the Republic of Slovenia, a. a. O.

62 NEI (Anm. 55), S. 38.

gramme zeigen. Zu diesen gehörten unter anderem: der Securities Market Act, der Insurance Act sowie der Banking Act. All diese Gesetze beseitigten die lediglich für ausländische Investoren bestehenden Restriktionen in Branchen wie z. B. dem Versicherungs- und Bankwesen. Begleitet wurden diese Gesetzesnovellen von der Verabschiedung des Foreign Exchange Act, der den 1988 in Kraft getretenen Foreign Investment Act ersetzte. Dieser ist nunmehr das einzige Gesetz, das den Zufluss von ADI reglementiert.⁶³ Darüber hinaus garantiert die Unterzeichnung des European Agreements im Februar 1999 die Gleichbehandlung von inländischen und ausländischen Unternehmen. Im Rahmen diverser Regierungsprogramme⁶⁴ sollen als Hemmnisse für zusätzliche ausländische Investitionen analysierte Verfahren vereinfacht, bürokratische Hindernisse eliminiert⁶⁵ und finanzielle Anreize für langfristige Investitionen geschaffen werden.⁶⁶ Zusätzlich hierzu sollen sowohl die Etablierung eines Investitionen fördernden institutionellen Rahmens als auch die Vermarktung des Standorts vor allem durch die Slowenische Agentur zur Förderung von Handel und Investitionen (TIPO) forciert werden.⁶⁷ Die von der Regierung im Rahmen dieser neuen Strategie erklärten Ziele decken sich mit den in der theoretischen Diskussion hinsichtlich der positiven Effekte von ADI vorgetragenen Argumenten

Den Kommissionsberichten von 2001 und 2002 zufolge kam es in diesen beiden Jahren zu einem respektablen Anstieg der ADI. Es wird darauf verwiesen, dass sowohl die Erweiterung der Beteiligungsmöglichkeiten⁶⁸ als

63 Im Rahmen dieser Novelle wurden z. B. verschiedene Bereiche erstmals für ADI geöffnet und die Grenze zwischen Portfolio- und Direktinvestitionen durch ein Absenken der notwendigen Beteiligungsschwelle von 50% auf 10% neu definiert, was mit einer Kostensenkung für ausländische Investoren verbunden war. Vgl. zur Problematik der „custody accounts“ in Slowenien u. a. M. Rojec (Anm. 1), S. 31.

64 Die wichtigsten Programme sind der „Action Plan for Employment (2000–2001)“ (Ministry of Small Business and Ministry of Labour), das Programm zum Abbau von Bürokratie, das „Programme of the Government of the Republic of Slovenia for the Promotion of Foreign Direct Investment in 2000“ sowie das „Government Scheme for Attracting Foreign Direct Investment between 2001–2004“.

65 Allgemein zu den Zielen dieser Programme Vgl. TIPO, Trade and Investment Promotion Office: Slovenia is Sharpening Focus on Investment. Government Commitment to Attract Investment, 2002, <<http://www.investslovenia.org/rest/news/povzetekprograma.pdf>> (23.1.2003), S. 1.

66 Zur Schaffung finanzieller Anreize, bspw. in Form staatlicher Beihilfen Vgl. EBRD (Anm. 14) S. 10.

67 Die TIPO wurde bereits 1994 gegründete, trat jedoch bis Ende der neunziger Jahre u. a. aufgrund ihrer mangelhaften finanziellen Ausstattung eher zurückhaltend auf.

68 Der bisher größte jährliche Zufluss an ADI, der 2001 verzeichnet wurde, ist v. a. auf Akquisitionen im Telekommunikations- und Finanzsektor zurückzuführen. Vgl. OECD (Anm. 22), S. 6.

auch das Regierungsprogramm zur Förderung ausländischer Direktinvestitionen zum Anstieg der Zuflüssen beigetragen haben.⁶⁹ Auf Grund der Tatsache, dass trotz der beschriebenen Liberalisierungstendenzen sensible Bereiche der Wirtschaft, wie z. B. der Finanzsektor, noch immer nicht vollständig dem Druck der internationalen Märkte ausgesetzt werden,⁷⁰ bleibt abzuwarten, ob die noch ausstehenden, politisch äußerst brisanten Entscheidungen hinsichtlich der Privatisierung der noch im Staatsbesitz befindlichen Großbanken und Versorgungsunternehmen im Sinne der ausländischen Investoren getroffen werden.

Es kann dennoch mittelfristig, ganz besonders im Zuge des noch in diesem Jahr zu vollziehenden EU-Beitritts mit einem weiteren Anstieg der Zuflüsse ausländischen Kapitals vor allem zugunsten der schon jetzt vergleichsweise hoch entwickelten Region Zentralslowenien, der beiden Sonderwirtschaftszonen Koper und Maribor sowie der Gewinnerregionen der bisherigen Transition gerechnet werden.

Das bedeutet jedoch nicht, dass die Entwicklung von neuen Aktivitätszentren nicht möglich ist. Sie zeichnet sich allerdings zumeist nicht durch eine stetige Konvergenz aller Regionen aus, sondern durch eine dynamische Entwicklung einiger weniger Zentren. Eine Verlagerung der Produktion tritt spätestens dann ein, wenn die Kosten der Agglomeration⁷¹ deren Nutzen übersteigen. Aufgabe des Staates muss es sein, einen Teil der vor allem aus ausländischem Engagement und der damit verbundenen überlegenen Wettbewerbsfähigkeit resultierenden überdurchschnittlichen Profite in den bereits bestehenden Aktivitätszentren mittels der ihm zu Verfügung stehenden Instrumente, wie etwa gezielter Sonderbesteuerung, deren Grenze jedoch die international zu erzielende durchschnittliche Profitrate darstellt, abzuschöpfen und im Rahmen von angemessenen regionalen und interregionalen Förderprogrammen, z. B. in Form von inter- und intraregionalen Infrastrukturinvestitionen möglichst beschäftigungswirksam und effektiv einzusetzen.

Fazit

Die während des Übergangs von der Plan- zur Marktwirtschaft entstandenen ökonomischen Strukturen haben eine Verstärkung und Verfestigung der bereits vorhandenen regionalen Disparitäten begünstigt. Der vergleichsweise

69 Vgl. Europäische Gemeinschaften (Anm. 20), S. 38-39; EBRD (Anm. 14), S. 6.

70 Es bestehen noch immer Restriktionen hinsichtlich kurzfristiger Transaktionen und Portfolioinvestitionen, um die mit Finanzspekulationen verbundenen Gefahren weitgehend zu kontrollieren. Vgl. EBRD (Anm. 14) S. 10.

71 Derartige Kosten ergeben sich aus der Verteuerung der mobilen und immobilien Produktionsfaktoren vor Ort.

geringe Zufluss an ADI könnte allerdings eine Beschleunigung der Vertiefung regionaler Disparitäten verhindert haben. Nach fast einem Jahrzehnt setzt die slowenische Regierung nun auf politische Programme zur Harmonisierung der ungleichen Entwicklung der Regionen und entwickelt ernstzunehmende Strategien, die einer Polarisierung im Land entgegenwirken sollen. Als Grund für diese problemorientierte Regionalpolitik kann einerseits die sichtbare Auseinanderentwicklung von Zentralslowenien und Restslowenien gelten, insbesondere unter dem Gesichtspunkt einer sich abzeichnenden Polarisierung. Andererseits hat mit dem baldigen EU-Beitritt der externe Druck auf Slowenien zugenommen, die politischen Strukturen zugunsten einer Kompatibilität mit EU-Programmen und Regionen in den anderen Mitgliedstaaten anzupassen.

Die noch zu Beginn des Transitionsprozesses zu beobachtende Passivität des slowenischen Staates im Bezug auf das Anlocken von ADI ist mittlerweile einer Strategie gewichen, die den Anstrengungen der anderen Beitrittsaspiranten diesbezüglich entspricht. Aufgrund der ausgeführten sehr guten Voraussetzungen hierfür werden diese wohl schon kurzfristig von Erfolg gekrönt sein. Trotz der Bemühungen der Zentralregierung um eine harmonischere regionale Entwicklung kann derzeit aufgrund der bestehenden strukturellen Bedingungen nicht davon ausgegangen werden, dass mittelfristig eine regional ausgewogenere Allokation der Zuflüsse ausländischen Kapitals zu erreichen sein wird. Vielmehr sollte die slowenische Regierung darum bemüht sein, die interregionalen, infrastrukturellen Voraussetzungen für eine Dezentralisierung der ökonomischen Aktivität für die Zeit des Wirkens der aus dem Agglomerationsprozess resultierenden Dispersionskräfte zu schaffen, um auf diese Weise den regionalen Polarisierungstendenzen zu begegnen.

Philipp Fink

Der ungarische Musterknabe? Wachsende Polarisierungen in Ungarn¹

Ungarn kann im Vergleich zu den anderen mittel- und osteuropäischen Ländern (MOEL) eine geringere Arbeitslosigkeit und ein stabileres Wirtschaftswachstum vorweisen. Seit 1997 ist die ungarische Wirtschaft um 4,5 Prozent bis 5,5 Prozent jedes Jahr gewachsen, und die Arbeitslosigkeit nahm zwischen 1992 und 2002 von 13,4 Prozent auf 5,9 Prozent ab. Verantwortlich hierfür waren hohe Summen an ausländischem Kapital, vornehmlich ausländische Direktinvestitionen (ADI), die ins Land flossen. Angezogen durch weitreichende Ansiedlungsanreize haben investierende multinationale Unternehmen (MNU) den strukturellen Umbau der Wirtschaft unterstützt und vorangetrieben. Zwischen 1990 und 2002 sind die Exporte um 64 Prozent gestiegen, wobei Industriegüter, vornehmlich aus der verarbeitenden Industrie und dem Maschinenbau, Agrarprodukte und Nahrungsmittel als wichtigste Exportgüter ersetzt haben. Mit einem Anteil von mehr als 60 Prozent der Exporte ist die EU inzwischen der wichtigste Exportmarkt. Nach Ansicht vieler Experten hat Ungarn die Transformation von der Plan- zur Marktwirtschaft geschafft und befindet sich in einem vorteilhaften Wachstums- und Entwicklungskreislauf. Dies ist eine beachtliche Leistung angesichts der traumatischen Erfahrungen, die die ehemaligen Mitglieder des kommunistischen Ostblocks bei der Einführung der Marktwirtschaft gemacht haben.²

Der folgende Beitrag schließt sich diesen Interpretationen an und zeigt auf, dass die verstärkte Ansiedlung multinationaler Unternehmen einen integralen Bestandteil des Verständnisses der postsozialistischen Wirtschaftsentwicklung Ungarns darstellt. Es wird gezeigt, dass eine zweifache Strategie

-
- 1 Der Autor möchte Andreas Lange und Anke Müller für die wertvollen Hinweise und Korrekturen danken.
 - 2 A. Éllető, *The Impact of FDI on the Foreign Trade of CECs*, in: G. Hunya (Hrsg.): *Integration Through Foreign Investment: Making Central European Industries Competitive*, Cheltenham; Northampton, MA 2000, S. 197-217; G. Hunya, *International Competitiveness: Impacts of Foreign Direct Investment in Hungary and Other Central European Countries*, in: P. Meusberger/H. Jöns (Hrsg.): *Transformations in Hungary: Essays in Economy and Society*, Heidelberg 2001, S. 125-156; L. Csaba, *A Decade of Transformation in Hungarian Economic Policy: Dynamics, Constraints and Prospects*, in: *Europe-Asia Studies* 50 (1998), S. 1381-1391.

gie verfolgt wird, die einerseits die lokale Integration von Teilbereichen der internationalen Produktionsnetzwerke der MNU vorsieht und andererseits die einheimische Wirtschaft in die globalen Produktionswerke einzubinden versucht. Doch angesichts wachsender sozioökonomischer Widersprüche muss der vordergründige Erfolg des ungarischen Wachstumsmodells bezweifelt werden. Es wird argumentiert, dass die Dominanz oligopolistischer MNU trotz unbestreitbarer Wachstumserfolge zu Polarisierungsprozessen in Form von industriestrukturellen, interpersonellen und regionalen Polarisierungen führt. Es findet somit keine gesamtwirtschaftliche Diffusion von Wachstumsdynamiken aus den MNU-Sektoren in die übrige Wirtschaft statt, sondern es bilden sich einzelne von MNU dominierte Wachstumsinseln heraus.

Der ungarische Modernisierungsprozess

Laut einer Studie der European Bank of Reconstruction and Development (EBRD), zählt Ungarn zu den erfolgreichsten osteuropäischen Transformationsländern. Nach Ansicht der Bank hat sich die Transition von der Plan- zur Marktwirtschaft schneller und ruhiger vollzogen als bei seinen Nachbarn. Die EBRD führt dies auf die wirtschaftspolitische Kontinuität der verschiedenen Regierungen seit den ersten freien Wahlen im Jahre 1990 zurück. Eine der Hauptsäulen der Transformation war, nach Ansicht der Bank und der OECD, die rasche und konsequente Privatisierung der Volkswirtschaft sowie ihre zügige Öffnung für den Handel und für internationale Kapitalströme. Bei einer wirtschaftlichen Privatisierungsquote von mehr als 80 Prozent, mit der geringsten Arbeitslosigkeit in der Region und den höchsten Exportquoten zählt Ungarn zu den Gewinnern der Transformation.³

Tabelle 1 verdeutlicht den ungarischen Transformationserfolg anhand eines Vergleichs der wichtigsten wirtschaftlichen Kennzahlen mit denen anderer MOEL. Sie zeigt, dass in Ungarn im Unterschied zu seinen osteuropäischen Nachbarn höhere Produktivitätszuwächse vor allem in der Industrie bei einer geringeren Arbeitslosigkeit möglich waren. Dagegen verzeichneten die anderen MOEL im gleichen Zeitraum trotz höheren Wirtschaftswachstums höhere Arbeitslosenzahlen. Seit 1996 ist die Arbeitslosigkeit in Ungarn kontinuierlich gefallen. Dieser Rückgang der Erwerbslosigkeit war eine Folge der gesamtwirtschaftlichen Erholung, die 1997 einsetzte und seitdem für ein dauerhaftes Wachstum sorgt⁴.

3 EBRD, Hungary: Investment Profile, London 2001; OECD, OECD Economic Surveys: Hungary, Paris 2002.

4 E. Viszt/B. Brosi, Structural Changes in the Hungarian Economy and Foreign Trade in 1993–1998, in: Acta Oeconomica 51 (2001), S. 385-414.

Tabelle 1 Vergleich der wichtigsten wirtschaftlichen Kennzahlen⁵

	BIP Wachstum (2001) [1990= 100]	BIP/Kopf (2001) [PPS Prozent]	Wachstum der Pro- duktivität (1989– 2001)	Wachstum der indus- triellen Produkti- vität (1989– 2001)	Arbeitslo- senquote (2002)	Export- quote (2002)
Tsch. Republik	102	60	2,15	3,09	7,3	65
Polen	145	41	3,09	6,65	19,9	30
Slowakei	108	49	2,39	2,05	18,6	73
Slowenien	124	74	3,07	3,17	6	58
Ungarn	113	54	4,05	7,68	5,9	64
EU-15	125	100	1,54	-	7,6	34

Doch insgesamt ist die Beschäftigung seit 1997 nur um durchschnittlich 1,3 Prozent jährlich gestiegen⁶. Diese Diskrepanz zwischen dem Abbau der Arbeitslosigkeit und der Ausweitung der Gesamtbeschäftigung bedeutet, dass das Wirtschaftswachstum in Ungarn nicht beschäftigungsexpansiv war. Schätzungsweise 1,2 Millionen Arbeitsplätze (25 Prozent der Beschäftigten) fielen in Ungarn der Transformation von der Plan- zur Marktwirtschaft zum Opfer⁷. Aufgrund der geringen Beschäftigungsausweitung muss davon ausgegangen werden, dass ein Großteil dieser Arbeitskräfte statistisch nicht mehr erfasst wird, da sie sich entweder freiwillig oder gezwungenermaßen (z. B. Pensionierung) aus dem Arbeitsmarkt zurückgezogen haben⁸. Obwohl die Datenlage für die Frühzeit der Transformation äußerst dürftig ist, nimmt der Anteil der aktiven Bevölkerung seit dem Beginn der Wachstumsphase (1997) unter Berücksichtigung von geburtenstarken Jahrgängen schneller zu als die Geburtenrate. Dies lässt den Schluss zu, dass die Arbeitsbereitschaft in der Bevölkerung bei verbesserten wirtschaftlichen Aussichten zunimmt.

5 ITDH, Competitiveness Report 2002: An International Comparison of the Competitive Advantages of Hungary, Budapest 2002, <<http://www.itdh.hu/kepek/upload/2003-10/Competitiveness-2002.pdf>> (Download am: 12/11/2003); OECD, Economic Outlook, No. 73, Paris 2003; Eurostat, Structural Indicators: T2 Unemployment, Luxembourg 2003.

6 Eurostat, Structural Indicators (Anm. 4); Commission of the European Communities (EU Comm), Comprehensive Monitoring Report on Hungary's Preparations for Membership, Brüssel 2003.

7 ITDH, Competitiveness Report 2002 (Anm. 4).

8 Vgl. L. Csaba, A Decade of Transformation in Hungarian Economic Policy (Anm. 2).

Verantwortlich für die Zunahme am BIP und die im Vergleich geringere Arbeitslosigkeit sind zum einen das überdurchschnittliche Wachstum der Industrie- und Dienstleistungssektoren und zum anderen die gestiegene Exportleistung der ungarischen Wirtschaft. Der Beitrag des industriellen Sektors zum gesamtwirtschaftlichen Wachstum hat im Vergleich zu dem der anderen Wirtschaftssektoren eine herausragende Stellung. Zwischen 1993 und 1998 wuchs der produzierte Mehrwert um 55 Prozent, und die Produktion expandierte um 65 Prozent⁹. Der Anteil der Exporte am BIP stieg beständig zwischen 1997 und 2002 von 41,7 Prozent auf 64 Prozent¹⁰, wobei Industriegüter den überwiegenden Anteil der Exporte stellten (1998: 60 Prozent). Im Zusammenhang mit einem Rückgang des Binnenkonsums im gleichen Zeitraum muss festgestellt werden, dass das ungarische Wirtschaftswachstum von dem Exportwachstum des industriellen Sektors getragen wird.

Jedoch sind die maßgeblichen Akteure dieser positiven wirtschaftlichen Entwicklung nicht einheimische Firmen aus Ungarn, sondern europäische und amerikanische MNU, die vorwiegend in den Wachstumsbranchen des industriellen Sektors investieren und für den Export in den benachbarten europäischen Binnenmarkt produzieren. Dieser Zusammenhang ist äußerst wichtig für das Verständnis des Transformationsprozesses in Ungarn. Im Unterschied zu den anderen MOEL flossen bereits in der frühen Transformationsphase erhebliche Summen an ADI in die ungarische Volkswirtschaft.

Tabelle 2¹¹ verdeutlicht diese Entwicklung durch den Vergleich der Zuflüsse an ADI in verschiedene MOEL-Staaten. Hieraus wird ersichtlich, dass die Zuflüsse an ADI nach Ungarn in den ersten zehn Jahren der Transformation am höchsten von allen MOEL waren. Nahezu 30 Prozent aller ADI flossen nach Ungarn. Zwar konnten die anderen Länder im Folgezeitraum deutlich aufholen, da sich der Anteil Ungarns an den Gesamtzuflüssen an ADI um fast 23 Prozent verringerte, doch besitzt Ungarn den höchsten Anteil an ADI an den Bruttoanlageinvestitionen.

9 E. Viszt/B. Borsi, *Structural Changes in the Hungarian Economy and Foreign Trade in 1993-1998* (Anm. 5).

10 EU Comm, *Comprehensive Monitoring Report on Hungary's Preparations for Membership* (Anm. 6).

11 L. Csaba, *A Decade of Transformation in Hungarian Economic Policy* (Anm. 2); UNCTAD, *World Investment Report 2003: FDI Policies for Development*, New York; Genf 2003, <www.unctad.org/en/docs/wir03_en.pdf> (Download: 10/10/2003).

Tabelle 2 Zuflüsse an ADI nach Osteuropa

	Bestand an ADI (1990) [Mio. US\$]	Anteil am gesamten MOEL ADI- Zufluss (1989– 1998)	Anteil am gesamten MOEL ADI- Zufluss (1999– 2002)	Bestand an ADI (2002) [Mio. US\$]	Pro- Kopf Bestand an ADI (2002) [US\$]	Ø Anteil der ADI- Zuflüsse an den Brutto- anlageinve- stitionen (1991–2002)
Tsch. Re- publik	1 363	17,5	24,9	38 450	3770	23,4
Polen	109	2,7	25,1	45 150	1169	14,4
Slowakei	81	2,2	7,5	10 225	1894	14,4
Slowenien	607	2	2,4	5 074	2537	8
Ungarn	569	29,4	6,5	24 416	2418	25,2
MOEL	2 841	100	100	187 868	-	11,4

Dieser Kennzahl zur Folge wurden zwischen 1991 und 2002 durchschnittlich 25 Prozent aller Investitionen in den materiellen und immateriellen Produktionsmitteln des Landes von investierenden MNU getätigt. Somit besitzt Ungarn die höchste Durchdringungsrate aller MOEL. Der Rückgang des ungarischen Anteils an den Gesamtzuflüssen an ADI seit 1999 ist auf Umstrukturierungsprozesse zurückzuführen, da die Löhne aufgrund des Wirtschaftswachstums gestiegen sind. Als Folge sind lohnintensive Produktionskapazitäten ins Ausland verlagert und im Gegenzug kapitalintensivere Investitionen getätigt worden.¹²

Zwischen 1990 und 2000 stieg die Anzahl an MNU in Ungarn von 6000 auf 26.645. Diese Firmen beschäftigten im Jahr 2000 27,7 Prozent aller Arbeitnehmer vorwiegend in kapitalintensiven Branchen der Wirtschaft und sorgten für 51 Prozent aller Umsätze, für 49 Prozent aller Exportverkäufe und für 50,9 Prozent der Intparte.¹³ Insgesamt sind 70 Prozent der Exporte auf der Grundlage des Intra-Firmenhandels zurückzuführen. 1998 betrug der Gesamtanteil der ausländischen Firmen am privaten Kapital in der Wirtschaft 37,8 Prozent.¹⁴ Die ausländischen Unternehmen investierten haupt-

12 Für einen Überblick der Zu- und Abflüsse an ADI, vgl. ebenda, Annex Table A.II.4.

13 E. Viszt/B. Borsi, Structural Changes in the Hungarian Economy and Foreign Trade in 1993–1998 (Anm. 5); UNCTAD, WID Country Profile: Hungary, New York; Genf 2003, <http://www.unctad.org/en/subsites/dite/fdistats_files/pdfs/Hungary_profile.pdf> (Download: 13/11/2003).

14 A. Élétó, The Competitiveness of Hungarian Industries: A Comparison of Domestically Owned Firms and Foreign-Investment Enterprises in Manufacturing. Institute

sächlich in zwei dynamische Sektoren der ungarischen Wirtschaft: Dienstleistungen und verarbeitende Industrie. Darüber hinaus flossen nennenswerte Mengen an ADI ins Hotel- und Baugewerbe. Die Branchen Handel, Finanz- und Firmendienstleistungen sowie Maschinenbau und verarbeitende Industrie verzeichneten den höchsten Anteil an MNU, gefolgt von den Chemie- und Nahrungsmittelbranchen.

Tabelle 3 Anteil der MNU in den Wirtschaftszweigen und -indikatoren Ungarns in Prozent (2001)¹⁵

<i>Sektor</i>	<i>Mehrwert</i>	<i>Bruttogewinn</i>	<i>Kapitalanteil</i>	<i>Beschäftigung</i>
Verarbeitende Industrie	64,9	66,6	67,6	45,1
Nahrungsmittel, Tabak, Getränke	62,1	75,6	73,3	39,7
Textilien	51,4	–	60,2	34,3
Leder und Schuhe	63,0	–	70,0	50,0
Holzprodukte	43,7	–	63,6	21,4
Papier und Zellstoff, Druck, Verlagswesen	43,3	34,4	47,5	25,9
Koks und raff. Petroleum	79,2	20,5	42,6	68,7
Gummi und Plastik	61,6	72,7	71,7	48,6
Andere nicht-metallische Mineralien	64,2	88,0	51,9	37,5
Metallprodukte	39,4	–	52,6	29,5
Maschinenbau	49,2	–	65,0	40,6
Elektrische App. und Instrumente.	77,0	78,2	86,1	69,8
Automobile	86,2	98,7	98,4	62,2
Andere verarbeitende Industrie	39,1	–	45,0	25,8
Versorgungswirtschaft	52,5	80,2	40,5	35,3
Bauwirtschaft	14,9	–	25,6	8,3

for World Economics Working Paper No. 118, Budapest 2001, <www.vki.hu/workingpapers/wp-118.pdf> (Download: 12/11/2002).

15 M. Szanyi, FDI Related Policies in Hungary, 1990-2001. Country Report A/B of the Investment for Development Project, Jaipur 2003, <http://www.cuts.org/CR_hung_C.doc> (Download: 03/12/03), Tabelle 7.

<i>Sektor</i>	<i>Mehrwert</i>	<i>Bruttogewinn</i>	<i>Kapitalanteil</i>	<i>Beschäftigung</i>
Handel und Reparatur	41,9	42,4	46,9	22,5
Transport und Lagerung	35,7	–	59,2	13,0
Immobilien und Firmendienstleistungen	33,4	29,2	33,7	15,6

Tabelle 3 verdeutlicht die Bedeutung der investierenden MNU für die ungarische Wirtschaft und zeigt ihre Durchdringung. Der industrielle Sektor ist am bedeutendsten aufgrund der hohen Konzentration von MNU (68 Prozent des privaten Kapitals) und bezogen auf den Anteil der Branche an den Exporten, der Beschäftigung und der Produktivität. Insgesamt stammten 1998 70 Prozent des Umsatzes der verarbeitenden Industrie von MNU, die 45 Prozent der Arbeitnehmer beschäftigten und für 86 Prozent der Exporte an Industriegüter sorgten.¹⁶ Die neun Industriebranchen, in denen ausschließlich MNU aktiv sind, sorgten 1998 allein für 50 Prozent des Umsatzes des industriellen Sektors.¹⁷ Diese Fakten verdeutlichen, dass die vorwiegend in den Wachstumsbranchen des industriellen Sektors investierenden MNU die Hauptsäule dieser exportorientierten Entwicklung bilden. Die geringere Arbeitslosigkeit, stabileres Wirtschaftswachstum, hohe Exportquote und höhere Produktivität ist ein Ergebnis der hohen Zuflüsse an ADI in den Industriebranchen des Landes.

Die Begründung der Anziehungsstrategie

Die hohen Zuflüsse und die resultierende hohe Durchdringungsrate der ungarischen Wirtschaft durch ADI sind das Ergebnis der zentralen strategischen Bedeutung ausländischer Unternehmen im ungarischen Transformations- und Privatisierungsprozess. Diese zentrale Rolle ausländischen Kapitals in Ungarn ist das Hauptunterscheidungsmerkmal zu den Transformationsprozessen der anderen MOEL.¹⁸

16 A. Élrető, *The Competitiveness of Hungarian Industries*, (Anm. 14).

17 G. Hunya, *International Competitiveness*, (Anm. 2).

18 L. Csaba, *Transformation in Hungary and (in) Hungarian Economics*. Frankfurt Institute for Transformation Studies Discussion Papers 6/97, Frankfurt/Oder 1997, <www.euv-frankfurt-o.de> (Download: 12/12/02); L. Csaban, *Ideologies, Economic Policies and Social Change: The Cyclical Nature of Hungary's Transformation*, in: J. Henderson (Hrsg.), *Industrial Transformation in Eastern Europe in the Light of the East Asian Experience*, London 1998, S. 224-244; P. Mihály, *FDI in Hungary: The Post-Communist Privatisation Story Reconsidered*. CEU-Economics Working

Die erste frei gewählte demokratische Regierung stand vor einem Dilemma. Voraussetzung für den Weg in die Marktwirtschaft war zum einen die wirtschaftliche Umstrukturierung in Form von Privatisierung und Entflechtung der Wirtschaft, ihre Integration in den Weltmarkt und der Aufbau nachhaltiger moderner Produktionskapazitäten. Zum anderen musste gleichzeitig der Abbau der Auslandsschuld von mehr als 20 Milliarden US\$ vorangetrieben werden. Verschärfend kam hinzu, dass die RGW-Märkte (die bis dahin wichtigsten Exporteinnahmequellen) zusammenbrachen und Ungarn vor einem wirtschaftlichen und sozialen Abgrund stand. Eine zunehmende Verarmung der Bevölkerung musste verhindert werden, um den gesellschaftlichen Konsens zu den marktwirtschaftlichen und demokratischen Reformen nicht zu gefährden.¹⁹

Sowohl exogener als auch endogener Druck verhinderte eine populistische Privatisierungspolitik, wie sie in der Tschechischen Republik und Polen stattfand. Der externe Druck stammte von Internationalen Organisationen, wie dem IWF, der Weltbank, ausländischen Gläubigerbanken, namhaften ungarischen Exil-Ökonomen und nicht zuletzt von MNU, die bereits während der kommunistischen Herrschaft in Ungarn investiert hatten. Zu den Eigenarten des ungarischen Sozialismus gehörte die partielle Öffnung der Wirtschaft des Landes für internationales Kapital und Waren. Bereits 1973 trat Ungarn dem GATT bei und wurde 1982 Mitglied im IWF und der Weltbank und hatte somit Zugang zu Sonderziehungsrechten des Währungsfonds und zu Krediten sowohl der Weltbank als auch privater westlicher Banken. Bei einer Auslandsverschuldung von mehr als 20 Milliarden US\$ (eine Propf-Verschuldung von mehr als 2000 US\$) drohte der ungarischen Wirtschaft 1989/1990 die Zahlungsunfähigkeit. Vor diesem Hintergrund erschien die Option der Reprivatisierung der ungarischen Staatsbetriebe durch Restitution als äußerst unvorteilhaft, da bei einer solchen Entscheidung die investierenden MNU und Gläubigerbanken um die Legitimität ihrer Investitionen fürchten müssten. In diesem Zusammenhang errechnete der IWF, dass Ungarn einen jährlichen Zufluss an ADI in Höhe von ein bis zwei Milliarden US\$ benötigen würde, um den erforderlichen Schuldendienst zu leisten und um die Kreditwürdigkeit des Landes aufrechtzuerhalten. Im Endeffekt wurde also die Veräußerung der Staatsbetriebe an ausländische Unternehmen zu Gunsten der Entschuldung vereinbart.²⁰

Papers WP2/2000, Budapest 2000, <www.ceu.hu/econ/economic/fdi_ceuw.pdf> (Download: 01/02/2003).

19 L. Csaba, Transformation in Hungary and (in) Hungarian Economics (Anm. 18); M. Molnár, Geschichte Ungarns: Von den Anfängen bis zur Gegenwart, Hamburg 1999.

Der interne Druck ergab sich aus der Diskreditierung der wirtschaftlichen Eliten des Landes. Obwohl der Aufbau einer nationalen unternehmerischen Bourgeoisie in der Anfangsphase der Transformation propagiert wurde, scheiterte dieses Vorhaben sehr schnell an der wirtschaftlichen Realität. Der ungarischen Wirtschaft fehlten drei grundlegende Faktoren, die sich für eine marktwirtschaftliche Umorientierung als unabdingbar erwiesen und die in den Augen der Befürworter einer größeren Beteiligung ausländischen Kapitals im Transformationsprozess unbedingt erforderlich waren. Es mangelte an Kapital, an Technologie und an erfahrenem Unternehmertum.²¹

Dem Privatisierungsprozess vorangegangen waren mehr als zwei Jahrzehnte ständiger Wirtschaftsreformen, die unter dem Begriff des „Neuen wirtschaftlichen Mechanismus“ geführt wurden. Im Prinzip handelte es sich dabei um eine Importsubstitutionsstrategie, die mittels einer Dezentralisierung der betrieblichen Entscheidungsfindung und eines begrenzten Zuflusses an ADI in Form von „Joint Ventures“ zu einer Diversifizierung der Exportstruktur führen sollte. Diese Bemühungen sind letztendlich an dem großen Einfluss der am Export verdienenden Landwirtschaft und der importabhängigen Großbetriebe (vornehmlich der Schwerindustrie) auf die wirtschaftspolitische Entscheidungsfindung gescheitert. Diese Gruppierungen verhinderten eine Umverteilung der staatlichen Investitionen, die für den Aufbau eines industriellen Exportsektors hätten sorgen können. Das Ergebnis waren wiederholte Zahlungsbilanzkrisen des Landes und eine wachsende Auslandsverschuldung aufgrund der steigenden Abhängigkeit wirtschaftlichen Wachstums und somit der Einkommen von Importen aus dem Westen.²²

Hinzu kam am Anfang des Privatisierungsprozesses das Phänomen der „spontanen Privatisierung“ der Staatsbetriebe durch die Kombinatführung. Diese unkoordinierte Privatisierung beinhaltete zumeist die kurzfristige kreditfinanzierte Ertragssteigerung durch das Abstoßen unrentabler Anlagen. Der Erfolg dieser Maßnahmen war zweifelhaft, da die Geschäftsleitung in den meisten Fällen nicht an dem Fortbestand der Unternehmen interessiert war. 1993 erreichte die ungarische Wirtschaftskrise ihren Gipfel, als eine erneute Zahlungsbilanzkrise und der Zusammenbruch der einheimischen Finanzinstitutionen aufgrund der Zahlungsunfähigkeit einiger Staatsbetriebe drohte und der IWF die Auszahlung von Krediten verweigerte. Erst ab die-

20 P. Mihály, FDI in Hungary (Anm. 18).

21 P. Mihály, The Evolution of Hungary's Approach to FDI in Post-Communist Privatisation, in: *Transnational Corporations* 10 (2001); S. 61-74.

22 Für 1 Prozent Wachstum des BIP wurde eine Steigerung der Importe um 1 Prozent aus dem Westen benötigt, vgl. P. Mihály, FDI in Hungary (Anm. 18); M. Molnár, *Geschichte Ungarns* (Anm. 19); L. Czaban, *Ideologies, Economic Policies and Social Change* (Anm. 18).

sem Zeitpunkt konnten sich die Vertreter der Finanzinteressen als Befürworter einer exportorientierten Entwicklungsstrategie unter der Beteiligung ausländischen Kapitals durchsetzen. Das ungarische Entwicklungsregime wurde neugeformt. Ausländisches Kapital ersetzte endgültig einheimisches Kapital als Hauptakteur des Entwicklungsprozesses. Die Begründung hierfür lieferten namhafte ungarische Wirtschaftswissenschaftler wie Janós Kornai, Béla Balassa und Nicholas Kaldor zusammen mit den Vertretern der Zentralbank und des Finanzministeriums sowie der ausländischen Gläubigerbanken und des IWF. Sie führten an, dass es nicht zu einer längerfristigen Ausweitung und Diversifizierung ungarischer Exporte und somit zu langfristigen Wirtschaftswachstum und Beschäftigungszunahmen kommen könne ohne eine Integration der ungarischen Wirtschaft in die globalen Produktionsnetzwerke der MNU.²³

Die marktwirtschaftliche und exportorientierte Umorientierung der ungarischen Volkswirtschaft sollte durch eine zweifache Strategie erreicht werden. Einerseits sollten die globalen Produktionsnetzwerke durch die erfolgreiche Ansiedlung ausländischer Unternehmen lokal integriert werden. Andererseits sollten durch den Verkauf ungarischer Unternehmen lokale Unternehmen als Exporteure etabliert werden. Ihre Zusammenarbeit mit den MNU als Zulieferer oder Endproduzenten sollte für eine Übertragung von Technologie und für unternehmerisches Wissen sorgen. Die Entstehung eines wettbewerbsfähigen Exportsektors würde somit durch Vor- und Rückkopplungen zu gesamtwirtschaftlichen Beschäftigungszunahmen führen. Export- und Privatisierungserlöse könnten also dazu beitragen, die Zahlungsbilanzkrisen zu beheben. Desweiteren würden diese Einnahmen zur Entschuldung und zum langfristigen Wirtschafts- und Einkommenswachstum führen. Schließlich sollte durch die Orientierung der Exportfirmen auf den europäischen Binnenmarkt die wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Anbindung Ungarns an die EU herbeigeführt werden.

Dieser Rationalität folgend, wurde die Privatisierungspolitik schärfer auf die Bedürfnisse der Entwicklungsstrategie und somit der MNU zugeschnitten. Von nun an sollten ADI nicht nur für Neuinvestitionen („Greenfield Investments“) angezogen werden, sondern auch eine Hauptrolle im Privatisierungsprozess („Brownfield Investments“) in Form von Fusionen und Unternehmenskäufen („M&As“)²⁴ spielen. Der Privatisierungsbehörde wurde bewusst, dass die von MNU gekauften Unternehmen wirtschaftlich erfolgreicher waren und eine höhere Verkaufssumme erzielten als die „spontan“

23 L. Czaban, *Ideologies, Economic Policies and Social Change* (Anm. 18); J. Henderson u. a., *Economic Governance and Poverty in Hungary*. Working Paper No. 438, Manchester 2001, <www.mbs.ac.uk> (Download: 12/10/2002).

privatisierten Betriebe. Dies führte zu einer Dichotomie der Privatisierungspolitik. Die Privatisierungsbehörde erkannte, dass von den ca. 1500 verbliebenen Staatsbetrieben lediglich 30-50 Unternehmen als bedeutsam für die Entwicklungsstrategie einzuschätzen waren, und suchte explizit für diese Firmen ausländische Käufer. Obwohl diese Politik des Verkaufs der nationalen „Kronjuwelen“ an ausländische Investoren gesellschaftlich und politisch umstritten war, unterstützte die Anwendung des transparenten Prinzips der Verkaufsauktionen („Cash for Sale“), das den Verkauf des jeweiligen Unternehmens an den höchsten Bieter vorsah, die politische Begründung der Verkäufe. Die übrigen Firmen, die von weniger strategischer Bedeutung waren, wurden entsprechend den Privatisierungsrichtlinien auch an ungarische Käufer veräußert. Es wurde jedoch fest damit gerechnet, dass diese Firmen bei einem geschäftlichen Erfolg zu einem späteren Zeitpunkt von den ungarischen Besitzern an ausländische Eigentümer verkauft werden würden.²⁵

Die Ansiedlungsinstrumente und ihre Ergebnisse

Angezogen wurden und werden die MNU mittels eines komplexen und weitreichenden Ansiedlungsprogramms. Die verschiedenen Instrumente bedienen sich verschiedener Aspekte der Arbeitsmarkt-, Regional- und Steuerpolitik. Im Vergleich zu den anderen MOEL gehören die ungarischen Ansiedlungsmaßnahmen zu den umfangreichsten. Sie setzen sich aus steuerlichen Vergünstigungen, Zollvorteilen und staatliche Subventionen im Bereich der Forschung und Entwicklung sowie bei Infrastrukturmaßnahmen zusammen. Sie bilden gleichzeitig den Kern der ungarischen Industriepolitik, da nicht zwischen einheimischen und ausländischen Firmen unterschieden wird.

Allgemein gilt eine Unternehmenssteuer von 18 Prozent, Dividenden werden mit 20 Prozent besteuert. Bei den finanziellen Anreizen für investierende Unternehmen wird nach der Höhe der Investition und der Anzahl der Beschäftigten unterschieden. In der Regel wird allen neuinvestierenden Firmen eine steuerliche Befreiung von bis zu fünf Jahren gewährt. Beträgt die Investitionssumme mehr als 40 Mio. US\$ und werden mindestens 500 Menschen beschäftigt, so ist das jeweilige Unternehmen für zehn Jahre steuerlich befreit. Darüber hinaus genießen Firmen, die in strukturschwache Regionen mit mehr als 15 Prozent Arbeitslosigkeit investieren, eine steuerliche Befrei-

24 M&A: Mergers and Acquisitions, vgl. K. Antalóczy/M. Sass, Greenfield Investments in Hungary: Are They Different from Privatization FDI? in: *Transnational Corporations* 10 (2001); S. 39-59.

25 P. Mihály, *The Evolution of Hungary's Approach to FDI in Post-Communist Privatisation* (Anm. 22); P. Mihály, *FDI in Hungary* (Anm. 18).

ung von bis zu fünf Jahren, falls ihre Investition der industriellen Produktion gilt. Desweiteren bestehen direkte staatliche Zuwendungen für die Betriebe, die sich in Innovations- und Industrieparks ansiedeln und zur Entwicklung des lokalen Unternehmertums beitragen. Schließlich wurden spezielle zollfreie Exportzonen für Firmen eingerichtet, die ausschließlich für den Export produzieren. In diesem Fall bestehen zusätzlich zu der steuerlichen Befreiung auch erhöhte Abschreibungen, und Waren können zollfrei importiert werden.²⁶

Tabelle 4 Privatisierung und ADI²⁷

	% Zuwachs des Privat- sektors (1990–1998) [Stand 1998]*	Devisenan- teil an Priva- tisierungs- erlösen (1990–1996)	ADI Anteil an Privatisie- rungserlösen (1990–1996)	Devisenan- teil an Priva- tisierungs- erlösen (1997–1999)	ADI Anteil an Privatisie- rungserlösen (1997–1999)
Tsch. Republik	65 [75]	15	80	80	50
Polen	40 [70]	<25	20	25-50	40
Slowenien	35 [50]	<25	<25	<25	<25
Ungarn	60 [85]	63	47	60	70

*Definiert als Anteil des privaten Sektors an der Bruttowertschöpfung

Aufgrund dieser Maßnahmen verzeichnete Ungarn im Vergleich zu den anderen MOEL eine beschleunigte Privatisierung. Tabelle 4 verdeutlicht diesen Zusammenhang zwischen ADI und dem Privatisierungsprozess. Seit 2000 ist der Privatisierungsprozess in Ungarn nahezu abgeschlossen und aus der Tabelle wird deutlich, dass Ungarn den größten Anteil des privaten Sektors an der Bruttowertschöpfung besitzt. Dies ist das Ergebnis eines beträchtlichen ausländischen Engagements bei der Privatisierung der ungarischen Staatswirtschaft.

Am eindrucksvollsten haben sich die Freihandelszonen entwickelt. Obwohl deren Exportproduktionsanreize auch für einheimische Firmen offen stehen und das Instrument seit 1982 eingesetzt wird, haben sich ausschließlich MNU in den Zonen angesiedelt. Ihre Zahl ist allein zwischen 1997 und 1999 von 89 auf 115 gewachsen, wobei Dreiviertel der Investition als Neuinvestitionen („Greenfield Investments“) gelten.²⁸ Der Anteil an den ungarischen

26 Stand von Anfang 2001, vgl. G. Hunya, *International Competitiveness* (Anm. 2).

27 Ebenda.

28 K. Antalóczy/M. Sass, *Greenfield Investments in Hungary* (Anm. 24).

schen Exporten ist von 18,1 Prozent (1996) auf 43 Prozent (1999) gestiegen. 70 Prozent der Güter waren halbfertige oder fertige Waren der Telekommunikations-, Elektro-, Informatik-, Automobil- und Maschinenbauindustrie.²⁹

Die Firmen profitieren von der Exterritorialität der Ansiedlung. Investitionen, Importe und Exporte der MNU sind von der Mehrwertsteuer und den Zöllen befreit. Die Freihandelszonen stellen somit deutliche internationale Wettbewerbsvorteile in Form von Produktionskostensenkungen für die Firmen dar. Hinzu kommt, dass die Firmen in Auslandswährungen buchen können und somit keinen Wechselkursrisiken ausgesetzt sind. Die bestehenden Restriktionen bezüglich des begrenzten Anteils an Waren, die lokal gekauft werden dürfen, haben zu der Ansiedlung von den traditionellen Zulieferfirmen der MNU geführt. Dies sichert zusätzliche Produktionsvorteile. Produktionsverfahren müssen nicht zeitintensiv von lokalen Firmen neu erlernt werden, da auf eine bereits bestehende Zusammenarbeit zurückgegriffen werden kann.³⁰

Die Kehrseiten des Erfolgs

Die postsozialistische Entwicklung Ungarns wird in quantitativer Hinsicht als Erfolg bewertet, der zweifelsohne auf den Investitionen der MNU beruht. Doch bezüglich der Qualität des Wachstums muss angesichts wachsender sozioökonomischer Widersprüche diese positive Interpretation des ungarischen Entwicklungswegs angezweifelt werden. Erste Untersuchungen deuten daraufhin, dass sich der Wachstumsprozess in zwei Geschwindigkeiten vollzieht. Diese Zweiteilung ist auf die Anziehungsstrategie zurückzuführen, die die Wachstumsdynamik auf die MNU-dominierten Hochtechnologiesektoren begrenzt. Sie spiegelt sich in zunehmenden industriestrukturellen, regionalen und interpersonellen Polarisierungen wieder. Diese Heterogenität des Wachstums ist das Resultat der Einseitigkeit der wirtschaftspolitischen Instrumente in Ungarn. Sie sind lediglich auf MNU orientiert und sorgen nicht in genügendem Maß für eine Integration der MNU in die einheimische Wirtschaft, was den Erfolg des exportorientierten Entwicklungsmodells garantieren könnte. Stattdessen führt diese Strategie zu einer Abhängigkeit des Wachstumsprozesses vom Wachstum in den MNU-Sektoren und von den steigenden Zuflüssen an ADI.

29 G. Hunya, *International Competitiveness* (Anm. 2).

30 K. Antalóczy/M. Sass, *Greenfield Investments in Hungary* (Anm. 24).

Industriestrukturale Polarisierungen

Der massive Zufluss an ADI hat zur Entstehung einer zweigeteilten Wirtschaftsstruktur geführt. Deutliche Unterschiede bezüglich der Produktivität, Löhne, Exporte, Beschäftigung und Profite zwischen den MNU und den einheimischen Unternehmen sind das Ergebnis. Tabelle 5³¹ verdeutlicht diese Diskrepanz anhand der Darstellung des Anteils der MNU an den Indikatoren für die wichtigsten Wirtschaftssektoren in Ungarn.

Die Konzentration der MNU ist an dem Kapitalanteil sichtbar und ist in einigen Subsektoren der Exportbranche der verarbeitenden Industrie erheblich. Auffallend ist auch die Profitabilität der ausländischen Unternehmen, die sich aus dem Anteil der Nettoumsatzerlöse ableiten. MNU der verarbeitenden Industrie waren vier- bis fünfmal profitabler als einheimische Firmen. Insgesamt sorgten alle MNU, die nur 27 Prozent der Firmen in Ungarn ausmachen, für 66 Prozent der Bruttoprofite der Unternehmen.³²

Gleichzeitig zahlen die MNU weitaus höhere Löhne als einheimische Firmen. Dieser Zusammenhang zwischen überdurchschnittlichen Profiten und höheren Löhnen deutet auf eine höhere Produktivität der MNU im Vergleich zu den einheimischen Unternehmen hin. 1998 war die Produktivität ausländischer Tochterunternehmen in der verarbeitenden Industrie um 286,7 Prozent höher als in den einheimischen Unternehmen.³³ Dieser Produktivitätsunterschied erweckt den Verdacht, dass die MNU mittels der Methode des „Transfer Pricing“ den Wert ihrer importierten Verprodukte niedriger angeben, um aufgrund der günstigen Unternehmensbesteuerung in Ungarn einen höheren Gewinn anzugeben. Die dargestellte wirtschaftliche Dominanz der MNU in Ungarn lässt den Schluss zu, dass diese Unternehmen als Quasi-Oligopolisten auftreten.

Die Investitionen der MNU sind insbesondere auf wenige dynamische kapitalintensive Exportsektoren konzentriert. In diesen Sektoren werden, wie in der New Trade Theory dargestellt,³⁴ ADI nicht aufgrund der komparativen Kostenvorteile des Standorts getätigt, sondern sie sind das Resultat zunehmender Skalenerträge, die den MNU einen absoluten internationalen Wettbewerbsvorteil beschere-

31 M. Szanyi, Privatization and Greenfield FDI in the Economic Restructuring of Hungary, in: *Transnational Corporations* 10 (2001); Tabelle 1.

32 Gemessen als die Relation zwischen Nettoumsatz und Profit, vgl. A. Éltető, *The Competitiveness of Hungarian Industries* (Anm. 14).

33 Gemessen als Umsatz pro Beschäftigter, vgl. G. Hunya, *International Competitiveness* (Anm. 2).

34 P. Krugman, *Increasing Returns and Economic Geography*, in: *Journal of Political Economy* 99 (1991); S. 483-499.

Tabelle 1
Die Dominanz der MNU in der ungarischen Wirtschaft in Prozent (1999)

	<i>Kapitalanteil</i>	<i>Beschäftigung</i>	<i>Nettoumsatzerlöse</i>	<i>Lohnunterschied*</i>
Landwirtschaft, Forst und Fischerei	7,5	4,4	8,9	123,3
Bergbau	34,4	23,9	38,2	111,4
Verarbeitende Industrie +	60,6	46,5	73,0	130,2
Nahrungsmittel, Getränke, Tabak	60,5	41,5	59,8	136,9
Textilien	51,4	36,9	54,7	132,4
Gummi und Plastik +	55,6	48,1	57,0	120,7
Maschinenbau +	53,8	43,5	55,0	113,1
Elektronische App. / Instrumente +	72,1	66,1	88,9	111,8
Transportausrüstungen +	74,4	62,8	93,8	113,0
Energieversorgung	28,1	34,6	51,7	112,1
Bauwirtschaft	29,1	9,8	21,3	196,8
Handel und Reparaturen	43,3	22,6	42,7	189,6
Hotel und Gasstätten	28,0	19,4	26,8	152,7
Post und Telekom.	67,0	11,7	40,7	200,2
Gesamt	37,9	27,4	50,0	160,7

* Lohnunterschied gibt die Löhne der MNU im Verhältnis zu den der einheimischen Unternehmen (=100) an
+ sind wichtige Exportsektoren

Die Dominanz der MNU in den Exportsektoren kann daher nicht auf die Unterschiede in der Faktorausstattung zurückgeführt werden, wie im Ricardo- bzw. Heckscher-Ohlin-Samuelson-Theorem beschrieben, sondern auf wachsende Skalenerträge, die sich beim Warenaustausch zwischen gleichen Industrien ergeben (Intra-Industriehandel).

Dagegen sind die einheimischen Unternehmen mehrheitlich binnenmarktorientiert (1999: 79,5 Prozent) und befinden sich in den Sektoren, in denen sich ihre Wettbewerbsfähigkeit aufgrund komparativer Kostenvorteile ergibt. Diese Sektoren zeichnen sich durch Produkte aus, die mehrheitlich nur zu einem geringen Teil der Hochtechnologie zuzuordnen sind. Entsprechend ist ihre Produktion beschäftigungsintensiv. Diese Unternehmen sind einem zunehmenden Kostendruck ausgesetzt. Zum einen haben die rezessionsbedingte Verminderung des Binnenkonsums und die Zunahme an Importen im Zuge der Handelsliberalisierung zwischen 1993 und 1998 einen Rückgang des Binnenmarktanteils der gesamten ungarischen Industrie von 57 Prozent auf 42 Prozent verursacht.³⁵ Dies verhindert die effektive Ausnutzung von Skalenerträgen durch einheimische Unternehmen. Zum anderen haben die Belieferung des Binnenmarkts durch investierende MNU und ein Anstieg der Weltmarktkonkurrenz in den der einheimischen Industrie verbliebenen Exportsektoren für eine Zunahme des Wettbewerbsdrucks gesorgt und somit einen Verdrängungsprozess ausgelöst.³⁶

Hinzu kommt der Lohndruck auf die einheimischen Unternehmen (in Tabelle 5 dargestellt), der durch die hohen Lohnabschlüsse in den MNU entstanden ist. Um qualifiziertes Personal beschäftigen zu können, sehen sich die einheimischen Unternehmen gezwungen, Löhne zu zahlen, die annähernd den Abschlüssen der MNU entsprechen. Trotz der Lohnunterschiede zwischen MNU und einheimischen Unternehmen, bilden Löhne ca. ein Fünftel aller Kosten und belasten somit nachhaltig die Unternehmensgewinne und ihre Wettbewerbsfähigkeit.³⁷ Als Folge sind sie entweder gezwungen, ihre Geschäfte einzustellen oder die Produktion ins Ausland zu verlagern.³⁸

35 E. Vizst/B. Borsi, *Structural Changes in the Hungarian Economy and Foreign Trade in 1993–1998* (Anm. 5).

36 Der Binnenmarktanteil der MNU ist von 38 Prozent (1993) auf 56,4 Prozent (1998) gestiegen, vgl. A. Éltesö, *The Competitiveness of Hungarian Industries* (Anm. 14).

37 Tatsächlich ist der Anteil der Löhne an den Gesamtkosten in der verarbeitenden Industrie zwischen 1993 und 1998 von 17,3 auf 19,9 Prozent gestiegen, dagegen sind sie im gleichen Zeitraum für MNU von 11,9 Prozent auf 10,7 Prozent gefallen, vgl. ebenda.

38 Letzteres ist sichtbar an die gestiegenen ADI Abflüsse aus Ungarn, die zwischen 1995 und 2000 von 43 Mio. US\$ auf 532 Mio. US\$ zugenommen haben, vgl. M. Szanyi, *FDI Related Policies in Hungary, 1990–2001* (Anm. 15).

Die industriepolitische Beschränkung des ungarischen Staats auf die oben genannten Investitionsbeihilfen hat zu einem deutlichen Kapitalmangel unter den einheimischen Firmen geführt. Dieser verhindert entsprechende physische und Humankapitalinvestitionen, Investitionen in hochqualifiziertes Personal und in den Maschinenpark könnten dazu führen, technologisch höherwertige Produkte herzustellen und somit den Vorstoß in profitablere Märkte zu ermöglichen. Die Investitionsleistungen einheimischer Unternehmen der verarbeitenden Industrie sind zwischen 1992 und 1998 von 50,2 Prozent auf 21 Prozent geschrumpft. Desweiteren wird festgestellt, dass die ungarischen Unternehmen, die eine ausländische Minderheitsbeteiligung durch ein MNU besitzen, lediglich dann investieren, wenn das Kapital vom MNU-Partner gestellt wird. Einheimische Unternehmen profitieren aufgrund ihrer geringeren Kapitalgröße nur ungenügend von den Investitionshilfen des ungarischen Staats. 96 Prozent der steuerlichen Beihilfen fließen an MNU.³⁹ Dies deutet auf die Einseitigkeit der wirtschaftspolitischen Maßnahmen hin, die offen die MNU begünstigen.

Die dargestellte industriestrukturelle Polarisierung zeigt, dass eine effektive Einbindung der MNU in die einheimische Wirtschaft nur in geringem Maß stattfindet. Die erwünschten positiven Externalitäten der Ansiedlung von MNU (Vor- und Rückkopplungen) können sich nur bedingt entfalten.⁴⁰ Offiziellen Schätzungen zufolge liegt der Anteil lokaler Vorprodukte an der Produktion der MNU bei nur zehn bis 20 Prozent⁴¹. MNU sind eher dazu geneigt, ihre Vorprodukte aus dem Ausland zu beziehen. Die Importe MNU sind zwischen 1998 und 2000 von 14,1 Prozent auf 50,9 Prozent des BIP gestiegen.⁴²

Dies liegt einerseits an der technologischen Inkompatibilität der wenig diversifizierten und hauptsächlich binnenmarktorientierten einheimischen Industrie gegenüber den investierenden exportorientierten MNU. Andererseits sind Vorkopplungen in Form der Weiterverarbeitung vorgefertigter Waren durch einheimische Unternehmen aufgrund der Exportorientierung der investierenden MNU gering. Dies führt zu einer geringen Diffusion von Wissen und Technologie vom internationalen in den einheimischen Sektor.

39 A. Éltető, *The Competitiveness of Hungarian Industries* (Anm. 14); G. Huhya, *International Competitiveness* (Anm. 2).

40 Für einen Überblick über die Rolle von Vor- und Rückkopplungen im Entwicklungsprozess vgl. A. Rodríguez-Clare, *Multinationals, Linkages and Economic Development*, in: *American Economic Review* 86 (1996), S. 852-873.

41 M. Szanyi, *Spillover Effects and Business Linkages of Foreign Owned Firms in Hungary*. Institute for World Economics Working Paper No. 126, Budapest 2001, <http://www.vki.hu/workingpapers/wp_126.pdf> (Download: 10/12/2002).

42 UNCTAD, *WID Country Profile: Hungary* (Anm. 13).

Bisherige Versuche der ungarischen Regierung, eine größere Einbindung der MNU in die lokale Wirtschaft zu erzielen, scheiterten an dem Desinteresse der ausländischen Firmen, Vorprodukte von einheimischen Firmen zu beziehen.⁴³ Zum einen wurden die einheimischen Unternehmen als technologisch inkompatibel betrachtet. Zum anderen herrschte ein mangelnder Bedarf an einheimischen Zulieferern, da die investierenden MNU den Zuzug ihrer Stammlieferanten unterstützten. Darüber hinaus waren die Programme zu lokal orientiert, da die Entscheidungen über die Zusammenarbeit mit einheimischen Unternehmen in der Regel in den Mutterkonzernen gefällt wird.⁴⁴ Die firmenspezifischen Vorteile der quasi-oligopolistischen MNU sind so groß, dass sich die wirtschaftspolitischen Instrumente des ungarischen Entwicklungsstaats als machtlos erweisen, die entstehenden industriestrukturellen Polarisierungen und die damit verbundenen (nicht-intendierten) Wettbewerbsnachteile der einheimischen Unternehmen zu beheben.⁴⁵

Die dargestellte Autarkie des internationalen Sektors birgt die Gefahr des technologischen lock-in, das sich in einer sektoralen Pfadabhängigkeit äußern kann.⁴⁶ Es entsteht eine zunehmende Abhängigkeit der Exporterlöse und somit des Wirtschaftswachstums von einer eng begrenzten Anzahl an Exportgütern. Dies führt zur verstärkten gesamtwirtschaftlichen Anfälligkeit durch Nachfrageschwankungen der internationalen Märkte und durch das Investitionsverhalten der MNU. Die wirtschaftliche Dominanz der MNU in Ungarn deutet auf die Entwicklung eines Dutch-Disease Phänomens hin. Diese Dominanz führt zu einem großen Abfallen der einheimischen Unternehmen hinter den MNU mit der Folge, dass aufgrund von Lohnsteigerungen und Produktivitätsvorsprüngen der MNU die einheimischen Firmen zunehmend an Wettbewerbsfähigkeit verlieren.⁴⁷

43 Die ungarische Regierung richtete 1997 ein erstes Zuliefererprogramm ein („Supplier Programme“), Sein Scheitern wurde 2000 erklärt und führte zur Einführung des „Supplier Integrator Programme“, das im Rahmen des nationalen Entwicklungsplans („Széchenyi Plan“) geführt wird, vgl. M. Szanyi, Spillover Effects and Business Linkages of Foreign Owned Firms in Hungary (Anm. 41); M. Szanyi, FDI Related Policies in Hungary, 1990-2001 (Anm. 15).

44 M. Szanyi, Spillover Effects and Business Linkages of Foreign Owned Firms in Hungary (Anm. 41).

45 Wie dargestellt von S. Hymer, *The International Operations of National Firms*, Cambridge, Mass. 1976.

46 P. Krugman, *Increasing Returns and Economic Geography* (Anm. 34); M. Fujita u. a., *The Spatial Economy: Cities, Regions, and International Trade*, Cambridge, MA 1999.

47 H. Elsenhans, *Productivity, Wages, Profits and Exchange Rates in an Era of Globalization*, in: *Brazilian Journal of Political Economy* 22 (2002), S. 53-78.

Interpersonelle Polarisierungen

Die zweite Form der Polarisierung bezieht sich auf die Einkommensverteilung. In Ungarn hat der massive Zufluss an ADI zu deutlichen Einkommenspolarisierungen zum Vorteil hochqualifizierter Arbeitnehmer des MNU-Sektors geführt.⁴⁸ Dies ist das Resultat der hohen Kapitalintensität der Produktion, des produktiven und technologischen Vorsprungs des internationalen Sektors sowie der Ausgestaltung des Steuersystems, das kleine und mittlere Einkommen stark belastet zu Gunsten der hohen Einkommensgruppen.⁴⁹ Doch ist die Ansiedlung von MNU nicht allein verantwortlich für die Zunahme an Einkommensungleichheit, zumal das Ansteigen der Einkommensunterschiede ein seit den 1990er Jahren weit verbreitetes Phänomen in den Industriestaaten⁵⁰ ist und für Ungarn mitunter strukturelle Ursachen hat. Der Transformationsprozess hat in allen ehemaligen Ostblockstaaten zu einem starken Anstieg der Einkommensungleichheiten geführt.⁵¹

Einkommensentwicklungen in Ungarn müssen stets vor dem Hintergrund des Systemwechsels gesehen werden, der weitreichende strukturelle Veränderungen und einen ökonomischen Einbruch verursachte. Erst 1999/2000 erreichte das BIP das Niveau von 1989. Gleichzeitig nahm die Beschäftigung zwischen 1989 und 1999 um 24 Prozent ab. Die Reallöhne waren 1999 im Durchschnitt um 15 Prozent geringer als 1989.⁵² Zwischen 1992 und 1997 mussten 30 Prozent der Beschäftigten Reallohneinbußen von 20-40 Prozent hinnehmen.⁵³ Trotz dieser Einschnitte fiel der Zuwachs an Einkommensungleichheit in Ungarn geringer aus als in anderen MOEL, wie zum

48 J. Rutkowski, Earnings Mobility During the Transition: The Case of Hungary, in: MOCT–MOST: Economic Policy in Transitional Economies 11 (2001), S. 69-89; G. Redmond/P. Kattuman, Employment Polarisation and Inequality in the UK and Hungary, in: Cambridge Journal of Economics 25 (2001), S. 467-480.

49 Z. Ferge/K. Tausz, Social Security in Hungary: A Balance Sheet after Twelve Years, in: Social Policy and Administration 36 (2), S. 176-199; J. Henderson u.a., Economic Governance and Poverty in Hungary (Anm. 23).

50 M. Förster/M. Pellizari, Trends and Driving Factors in Income Distribution in the OECD Area. Labour Market and Social Policy Occasional Papers No. 42, Paris 2000; D. Snower, The Causes of Changing Earnings Inequality. IZA Discussion Paper No. 29, Bonn 1999, <<http://repec.iza.org/RePEc/Discussionpaper/dp29.pdf>> (Download: 14/05/2002); S. Nickel/B. Bell, Changes in the Distribution of Wages and Unemployment in OECD Countries, in: American Economic Review 86 (1996), S. 302-314.

51 Z. Kapitány/G. Molnár, Inequality and Mobility Analysis by the Hungarian Rotation Panel. Institute of Economics Discussion Papers 2002/4, Budapest 2002, <www.econ.core.hu/hirek/dp/mtdp0204.pdf> (Download: 31/01/2003).

52 J. Rutkowski, Earnings Mobility During the Transition (Anm. 48).

53 Ebenda.

Beispiel in Russland. Auch im OECD-Vergleich bewegt sich Ungarn im oberen Mittelfeld der Mitgliedsstaaten.⁵⁴ Dieser vergleichbare mildere Anstieg der Ungleichheiten wird zum einen auf die neutralisierende Wirkung der Einkommensmobilität zurückgeführt, zum anderen durch die staatlichen Umverteilungsmaßnahmen bedingt und schließlich als das Resultat des hohen Erwerbsanteils von Frauen gesehen.

Die Transformation der Wirtschaftsordnung in Ungarn hat zu einer Nachfrageveränderung und folglich zu einer Entlohnungsänderung bezüglich der Qualifikationen geführt. Die Umstrukturierung der Wirtschaft durch die Einführung neuer Technologien, Geschäftszweige, Berufe und Produktionsmethoden hat eine hohe Mobilität der Einkommen verursacht. Diese Umstrukturierung ist, wie oben gezeigt, maßgeblich durch das Engagement der MNU in der ungarischen Wirtschaft vorangetrieben worden. Die Arbeitnehmer, deren Qualifikationen den neuen Ansprüchen entsprachen, erfuhren deutliche Einkommensverbesserungen.

Zwischen 1992 und 1997 betrug das Verhältnis zwischen den Einkommen der am höchsten verdienenden Arbeitnehmer mit dem Verdienst der am wenigsten verdienenden 2,94. D.h. die obersten zehn Prozent der Einkommensverteilung verdienten 294 Prozent mehr als die untersten zehn Prozent. Insgesamt konnten in diesem Zeitraum 20 Prozent der Beschäftigten ihre Einkommenspositionen halten, 40 Prozent erfuhren eine Verschlechterung und 40 Prozent eine Verbesserung ihrer Einkommen. Dabei konnten fast 56 Prozent der hochqualifizierten Beschäftigten im gleichen Zeitraum ihre Einkommensposition halten, und für 24 Prozent dieser Beschäftigtengruppe verbesserte sie sich. 30 Prozent der Arbeitnehmer mit geringen Qualifikationen erfuhren dagegen eine deutliche Einkommensverschlechterung.⁵⁵ Nach dem Auslaufen des Transformationsprozesses in Ungarn nimmt als natürliche Folge die Mobilität der Einkommen aufgrund der Beendigung der Nachfrageverschiebung ab. Die Einkommenspositionen fixieren sich mit dem Ergebnis, dass unqualifizierte Arbeitnehmer länger im ausgeprägten ungarischen Niedriglohnsektor⁵⁶ verweilen. Nur 20 Prozent dieser Beschäftigtengruppe schaffte es nach fünf Jahren, ihre Einkommensposition zu verbessern. 56 Prozent der verbleibenden Arbeitnehmer sahen sich zwischen

54 M. Förster u. a., *Regional Poverty and Income Inequality in Central and Eastern Europe: Evidence from the Luxembourg Income Study*. LIS Working Papers, 324, Luxemburg 2002, <www.lisproject.org/publications/liswps/324.pdf> (Download: 01/11/2003).

55 J. Rutkowski, *Earnings Mobility During the Transition* (Anm. 48).

56 Erste Schätzungen zufolge umfasste der Niedriglohnsektor (definiert als die unteren 20 Prozent der Einkommensverteilung) in Ungarn zwischen 1992 und 1997 35 Prozent der Arbeitnehmer, vgl. ebenda.

1992 und 1997 dem Phänomen der perforierten Arbeitslosigkeit ausgesetzt (abwechselnde Zeiten von Beschäftigung und Arbeitslosigkeit, wobei die Zeiten ohne Beschäftigung überwiegen), und 29 Prozent verließen gar den Arbeitsmarkt.⁵⁷

Bezogen auf die Entwicklung der Haushaltseinkommen muss festgestellt werden, dass die Einkommensungleichheit weniger stark ausgeprägt ist als bei der oben dargestellten Verteilung der Löhne und Gehälter, da staatliche Transferleistungen und Steuern die Einkommensentwicklung beeinflussen. Dennoch ergibt sich ein geteiltes Bild: Zwischen 1993 und 1996 stiegen die Ungleichheiten stark an. Das Verhältnis bezüglich des Nettoeinkommens zwischen der höchsten und der niedrigsten Einkommensgruppe stieg zwischen 1993 von 2,44 auf 2,63 im Jahr 1996. Der Grund für diesen starken Anstieg liegt in der Einführung der drastischen Austeritätsmaßnahmen 1995 („Brokos-Programm“), die zusammen mit einer Verminderung der Sozialleistungen und einer Inflationsrate von durchschnittlich 25 Prozent p.a. zu deutlichen Nettoeinkommenseinbußen bei den Haushalten der unteren Einkommensgruppen führten.⁵⁸ Die Ungleichheiten sind seitdem weniger stark gestiegen. So ist dieser Wert 1998 gleichgeblieben. Ersten Schätzungen für den Zeitraum von 1998 bis 2002 zufolge sind die Einkommensungleichheiten leicht gestiegen, wobei auch die oben dargestellten Einkommensmobilitäten gesunken sind. Dies bedeutet, dass sich die Haushaltseinkommenspositionen verfestigen.⁵⁹

Bezogen auf die Entwicklung der Haushaltseinkommen muss festgestellt werden, dass die ungarischen Sozialleistungen einen rapiden Anstieg der Armut in der Bevölkerung während der Rezessionsjahre verhindern konnten. Zwischen 1992 und 1997 lebten 7,5 Prozent der Haushalte in Armut.⁶⁰ Während der Rezession verhinderte ein umfangreiches Frühverrentungsprogramm der ungarischen Regierung eine längerfristige Massenarbeitslosigkeit, die als die Hauptursache von Armut gilt.⁶¹ Doch die sozialpolitischen Maßnahmen werden als unzureichend betrachtet, für die Zeit nach der

57 Ebenda.

58 Z. Ferge/K. Tausz, *Social Security in Hungary* (Anm. 49); J. Henderson u.a., *Economic Governance and Poverty in Hungary* (Anm. 23); L. Csaba, *A Decade of Transformation in Hungarian Economic Policy* (Anm. 2).

59 Z. Kapitány/G. Molnár, *Inequality and Mobility Analysis by the Hungarian Rotation Panel* (Anm. 51); Z. Ferge/K. Tausz, *Social Security in Hungary* (Anm. 49).

60 D.h. 7,5 Prozent der Haushalte bezogen mindestens für vier Jahre ein Einkommen, das unter 50 Prozent des für Haushaltsgröße gewichteten Einkommens lag, World Bank, *Hungary: Long-Term Poverty, Social Protection and the Labour Market: Volume 1, Main Report*, Washington, D.C. 2001, <<http://www-wds.worldbank.org/.../multi0page.pdf>> (Download: 05/12/2003).

Transformation den geringverdienenden Haushalten eine Verbesserung ihrer Einkommenspositionen längerfristig zu ermöglichen. Aufgrund einer fehlgeleiteten Bildungspolitik herrscht in Ungarn eine geringe Chancengleichheit hinsichtlich des sozialen Aufstiegs, da nur eine geringfügige relative und absolute soziale Mobilität zu beobachten ist. Dies betrifft vor allem niedrigqualifizierte Haushalte, Haushalte in denen Langzeitarbeitslose leben, Alleinerziehende, junge und große Familien sowie vor allem die ethnische Minderheit der Roma. Diese Haushalte erleben überproportionale Armutsperioden.⁶²

Dieser Zusammenhang ergibt sich aus dem zugrundeliegenden Konzept der Ansiedlungspolitik, welche geringe Produktions- und Transaktionskosten für die investierenden MNU garantieren muss. Finanziert werden diese Subventionen nicht über Unternehmensbesteuerungen, sondern über die höhere Besteuerung von Arbeit, vornehmlich der mittleren und unteren Einkommen. Aus dem Wunsch, ein investitionsfreundliches Klima zu schaffen, werden die höheren und obersten Einkommensschichten steuerlich entlastet.⁶³ Hinzu kommt, dass Ungarn, wie in abhängigen Modernisierungsprozessen üblich,⁶⁴ einen Großteil seines hauptsächlich von den MNU erwirtschafteten Wachstums in Form von Lizenzzahlungen und Gewinnrückführungen exportiert. Dieser Kapitalexport ist seit 1998 ständig gestiegen. Ebenso verdeutlicht der sinkende Anteil der Löhne am gesamtwirtschaftlichen Wachstum diese Entwicklung.⁶⁵ Das Ergebnis ist die sozial- und fiskalpolitische Selbstbeschränkung des ungarischen Staats, um vermeintlich die Wachstumskräfte zu unterstützen, dabei werden die negativen Auswirkungen in Form einer mangelnden sozialen Kohäsion in Kauf genommen.

61 Schätzungsweise 1,5 Million Rentner gelten als verdeckte Arbeitslose, L. Csaba, A Decade of Transformation in Hungarian Economic Policy (Anm. 2).

62 Z. Spéder, Poverty Dynamics in Hungary During the Transformation, in: P. Meusbürger/H. Jörns (Hrsg.), Transformations in Hungary: Essays in Economy and Society, Heidelberg 2001, S. 225-248.; Z. Ferge/K. Tausz, Social Security in Hungary (Anm. 49); J. Henderson u.a., Economic Governance and Poverty in Hungary (Anm. 23); I. Tóth, Income Distribution and Economic Growth in Transition: Hungary, 1987-2000. Presentation for the Second ECA Poverty Forum for CIS PRSP Countries November 27-31 Budapest, Budapest 2001, <<http://www.worldbank.org/wbi/attackingpoverty/eca/toth.pdf>> (Download: 09/12/2003).

63 Z. Ferge/K. Tausz, Social Security in Hungary (Anm. 49); J. Henderson u. a., Economic Governance and Poverty in Hungary (Anm. 23).

64 Für eine Diskussion der abhängigen Modernisierungsprozesse in der europäischen Peripherie vgl. M. Dauderstädt, Überholen, ohne Einzuholen: Irland – ein Modell für Mittel- und Osteuropa? Politikinformation Osteuropa 90, Bonn 2001, <<http://library.fes.de/fulltext/iid/01028toc.htm>> (Download: 10/10/2002).

65 M. Szanyi, FDI Related Policies in Hungary (Anm. 15).

Regionale Polarisierungen

Die dritte Polarisierung bezieht sich auf die Existenz von regionalen Entwicklungsungleichheiten. Zwar bestehen in Ungarn traditionell regionale Disparitäten zwischen den westlichen und den östlichen Landesteilen sowie aufgrund des zentralstaatlichen Charakters Ungarns zwischen der Budapester Region und dem Rest des Landes. Doch sind diese Entwicklungsunterschiede im Zuge der Ansiedlung von MNU weiter angestiegen. Die Region um Budapest sticht hinsichtlich ihres Beitrags zum gesamtwirtschaftlichen Wachstum in Höhe von 42 Prozent des BIP deutlich hervor, gefolgt von der Grenzregion zu Österreich im Nordwesten des Landes (Nord-Transdanubien) mit 19 Prozent (1998).⁶⁶

Diese Wachstumszentren haben sich aus dem Investitionsverhalten der MNU ergeben und sind das Ergebnis einer fehlenden Steuerungsfähigkeit des ungarischen Entwicklungsstaats bei der Ansiedlung von ADI. Die beiden Regionen konnten zwischen 1990 und 1998 mehr als 85 Prozent der ADI anziehen⁶⁷. Entsprechend bestehen deutliche Unterschiede hinsichtlich der Beschäftigungslosigkeit. Während 1999 die Arbeitslosigkeit im nationalen Schnitt bei sieben Prozent lag, verzeichneten die Wachstumsregionen zum Teil weit geringere Raten. Die Region Budapest wies eine Arbeitslosigkeit von 4,5 Prozent auf, und in Nord-Transdanubien lag sie bei 5,6 Prozent. Dagegen verzeichneten die Regionen im Nordosten und Süden eine Beschäftigungslosigkeit von bis zu 25 Prozent, vereinzelt sogar noch höher.⁶⁸

Diese regionalen Unterschiede sind durch die Existenz von positiven Externalitäten entstanden, die sich aus der Entwicklung von Agglomerationsvorteilen ergeben haben. Die Entstehung von Clustern hat zu Investitions-

66 P. Kiss, *Industrial Mass Production and Regional Differentiation in Hungary*, in: *European Urban and Regional Studies* 8 (2001), S. 321-328.

67 K. Fazekas, *The Impact of Foreign Direct Investment Inflows on Regional Labour Markets in Hungary*. SOCO Project Paper No. 77c, Vienna 2000, <www.univie.ac.at> (Download: 01/10/2002); Z. Cséfalvay u.a., *Neue regionale Disparitäten in Ungarn*, in: H. Faßmann (Hrsg.), *Die Rückkehr der Regionen: Beiträge zur regionalen Transformation Ostmitteleuropas*. Beiträge zur Stadt- und Regionalforschung Nr. 15, Wien 1997, S. 141-186; P. Meusberger, *Spatial and Social Disparities in Employment and Income in Hungary*, in: P. Meusberger/H. Jörns (Hrsg.), *Transformations in Hungary: Essays in Economy and Society*, Heidelberg 2001, S. 173-206.

68 Es wird davon ausgegangen, dass die Arbeitslosigkeit in den stark landwirtschaftlich geprägten Regionen noch höher sein könnte, da die Landwirtschaft eine hohe Zahl an verdeckte Arbeitslosigkeit zulässt, vgl. Z. Dóvényi, *Development and Spatial Disparities of Unemployment in Hungary*, in: P. Meusberger/H. Jörns (Hrsg.), *Transformations in Hungary: Essays in Economy and Society*, Heidelberg 2001, S. 207-224.

kaskaden geführt, wobei die erfolgreiche Ansiedlung von MNU in einer Region den Zuzug weiterer MNU bedingt hat. Investierende Unternehmen profitieren in diesen Wachstumszentren von spezialisierten und hochqualifizierten Arbeitsmärkten sowie Dienstleistungen, der Nähe zu den größeren Absatzmärkten der EU und der bereits etablierten Infrastruktur.⁶⁹ Dagegen sind die unterentwickelten Regionen noch von der Zeit der Planwirtschaft durch einen überproportionalen Anteil an Montan- und Schwerindustrie sowie der Landwirtschaft stark geprägt. Hinzu kommt die hohe Konzentration an hochqualifizierten Arbeitnehmern in der Budapester Region aufgrund ihrer traditionellen zentralen Rolle bei Bildung und Forschung und neuerdings auch im Dienstleistungssektor. Durch die Konzentration der staatlichen Unterstützungsmaßnahmen auf den Ausbau bestehender Cluster im Rahmen des Zuliefererprogramms wird befürchtet, dass der industrielle Konzentrationsprozess weiter zunehmen wird.⁷⁰

Diese Wachstums- und Beschäftigungsunterschiede wirken sich entsprechend auf die Verteilung des Wohlstands und der Armut im Land aus. Ungarn gehört zu den MOEL, das die größten regionalen Einkommensunterschiede besitzt.⁷¹ Die dynamischen Zentren besitzen ein viel höheres Pro-Kopf-Einkommen als der Rest des Landes. Obwohl Ungarn 2001 ein Pro-Kopf-Einkommen von 54 Prozent des Niveaus in der EU hatte, lag dieser Wert in der Budapester-Region bei annähernd 90 Prozent. Der Nordwesten verzeichnete ein Einkommen von ca. 70 Prozent des EU-15 Durchschnitts. Dagegen lag dieser Index im Osten Ungarns bei ca. 40-30 Prozent.⁷² Nach ersten Schätzungen verhält sich die Verteilung der Armut ähnlich. Dieser Zusammenhang zeigt auf, dass die oben genannten nationalen Armutszahlen die geographische Dimension der Armut maskieren.

Fazit

Obwohl quantitativ erfolgreich, ist der Erfolg des abhängigen Modernisierungsprozesses in Ungarn qualitativ fragwürdig. Das Bedürfnis einer raschen

69 Für einen theoretischen Überblick vgl. A. Venables, *Equilibrium Locations of Vertically Linked Industries*, in: *International Economic Review* 37 (1996), S. 341-359; P. Krugman, *Good News from Ireland: A Geographical Perspective*, in: A. Gray (Hrsg.), *International Perspectives on the Irish Economy*, Dublin 1997, S. 38-53; J. Henderson u.a., *Geography and Development*, in: *Journal of Economic Development* 1 (2001), S. 81-105. 2001

70 M. Szanyi, *FDI Related Policies in Hungary* (Anm. 15),

71 M. Förster u.a., *Regional Poverty and Income Inequality in Central and Eastern Europe* (Anm. 54).

72 Ebenda; P. Kiss, *Industrial Mass Production and Regional Differentiation in Hungary* (Anm. 66).

Wirtschaftsentwicklung im postsozialistischen Ungarn hat zu der Anziehung export-orientierter MNU geführt. Durch den massiven Zufluss an ADI konnte der ungarische Staat eine rasche Privatisierung seiner Staatswirtschaft vollziehen. Zudem ermöglichte die Investitionstätigkeit der MNU eine Umorientierung der ungarischen Wirtschaft von einer von arbeitsintensiver Landwirtschaft und Schwerindustrie geprägten Planwirtschaft zu einer kapitalintensiven Exportwirtschaft spezialisiert auf Hochtechnologiegüter der verarbeitenden Industrie. Dies hat der ungarischen Wirtschaft ein stabileres Wachstum, eine höhere Produktivität und eine geringere Arbeitslosigkeit im Vergleich zu den anderen MOEL beschert.

Doch droht Ungarn in zunehmendem Maße ein Opfer des Erfolgs seiner Entwicklungsstrategie zu werden. Die sozial-, industrie- und fiskalpolitische Zurückhaltung des ungarischen Entwicklungsstaats hat zum Entstehen sozio-ökonomischer Widersprüche geführt, die sich in industriellen, interpersonellen und regionalen Polarisierungen äußern. Die Dynamik des Wirtschaftswachstums geht nur von den investierenden MNU aus. Dies ist das Ergebnis einer mangelnden Einbettung der leistungsstarken MNU mittels Vor- und Rückkopplungen in die einheimische Wirtschaft. Das Resultat ist eine Zweiteilung der Entwicklung der Wirtschaft. Ohne eine Änderung der wirtschaftspolitischen Prämissen des ungarischen Entwicklungsmodells droht diese Dichotomie auch auf die Gesellschaft überzugehen. Es wird sich zeigen, ob der anstehende Beitritt Ungarns zur EU eine Umkehr dieser Entwicklung herbeiführen kann oder ob sich die beschriebenen Entwicklungsmängel verfestigen.

Diego Holstein

Globalization and Historical Writing since the „Global Village“

Globalization as Dialectic of Historicity and Discourse

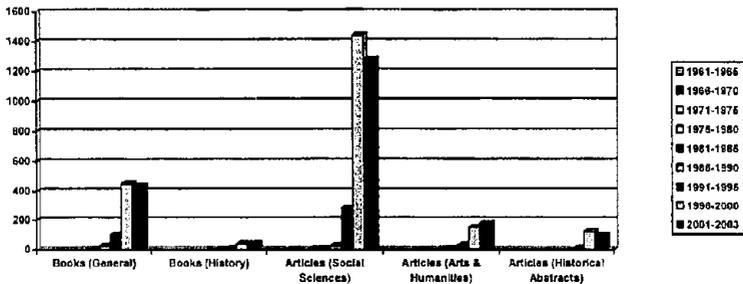
Following the three main analytical variables of economy, ideology and politics, the examination of globalization, or current globalization, as a historical phenomenon stands out as an integrated and interdependent „economy that works as a unit in real time on a planetary basis“. This economy relies on information superhighways and communication networks that simultaneously contribute to enhancing a global culture. The political realm, however, lags behind this twofold trend of compression of both the temporal and the spatial dimensions. Despite the constitution of regional and global political institutions, the nation-state persists as a central institution. The impacts of economical and cultural globalizing effects on the nation-state remain under discussion.

Scholars date these historical developments at different points throughout the second half of the 20th century up to today. Indeed, these historical developments are accompanied by an additional phenomenon: the construction of a discourse about globalization. Probably the first step in this direction is due to McLuhan. His contribution concerns mass media and communication, which are the means of both the economical and cultural developments. In his book *War and Peace in the Global Village* (1962), McLuhan claims that distance disappeared and psychic, social, economic and political parochialism ended. Since 1962 the volume of publications on the globalization has increasingly grown, not only in the social sciences but also in the humanities. These publications have to do with other issues as well, such as environment, diseases, war, diasporas, change, etc., which are now defined as Global. Therefore, the definition of globalization suggested here encompasses the dialectic of historicity and discourse as a feedback circle. This definition implies that besides the well-known quantitative trends of economical data we must also examine their correlation with the quantitative trend of academic discourse. What is the quantitative extent of the academic discourse on globalization? What is the amount of publications on the subject? What trend do these publications follow?¹

1 M. McLuhan, *War and Peace in the Global Village*, New York 1968.

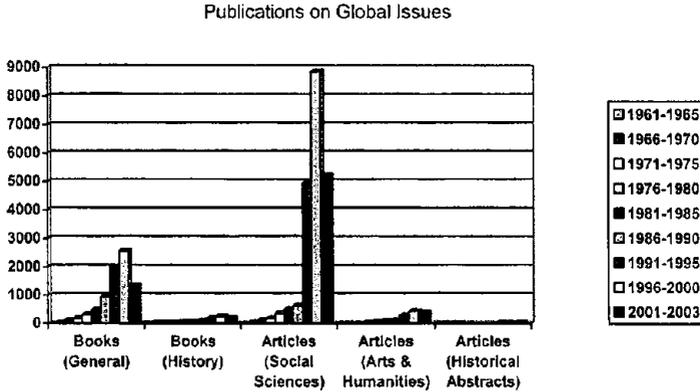
The first book on globalization held by the Library of Congress dates from 1982. In the five-year period 1986–1990 twenty-four books on the topic are incorporated to the library collection. Since then an explosion on globalization writing has taken place: ninety-eight books between 1991–1995, 450 books between 1996–2000, and for the first part of the current five-year period at least 435 books have been already published. The publication of articles follows a similar trend. According to the *Social Science Index of Citations*, there are only one, two, five and twenty six articles on globalization for the periods 1966–1970, 1976–1980 1981–1985 and 1986–1990, respectively. Nevertheless, since the watershed of 1991 280 and 1444 articles appeared for the successive five-year periods. A similar trend emerges from the *Arts & Humanities Index of Citations*, however its scope is about ten percent of that from the social sciences.

Publications on Globalization since 1961



Figures are even more impressive when we turn to publications on global issues. First, the turning point in the attention to the global as a concept took place in 1961–1965, when already fourteen books were entitled „whatever global“ or „global whatever.“ Since then a multiplication of the amount of publications occurs every five years. Only in the period 1996–2000 the growth became less drastic (from 2010 between 1991–1995 to 2568 between 1996–2000). This difference between the figures for globalization and Global issues in the publication of books is consistent with the flow of articles in respect to both the timing of the turning point and to the increasing volume. The only difference between books and articles is that there is no slow down at all in the speed of article publication. Again, there is a huge gap between social sciences and humanities. Here the proportion is twenty to

one: for each item published in the humanities twenty are published in the social sciences.



What is the share of historical writing in this discursive construction? Rather disappointingly, the *Historical Abstract* reports that the globalization as a topic appeared lately, in 1993. Until 1995, there were eight articles concerning globalization in historical journals. For historians, the end of the 1990's marked the turning point instead of its beginnings as for social scientists. This later turning point was also much more drastic. One hundred twenty articles on globalization appeared in the 1996–2000 five-year period. For the current period since 2001, ninety-one articles on globalization have been already published. This twofold trend of late and drastic watershed is confirmed by the curve of book publications: two books in 1986–1990, thirty eight books for 1996–2000 and thirty nine books for the first half of the current period. However, much more important than the figures is the following question: what is the qualitative impact globalization had both as a historical phenomenon and as a discourse on historical writing?²

In the next part of this paper I shall turn to present three categories of historical writing that have developed in the context of globalization: first, global history, second, global or world perspective and third, world history.

² According to the Library of Congress as researched through the First Search database.

Conceptualizing Global History

The emergence of a new „sub-discipline“ is probably the most direct impact of globalization on historical writing. This self-proclaimed „sub-discipline“ is Global History. Historians belonging to this new sub field of study find contemporary history to be a singular temporal unit with unique characteristics. First, it has a new spatial dimension, the „spaceship earth“, that is, the thrust into space. Another prominent characteristic is the withdrawal of previous institutions, the territorial state being now unable to protect its citizens. Moreover, new phenomena are said to have appeared: multinational corporations, environmental problems, and nuclear threats. Although some signs of globalization may be detected in earlier periods, the „Global epoch“ or the „Age of globalization“ differs from them in its intensity and synchronicity.

Global history proposes a new perspective over a very short time span. Its unit of analysis, however, is ambiguous, because it comprehends both the nation-states and the global arena. In this way, it enhances not a single Global history, but a unique history of each and every nation-state in the frame of globalization. The central subjects approached by Global history include topics acute to the components of globalization's definitions, such as globalizing economy, globalizing culture (media, films, music, popular culture), globalizing civil society (human rights, NGO's), global moving (migration, refugees, tourism), and global versus local identities.³

However, the narrow window provided by the earliest definition of the realm for precedents, the so-called „earlier signs of the global epoch“ progressively widens. At this stage, they are going beyond „today globalization“ toward the „first great globalization“ of 1850-1914 as the big leap to more globally integrated markets. Between these two waves of globalization the world war period represents a loss of previous globalization achievements. Implicitly this argument may explain why global history at its beginnings concentrates only on the post world war period. In any case, the widening of the relation between globalization and history has at least two other expressions.⁴

3 B. Mazlish/R. Buultjens, R. (Eds.) *Conceptualizing Global History*, Boulder, Colo. 1993; ders., „Comparing Global History to World History“, in: *Journal of Interdisciplinary History* 28 (1998) 3, 385-395.

4 K. O'Rourke/J. Williamson, *Globalization and History: the Evolution of a Nineteenth-Century Atlantic Economy*, Cambridge, Mass. 1999.

Every History its own Globalization

A more diffuse and general influence of globalization on historical writing is the approach to several issues, and spatial units under the title „global“ or „world“. This trend shares two crucial assumptions with Global history. First, that a global history is possible for a delimited time span. Secondly, that a specific global history is feasible for each unit of analysis separately. Obviously, the crucial difference between both approaches is the chronological point of departure. While the only possible time span for Global history is the contemporary period, for the Global perspective there is not such limitation. Free of such constrain the global perspective provides a wide range of publications. Titles like *China in World History*, *Islamic History as Global History*, and *American History in Global perspective* exemplify the global perspective on space units. In what ways do Chinese, Muslim or American histories become different throughout a global perspective? Let us review very briefly the case of Adshead's book, *China in World History* as an example. First, Chinese history is contextualized in the frame of four extensive civilizations, which define the space variable placing China as the core region of East Asia. Second, the criterion for periodization is the type of relationship between China and the rest of the world, which defines the time variable into six periods different from the usual dynastic-cycle chronology. From this time-space frame emerge the central topics of the book: the routes of contacts between China and the world, what traveled along this routes (peoples, goods, techniques, ideas, values, pathologies, institutions, and myths), and finally what contributions these exchanges made to propagate a „convergence“ of human history. Summing up, the history of China is reformulated as China's place in the history of contacts between civilizations in their road toward globalization.⁵

A similar transformation is recognized in the writing of the history of several topics from a global perspective, being them for instance environmentalism, consumption, gender, war, and others. For instance, Guha's book *Environmentalism a Global History* exemplifies a similar emphasis on spatial contextualization, diffusion processes, and even the overall divergent tendencies are exposed as result of dependent ties. Following these assumptions, the history of environmental thought and action is the history of two waves that crossed the world from the eighteenth century up to the present. Both waves create particular forms of environmental ideologies and organizations in different places, such as the demand for environmental justice by

5 S. Adshead, *China in World History*, New York 1995; R. Eaton, *Islamic History as Global History*, Washington, D.C. 1990; D. Russo, *American History from a Global Perspective: an Interpretation*, Westport, Conn. 2000.

„Radical American environmentalism“, the political highly influential Green Party in Europe, or the simultaneous demands of environmental and social justice by South Americans movements.⁶

Now, after the presentation of two types of self-contained global history it is time to consider the uncontained mode of global history.

Expanding Globalization: World History (including world system approach)

We may find that globalization has an ever-broader impact on historical writing in another historiographical category, that of World History. This branch of historical knowledge confronted Global history at least in defining the time span and the unit of analysis. Here the claim that historians usually approached the past with questions inspired on present conditions becomes evident. Globalization, as an historical phenomenon as well as discourse stimulated historians to wonder since when humanity has experienced a global history. After reading the most prominent works on world history, the answer becomes apparent. The origins of a global history in the writing of world historians are correlated negatively to the passing of time. The more time passes by, the earlier historians establish the beginning of world history as a global history. In other words, the more intensive the dialectic of global historicity and discourse becomes, the earlier the origins of globalization are found. This negative regression curve concerning the contents of world history complements the previously mentioned positive regression curve concerning the volume of publications and the passing of time. What are the main stages of this retrocession in the quest for a global world history? Putting it very shortly throughout several stages provided by a selected group of authors, the first stage backward is that of industrialization. Because of this process, Hobsbawm titled the third chapter of his *Age of Capital* (1975) „The Unification of the World“. He states there that before the middle of the 19th century the history of the world was composed by separated histories of regions unconnected beyond some superficial mutual knowledge or contact. The industrial revolution was responsible for the creation of interdependence between the different regions of the world. The central factor of this interdependence is the new „world market“. This market was able to develop thanks to innovations in the realm of communication. The main examples are train networks, the biggest public enterprise in history, which supplemented the navigation lines now accelerated by the steamships and the Suez and later Panama canals, and the telegraph whose cables covered great part

6 R. Guha, *Environmentalism: a Global History*, New York 2000.

of the world by the 1870's. The development of communications demanded new forms of international coordination, as the Telegraphic International Union and The Postal Universal Union. Besides their utility for businessmen, these innovations enhanced cultural developments, mainly the progress of journalism, including especially the world news. Mass migration becomes another important factor in the process of „transforming the planet into one unique world“. According to Hobsbawm, by the 1870's globalization had existed as in the 1970's except for a matter of intensity: more machines, more production, and more business.⁷

Immanuel Wallerstein pushed the origins of the globalization process back in his *modern world-system* (1974). Not industrialization but mercantilism marked the beginnings of capitalism. More important for our discussion is that not intra-societal processes but interdependence between regions across the world brings the capitalist society. The constituent parts of the system are defined as core, semi periphery and periphery. The characteristics of these components are permanent but not their agents. Up and down mobility exist in the system. The crucial elements that transform the world into a single unit of analysis are the world division of labor, the economic Kondratieff and logistic cycles affecting it, and the inter-states relations including the quest for hegemony and its own cycle. The world system, however, does not encompass the world but mainly the Atlantic basin. Only later was the rest of the world progressively integrated into the system.⁸

A contestation to this thesis comes in *Before European hegemony: the world system A.D. 1250–1350* (1989) Janet Abu-Lughod traces the slow development of eight commercial „circuits“: Northwest/Mediterranean Europe, the Eastern Mediterranean and Black sea basins, the Middle East, the Steppe of central Asia, West and East India's shores, Southeast Asia and China. These circuits have been webbing commercial links between them until the formation of a world system between 1250 and 1350. The foundation of this system was the city that served as a center of its own region. Metaphorically, the system is presented as an „archipelago of cities“, a network of world cities. In contrast to the European world system, before the European hegemony, the world system is said to be based on cooperative and mutually interdependent relations, without a single participant dominating it all. Instead, most of the participants benefited from coexistence and mutual tolerance since it was not based on „short term plunder [but on] long-term exchange“. However, the system bore in itself the seeds of its own destruction: the

7 E. Hobsbawm, *The Age of Capital, 1848–1875*, New York 1975.

8 I. Wallerstein, *The Modern World-System: Capitalist Agriculture and the Origins of the European World-Economy in the Sixteenth Century*, New York 1974.

spread of the Bubonic Plague from China throughout Asia toward Europe. It is the disruption of this system the appropriate context proposed to explain the subsequent European capitalist hegemony.⁹

In an earlier stage, however, Marshall Hodgson had already depicted the perception of Eurasia and north Sahara Africa as the proper unit of analysis. In his writing, this area did not appear as a world system, but he labeled it the *Oikoumene*. Their central agents were not the cities and their network as such but Islamic civilization. The global character of the emergence of Islam derives from its longitudinal expansion, which for the first time provides a corridor connecting directly the Asian Far East and the European Far West. Eaton in *Islamic History as Global History* (1990) further developed this idea.¹⁰

However, William McNeill pushes back the North Africa-Eurasian unit of analysis to an earlier stage. At the beginnings of the Common Era a „first closure of ecumene“ occurred. The nature of this closure derives from the simultaneous emergence of bordering empires across Eurasia. This political situation favored transportation, communication, trade, and migration, but also epidemics responsible for the collapse of empires and by that of the enclosure itself.¹¹

Hodgson and McNeill represent an exception to the negative correlation between date of publication and origin of globalization proposed as a metaphorical rule. However, since Wallerstein and Abu Lughod crossed the capitalist border of globalization, industrial and mercantile respectively, the way was paved for earlier globalizations in later publications. Precisely one of the inspiring figures of the original world system took the big leap backward. In *The World System: Five Hundred Years or Five Thousand?* (1993) André Günther Frank states that the main dynamics of the world system oriented the course of history since its beginnings. The process of capital accumulation, the establishment of core-periphery relationships, the operation of cycles of expansion and contraction, and the existence of hegemony and rivalry relationships, all apply equally well to pre-modern as to modern times. These dynamics are taking place from the interactions between Mesopotamian and Egyptian societies about 3000 BCE and has expanded in size and scale ever since. This overreaching statement is barely accompanied, however, by the

9 J. Abu-Lughod, *Before European Hegemony: the World System A.D. 1250–1350*, New York 1989.

10 M. Hodgson, *The Venture of Islam; a Short History of Islamic Civilization*, Chicago 1974.

11 W. H. McNeill, *The Rise of the West: a History of the Human Community*, New York/London 1963.

tracing of eight long cycles that are presented as the economic and political history of the eastern hemisphere between 1700 BCE and 1700 CE.¹²

Chase-Dunn, C. approaches this proliferation of world systems from a comparative point of view. In his „*Cross-World-System Comparisons*” (1995) he proposes a frame to reconcile the debates between previous authors, assuming that their works are not excluding but demanding a comparative analysis. He claims that world systems range from small to global in terms of the populations linked and the spatial extent of interactions. From the contrast of similarities and differences, ten types of world systems are presented: nomadic foragers, sedentary foragers, big man, simple chiefdoms, complex chiefdoms, primary states, primary empires, secondary empires, commercializing systems and Modern world system. Once all history was reformulated in terms of globalization process there is no more place for further retrocession but prehistory.¹³

In *The Global Imperative: An Interpretive History of the Spread of Humankind* (1997) Clark, R. reaches the earlier possible stage of globalization by tracing it back to the pre-agricultural *Homo erectus*. According to him, the first diffusionist historic or prehistoric development, named by him „out of Africa“, was already a global one. This was the first episode of humankind spread across different geographic and social spaces until the full encompassing of the globe. Therefore, the concept of globalization essentially focuses the processes of human society diffusion across space. These processes vary throughout time according to the distances covered, the volume of the materials moved, the speed with which they are moved, and the diversity of materials moved. Nevertheless, all the seven stages formulated, „Out of Africa“, „The Neolithic Revolution“, „Ancient Cities and Trade Routes“, „Age of Discovery“, „The Partnership of Steam and Coal“, „Petroleum and the Internal Combustion Engine“, and the „Information Age“ share as their common characteristic the role of entropy in the spread of humankind. The concept of entropy, imported from the physical science of thermodynamics, states that all kinds of energy spontaneously spread out from where they are concentrated to where they are more dispersed, if they are not hindered from doing that. From entropy follows, that globalization is an imperative of evolution toward social complexity. No particular historical actor, either individual or collective, was necessarily aware during the process.¹⁴

12 A. Frank/B. Gills (Hrsg.), *The World System: Five Hundred Years or Five Thousand?* London 1993.

13 C. Chase-Dunn, „*Cross-World-System Comparisons*”, in: S. K. Sanderson, *Civilizations and World Systems: Studying World-Historical Change*, Walnut Creek, Calif. 1995.

When chronology became exhausted, with no more room for quantitative retrocession, a qualitative transformation took place in world historical writing. In *Globalization in World History* (2002), Hopkins and others deliberately approach globalization as an ever-present phenomenon in history, but responding to different definitions at different historical stages. Instead of detecting globalization's point of departure, the authors assume world history to be organized according to several waves of globalization. Each wave of globalization is different by definition, and they do not follow a linear pattern of succession. Moreover, different waves of globalization can overlap, interact, compete or symbiotically intermingle. Therefore, this approach implicitly combines two historical strategies. On the one hand, it deliberately adopts arguments about the present in order to guide our understanding of the past. On the other hand, it rejects an inverted teleological view of history, resulting in a tense equilibrium between Bloch's proposal of understanding of the past by the present and Loewenthal's recall of the past as a foreign country.

The first type of globalization is named „archaic“ and refers to the entire historical time span before industrialization and nation-state formation. Its generative agents are kings and warriors, merchants and pilgrims responsible of the creation of „globalizing networks“, both sea-borne and land based. The major social formations created by them are alternatively pre-modern empires or city networks. These formations preserve the original diversity of the component parts rather than pushing toward standardization. Their goal is more to co-ordinate than assimilate. The limitations of the impact of these formations are attributed to technical and institutional constrictions, as well as to the size of markets and the extent of the division of labor. Once these limitations were banished after industrialization and nation-state formation, a global integration of raw materials producers and manufacturing centers of Europe occurred. In this second type of globalization, called „modern globalization“ the political integration was characterized by the formation of an international system of relations whose strategies of control are assimilation and association. However, a third type of globalization is distinguished in-between the two previously mentioned, during the 16th and 17th centuries. This type of globalization is named „proto-globalization“. The main argument is that at the eve of the major transformations of the 19th century, the pre-industrial manufacturing, finance and services grow considerably. Simultaneously, political entities strengthened the links between territory, taxation and sovereignty, a process presented as „military fiscalism“. Both de-

14 R. Clark, *The Global Imperative: an Interpretive History of the Spread of Humankind*, Boulder, Co. 1997.

velopments enhanced the circuits of exchange as the salient characteristic of this type of globalization. The fourth and last type of globalization is the contemporary one existing since the 1950's. Called „post-colonial globalization“, it is presented as a product of one hegemonic superpower, new forms of regional integration and the creation of supra-territorial organizations. Between the most prominent impacts of it stand out the elimination of isolation, the unraveling of the nation-state and a redefinition of frontiers in the frame of a supra-national borderless world, according to circuits of trade, financial flows, patterns of migration and systems of belief.¹⁵

The itinerary followed by world history, especially in the last fifteen years, is astonishing. What an enormous journey in so short a period! Besides the speed of world history development lies its vitality but also some problems. We may attribute several contributions to the incipient world history. One of them is its corrective impact on the „postmodernist turn“ of the last decade. More precisely, there are two corrective impacts. On the one hand, the predominance of material conditions implicit in the definitions of globalization may balance the attention toward the text as a means, instead of the text as goal in itself, and also balance the concentration on historical images and representations in favor of historical processes. On the other hand, world history provides a new attempt against the skepticism or rejection of „totalizing project“ replacing them with a search under the tracks of what McNeill refers to as the search of „perspective and proportions, not details“. Moreover, world history approach undermines several profound assumptions of traditional historiography. The most evident of them is the definition of the unit of analysis, the world or at least part of it instead the nation-state or, at maximum, a region. This change is related to several crucial assumptions concerning historical writing. First, the redefinition of the spatial dimension is concomitantly related to a redefinition of the temporal dimension. Instead of focusing time from a diachronic perspective, the encompassing of a wider spatial unit encourages a synchronic perspective of time. Second, the transition from a diachronic to a synchronic perspective of time is related to the passage from an endogenous causal attribution toward an exogenous one. These contributions may enrich beyond historiography and even branches of social sciences, and by that, making the globalization's lagging field of historiography into what globalization theorist may call a convergent one. Another development due to World History is the transformation of core curriculum in several universities, beginning from new introductory courses on world history and ending in doctoral programs in this field. This development was followed by the publication of some twenty

15 A. G. Hopkins (Hrsg.), *Globalization in world history*, London 2002.

textbooks in world history in the last decade. Nevertheless, besides these achievements and contributions lie some problems. To put it very shortly, recent world history has taken us from a polarity according to which there was no globalization until the last decades into an opposite polarity according to which there is no history outside globalization. Here probably lies the great challenge of conceptualization.

Globalizing Historical Writing: Before and After the „Global Village“

One of the main arguments sustained here is that the three historical approaches presented, global history, global perspective and world history are fundamentally results of the impact of globalization as both historicity and discourse on historical writing. This argument invites a thinking experiment whose research design must be the dependent variable (historical writing) before and after the application of the independent one (globalization). In other words, the comparison deals with the examination of historical writing before and after globalization.

There is of course an extensive list of books and authors that approached the history of the world before globalization, or I should say current globalization. To mention only a few: Augustinus (354–430) *De civitate Dei*, Otto of Freising (1112–1158) *Chronica sive historia de duabus civitatibus*, Rashid al-din Fadl Allah (1247–1318) *Jāmi al-tawarikh*, Ibn Khaldun (1406–1332) *Muqaddima*, Bossuet (1704–1627) *Discours sur l'histoire universelle*, Voltaire (1778–1694) *La Philosophie de l'histoire*, and *Essai sur les mœurs et l'esprit des nations*, Smith (1723–1790) *The Wealth of Nations*, Hegel (1770–1831) *Vorlesungen über die Philosophie der Geschichte*, Ranke (1795–1886) *Weltgeschichte*, Marx (1818–1883) *Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie*, Lamprecht (1856–1915) *Zur universal-geschichtlichen Methodenbildung*, Weber (1864–1920) *Wirtschaft und Gesellschaft*, H. J. Mackinder (1861–1947) *The Geographical Pivot of History* (1904), J. Burckhardt (1818–1897) *Weltgeschichtliche Betrachtungen* (1905), O. Spengler (1880–1936) *Der Untergang des Abendlandes: Umriss einer Morphologie der Weltgeschichte* (1918–1922), H. W. Wells (1866–1946) *The Outline of History* (1920), A. Toynbee (1889–1975) *A Study of History* (1934–1961), P. Sorokin (1899–1968) *Social and Cultural Dynamics* (1937–1941), L. Mumford (1895–1990) *The Condition of Man* (1944), K. Jaspers (1883–1969) *The Origin and Goal of History* (1953), Ch. Dawson (1889–1970) *The Dynamics of World History* (1956).

However, these books do not fit in any one of the three current historical approaches under examination: global history, global perspective and world history. Their foundations are completely different and responding to two

different categories: metahistory, which is the writing of history following a permanent principle or set of principles and to a lesser extent universal history, which is the presentation of separate units of analysis in an arithmetic sum until the encompassing of the globe or part of it.

A much more focused and useful formulation of this experimental thinking is to contrast the attempts to encompass world history at the earlier dating of globalization as historicity, after World War II, with those made after the emergence of the formulation of „the global village“ and the subsequent discourse on globalization since the end of the 1960's. Here it is very instructive to stress that in the beginnings of globalization, *sensu stricto*, as historicity, according to the earlier dating (since late 1940's) the first attempts toward a world history were already made. These attempts concern the three fields considered previously: publication of books, periodical publications and teaching. The initiative in this direction was taken by an international organization, the UNESCO that in 1951 formed a special commission for that purpose: The *International Commission for a History of the Scientific and Cultural Development of Mankind*. The expectations were high. Ralph Turner, chief editor in charge of a east of one thousand, forecast that UNESCO world history would be „the most influential ever written [...] a source from which all peoples can take a vision of humanity as a whole“. However, these several projects did not take off. The publication of *History of Humanity* had no significant repercussion. A second edition in progress since 1978 was published lately. The *Cahiers d'histoire mondiale* reached their end after fourteen volumes were published over twenty years. As for the course in world history, it remains a dream that refused to become truth. Moreover, it is not only the total or partial failure of these three attempts that concern the proposed before and after „global village“-experiment. It is the mere conception of these projects that becomes indicative of the after effect. The *History of Humanity* is arranged according to an arithmetical principle, which means that the encompassing of the world is fulfilled by means of an additive strategy. As one of the members of the commission proudly expressed that: [the commission would] „present to man the sum total of his memories as a coherent whole“. The same is true concerning the *Cahiers d'histoire mondiale*. Its global character derives from the contention of articles concerning any unit of time and space along chronology and across the globe; not from the adoption of the world as a distinctive unit of analysis. Put in other way, these were not precisely world history attempts but universal history works of the old type. Only after the „Global village“ and the construction of the subsequent academic discourse were the first seeds of world history planted by the forefathers of the new field: Hodgson, Stavri-

anos, McNeill. Despite the already mentioned initial retard of the historical discipline, by the 1990's global and world historians converged in their ways with globalization. Several developments endorse this affirmation. The founding of historical associations: the World history association and its *Journal of world history* and *World history bulletin* in North America; *The Karl Lamprecht-Gesellschaft/European Network on Global and Universal History* and its journal *Comparativ* and bulletin. Several collections and individual volumes in world history were published. Courses in world history were consolidated and expanded.¹⁶

Conclusion

To sum up, let me insist that the phenomenon and discourse of globalization had an important impact, albeit relatively late, on historical writing. This impact is expressed in three roads to a global past: global history, global perspective on whatever history and world history. In turn, these forms of writing history have made a valuable conceptual contribution to historical writing. They help balance the attention from the text as a goal towards the text as a means. They may retrieve the material variables besides the dominant concerns with representations and images. They have brought to the fore the need to consider not only ever-present diachronic dimension of time, but also the less usual synchronic one. In this way, they encourage to focus our attention on exogenous explanations as an alternative to endogenous ones, which are related to the unique, idiosyncratic, and compartmentalist biases.

As for the contents that raised the attention of world historians, I stressed that one central preoccupation in their writing is what Marc Bloch called l'idole de l'origine: since when is history a global one or since when does history occur under globalization? I would like to state the answer as an equation in the following form: in general, the later a world history has been written, the earlier it proposes that globalization began. I believe this sprint of the last ten years in the quest for finding the earliest possible beginning of globalization should bring historians and social scientists to clarify their concept of globalization at least as far as this concept refers to historical stages before current globalization. Are empires, cultural contacts, trade circuits,

16 International Commission for a History of the Scientific and Cultural Development of Mankind. *The History of Mankind: Cultural and Scientific Development*. New York 1963–1976; International Commission for the New Edition of the History of the Scientific and Cultural Development of Mankind. *History of Humanity*. (Rev. ed. of: *History of Mankind*) London/New York/Paris 1994 ff.

social networks, diffusion processes, migration patterns, and etc. all globalizations?

Let us go back to the definition of globalization that I suggested at the beginning. I define globalization as the dialectic of historicity and discourse as a feedback circle. In the case of contemporary historical writing, global and world history did not take off until both components, historicity and discourse, began their interaction. For historical research purposes, this definition may suggest to approach the study of comparative globalization not only from an ethnic perspective, our post-factum reconstruction, but also from an emic perspective. Was there any sense of globalization for our subjects of research? At least, did their perceptions of the world change because of what we now consider as previous forms of globalization? We may point at a few perceptual changes just as first clues: the development of regional and comparative studies after Second World War; the fascination and disenchantment with the Orient developed since the Enlightenment; the theological questions arisen when Europeans meet the Native Americans; the medieval Europeans whom as a result of the missions into Asia realized, as stated in the *Directorium ad passagium faciendum*, that: „if we divide the inhabited part of the world into ten parts, we, the true Christians proclaimed as orthodox, are not even a tenth part...“ These suggestions may present this quest as worthy. When some kind of global process of any extent took place in the past, it probably arouses the attention of the contemporaries.¹⁷

In addition, beyond defining clearly the concept of globalization, we should consider the feasibility to apply it to several historical cases. Moreover, how are we going to compare between globalizations? Finally, are we going to compare between globalizations or should we instead try to connect between globalizations? How should we approach this task?

17 J. de Cora, *Directorium ad Faciendum Passagium Transmarinum* [ed. C. R. Beazley] New York 1907.

Buchbesprechungen

Richard J. Evans: Rituale der Vergeltung. Die Todesstrafe in der deutschen Geschichte 1532–1987. Dt. von Holger Fliessbach. Kindler/Hamburger Edition HIS, Berlin/Hamburg 2001, 1312 S., 15 Abb. [engl. 1996]

Evans' Buch ist ohne Zweifel ein beeindruckendes Werk. Beeindruckend zunächst durch seinen Seitenumfang, die Länge der Untersuchungsperiode (vom 16. bis zum 20. Jh.), durch die souveräne Argumentationsführung des Verf., welche empirische Genauigkeit, erzählerisches Geschick und Synthesefähigkeit zu verbinden weiß (und in der Übersetzung von H. Fliessbach nichts an ihrer Kraft verloren hat), schließlich durch die Menge des verwendeten gedruckten und ungedruckten Materials (Evans hat Unterlagen aus 25 Archiven ausgewertet, das Verzeichnis gedruckter Quellen umfaßt 12 S., das Literaturverzeichnis 31 S.). Beeindruckend ist es zudem in der durchgängig aufrechterhaltenen Diktion des Verf., der Todesstrafe zwar ablehnend gegenüber zu stehen, dies jedoch weder in ein oberflächliches Urteil münden zu lassen, noch dem Drang zu verfallen, zur Schilderung der Barbarei besonders gräßliche Details auszubreiten und einen bei diesem Thema nicht seltenen Hang zum Voyeurismus zu bedienen. Eintausendzweihundert Seiten zur Geschichte der Todesstrafe, von den Strafschauspielen der Frühen Neuzeit bis zu den industriellen Vernichtungsmethoden der Nationalsozialisten, dürften

für manch/n LeserIn eine Zumutung sein – *Evans* tut alles, um die Lektüre dieser Geschichte des Grauens erträglich und sie einer intellektuellen Reflexion zugänglich zu machen.

Der Verf. lehrt Neuere und Neueste Geschichte in Cambridge und ist als Spezialist auf dem Gebiet der deutschen Kriminalitätsgeschichte ausgewiesen.¹ Ebenso hat er sich mehrfach zu methodischen Fragen der Geschichtswissenschaft geäußert. So verwundert nicht, daß das Buch eine Auseinandersetzung mit vorhandenen Interpretationsschemata (Elias, Foucault, Ariès) ebenso enthält wie einer in der modernen kriminalhistorischen Forschung üblichen, disziplinär offenen Untersuchungsanordnung folgen will. *Evans'* Anspruch ist hoch, er will „Sozial- und Geistesgeschichte, anthropologische und Rechtsgeschichte, die Geschichte der hohen Politik und der niederen Kultur, nationale und lokale Geschichte, kollektive Geschichte und individuelle Biographie“ (S. 20) verknüpfen. Er hat dabei mit prominenter Konkurrenz zu kämpfen. Die Todesstrafe als Forschungsthema hat in den letzten Jahren, wie die Kriminalitätsgeschichte insgesamt, einen bedeutenden Aufschwung erfahren. M. Foucault, der in seinen Arbeiten argumentierte, die Ablösung der grausamen Leib- und Lebensstrafen an der Wende zum 19. Jh. sei nicht auf eine fortschreitende Humanisierung zurückzuführen, sondern Ausdruck einer neuen Strafökonomik zur Verwertung von Illegalitäten,² hat dabei Anfang der 70er Jahre Dynamik in das Feld

gebracht. R. van Dülmen schloß für den deutschsprachigen Raum auf und beschrieb den Funktionswandel der öffentlichen Hinrichtungsstrafe für die Zuschauer.³ Kurz vor der deutschen Ausgabe von Evans' Buch erschien zudem eine Studie J. Martschukats, die zum Teil explizit gegen Evans argumentiert.⁴ Daß dieser also alle anderen mit dem gigantischen Umfang seiner Studie übertrifft, soll noch nicht heißen, daß er auch die einleuchtendsten Erklärungen liefert. Hält er also, was er verspricht?

Evans verfolgt die Geschichte der Todesstrafe in Deutschland (wobei ein Schwerpunkt auf Preußen liegt) in fünf Teilen:

1. Er analysiert zunächst die Performanz der frühneuzeitlichen Strafschauspiele und deren Verankerung in der Volkskultur. Sein Argument, daß das öffentliche Töten von Kriminellen in der frühen Neuzeit in populären Vorstellungen von Gerechtigkeit fest verankert ist und an allerlei kulturelle Überzeugungen bis hin zu magischen Vorstellungen andockt, ist überzeugend und wird von anderen Autoren bestätigt. *Evans* beschreibt die Rolle der Todesstrafe im frühmodernen Strafgefüge der Carolina, ihre mangels Zentralgewalt lokale Ausprägung, ihre langsame Ersetzung durch Haftstrafen und ihre zunehmende rituelle und zeremonielle Ausgestaltung, je mehr sie an Alltäglichkeit einbüßte (S. 82). Ohne darauf zu verweisen, bedient er ein Argument Foucaults mit der Feststellung, Hinrichtungen als Verkörperungen staatlicher Macht schrieben „den Willen des Souveräns und der Gemeinschaft dem Leib des Untertanen“ ein (ebd.). Vom Galgen als Objekt der Unehre kommt er zu einem ersten Blick auf die Henker. Hier liegt si-

cherlich ein besonderes Verdienst der Arbeit: *Evans* betrachtet durchgängig die Arbeits- und Lebenswirklichkeit der Strafrichter. Er leuchtet deren gesellschaftliche Situation (Ehre), ihre ökonomische Abhängigkeit von der Hinrichtungsfrequenz und die daraus resultierenden Konkurrenzen untereinander wie auch die psychologischen Anforderungen eines Berufes aus, der in Friedenszeiten für die einzig legitime Tötung anderer Menschen steht.

In der Folge läßt *Evans* die LeserInnen an den Debatten der Strafrechtsreform in der Aufklärung teilhaben und beschreibt die Wandlung der Todesstrafe zu einem Mittel der Abschreckung (S. 159). Hier begann eine lange Geschichte, in der sich Obrigkeiten immer wieder bemühten, alle Effekte an der Hinrichtung zu beseitigen, die Mitleid oder blutige Erregung beim Publikum hervorrufen konnten. Mit dem Preußischen Landrecht von 1794 war die Haftstrafe zur regulären Strafe von Delinquenz geworden und die Hinrichtung begann nun, sich immer mehr aus dem öffentlichen Blickfeld zurückzuziehen. In der Auseinandersetzung mit einer Interpretation der Aufklärung als „autoritär oder sogar protototalitär“ (S. 181) beharrt *Evans* darauf, daß die Guillotine zur Zeit ihres Erfinders als „Akt der Gerechtigkeit und Humanität“ zu gelten habe und von ihr kein direkter Weg zu den Gaskammern von Auschwitz und Treblinka folge (S. 186, 188). Gegen Elias und P. Spierenburg argumentiert er zwar, „die oberste Sorge der Gesetzgeber [galt damals] der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung, nicht der Vermeidung von Grausamkeit“ (S. 190). Gleichfalls will er sich aber auch nicht der These Foucaults anschließen,

nicht Humanismus, sondern Nützlichkeit habe Strafrechtsreformer wie beispielsweise Beccaria zur Ablehnung von Grausamkeit bewogen und in die modernen Formen von Disziplinierung eingebettet. Dabei unterstellt er Foucault offensichtlich, die Grausamkeit von Marter und Todesstrafe mit den Qualen einsamer Haft gleichgesetzt zu haben. Dies kann jedoch nur auf einem Mißverständnis beruhen. Foucault hatte allein den Körper als Angriffsfläche für die eine wie die andere Strafform ins Feld gerückt und damit das Humanitätsfrohlocken der Rechtsgeschichte ins Wanken bringen wollen. Zudem verwechselt *Evans*, wie viele vor ihm, Foucaults Diskursgeschichte von Strafökonomien mit einer Schilderung von Strafrealität. Foucault hat niemals behauptet, Gefängnisse gleichen zu irgendeinem Zeitpunkt des 18. oder 19. Jh.s dem Bentham'schen Modell des Panoptikums – sein Argument war vielmehr, daß die wesentliche Änderung darin bestehe, daß dieses Modell *denkbar* geworden war.

Anhand einer Beschreibung der Rolle der Todesstrafe in der Volkskultur (die durchaus Sympathie für den Helden auf dem Schafott äußern konnte) schildert *Evans* Hinrichtungszereemonien als komplexes Verhandlungswerk zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen im Gefüge einer facettenreichen Macht. Hier kann er auch die Auffassung korrigieren, die Todesstrafe sei allein Herrschaftsdemonstration des Souveräns gewesen. Vielmehr erscheint sie ihm als „partizipatorisches Ereignis, an dem die ganze christliche Gemeinschaft teilnahm“ (S. 237).

2. Die „traditionelle Ökonomie von Ehre, Magie und Religion“ bei den Hinrichtungen begann sich in der Fol-

ge aufzulösen. Mit den ersten Jahrzehnten des 19. Jh.s zog sich die Todesstrafe immer mehr hinter die Mauern der Gefängnisse zurück. Sorge der Behörden um einen negativen Einfluß auf die Zuschauer oder Überlegungen über die Nützlichkeit der Leichen für die anatomische Forschung waren Gründe. Verkürzung der Hinrichtungszereemonie, Zurückdrängung der rituellen Aspekte und die Einführung von Barrieren zwischen Publikum und Schafott die Folgen. Mentale Wandlungen wie die Säkularisierung des Todes oder die Aufwertung familiärer Beziehungen spiegelten sich wider. Die Hinrichtungsarten beschränkten sich zunehmend auf Schwert, Beil und Rad. Und mit der Neufassung der Strafrechtsgesetzgebung um die 1830er Jahre geriet die Todesstrafe in eine erste Legitimitätskrise. Der Aufschwung des bürgerlichen Individualismus (S. 305) und das Besserungsprinzip führten in den Debatten der Paulskirche zu einem ersten „Angriff auf die Todesstrafe“ (S. 308) und zum Beschluß ihrer Abschaffung 1848.

Der Sieg der Abolitionisten war jedoch ein vorübergehender. Nach dem Scheitern der Revolution wurden Beil und Richtblock zum „lebenswichtigen Instrument für die Wiederherstellung der Ordnung“ (S. 353). *Evans* zeigt mit zahlreichen Beispielen, wie der Tod auf dem Richtblock oder die Gnade eng mit der Stellung in der sozialen Hierarchie zusammenhängen. Allerdings kehrte die Idee einer Abschaffung der Todesstrafe in dem Maße wieder, wie die Liberalen erneut in die Parlamente der deutschen Länder zurückfanden und das Argument einer Zivilisierung der Massen in Anschlag brachten (S. 403).

3. In der Gründungsphase des Deutschen Reiches sahen die Monarchien (in verschiedener Ausprägung) in der Beibehaltung der Todesstrafe zumindest für Landesverrat jedoch eine Frage der Souveränität. Zudem verweigerte sich eine zunehmende Mehrheit der Liberalen aus politischem Kalkül dieser Ansicht nicht weiter. Politische Attentate, die Sozialistengesetze und der „Rechtsruck“ (S. 441) in der Reichspolitik taten das Ihre, um der Todesstrafe erneut ihr Existenzrecht zuzubilligen und sie in Preußen nach zehn Jahren wieder einzuführen. In Sachsen hatte es zwischen 1866 und 1882 keine Hinrichtung gegeben. Bürgerliche Angst vor der Großstadtgewalt und das damit verbundene Aufkommen des ‚bestialischen‘ Verbrechertyps verstärkten die Legitimität der Todesstrafe, die verunsicherten Mittelschichten sahen in ihr „ein Ventil für ihre Aggressionen“ (S. 459). Das massive Wiedererscheinen der Todesstrafe in Deutschland in den 1890er Jahren ging einher „mit dem Aufkommen eines vererbungstheoretischen Diskurses über Kriminalität“ und „mit dem endgültigen Triumph einer neuen Synthese bürgerlich-nationalistischer Kultur und Werte“ (S. 543). Als einzige Partei verfochten die Sozialdemokraten eine abolitionistische Haltung, die sie vor allem mit der sozialen Ungleichheit der Bestrafung untermauerten. Ihre Beibehaltung ging jedoch mit einer zunehmend rigorosen Geheimhaltung der Hinrichtung einher. Sensationsflüsterer sollten nicht nur vom Augensehein des fallenden Kopfes, sondern auch von Berichten darüber in der Massenpresse abgehalten werden.

4. Mit den Gewaltorgien der Novemberrevolution 1918 (S. 595) be-

gann eine Zeit extrem politisierter Auseinandersetzungen um Verbrechen und Strafen in der Weimarer Republik. Kommunisten und Sozialdemokraten hielten das abolitionistische Fähnlein aufrecht – allerdings verstrickten sich die ersten in Widersprüche bei der Behandlung der Todesstrafe im revolutionären Rußland und die zweiten gaben im Zweifelsfall aus opportunistischen Gründen ihre Ablehnung auf und beharrten etwa auf der Todesstrafe für politischen Mord (S. 619). Rechtsparteien wie Kirchen hielten sowieso an ihrer Befürwortung der Hinrichtung fest, ebenso das bürokratische konservative Establishment in den Justizverwaltungen. Die Todesstrafe als „Instrument der politischen Justiz“ (S. 636) und eine zunehmende Metaphorik des „Volkskörpers“ und der Vernichtung von „Volksschädlingen“ (S. 643) brachten die Hinrichtung nie ernsthaft in Gefahr, auch wenn gegen Ende der Weimarer Republik ernsthafte Anzeichen dafür im Umfeld der Strafrechtsreform 1929/30 zu sehen waren und zu einem Moratorium führten. In der Dämmerung der ersten deutschen Republik verschwanden die Abolitionisten jedoch von der politischen Bühne und spektakuläre Kriminalfälle – der „Vampir von Düsseldorf“ (S. 714) –, von der Massenpresse aufgeblasen, ließen selbst die sich in Preußen noch an der Macht haltenden Sozialdemokraten zur Todesstrafe greifen.

5. Die Nationalsozialisten wehrten sich gegen die Todesstrafe allein, wenn sie politische Taten ihrer eigenen Anhängerschaft betraf. Ansonsten, mit der Hinrichtung von der Lubbe 1933 beginnend, zögerten sie keinen Augenblick, politische Gegner und minderwertige Elemente auszuradie-

ren – in fester ideologischer Überzeugung, die Todesstrafe drücke „den Wunsch der germanischen Volksseele nach Gerechtigkeit angesichts der Perversion des Rechts durch Marxisten und Juden aus“ (S. 753). Rassenhygiene, negative Eugenik, denen in der Weimarer Republik der Weg bereitet worden war, fanden ihren festen Platz in den Rechtsvorstellungen der NSDAP. Die Todesstrafe wurde deutlich ausgeweitet – und aller Widerstand, der aus dem deutschen Justizsystem dazu kam, war der eines eifersüchtigen Wachens auf Autonomie im Kompetenzgerangel mit Gestapo, SS, Sondergerichten und Volksgerichtshof. „Die deutsche Tradition des Rechtsstaats, der durch das Recht herrschte, statt selbst vom Recht beherrscht zu werden, offenbarte hier seine tödlichste Schwäche.“ (S. 768) Daß die Nazis nicht allein stand mit ihren mörderischen Impulsen, äußerte sich u. a. in zahlreichen Angeboten aus dem Volk, die nun zahlreicher werdenden Scharfrichterstellen zu besetzen. Die Todesstrafe diente immer mehr auch zur „Terrorisierung der Bevölkerung“, Haftstrafen wurden von Hitler, der sie zu milde fand, nicht selten persönlich per „Führerbefehl“ in Todesstrafen umgewandelt. Gegen Ende des Dritten Reiches wurde am Fließband hingerichtet, eine Tötung, „die in ihrer Praxis immer mehr Ähnlichkeit mit den Massentötungen in freilich viel größerem Maßstab annahm, die seit 1941 an der Ostfront und in den Vernichtungslagern vor sich gingen“ (S. 861).

6. Die Besatzungsmächte bedienten sich der Todesstrafe ohne jedes Zögern weiter und wendeten sie gegen Kriegsverbrecher, aber in zahlreichen Fällen auch gegen *Displaced Persons*

an, vor allem Polen, dabei mitunter eine ähnliche „Mischung aus rassischem und sozialem Vorurteil“ zeigend wie unter dem NS-Regime (S. 897). Die Kirchen hegannen, sich für eine Begnadigung der Kriegsverbrecher einzusetzen, was nicht zuletzt Auswirkungen auf die überraschende Abschaffung der Todesstrafe im Grundgesetz der BRD 1949 haben sollte. Die Neigung rechter Parteien, Nazi-Verbrecher vor dem Schafott zu bewahren (S. 936), ergriffen Gegner der Todesstrafe aus dem linken und liberalen Lager beim Schopfe. Die Besatzungsmächte ließen sich davon jedoch nicht abbringen, Kriegsverbrecher weiter hinzurichten. Initiativen zur Wiedereinführung der Todesstrafe hatten nach 1949 zwar keinen Erfolg, ihre wirkliche Verbannung aus den Köpfen fand jedoch erst mit dem Generations- und Mentalitätswechsel in den 60er Jahren statt (S. 956). In der SBZ dagegen, wo die sowjetische Besatzungsmacht zunächst wie in den anderen Zonen auch die Todesstrafe gegen Kriegsverbrecher wandte, wurden Hinrichtungen zunehmend zu einem Mittel der politischen Justiz gegen Reformer oder Oppositionelle. Todesurteile wurden vom Politbüro oft schon vor dem Urteilsspruch selbst bestätigt. Allerdings, so Evans: „wurde die Todesstrafe [zwar] skrupellos angewendet, aber doch in gewissen Grenzen gehalten.“ (S. 978). Entstalinisierung, einkehrende Ruhe nach dem Mauerbau und der ost-westliche Entspannungsprozeß ließen die Zahl offizieller Todesurteile „zu einem Rinnsal“ versiegen (S. 1020). Seit 1975 wurden alle Mörder begnadigt, Hinrichtungen, in aller Heimlichkeit, gab es nur noch für Stasi-Mitarbeiter wegen Spionage. 1987 wurde auch in der

DDR die Todesstrafe abgeschafft.

These des Buches von *Evans* ist, daß sich die Todesstrafe im Laufe der deutschen Geschichte immer mehr politisierte und sich von einem in der volkulturellen Tradition verankerten Schauspiel zu einem immer stärkerer Geheimhaltung unterliegenden politischen Herrschaftsinstrument wandelte. Insofern ist es konsequent, daß sich sein Buch mit fortschreitender Zeit immer mehr auf die Betrachtung der politischen Akteure reduziert. Aber es ist nicht ganz ehrlich. Auch in Nationalsozialismus und DDR, auch in den Abschaffungs- und Wiedereinführungsdiskussionen in der BRD werden die Menschen auf der Straße eine Meinung zur Todesstrafe gehabt haben. Daß *Evans* hier nicht weiter bohrt, ist verwunderlich. Noch verwunderlicher sind die Schlußbetrachtungen, welche den in der Einleitung aufgeworfenen theoretischen Kreis schließen wollen. Man muß es sagen: Das Buch ist eine empirische Glanzleistung, ausgezeichnet geschrieben und von imposanter Materialfülle. Theoretisch aber ist es schwach. *Evans'* Verhältnis zur Zivilisationsprozeßthese von Elias beispielsweise wird nicht klar: Zwar weist er mehrfach deren theoretischen Erklärungsansatz zurück, bietet aber gleichzeitig keinen Ersatz an zur Analyse des „langfristigen Rückgang[s] der Gewaltverbrechen, der im 17. Jh. einsetzte“ (S. 75, auch S. 78). Wie anderweit auch gefällt sich *Evans* darin, der „postmodernen Theorie“ (die er oft homogenisiert und nach Gutdünken bemittelt – gern zitiert er Derrida, der in der europäischen Geschichtswissenschaft jedoch bisher nicht gesichtet wurde) vorzuwerfen, die Dinge zu vereinfachen.⁵ Diesen Vorwurf darf man dem Autor zurück-

geben. Wie er etwa mit dem Problem Foucault umgeht, wird seinen eigenen Ansprüchen kaum gerecht. Auch *Evans* beklagt ein neues Mal den „apokalyptisch düstere[n] Blick Foucaults auf die Aufklärung“, er nimmt dessen Beschreibungen der Überwachung für Eins-zu-Eins-Beschreibungen einer Realität und sitzt dem Argument auf, die Aufklärung wäre für Foucault ein „Feigenblatt“ gewesen, „mit dem die Gesellschaft ihre eigene Überführung in ein totales ‚Kerkersystem‘ verdecken will“ (S. 1051). Hier nimmt *Evans* die foucaultsche Beschreibung der dunklen Seite der Aufklärung für das Ganze und er unterschlägt (obwohl er sie S. 1063 erwähnt) die eigenen Korrekturen, die Foucault an seinen Thesen vorgenommen hat. „Foucaults Theorie“, schreibt er weiter, war „jedoch in vieler Hinsicht auch vereinfachend und willkürlich und nahm kaum Rücksicht auf die Komplexität historischer Prozesse.“ (S. 1053). Historische Theoriebildung, läßt sich dem entgegen, wird sich immer damit konfrontiert sehen, daß die historische Wirklichkeit komplexer ist als die analytische Abbildung. Die Frage ist vielmehr, ob eine Theorie dazu beitragen kann, unser Verständnis für grundlegende Probleme unserer Gegenwart zu schärfen. Was von Foucault nach Abzug der zeitgenössischen Überformungen bleibt ist die fundamentale Einsicht, daß Strafrechtsentwicklung in der Praxis nicht für sich in Anspruch nehmen kann, den Humanismus und die Freiheit des Individuums als leitende Kräfte zu bedienen. Und das wird durch *Evans* Studie mehr als eindrucksvoll bestätigt. Foucault spricht im Übrigen sehr viel von Körpern – die überraschenderweise in *Evans'*

Buch trotz seines Verweises auf die historische Anthropologie überhaupt keine Rolle spielen.

Recht hat *Evans* ohne Zweifel, wenn er Foucaults Arbeiten in den intellektuellen und sozialen Kontext ihrer Entstehung setzt und im politischen Engagement ihres Autors ein wesentliches Moment für ihre Entstehung sieht. Anschließend allerdings vergreift sich *Evans* völlig. Die Lust der Zuschauermenge an frühneuzeitlichen Hinrichtungen, die Foucault festgestellt hatte, wird für ihn ernsthaft zum Ergebnis von „Grenzerfahrungen des Leibes“, die Foucault in San Francisco in schwulen Bars mit sadomasochistischen Praktiken gemacht haben soll. Das ist schon chronologisch falsch (Foucault war 1975 zum ersten Mal in Kalifornien, als er bereits am ersten Band der „Geschichte der Sexualität“ arbeitete) und insofern für einen Historiker peinlich. Prinzipieller aber: Das SM-Argument beruht auf einer ziemlich spekulativen Foucault-Biographie von James Miller;⁶ dort mag die psychoanalytische Kaffeesatzleserei durchgehen – was die kleinbürgerlich-verklemmte Schlüssellochspäherei aber in der wissenschaftlichen Auseinandersetzung zu suchen hat, bleibt schlicht schleierhaft.

Allerdings: Es wäre unfair, das theoretische Danebenhauen auf *Evans* gesamte Studie zu übertragen. Sie darf bereits für sich in Anspruch nehmen, ein Standardwerk zum Thema zu sein – und das zu Recht.

Falk Bretschneider

1 R. J. Evans, Szenen aus der deutschen Unterwelt. Verbrechen und Strafe 1800–1914, Reinbek b. Hamburg 1997.

- 2 M. Foucault, Überwachen und Strafen. Die Geburt des Gefängnisses, Frankfurt a. M. 1976 [franz. 1975].
- 3 R. v. Dülmen, Theater des Schreckens. Gerichtspraxis und Strafrituale in der frühen Neuzeit, München 1985.
- 4 J. Martschukat, Inszeniertes Töten. Eine Geschichte der Todesstrafe vom 17. bis zum 19. Jahrhundert, Köln 2000. Vgl. auch die Debatte zwischen beiden in: 1999. Ztschr. f. Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts 12 (1997) 4, S. 121–128.
- 5 R. J. Evans, Fakten und Fiktionen. über die Grundlagen historischer Erkenntnis, Frankfurt a. M./New York 1999 [engl. 1997].
- 6 J. Miller, Die Leidenschaft des Michel Foucault, Frankfurt a. M. 1997.

Hans-Werner Hahn, Werner Greiling, Klaus Ries (Hrsg.): Bürgertum in Thüringen. Lebenswelt und Lebenswege im frühen 19. Jahrhundert, Hain-Verlag, Rudolstadt 2001, 367 S.

Die seit den 1980er intensiv betriebene Bürgertumsforschung war ein genuin westdeutsches Unternehmen. Mit ausgelöst durch die Nach-68er Wiederentdeckung von Bürgerlichkeit als durchaus positiv zu sehender Tradition, befördert durch die angloamerikanische Diskussion über Zivilgesellschaft und oft bezogen auf die Diskussion über den deutschen Sonderweg wurden im Rahmen der vielfältigen Forschungen vor allem westdeutsche Städte und Regionen untersucht. Auch nach 1989 hat sich das kaum geändert. Erst in dem Maße, wie sich die ostdeutsche Hochschullandschaft nach 1990 veränderte, begann 'dort' eine intensivere Beschäftigung mit dem Bürgertum des 19. Jh. Einen Schwerpunkt dieser Bürger-

tumsforschung stellt inzwischen der Sonderforschungsbereich in Jena dar, der sich mit dem „Ereignis“ Weimar/Jena um 1800 beschäftigt. Der vorliegende Sammelband entstand im Jenenser SFB, er präsentiert zwölf biographische Fallstudien zu thüringischen Bürgern (bzw. Familien).

Der erste Gewinn des Bandes liegt sicherlich darin, daß er Teil eines langwierigen Vermittlungsprozesses ist, in welchem sich die deutsche und vor allem westdeutsche Öffentlichkeit bewußt machen muß, daß nicht nur Südwestdeutschland und die Hansestädte Hochburgen deutscher Bürgerlichkeit waren, sondern daß das durch Reformation, staatliche Kleinteiligkeit und Städtereichtum geprägte Mitteldeutschland (der Begriff bürgert sich immer mehr ein) ebenfalls dazu zählt.

Der zweite Gewinn des Bandes liegt darin, sich nicht in das starre Bett einer reinen Berufsklassifikation zu begeben. Bürgertum nur über sozio-ökonomische Verortungen und über berufliche Karrieren zu verfolgen, das griffe insbesondere für die Jahrzehnte um 1800 zu kurz. Staat dessen werden durchaus wechselvolle Lebensläufe, Berufswechsel, die Verarbeitungen der politischen und sozialen Umbrüche plastisch deutlich. Was für das spätere 19. Jh. oft Sinn macht, Personen nur über ihren Beruf zu verorten, erscheint für die Jahrzehnte des Wechsels von der ständischen zur bürgerlichen Gesellschaft oft fragwürdig.

Nicht bei einer Dekonstruktion stehen zu bleiben, sondern vorsichtig Alternativen zu suchen, ist schließlich der dritte Gewinn des Bandes. Die Herausgeber beschreiben die beginnende Spannung zwischen Bildungs-idee und Berufszwängen. Diese ist zwar immer gegeben, doch die Jahre

um 1800 erhalten ihren Reiz auch dadurch, daß zeitgenössisch *erstmalig* Antworten auf diese neuartige Spannungskonstellation gegeben werden mußten. Denn der Bürgerstand der Vormoderne hatte genau dieses Problem nicht. Was man gemeinhin aus literarischen Zeugnissen wie *Wilhelm Meister* kennt, das wird hier als reales Alltags- und Lebensproblem von Goethes Nachbarn deutlich.

Das Bürgertum dieser frühen Zeit präsentiert sich damit als soziale Formation, die in einem permanenten Prozeß der Veränderung begriffen ist, die gewissermaßen noch auf der Suche nach sich selbst ist. Wichtiger als Berufs- und Schichtenzugehörigkeit erscheinen in den Beiträgen andere Faktoren. Zu nennen sind hier erstens Bildung in einem umfassenden Sinne (als Formung und Gestaltung der Person), die sich keineswegs auf akademische Ausbildung reduzieren läßt. So war Frauen einerseits die akademische Laufbahn – und damit auch die Grundlage des Berufs – verschlossen, doch fällt auf, daß in vielen Beiträgen die 'hochgebildete' Mutter, Ehefrau, Tochter eine Rolle spielt und als Gleiche im Geiste Wertschätzung erfährt. Hier war die Zeit um 1800 vielfach universeller und offener als das spätere 19. Jh. Zweitens ist die kaum zu überschätzende Bedeutung von Netzwerken hervorzuheben. Dabei ist zualtererst an die Familie zu denken (im Sinne von Verwandtschaftsbeziehungen), aber auch an Freundschaften und Vereinsmitgliedschaften. Gerade die Unsicherheit der Welt und das Erinnern einer festen Grundlage für das eigene Leben beförderte die Wertschätzung von emotional begründeten Beziehungen. Gerade die funktionärn sich ausdifferenzierende Gesellschaft

benötigte dieses emotionale Fundament – zur neuen bürgerlichen Kultur gehört es deshalb zentral dazu, Mechanismen hierfür zu entwickeln. Drittens schließlich ist die Gemeinwohlorientierung in ihren unterschiedlichen Facetten hervorzuheben. Auch wenn diese in keine nationale Politisierung mündete sondern eher auf die Stadt oder die 'Gesellschaft' (Wohlfahrt, Ökonomie) beschränkt blieb, war nicht nur ein 'politischer Professor' wie Luden dadurch motiviert.

Zwei Bemerkungen zum Schluß.

Lothar Galls „klassenlose Bürgergesellschaft mittlerer Existenzen“ gehört zum vielzitierten Bezugsanker der Interpreten. Überblickt man die zwölf Beiträge, wird jedoch nur in einem Beitrag ein Handwerker behandelt (der zudem als Vertreter jener kleinen Minderheit dargestellt wird, die aus der merkantil-zünftischen Welt aufbrach). Sonst stehen klassische Bildungsbürger (Pastoren und Professoren) und eher größere Kaufleute und unternehmerisch Tätige im Mittelpunkt. Das intensiver zu diskutieren, lohnte sicherlich nicht nur für Thüringen.

Noch konsequenter, als hier ansatzweise besprochen, lohnte sich wohl eine Untersuchung von bürgerlichen *Familien*. Um es zuzuspitzen – vielleicht ist das oft beschworene bürgerliche Individuum nur die eine Seite der Medaille, und die Familie die oft vergessene andere. Denn die Familie bot sowohl einen unverzichtbaren Schutz vor ökonomischen Gefahren, sie bot emotionale Stabilität (die partnerschaftliche Liebe in der Ehe war gewissermaßen das affektuelle Zubrot) – sie stellte jedoch auch ein 'stahlhartes Gehäuse' an Verpflichtungen dar. Die Herausforderung für die For-

schung könnte darin liegen, Familie als Bedingung für bürgerliche Lebenswege klarer herauszuarbeiten, als es bisher geschehen ist. Damit könnte man einerseits heroisierende Individualisierungen überwinden, wie sie seit Diltheys Schleiermacherbiographie üblich sind. Auch wenn sie von den Biographieproduzenten heutzutage nicht mehr affirmativ vertreten werden, gelingt ein Durchbrechen dieser Muster nur selten. Und andererseits könnte Familie nicht als quasi genealogische Abfolge in Anlehnung an adlige Sippenverbände geschrieben werden, sondern als fundamentales Beziehungsnetz, aus dem heraus aus sowohl Individualität als auch Gesellschaft möglich werden.

Manfred Hettling

Uwe Puschner: Die völkische Bewegung im Wilhelminischen Kaiserreich. Sprache – Rasse – Religion, Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt 2001, 464 S.

Eine Gesamtschau der völkischen Bewegung und Ideen, auch nur für Deutschland, fehlt bisher, was um so mehr verwundert als Ursachen, Komponenten und Kontexte der Attraktivität des Nationalsozialismus für erhebliche Teile der deutschen Bevölkerung seit mehr als drei Jahrzehnten der deutschen Geschichtsforschung eine immer wiederkehrende Fragestellung bilden. *Uwe Puschner* geht mit seiner Berliner Habilitation einen Schritt zurück, um aus der Analyse der völkischen Bewegung vor dem Ersten Weltkrieg, seinen Beitrag zu einer solchen Zusammenfassung zu liefern.

Dabei mußte er zunächst konstatie-

ren, daß ihm sein Gegenstand trotz oder gerade wegen einer unübersehbaren Flut von Publikationen, die Aufschluß über Denkweise und Organisationsformen der Völkischen zu geben scheinen, immer wieder aus den Fingern rinnt. Eine überzeugende Korpusbildung für die angestrebte Diskursanalyse, die er im Hauptteil der Arbeit um die Untertitel gebenden Leitbegriffe Sprache, Rasse und Religion gruppiert, kommt so nicht zu Stande. Dies ist kein Verwurf an den Verfasser, der zunächst akribisch Erschließungsarbeit leistet und dabei doch im einen oder anderen Fall die Unauffindbarkeit selbst von periodischen Veröffentlichungen kleiner Gruppen, die sich primär als völkisch verstanden, festhalten muß.

So gehört nicht zufällig das Schlußkapitel mit einem „organisationsgeschichtlichen Resümee“ zum Eindrucksvollsten an diesem Buch. Hier fließt die über viele Jahre gewachsene Vertrautheit des Autors mit der Vielzahl von Gruppen und ihren Strategien zusammen mit einem systematischen Zugriff, der offenkundig aus dem die Erarbeitung des Manuskriptes begleitenden Zweifel entstanden ist, warum sich angesichts der Vielzahl von Übereinstimmungen in der Programmatik zwischen den Verbänden nicht eine völkische Bewegung oder gar eine wahlfähige Partei herausbilden konnte. Mit losen Dachorganisationen und flexiblen Vernetzungsstrategien wirken die Kombattanten rassistischer Reinheit und Überlegenheit reichlich postmodern, was zur Frage Anlaß gibt, ob hier ein Legat über die Epochen auszumachen ist. Doch in Puschners systematisierender Ordnung des Materials sind die zur Legitimation seines Unterfangens

herangezogenen Verweise auf die Chronologie, und damit auch Vergleiche zwischen dem Zustand der völkischen Bewegungen vor und nach 1918, weitgehend ausgeblendet. Es ist ein Kompendium entstanden, das künftig jeder zur Hand nehmen muß, der sich über zentrale Diskursfiguren des völkischen Denkens und die Verästelungen ihrer Trägergruppen informieren will. Ein Namens- und Institutionenregister erschließt die Materialfülle vorbildlich. So ergänzt die vorliegende Monographie das vom Verfasser zusammen mit W. Schmitz und J. H. Ulbricht schon 1996 herausgegebene „Handbuch zur völkischen Bewegung 1871–1918“.

Matthias Middell

Sean Dobson: Authority and Upheaval in Leipzig, 1910–1920. The Story of a Relationship, Columbia University Press, New York 2001, 476 S.

Der deutsche November (1918) unterschied sich wesentlich vom russischen Oktober (1917) in dem Umfange der revolutionären Ereignisse, der sozialen Ursachen und Basis sowie dem Ergebnis. Beide Revolutionen begannen als eine Reaktion auf die aussichtslose Kriegssituation und Soldaten spielten in beiden Ländern eine entscheidende Rolle. Während die russische Revolution jedoch nicht zu einer Massenbewegung auswuchs, war die Errichtung der ersten deutschen Republik ohne Zweifel das Resultat einer Massenerhebung der deutschen Arbeiterschaft. Was waren die Ursachen dafür, daß die Arbeiter und Arbeiterinnen Ende 1918 für die Errichtung einer demo-

kratischen Gesellschaft auf die Strasse gingen? Für Gerhard A. Ritter ist die Antwort auf diese Frage klar. Während der Kriegsjahre wären die ausgebildeten und disziplinierten Fabrikarbeiter zum Frontdienst eingezogen worden und durch unausgebildete, unerfahrene und nicht disziplinierte Arbeiter ersetzt worden. Es waren jene nicht in der Sozialdemokratie und den Freien Gewerkschaften verwurzelten Arbeiter, die am Ende des Krieges die Revolution als einzigen Ausweg aus einer desolaten ökonomischen und politischen Situation betrachteten.

Durch Zweifel an einer solchen Interpretation angetrieben, entschied sich *Sean Dobson* in einer Dissertation das Rittersche Erklärungsmuster in einem konkreten lokalen Raum zu überprüfen. Leipzig zählte neben Berlin und dem Ruhrgebiet zu den Zentren revolutionärer Aktivitäten zwischen 1918 und 1923. Es war darüber hinaus auch die Wiege der deutschen Arbeiterbewegung. Für *Dobson* waren es vor allem drei Gründe, die Arbeiter vor 1918 von einer gewaltsamen Veränderung der Gesellschaft abhielten: die Macht der Gewohnheit; die Legitimität der Eliten und die Verweigerung der SPD-Führung, die Arbeiter in eine Revolution zu führen. Wie schon viele Autoren vor ihm konstatiert auch *Dobson*, daß die Leipziger Sozialdemokratie in ihren verbalen Äußerungen immer als ungewöhnlich radikal auftrat, in ihrem alltäglichen Verhalten aber als äußerst moderat gelten kann. Wenn auch die Leipziger Volkszeitung die führenden Köpfe des linken Flügels der SPD unter seinen Autoren zählte, reflektierte die Radikalität des Wortes nicht eine Radikalität der Tat. Hier wird eine der Schwächen des Buches deutlich: die nur mangelhafte

Auswertung von Untersuchungen der Sozialdemokratie und der Arbeiterbewegung in der Messestadt. In dem Bucklappentext wird dieses Buch, das im Jahre 2001 erschien, als die erste ernst zu nehmende wissenschaftliche Darstellung der Ereignisse von 1918/19 in Leipzig angepriesen. Ein solcher Anspruch erscheint angesichts der zahlreichen Veröffentlichungen in den 1990er Jahren als nicht haltbar. In vielen Fällen, wie zum Beispiel zu Themen wie des Vereinswesens, der Einkommensentwicklung, der Wahlen und des Wahlsystems in Sachsen wurde die Sekundärliteratur nicht zur Kenntnis genommen. Dies resultiert in einigen frappanten Fehlansagen wenn es um die Einkommensverhältnisse der Leipziger Arbeiter oder deren Wohnbedingungen geht. Mietskasernen hat es zum Beispiel in Leipzig ebenso wenig gegeben wie Arbeiterviertel. Davon zu sprechen, daß die Leipziger Arbeiter sich nur eines niedrigen Lebensstandards erfreuten, widerspricht den von *Dobson* nicht genutzten, aber leicht zugänglichen Analysen der Leipziger Gewerkschaften über die Einkommensverhältnisse ihrer Mitglieder sowie zeitgenössischen vergleichenden Analysen der Lebens- und Arbeitsverhältnisse der deutschen Arbeiter. Eine für die englische Königin angefertigte Statistik über die Wohnverhältnisse in Leipzig kommt denn auch zu dem Schluß, daß die Leipziger Arbeiterfamilien überdurchschnittliche gute Wohnverhältnisse vorfanden. Diese Primärquellen wurden aber von *Dobson* ebenso wenig genutzt wie auch die vorhandene Sekundärliteratur.

Sieht man einmal von diesen Schwächen ab, so erscheint der Erklärungsversuch, wie und warum es zur

Revolution kam, einleuchtend. Nicht die Ersetzung der ausgebildeten und erfahrenen durch unausgebildete und unerfahrene Arbeiter habe die Revolution ausgelöst, sondern der Verlust der Legitimität seitens der Eliten sowie die Radikalisierung der SPD-Führung, die nun bereit war, ihre Mitglieder in eine Revolution zu führen. Mit dem Krieg und der Verschlechterung der sozialen Lage verlor die Macht der Gewohnheit an Bedeutung und ermöglichte es, über die Möglichkeit eines gesellschaftlichen Umsturzes nachzudenken. *Dobsons* Buch ist weit mehr als nur die Untersuchung der Geschehnisse in einer deutschen Großstadt über das Jahrzehnt von 1910 bis 1920. Es geht dem Autor vielmehr um eine Diskussion darüber was eine Revolution ist und wie sie ausgelöst wird. Ob Leipzig dafür das geeignete Beispiel ist, ist angesichts der auch von *Dobson* der Leipziger Sozialdemokratie attestierten ungewöhnlichen Friedfertigkeit (S. 251) fraglich. In Leipzig endete die Revolution am frühen Nachmittag des 9. Novembers weil es anfang zu regnen. Aber wie gewalttätig muß eine Revolution sein, um den Namen einer Revolution zu verdienen?

Thomas Adam

Waldemar Grosch: Deutsche und polnische Propaganda während der Volksabstimmung in Oberschlesien 1919–1921 (Veröffentlichungen der Forschungsstelle Ostmitteleuropa an der Universität Dortmund, Reihe B; 72), Dortmund 2002, XI, 485 S., Reg., zahlr. Abb.

Die Geschichte Oberschlesiens in den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg ist durch eine sehr unterschiedliche Be-

handlung in der deutschen und polnischen Historiographie gekennzeichnet. Das betrifft sowohl die Intensität der Forschungen wie auch die Interpretation der Ereignisse. Während die polnischen Aufstände in dieser Region in den Jahren 1919, 1920 und 1921 sowie das Plebiszit des Jahres 1921, in dem die Einwohner über die künftige Zugehörigkeit Oberschlesiens zu Deutschland oder zu Polen abstimmen mußten, zu den Themen aus der neueren Geschichte Oberschlesiens gehören, die von der polnischen Historiographie am intensivsten bearbeitet worden sind, lagen dazu auf deutscher Seite bisher nur wenige wissenschaftliche Veröffentlichungen vor. Die intensiven polnischen Forschungen hatten darin ihren Grund, daß die oberschlesischen Aufstände in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg zum zentralen Symbol des polnischen Charakters Oberschlesiens wurden und damit den Erwerb der Gesamtregion nach dem Zweiten Weltkrieg als Teil der sogenannten „wiedergewonnenen Gebiete“, der neuen polnischen West- und Nordgebiete, zu legitimieren hatten. Sie galten als Beweis der polnischen nationalen Identität eines großen Teils der Bewohner Oberschlesiens. Außerdem ordnete die polnische Historiographie die Ereignisse in Oberschlesien – dies macht schon der Begriff „schlesische Aufstände“ deutlich – in die Kontinuität der polnischen nationalen Aufstände des 19. Jh.s ein und betrachtete sie somit als legitimen Teil des Freiheitskampfes der polnischen Nation. Die deutsche Historiographie sah sie dagegen vorwiegend als polnischen Versuch, gegenüber der völkerrechtsgemäßen Lösung des Territorialkonflikts nach den Bestimmungen des Versailler Vertrags durch ein Ple-

bisitz vollendete Tatsachen zu schaffen. Die Teilung der Region nach der Volksabstimmung, bei der Polen einen großen Teil des wertvollen oberschlesischen Industriegebiets erlief, galt ihr angesichts des Ergebnisses von knapp 60 Prozent der Stimmen für Deutschland als Resultat eines polnischen „Imperialismus“ und des französischen Interesses daran, Deutschland zu schwächen, und damit als ungerecht.

In diesem kontroversen Feld ist nun *Waldemar Grosch's* Arbeit über die deutsche und polnische Propaganda im Vorfeld der Volksabstimmung angesiedelt. In die Werbung für die Abstimmung wurden von beiden Seiten enorme Mittel investiert. Es entstand wohl die intensivste politische Werbekampagne, die es bis dahin gegeben hatte. Die hohe politische Mobilisierung, die mit dem Plebiszit einherging, macht auch die Beteiligung von 97 Prozent der Abstimmungsberechtigten deutlich. Die Propaganda konnte aber nur dadurch eine solche Bedeutung gewinnen, daß für einen großen Teil der oberschlesischen Bevölkerung die nationale Selbstzuordnung flexibel war und es einen hohen Anteil von Zweisprachigen gab, die sich weder eindeutig der einen noch der anderen Nation zurechneten. Darauf gründeten auch die in dieser Region in den ersten Jahren nach dem Krieg relativ starken Bestrebungen, eine Autonomie oder gar staatliche Verselbständigung Oberschlesiens zu erreichen. Mit der Entscheidung, ein Plebiszit abzuhalten, das nur die Alternativen Deutschland oder Polen vorsah, verloren sie allerdings ihre Existenzgrundlage.

Im einleitenden Abschnitt seiner Arbeit gibt *Grosch* einen Überblick über die politischen Entwicklungen in

Oberschlesien nach dem Ersten Weltkrieg und die internationalen Verhandlungen über die künftige Zugehörigkeit der Region. Anschließend untersucht er vergleichend die deutschen und polnischen Einrichtungen, die sich mit der Abstimmungspropaganda beschäftigten, und geht dann auf die deutsche und polnische Presse und ihre Rolle in der Plebiszitausensetzung ein. In den Mittelpunkt seiner eigenen Quellenauswertung stellt der Verfasser allerdings nicht die Zeitungen und Zeitschriften, die er vorwiegend strukturell vergleichend auf der Grundlage der vorhandenen Forschungsliteratur behandelt, sondern selbständig publizierte Propagandamedien, d. h. Broschüren, Flugblätter, Plakate und Vignetten. *Grosch* analysiert ihre Inhalte und ordnet sie elf großen Themengruppen zu, die er wiederum vielfach untergliedert. Er stellt die Argumente der Schriften und die in den Bildern und graphischen Darstellungen enthaltenen Aussagen vor und zeigt ihren „Dialog“ miteinander. So vermag er im Spiegel der Propaganda die verschiedenen Felder zu entfalten, auf denen sich der deutsch-polnische Konflikt um die Zugehörigkeit Oberschlesiens abspielte, und die zahlreichen Faktoren zu zeigen, die für die oberschlesische Bevölkerung bei ihrer Entscheidung für Polen Bedeutung besaßen.

An die Inhaltsanalyse schließt eine statistische Auswertung der in den Materialien genannten Themen an, die in einem Anhang detailliert dokumentiert ist. *Grosch* kann sowohl an der Inhaltsanalyse als auch an der statistischen Auswertung der Materialien zeigen, daß die Frage, in welchem Land man letztlich besser und sicherer leben konnte, in der Propaganda bei

weiten im Vordergrund stand. Darauf gründet er die These, daß nationale Identifikationen im eigentlichen Sinne für die Entscheidung im Plebiszit nicht die vorrangige Rolle gespielt hätten. Ein solches Ergebnis dekonstruiert damit gewissermaßen zeitgenössische und spätere Stilisierungen der Konflikte in Oberschlesien als „Volkstumskampf“. Es bestätigt darüber hinaus die in der Nationalismusforschung geläufige These, daß nationale Diskurse meist auch immer über soziale Interessen sprechen und sie nur damit eine größere Zahl von Menschen zu mobilisieren vermögen. Im Fall der oberschlesischen Propaganda war es in den Augen derer, die sie entwarfen, offenbar am erfolgversprechendsten, an den Wunsch nach Sicherheit und Wohlstand anzuknüpfen.

Groschs genaue Analyse der deutschen und polnischen Propaganda, die den Kern der Arbeit ausmacht, ist gleichgewichtig und in der Bewertung ausgewogen. Hier zeigt sich die Fruchtbarkeit eines vergleichenden und beziehungsgeschichtlich orientierten Ansatzes für die Überwindung konträrer Auffassungen von Historiographien, die von nationalen Sichtweisen geprägt sind. Dagegen bleibt die den Rahmen für die eigenliche Untersuchung abgebende Darstellung der Ereignisse in Oberschlesien nach dem Ersten Weltkrieg, bei der der Verfasser sich auf die Sekundärliteratur stützt, noch in stärkerer Weise älteren deutschen Sichtweisen verhaftet, so beispielsweise in der Beurteilung der Einführung der polnischen Unterrichtssprache an oberschlesischen Schulen durch den Oppelner Schulrat Bernhard Bogedain in der Mitte des 19. Jh.s als „schädlich“ für die Schüler und den Staat (S. 264). Nicht haltbar

ist auch seine in der Einleitung formulierte These, daß die bundesdeutsche Historiographie nach dem Zweiten Weltkrieg polnische Sichtweisen „kritiklos“ übernommen habe (S. 3). Tatsächlich waren die wenigen deutschen Publikationen, die es zu Oberschlesien in den Jahren 1919–1921 überhaupt gab, zu einem großen Teil dadurch gekennzeichnet, daß sie die polnischen Forschungen nicht oder nur wenig rezipierten und sehr stark aus der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg übernommene Bewertungen übernahmen.¹

Insgesamt stellt diese flüssig geschriebene Arbeit jedoch einen wichtigen Beitrag zum Verständnis der komplexen Verhältnisse in Oberschlesien nach dem Ersten Weltkrieg und der unterschiedlichen, sich überlagernden Identifikationen und Interessen der Bevölkerung dar, die die Entscheidung der einzelnen bei der Abstimmung beeinflussten. Sie zeigt damit die Flüssigkeit nationaler Selbstzuordnungen, die zu jener Zeit in Oberschlesien bestand, und leistet so auch einen interessanten Beitrag zu den Forschungen zur modernen Nationsbildung in Grenzregionen.

Kai Struve

- 1 Eine positive Ausnahme bildet allerdings G. Doose: Die separatistische Bewegung in Oberschlesien nach dem Ersten Weltkrieg (1918–1922), Wiesbaden 1987. Zur Historiographie der Zeit der Aufstände und des Plebiszits demnächst auch K. Struve: Geschichte und Gedächtnis in Oberschlesien. Die polnischen Aufstände nach dem Ersten Weltkrieg, in: ders. (Hrsg.): Oberschlesien nach dem Ersten Weltkrieg. Studien zum nationalen Konflikt und seiner Erinnerung, Marburg 2003 (im Erscheinen).

Dietrich Beyrau (Hrsg.), Im Dschungel der Macht. Intellektuelle Professionen unter Stalin und Hitler, Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 2000, 399 S.

Wie wohl die Komparatistik zuweilen als Königsweg der Geschichtswissenschaft beschrieben wird, weil sie einerseits besonderes Geschick erfordert und andererseits zur Hypothesenprüfung und als heuristisches Instrument dient, gibt es Vergleiche, die die Grenzen dessen zu tangieren scheinen, was man dem Leser zumuten kann. *Dietrich Beyrau* ist sich dieser Bedenken wohl bewußt und leitet die vorliegende Aufsatzsammlung zum deutsch-sowjetischen Vergleich der Lage von Intellektuellen unter der NS- und der stalinistischen Diktatur (hervorgegangen aus mehreren Tagungen, die die Volkswagenstiftung im Rahmen eines Projektes zu „Bildungsschichten unter totalitären Bedingungen“ gefördert hat) mit einem Beitrag über den „riskanten Vergleich“ ein. Dabei wird sich jeder, der diesen Band zur Hand nimmt, von der Fruchtbarkeit eines entsprechenden, vergleichenden Herangehens überzeugen können und zwar in einem doppelten Sinne: bei der Gegenüberstellung der Schicksale und Verhaltensweisen von Wissenschaftlern in unterschiedlichen Disziplinen und Institutionen und beim Vergleich des Herangehens der Autoren, die zumeist über jenes System urteilen, das sich in ihre jeweilige Nationalgeschichte einordnet. Ausnahmen bilden die Aufsätze des früheren Leipziger Osteuropahistorikers *Lutz-Dieter Behrendt* (über die Institute der roten Professur), sowie von *Thorsten Rüting* (über den Pawlow Adepten Leon Orbeli) und *Christoph Mick*

(über deutsche Fachleute in der sowjetischen Rüstungsforschung nach 1945). Eine solche Konstellation, die angesichts der noch ausstehenden Feldstudien und der Angewiesenheit der Forschung auf die Erstexploration des Terrains durch erfahrungsgesättigte Berichte von Zeitzeugen unvermeidlich sein dürfte, birgt allerdings die Gefahr der Perpetuierung von Wahrnehmungsmustern Betroffener.

Beyrau versucht dem mit einer langen Reflektion über die Vergleichsmöglichkeiten beider Diktaturen gegenzusteuern, indem er auf die historisch konkreten Variationsbreiten des Idealtypus totalitärer Herrschaft eingeht, die Unterschiede der Traditionen des deutschen Bildungsbürgertums sowie der russischen Intelligenzija herausarbeitet, die Differenz zwischen einer kontrollierenden Kulturpolitik unter marktwirtschaftlichen Bedingungen und ihrem organisierenden Pendant im Staatssozialismus unterstreicht, den Status von Experten/Technokraten für die beschleunigte Industrialisierung im sowjetischen und für die Expansionslogik des Nationalsozialismus im deutschen Falle und schließlich die Spielräume für die erfolgreichen Zentren der jeweiligen politischen Bedingungen betrachtet. Obwohl die einzelnen Beiträge zunächst nur Beispiele behandeln oder sich auf einzelne Disziplinen konzentrieren, läßt sich doch ein erstes Fazit ziehen: „Dem Sturm auf die Wissenschaften [der stalinischen Diktatur seit den späten 20er Jahren – M. M.] standen hier [in Deutschland] Facetten von Ausgrenzung, ‚Säuberung‘ von (Selbst-) Gleichschaltung und schließlich von Selbstmobilisierung der wissenschaftlichen Professionen gegenüber.“ (S. 35)

Insgesamt war also das „Verhältnis zwischen der Sphäre der Macht und der Wissenschaften“ in Deutschland nicht „so konfrontativ wie in Sowjetrußland bis Mitte der 30er Jahre“ (ebd.). Was folgt aus einem solchen Befund? Zunächst könnte man annehmen, daß die Durchgriffsmöglichkeiten des sowjetischen Regimes der 30er Jahre wesentlich größer waren, während Traditionsbestände des Universitäts- und Wissenschaftsbetriebs in Deutschland einen solchen Durchgriff erschwerten. Andererseits läßt sich aber auch vermuten, daß die Bereitschaft zur Kollaboration unter den deutschen Angehörigen der Wissenschaftselite wesentlich größer war, so daß es eben nicht eines konfrontativen Kurses gegenüber den meisten Disziplinen bedurfte. Die Formen der Kollaboration waren subtiler.

Liest man diese vergleichende Untersuchung gründlich, so ergibt sich eine außerordentlich kritische Perspektive auf die deutsche Wissenschaftsgeschichte, die zugleich von dem Mangel befreit wird, die Situation der deutschen Wissenschaft in den 30er Jahren allein aus den Traditionen der deutschen Geschichte erklären zu wollen. Angesichts der in der Öffentlichkeit weit verbreiteten Neigung, immer wieder die Legitimität des Vergleiches zwischen der NS-Diktatur und anderen historischen Fällen hervorzuheben, sollte dieser Band entsprechende Bedenken ausräumen und zeigen, daß dann, wenn zunächst empirisch gearbeitet wird und der Vergleich immer der historischen Konkretheit der Vergleichsfälle eingedenk bleibt, eine solche Komparatistik nur Gewinn versprechen kann. Auf diese Weise verbreitet sich unser Wissen über die konkreten Verläufe des 20.

Jh.s und die Formen, die das Verhältnis zwischen Staat und Wissenschaftssystem annehmen konnte, und auf dieser Grundlage dürfte sich der kritische Sinn für die Freiheitsgrade, denen Wissenschaft, die zunehmend zum Großbetrieb mutiert, ausgesetzt sind, deutlich schärfen.

Matthias Middell

Jutta Scherrer: Kulturologie. Rußland auf der Suche nach einer zivilisatorischen Identität (= Essener kulturwissenschaftliche Vorträge, Band 13), Wallstein Verlag, Göttingen 2003, 188 S.

Die Kulturologen sind in Rußland wie Pilze aus dem Boden geschossen, wobei die Sinnsuche der postsowjetischen Gesellschaft das notwendige Mikroklima liefert und das personelle Erbe der allgegenwärtigen Sektionen für Marxismus, Leninismus oder wissenschaftlichen Kommunismus an Universitäten und Lehrerbildungsinstituten, Ingenieursschulen und Kaderschmieden der Kommunistischen Partei den sozialen Nährboden bildet, auf dem die erstaunliche Konjunktur gedeihen konnte.

Zunächst interessiert an diesem Vorgang, den die Pariser Rußlandhistorikerin *Jutta Scherrer* mit gründlicher Vor-Ort-Kenntnis darlegt, die Transformation eines Hochschulpersonals, das anderswo zu Versicherungsvertretern oder Mitarbeit von Sicherheitsdienstleistern konvertiert bzw. in schwer entschlüsselbare Bereiche der Schattenwirtschaft abgedrängt wurde. Hernach wirft die Analyse, die die Verfasserin vom neuen Pflichtlehrfach an den Hochschulen in

den Nachfolgestaaten des Sowjetimperiums (denn das Phänomen bleibt nicht auf Rußland beschränkt) bietet, ein Schlaglicht auf die Füllung des Sinnvakuums durch geopolitische Überlegungen, die kulturell untermalt Rußlands Westorientierung oder eine erwünscht Hinwendung zu Asien oder eben die Janusköpfigkeit des Riesensandes herausstreichen. Ergänzt wird dies durch eine Mischung aus ziemlich eklektisch anmutenden Überlegungen zur gesellschaftlichen Integration, die ebenso Spurenelemente von Theorien der marxistisch-leninistischen Formationslehre wie jener Religionsphilosophien aufweisen, die im letzten Drittel des 19. Jh.s in Rußland so prominent waren. Gemeinsam ist diesen Wurzeln der holistische Ansatz, auch wenn praktische Folgerungen in der Kulturologie oft fragmentierter als dieser Gesamtanspruch bleiben. Interessant ist die „kulturologia“, deren Verbreitung Jutta Scherrer nicht allein an den Werken ihrer führenden Exponenten betrachtet, sondern bis in die wirkungsmächtigen Lehrbücher für den Alltagsgebrauch verfolgt, als Indikator der intellektuell-mentalenen Bewältigung einer Transformationserfahrung, wie sie tiefer ein Land nicht erfahren kann.

Wer dagegen einen Vergleich mit Cultural Studies und deutscher Kulturwissenschaft im Auge hat, wird zunächst wenig Ähnlichkeiten feststellen. Auf den zweiten Blick fällt einem aber doch auf, wie stark alle drei Richtungen einen Übergang in der Perzeption von Gesellschaft und ihrer Krisenhaftigkeit spiegeln und über die Zahl von Beiträgen, die aus kritischer Distanz an das Geraune von Scharlatanen gemahnen, gibt es bisher keine zuverlässigen Statistiken, die ein si-

cheres Urteil über einen Vorsprung des Ostens oder des Westens zuließen.

Matthias Middell

Terry Cox/Bob Mason: Social and Economic Transformation in East Central Europe. Institutions, Property Relations and Social Interests, United Nations Research Institute for Social Development, Edward Elgar Publishing Bookcraft (Bath) Ltd, London 1999, 230 S.

Das Buch ist eine gründliche und aufschlußreiche Darstellung des Wandels der sozialen Institutionen und der Schemata der sozialen Verhältnisse in Ostmitteleuropa, die sich als Folge der politischen Umstrukturierung und der Wirtschaftsreformen ergeben haben. Durch umfangreiche Fallstudien untersuchen *Terry Cox* und *Bob Mason* aus einer zeitlichen Distanz die institutionellen Umgestaltungen der Gesellschaftssysteme der drei „Leader“-Länder¹ im Transformationsprozeß.

Die für die empirische Untersuchung ausgewählten Länder Ungarn, Polen und Tschechoslowakei haben ihre Wirtschaftsreformen am schnellsten durchgeführt, den größten Widerstand der kommunistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung entgegengesetzt und die größte Veränderungsbereitschaft (Marktreife, Rolle des Staates in der Wirtschaft und Politik, Rolle der ausländischen Direktinvestitionen) nachgewiesen. Bei allen gemeinsamen Merkmalen ist es dennoch in den späten 80er Jahren in allen drei Ländern zu unterschiedlichen Reaktionen auf die Krise des kommunistischen Regimes gekommen: Kapitulation in der Tschecho-

slowakei, Kompromiß in Polen und Wahlkampf in Ungarn. Das Hauptargument des Buches ist daß, obwohl einige Aspekte des Staates und des politischen Systems in den Jahren 1989–1990 zusammengebrochen sind, andere überlebt haben, zumindest in modifizierten Formen; daher bilden sie nach wie vor einen wesentlichen Teil des sozialen und wirtschaftlichen Rahmens. In diesem historisch-institutionell geprägten Rahmen entwickeln sich und funktionieren seit 1989, laut dieser Auffassung, die Arbeitsmarktverhältnisse, Einkünfte und die Akkumulation des Wohlstands in den Transformationsgesellschaften. Retrospektiv versuchen Cox und Mason den Zusammenhang zwischen dem Wechsel der Wirtschaftsordnung und der Eigentumsverhältnisse und der Neugestaltung der sozialen Verhältnisse und Institutionen in jedem einzelnen Fall zu untersuchen.

In der Debatte über Möglichkeiten und Chancen der Systemtransformation in Ost- und Mitteleuropa² ist die Arbeit von Cox/Mason ein wichtiger Anhaltspunkt für die Vertreter des historisch-institutionellen Ansatzes. Die theoretischen Überlegungen von Jerzy Hausnor, David Stark, Brunzt u. a. werden als Ausgangspunkt für die Forschung genommen. Dabei rücken die Autoren in ihrer Analyse die vielfältigen Wechselbeziehungen zwischen Institutionen und Gesellschaft in den Vordergrund, was die These des „institutionellen Vakuums“ vor dem Zusammenbruch des Kommunismus zurückweist. Bei der Untersuchung handelt es sich um die Ergebnisse struktureller Langzeitprozesse bzw. um das, was Fernand Braudel „longue durée“ genannt hat. Eine gründliche komparative Analyse des entspre-

chenden Ansatzes findet man bei Holm Sundhausen³, der den langfristig gewachsenen Strukturen in ex-sozialistischen Gesellschaften eine prägende Bedeutung für die Verhaltensweisen in der Gegenwart beimißt. Cox und Mason bauen auf die Ergebnisse der früheren Untersuchungen der beteiligten Akteure und Institutionen kurz vor und kurz nach 1989 auf. Ihr Beitrag ist eine Betrachtung des Wandels in einem strukturellen Langzeitprozeß von 1950 bis 1989, in dem die politischen Entscheidungsträger (policy makers) und die führenden Politiker (political leaders) nur ein Stück im großen sozialen puzzle der beteiligten Akteure sind.

Zwei Begriffe prägen und determinieren die Richtung dieser Forschung: „social transformation“ und „social groups relations“. Die Verwendung des Begriffes „Soziale Transformation“ statt „Übergang“ (transition) erlaubt die Vermeidung der Stereotypen, die mit dem bürokratisch bezwungenen Egalitarismus und der völligen Exklusion der Bürger und Institutionen vom Entscheidungsprozeß verbunden sind. Gleichzeitig solidarisieren sich damit Cox und Mason mit vielen politischen Akteuren der anvisierten Länder⁴, die sich für den graduellen Übergang einsetzen, und daher weisen sie auch die These der Entstehung des demokratischen Kapitalismus in einem „institutionellen Vakuum“ ab. Dennoch, wenn man unter dem Begriff „Transformation“ einen „zeitlich begrenzten und zielgerichteten Prozeß“⁵ versteht, entsteht die theoretisch-methodische Frage, ob man im ausgewählten Zeitraum über eine Transformation *per se* sprechen kann.

Der Begriff „social groups relations“ deckt in diesem Buch ein sehr

breites Spektrum der sozialen Gruppen ab, die sich am politischen Entscheidungsprozeß (policy making process) beteiligen. Und das ist ein wichtiger Beitrag des Buches. Im Unterschied zu den meisten Analytikern der post-kommunistischen Reform messen *Cox* und *Mason* den Betriebsgeschäftsführern, den kleinen und mittleren Unternehmern und anderen beteiligten Gruppen eine wichtige Rolle in der politischen und wirtschaftlichen Umstrukturierung der Gesellschaft bei. Eine gründliche Betrachtung der Industrieverhältnisse findet man bei denselben Autoren im Artikel „Trends and Developments in East Central European Industrial Relations“.⁶ Die führenden Politiker und die politischen Entscheidungsträger werden im Gegenteil nur als zwei gewöhnliche Gruppen betrachtet, deren Interessen oft auch kollidieren. Eine tiefer greifende Analyse der Zusammensetzung dieser zwei Gruppen, eventuell auch der Rolle der Intellektuellen, hätte vielleicht einen allgemeinen Beitrag zur Erklärung der „social groups relations“ bringen und unter Umständen auch einige Erklärungsmuster für diese Antagonismen anbieten können.

Der historisch-institutionelle Ansatz der vielfältigen Wechselbeziehungen zwischen Institutionen und Gesellschaft spiegelt sich auf die janusköpfige Darstellung der Forschungsergebnisse wider. Der erste Teil untersucht verschiedene Aspekte des Institutionenwandels und die Beziehungen zwischen verschiedenen sozialen Gruppen, die ihren Höhepunkt im politischen Übergang von 1989 und in den später eingeschlagenen neuen Richtungen der Wirtschaftstransformation erreicht haben.

Der zweite Teil wechselt den Blickwinkel und betrachtet die Auswirkung des Wirtschaftswandels auf die Entwicklung der neuen Formen der Institutionenvernetzung und den entsprechenden Rahmen des sozialen Lebens, einschließlich der Privatisierung und der Umstrukturierung der Wirtschaft, des Arbeitsmarktes und des sozialen Wohlstandes, und nicht zuletzt der Industrieverhältnisse.

Im ersten Teil zeigt die empirische Untersuchung, daß, indem Elemente der neuen institutionellen Rahmen klar festgelegt sind, das Niveau der Umstrukturierung sehr unterschiedlich bleibt. Dabei handelt es sich um einen Komplex von Überresten der Institutionen der Planwirtschaft, die, neben den neuen Formen, die Interessen der alten Eliten und der Ex-Staatsmanager aufrechterhalten. Parallel damit entstehen und funktionieren Elemente, die klarer in die neuen Formen des Privateigentums und der Profitorientierten Modellen der Arbeitsorganisation hineingezogen sind.

Der zweite Teil deutet einen wichtigen empirischen Befund an. Obwohl die wirtschaftliche Transformation in den drei untersuchten Ländern intensiver und radikaler verlaufen ist als in vielen anderen ex-kommunistischen Ländern – die Wirtschaft hat sich klarer zum kapitalistischen System auf der Basis der Marktwirtschaft und des Privateigentums entwickelt – wurde sie dennoch von vielen Problemen bedrängt und sogar stark angegriffen. Die Angriffe auf das Ziel und die Formen der Transformation haben zum Fortbestand der komplexen und hybriden institutionellen Formen und Rahmen der Verhältnisse zwischen sozialen Gruppen geführt. Als Folge, behaupten *Cox* und *Mason*, unter-

scheiden sich die Gesellschaften in Ostmitteleuropa nach wie vor stark in vielen wichtigen Aspekten von ihren Nachbarn in Westeuropa.

Zusammenfassend kann man die Arbeit als einen wichtigen empirischen Beitrag zur historisch-institutionellen Perspektive in der Analyse der postkommunistischen Transformation betrachten. Das Buch umreißt deutlich die Konturen der institutionellen Umgestaltung der Gesellschaftssysteme in Polen, der Tschechoslowakei und in Ungarn und wäre ein gutes Beispiel für ähnliche Untersuchungen in anderen ex-kommunistischen Gesellschaften Ost- und Mitteleuropas.

Victoria Umanet

- 1 So die Kategorisierung von Charles Gati (1996): ‚leaders‘ sind die Tschechische Republik, Ungarn, Polen und möglicherweise Estland, Lettland und Litauen), ‚laggards‘ sind Bulgarien, Rumänien, Ukraine, Kroatien u. a., und ‚losers‘ die ehemaligen sowjetischen Republiken in Transkaukasien und Zentralasien.
- 2 Debatten zwischen den Institutionalistern mit ihrer Auffassung, daß die Institutionen und ihr Regelwerk die Gesellschaft und deren Verhaltensweisen prägen, und den Vertretern der Auffassung, daß die „Spielregeln“ von der Gesellschaft festgelegt werden, was die Institutionen dementsprechend ummodelliert.
- 3 H. Sundhausen, Die „Transformation“ Osteuropas in historischer Perspektive oder: Wie groß ist der Handlungsspielraum einer Gesellschaft“, in „Transformation sozialistischer Gesellschaften: Am Ende des Anfangs“, in: Leviathan Sonderheft 15/1995, hrsg. von H. Wollmann und H. Wiesenthal.
- 4 Siehe die Meinung des polnischen Vizepremierministers und Finanzmini-

sters (1994–1997) G. W. Kolodko, „Transition to a market economy and sustained growth. Implications for the post-Washington consensus“, in: *Communist and Post-Communist Studies* 32 (1999), S. 233–261 („After a decade of transition and lasting depression, a new, post-Washington consensus is developing. Major policy conclusions suggest that the core of emerging consensus, also based on the lessons from transitions, is institutional building. Only with strong institutions can liberalization and privatization put emerging post-socialist markets on the path of sustainable growth.“)

5 H. Sundhausen, S. 79.

6 *Industrial Relations Journal*, 2000.

Hélène Carrère d'Encausse: Lenin.
Translated by George Holoch,
Holmes & Meier, New York/London
2001, 371 pp.

Ein Buch über Lenin – heute? Wozu, wundert sich der Rezensent und fragt sich nach wenigen Seiten Textlektüre zudem, ob die Lebenswelt eines für das Verständnis der Neuzeit derart zentralen Akteurs mit solcher Oberflächlichkeit simplifiziert werden sollte, wie hier geschehen. Ein Blick auf die überschaubare Auswahlbibliographie von knapp fünf Seiten, die russische, englische und französische Titel ausweist, klärt allerdings darüber auf, daß dieses Werk keinen Anspruch auf „Gelehrsamkeit“ erheben will, sondern „Reinterpretation und Überdenken“ (S. 329) beabsichtigt – wohlan!

Die Grundlage für eine im Prinzip begrüßenswerte Revision aber ist dünn, kann diese doch auf eine Autopsie von Archivdokumenten nicht bauen. Dafür hat sich der Leser mit einem vagen Hinweis auf die Ersatzautorität

ten Dmitrij Volkogonov und Richard Pipes zu bescheiden, wodurch offensichtlich methodische Bedenken abgemildert werden sollen.¹ Wer sich nun Erkenntnisgewinn aus überarbeiteten und veröffentlichten Quellen erhoffte, wird abermals enttäuscht. Auch hier nichts Neues, statt dessen der anachronistische Rückgriff auf abgelegte Sammlungen offizieller Dokumente (Parteitageberichte, ZK-Protokolle), die in der Sowjetunion seit Ende der 50er Jahre veröffentlicht wurden – ärgerlich.

Eine anorexievverdächtige Literaturliste berücksichtigt Berichte und Memoiren von Zeitgenossen (von Vladimir Antonov-Ovseenko bis Clara Zetkin), einige wenige Lenin-Biographien (wichtige fehlen)² sowie eine kleine Auswahl von Werken zur Leninismus- bzw. Kommunismusforschung³, zur Revolutions- und Partei-geschichte. Wissenschaftlichen Forderungen kommt dieses Potpourri nicht im Entferntesten nahe. Vielmehr bleibt festzuhalten, daß Mme. *Carrère d'Encausse*⁴ der Versuchung zur systematischen Sichtung der westlichen Lenin-Forschung hartnäckig widerstanden hat.

Eine Mängelliste, die allein die wissenschaftliche Literatur im deutschsprachigen Raum heranziehen wollte⁵, würde den Rahmen einer Besprechung völlig sprengen.⁶ Auch jüngere und international wahrgenommene Publikationen fehlen. Obgleich das Vorwort den Mythos Lenin und den Kult um seine Person thematisiert, werden theoretische oder komparatistische Bezüge zu einem mittlerweile differenziert entfalteten Diskurs nicht aufgezeigt.⁷ Selbst an den sie besonders interessierenden Stellen⁸ hat die Verf. die Möglichkeit ungenutzt verstre-

chen lassen, frisches Wissen aus den Forschungen einer Historikergeneration zu ziehen, die mit der Öffnung der Archive seit Beginn der 90er Jahre reichlich Material zutage gefördert hat – ignorant.

Es nimmt daher kaum Wunder, daß Lenin eben nicht neu betrachtet, sondern dem Kreuzverhör stereotyper Fragestellungen unterzogen wird: war er der größte Kriminelle des Jahrhunderts oder Opfer der Geschichte, gilt er uns als die Personifizierung eines menschenverachtenden Jahrhunderts oder als Visionär einer kommenden Friedensordnung in der Welt (S. X-XI)? Schwerer als solche Fehlverortungen wiegen jedoch Falschmeldungen wie: „the majority of Kalmuks who remained in Russia gave up Buddhism and lived in Ashakhan. That was where Lenin's grandmother was married“ (S. 5), die sich durch eine ungeprüfte Übernahme zudem schlecht belegter Literatur einschleichen müssen.⁹ Auch gehen die Aufstände nicht-slavischer Völker zu Kriegsende, „a rebellion of nomad tribes in 1916, which immediately removed part of the region from czarist control“ (S. 125) kaum auf das Konto einer durchschlagenden Propaganda des Deutschen Reiches. Nach Stand der Dinge, und hierzu liegt eine breite Literaturbasis vor, erhoben sich jene vielmehr in Reaktion auf kriegsbedingte Requirierungen und die Zwangsrekrutierung bzw. den Arbeitseinsatz hinter der Front, den ein bedrängtes russisches Oberkommando veranlaßte.¹⁰ Ihr Widerstand wurde ebenso rasch wie brutal unterdrückt. Warum aber usbekisch *hasmachi* [basma + Personalsuffix -çi]¹¹ mit „barefoot“ (S. 214) und nicht – wie üblich – mit Partisan bzw. Räuber übersetzt

wurde, bleibt dem Rezensenten unerfindlich.

Wettgemacht werden soll die mangelnde Kenntnis durch eine anekdotenhafte Aufzählung von Begegnungen, Persönlichkeitsbeschreibungen und Alltagsgeschichten, die auf ihre Art aber gerade das fortsetzen, wogegen die Autorin im Vorwort angab, schreiben zu wollen: Legendenbildung durch Geschichtskonstruktion. Aus der dreijährigen Verbannung nach Šušenskoe im sibirischen Gouvernement Enisejsk etwa hätte man, anstatt Impressionen zur kirchlichen Trauung mit Nadežda Krupskaja oder zu den angeblich sanatoriengleichen Lebensbedingungen präsentiert zu bekommen, besser etwas über diese hoch intensive Schaffensperiode Lenins erfahren¹², der hier bekanntlich – dabei die reichen Bibliotheksbestände des Krasnojarsker Kaufmanns Gennadij Judin¹³ nutzend – u. a. an seinem Manuskript zur *Entwicklung des Kapitalismus in Rußland* schrieb. Anstelle des unerträglichen Versuchs, die Schrecken des zaristischen Verbannensystems¹⁴ durch den Vergleich mit dem GULAG-Horror der Sowjetherrschaft ständig herabmindern zu wollen, hätten Fragen an die strukturelle Gewalt der Weißen, Roten und Grünen tiefere Einsichten zur Stellung Rußlands in Europa liefern können – verpatzt.

So aber liegt eine leichtändige geschriebene Erzählung über Lenin und Rußlands Zentren der Macht (1870-1924) in fünfzehn Kapiteln (mit Glossar, Zeittafel und einem detaillierten Register) vor, die in ihren geschichtsherleitenden Rückgriffen völlig ausuft, in etwa den Forschungsstand der 80er Jahre wiedergibt und dabei ältere Arbeiten von Pipes ausschreibt. *Car-*

rère d'Encausse möchte uns derart vermitteln, wie Land und Völker in den Augen der Mächtigen und politischen Akteure nur unzulänglich wahrgenommen wurden. Das Spannungsfeld von nationaler Selbstbestimmung und staatlicher Unabhängigkeit einerseits, von sowjetischer Fortsetzung russischer Hegemonialbestrebungen und ausländischer, d. h. deutscher Intervention andererseits, wird hierbei zwar knapp, jedoch treffend skizziert. Die dramatische Entwicklung sozialpolitischer Prozesse der Modernisierungsperiode aber wird so im wesentlichen aus deren Fehlperzeption und dem destruktiven Wirken einer linken Intelligenzija bzw. ihrer revolutionären Zirkel abgeleitet.

Dabei gehören die aus einer atlantischen Perspektive verfaßten Ausführungen zur Ideengeschichte und Parteiorganisation der RSDRP, zum Kampf der Revolutionäre untereinander und der Bol'seviki um die Macht noch zu dem Buchteil, der am ehesten anspricht. Hierzu zählen auch die politischen Flügelkämpfe Lenins u. a. mit Lev Trockij, die dem Kronstädter Aufstand (S. 285-289) und der Niederschlagung der revolutionären Kommune baltischer Seeleute und Arbeiter vorausgingen. Wahrscheinlich hat man in diesen Abschnitten auch den Kern eines durch die Zeit verschleppten und für den Druck aufbereiteten Manuskriptes zu sehen, das an frühere Arbeiten zu Lenins Nationalitätenpolitik anknüpfen soll. Allerdings leidet dieser Teil an einer typischen Schwäche älterer Darstellungen zur Formierung des sowjetischen Staates: Sie wollen die herrschaftsbildenden Prozesse für jede Großregion des Reiches und alle Republiken des bolschewistischen Orbits gleichermaßen abbilden.

Dabei werden durch den Zwang zur Beschränkung auf zentrale Perspektiven und zur Einengung von Erklärungshorizonten vornehmlich Vereinfachungen mit geringem Aussagewert reproduziert.

Da es sich nun – wie ein prüfender Blick auf den Titel zeigt – weder um eine Lebensbeschreibung noch eigentlich um eine politische Biographie handelt, findet auch die eingangs gestellte Sinnfrage keine Beantwortung. Mehr noch, weil der auf Personen und Autoritäten fixierte Text wenig mit einer Rekapitulierung oder Infragestellung unserer Kenntnisse zu Lenin gemein hat, über den wir merkwürdig wenig erfahren, ist es ein Rätsel, worin eigentlich die Notwendigkeit einer anglophonen Ausgabe der französischen Edition¹⁵ bestand. Zumal die Übertragung einer für die frankophone Publikation angefertigten Transliteration des Kyrillischen ins angelsächsische System besonderer Fertigkeiten bedarf, die jedenfalls – wie die zahlreichen Abweichungen (порешности) von der ISO-Norm zeigen – bei dem besprochenen Buch nicht zum Tragen kamen. Denkbar wäre, so eine vielleicht nicht allzu fehlgehende Vermutung, daß Frankreichs Grand-Dame der politischen Sowjethistoriographie einfach über mehr Verve bei der Neuschreibung der Revolutionsgeschichte verfügte und weniger Skrupel bei der Glorifizierung prärevolutionärer Lebenswelten.

Dittmar Schorkowitz

1 D. Volkogonov, Lenin. A New Life, New York 1994. The Unknown Lenin. From the Secret Archive. *Annals of Communism*, ed. by R. Pipes, with the assistance of D. Brandenberger, New Haven/London 1996. Allemaal lesens-

werter als die von der Verf. herangezogene englischsprachige Ausgabe ist das russische Original: D. A. Volkogonov, Lenin. Političeskij portret, v 2-ch knigach, Moskau 1994.

- 2 So etwa die ausgezeichnete Arbeit von M. S. Šaginjan, Sem'ja Ul'janovyč: Roman-chronika. Posleslovie V. Gol'cev, Moskau 1970.
- 3 Pikanterweise findet man einen Hinweis auf Publikationen von S. Courtois – etwa sein *Le livre noir du communisme: crimes, terreur et répression* (Paris 1997) – nur nach langem Suchen in den Anmerkungen (S. 356) vergraben.
- 4 Hierzulande bekannt geworden durch K. Linhuber/J. Eidlitz, Risse im roten Imperium: Das Nationalitätenproblem in der Sowjetunion. Aus d. Franz., München u. a. 1979.
- 5 Auch hier bestätigt die Ausnahme die Regel, etwa durch Die Rätebewegung in Rußland, 1905–1921 von O. Anweiler, dessen Werk in der französischen (*Les Soviets en Russie, 1905–1921*. Paris 1972) wie in der amerikanischen (*The Soviets. The Russian Worker's, Peasant's and Soldier's Councils, 1905–1921*, New York 1974) Fassung rezipiert wurde. Selbst M. Wehners im *Cahiers du Monde Russe et Soviétique* 38, S. 233-242 (1997) erschienener Beitrag zum Kriegskommunismus, „Golod 1921–1922 gg.“, fand so gnädige Aufnahme.
- 6 Der interessierte Leser sei hier deshalb auf bekannte Nachschlagwerke verwiesen, bspw. K. Meyer, *Bibliographie der Arbeiten zur Osteuropäischen Geschichte aus den deutschsprachigen Fachzeitschriften, 1858–1964*. Bibliographische Mitteilungen des Osteuropa-Institutes an der FU Berlin, Bd. 9, (Berlin/Wiesbaden 1966), S. 125-131; ders.: *Bibliographie zur Osteuropäischen Geschichte*. Verzeichnis der zwischen 1939 und 1964 veröffentlichten Literatur in westeuropäischen Sprachen zur osteuropäischen Ge-

- schichte bis 1945. Bibliographische Mitteilungen des Osteuropa-Institutes an der FU Berlin, Bd. 10; hrsg. v. W. Philipp unter Mitarbeit von J. H. L. Keep, K. Manfrass, A. Peetre, Berlin/Wiesbaden 1972, S. 273-279. Ch. D. Schmidt, Bibliographie zur Osteuropäischen Geschichte. Verzeichnis der zwischen 1965 und 1974 veröffentlichten Literatur in westeuropäischen Sprachen zur osteuropäischen Geschichte bis 1945. Bibliographische Mitteilungen des Osteuropa-Institutes an der FU Berlin, Bd. 22; hrsg. v. W. Philipp unter Mitarbeit von M.-P. de Groen u. a., Berlin/Wiesbaden 1983), S. 402-444.
- 7 Siehe die Arbeit von B. Ennker, *Die Anfänge des Leninkults in der Sowjetunion*, Köln/Weimer/Wien 1997) und die dort angegebene Literatur. Vgl. ebenso P. Scheibert, *Lenin an der Macht: Das russische Volk in der Revolution 1918-1922*, Weinheim 1984.
- 8 So wären ihre Seitenhiebe gegen „the German foreign ministry“ (S. 129) in der Sache A. Helphand (Parvus) kräftiger ausgefallen, hätte sie die Forschung von Semion Lyandres *The Bolsheviks' „German Gold“ Revisited. An Inquiry into the 1917 Accusations*. Center for Russian & East European Studies, (Pittsburgh: UP, 1995), zur Kenntnis genommen und sich nicht auf die dreißig Jahre ältere Arbeit von Zeman & Scharlau gestützt.
- 9 Richtig dagegen ist, daß Lenins Großmutter Anna Smirnova in der Stadt Astrachan' lebte, die Kalmücken aber u. a. in den Gouvernements Stavropol' und Astrachan'. Diese waren und blieben ganz überwiegend lamaistische Buddhisten. Auch die Zweige des Stammbaums in mütterlicher Linie scheinen hier etwas in Unordnung geraten zu sein. Vgl. bei Šaginjan, op. cit., S. 24-36, 61. D. Schorkowitz, *Staat und Nationalitäten in Rußland. Der Integrationsprozeß der Burjaten und Kalmücken, 1822-1925*, Stuttgart 2001, S. 465-466; ders., „The Orthodox Church, Lamaism and Shamanism among the Buriats and Kalmyks, 1825-1925“, in: *Of Religion and Empire: Missions, Conversion, and Tolerance in Tsarist Russia*, ed. by R. P. Geraci and M. Khodarkovsky Ithaca/London 2001, S. 201-225,
- 10 Siehe u. a. Leonid Pavlovič Potapov: *Očerki po istorii altajcev*, (Novosibirsk 1948), S. 435-439; R. Lorenz, „Die Turkmenen: Zum historischen Schicksal eines mittelasiatischen Volkes“, in: *Turkestan als historischer Faktor und politische Idee: Festschrift für Baymirza Hayit zu seinem 70. Geburtstag*, 17. Dezember 1987, Köln 1987, S. 120-148, hier S. 141-142. D. R. Brower, „Kyrgyz Nomads and Russian Pioneers: Colonization and Ethnic Conflict in the Turkestan Revolt of 1916“, in: *Jahrbücher für Geschichte Osteuropas* 44 (1996), S. 41-53.
- 11 M. Fasmer [Max Vasmer]: *Étimologičeskij slovar' russkogo jazyka*, 4 toma. *Perevod s nemeckogo i dopolnenija* O. N. Trubačeva, Moskau 1964-1973, tom I, S. 131.
- 12 Einen Eindruck vermittelt das Vergleichende Inhaltsverzeichnis zu den Werken W. I. Lenins, Berlin 1978², S. 16-29.
- 13 A. V. Babine [Aleksandr V. Babin]: *The Yudin Library, Krasnoirsk (Eastern Siberia) – Biblioteka Gennadija Vasil'eviča Judina v Krasnojarske*, Washington DC 1905.
- 14 Ein Blick in George Kennan's Studie *Siberia and the Exile System*, London 1891, hätte die Verf. möglicherweise nachdenklicher gestimmt.
- 15 Erschienen in Paris 1998, mit Unterstützung des französischen Kulturministeriums.

Susanne Dürr: Strategien nationaler Vergangenheitsbewältigung. Die Zeit der Occupation im französischen Film, Stauffenburg Verlag, Tübingen 2001, 186 S.

Filme über die Epoche des Zweiten Weltkriegs haben Konjunktur; ein Blick in ein aktuelles Kinoprogramm genügt. So starteten 2002 Filme wie *Der Pianist* (R. Polanski), aber auch französische Produktion wie C. Costas *Amen*, eine filmische Adaptation von R. Hochhuths Stellvertreter, und Bertrand Taverniers *Laissez-passer*. Die hier vorliegende Passauer Dissertation von *Susanne Dürr* ist französischen Filmen über diese Zeit der deutschen Besetzung Frankreichs gewidmet, die einen besonderen und – wie die Verfasserin betont – durch die medialen Eigenschaften des Kinos auch massenwirksamen Beitrag zur Bewältigung der nationalen Vergangenheit zu leisten scheinen, in diesem Fall der Problematik von *Collaboration* und *Résistance* während des Vichy-Regimes.

In Abgrenzung zu den bereits vorliegenden (wenigen) Darstellungen zur Thematik, die meist breiter angelegt sind und von einem sehr großen Korpus und der dadurch bedingten eher summarischen Behandlung der einzelnen Filme sowie – insbesondere im anglo-amerikanischen Raum – oft von der Thematik des Holocaust geprägt sind, zeichnet sich *S. Dürrs* Ansatz durch die Konzentration auf detaillierte Analysen von ausgewählten cineastischen Werken aus, die Strategien offen legen sollen, die dem Kino zur Aufarbeitung von derartigen traumatischen historischen Ereignissen zur Verfügung stehen.

Die meisten Untersuchungen zur

problematischen Periode der *Occupation* im kollektiven Gedächtnis Frankreichs konstatieren einer Abfolge von mehreren Phasen der Vergangenheitsbewältigung; so auch der Historiker Henry Rousso, in dessen vielbeachteter Studie¹ auf eine Phase der „deuil inachevé“ (1944–1954), die von der nationalen Versöhnung und der Beseitigung aller Spuren der „guerre franco-française“ der Jahre 1940 bis 1944, v. a. durch die *épuration*, gekennzeichnet ist, eine bis Anfang der 1970er Jahre andauernde Phase der Verdrängung der *Collaboration* und der Konsolidierung des Mythos einer Nation *en résistance* – mit Ausnahme einer kleinen Gruppe von „Verrätern – folgt. Mit der beginnenden Infragestellung des Mythos Anfang der 1970er Jahre, für die mit dem Dokumentarfilm *Le chagrin et la pitié* (Marcel Ophüls, 1969) das Medium Film eine entscheidende Rolle spielt, folgt dann in Roussos Periodisierung eine bis heute andauernde Phase der „Besessenheit“ Frankreichs von den *années noires*, geprägt vom erwachenden jüdischen Gedächtnis an die Opfer der *déportation*, v. a. durch die Aktivitäten von Serge und Beate Klarsfeld, der juristischen Aufarbeitung in den Prozessen gegen Barbie, Touvier, Bousquet und Papon sowie der Aufdeckung der zwiespältigen Vergangenheit François Mitterrands 1994. Die Studie *Dürrs* zeigt allerdings überzeugend auf, daß diese Phaseneinteilung für das Medium Spielfilm nur eingeschränkt gilt. Auch wenn die üblichen Periodisierungen auf der Darstellung dominierender Diskurse mit den damit verbundenen notwendigen Verallgemeinerungen beruhen und bei genaueren Fallstudien wohl auch die Kopräsenz entsprechender Gegendiskurse –

gerade auf diesem in der öffentlichen Meinung lange umstrittenen Gebiet – festzustellen ist, belegt die Auswahl der neun allesamt sehr bekannten Filme, die der Arbeit zu Grunde liegen, daß sowohl der *Résistance*-Mythos als auch dessen Infragestellung und Dekonstruktion von unmittelbar nach Kriegsende bis heute im Medium Film thematisiert werden und gleichzeitig nebeneinander stehen.

Nach einer Begriffsklärung zum Mythos und seiner Rolle als sinngebendes und legitimierendes Konzept für eine Gemeinschaft, v. a. auf Grundlage der Arbeiten von Lévi-Strauss sowie Berger und Luckmann, folgt die Analyse des Film-Korpus. Die Autorin nimmt eine Strukturierung in drei Teilen mit jeweils drei analysierten Spielfilmen vor: Zunächst werden Filme untersucht, die der Konstruktion des Mythos der *Résistance* verpflichtet sind. Demgegenüber stehen im letzten Kapitel der Arbeit Werke, die Strategien und Mittel zur Dekonstruktion des Mythos einsetzen. Dazwischen steht ein eigenes Kapitel zur Auseinandersetzung mit der Vichy-Vergangenheit in der Filmkomödie, in dem S. Dürr aufzeigt, auf welche Weise diese das ernste Thema aufgreift und sowohl zum Aufbau des Mythos als auch zu dessen Dekonstruktion beitragen kann, so daß dieser Teil zu recht als „Gelenk“ zwischen den beiden anderen fungiert.

Anhand des Films *La bataille du rail* von René Clément (1945) untersucht Dürr die Entstehung des Mythos unmittelbar nach der *Libération*. In einer umfangreichen und detaillierten Analyse von Raum- und Handlungsstruktur (nach J. Lotman), Figuren und Erzählinstanzen zeigt die Verfasserin auf, wie das Bestreben nach größt-

möglicher Authentizität in der Darstellung des Widerstands der französischen Eisenbahnarbeiter gegen die deutschen Besatzer vom Bedürfnis der Kreation eines nationalen Mythos unterlaufen wird und so aus dem eher dokumentarischen Unterfangen ein ideologisch wirksames Werk entsteht. Julien Duviviers *Marie-Octobre* (1958) dient als Beispiel aus den 1950er Jahren. Dürr weist überzeugend nach, wie der Film „an die Grenzen des Mythos der *Résistance*“ (S. 50), ohne jedoch den letzten Schritt hin zu seiner Entmythifizierung zu wagen. Die inszenierte Zusammenkunft ehemaliger *Résistants* wird zu einem Tribunal mit dem Ziel, den Veräter unter ihnen zu identifizieren und zu bestrafen. Das Verfahren demonstriert als „Forum der Untersuchung von Lebensläufen“ (S. 57) nach und nach das integrale Bild der einzelnen Figuren als Widerstandskämpfer und reflektiert zugleich die – in Anbetracht der damals ablaufenden Verjährungsfristen für unter der *Occupation* begangene Verbrechen – aktuelle Frage der Möglichkeiten von Vergangenheitsbewältigung durch die Justiz. Jedoch endet der Film mit der Bestrafung eines Einzeiltäters und der Reduktion der Kollaboration auf ein rein privates Motiv – Liebe und Leidenschaft –, so daß die Konformität zum Mythos gewahrt bleibt. Am Beispiels von Claude Berris *Lucie Aubrac* (1997) wird schließlich die Wirksamkeit des Mythos in den 1990er Jahren verdeutlicht.

Als besonders aufschlußreich erweist sich das Kapitel zur „Komisierung des Mythos“. Ausgehend von der Unterscheidung von entlastendem Lachen mit kathartischer Funktion („lachen mit“) und Lachen als sanktionierter Normverletzung („lachen fiber“)

sowie den theoretischen Überlegungen zur Komödie R. Warnings und M. Pfisters, zeigt die Analyse auf, wie Komik als zentrale Strategie des Films sowohl für als auch gegen den nationalen Mythos *Résistance* eingesetzt wird. Nach der Betrachtung von *Le père tranquille*, ein weiterer Film von René Clément (1946), in dem ein scheinbar passiver, politisch völlig uninteressierter, kauziger Familienvater (dargestellt von Noël-Noël) sich nach Kriegsende als wichtiger Führer des Widerstands entpuppt, so daß die ideologische Integration des großen Anteils der während der Besatzung passiven Bevölkerung in das Lager der *Résistants* möglich wird, analysiert Dürr Gérard Ourys *La grande vadrouille* (1966), noch heute einer der erfolgreichsten französischen Filme mit dem Komikerpaar Louis de Funès und Bourvil. Überzeugend belegt die Lektüre die trotz aller parodistischen Elemente dominante Paradigmatik der Komödie, d. h. eine komische Entfaltung der Handlung, die schließlich eine „Überformung“ des Mythos ermöglicht; die bei den mythenbildenden Filmen konstatierten semantischen Räume und Grenzen zwischen Deutschen und Franzosen, *Résistants* und *Collaborateurs*, lösen sich in einer allen Figuren gemeinsamen „Lust am Spiel“ oder „Karneval“ (S. 108) auf. Die dritte behandelte Filmkomödie, Jacques Audiards Satire *Un héros très discret* (1995), zeigt den spektakulären und auf Lügen beruhenden Werdegang des pikaresken Helden Albert Dehousse zum respektierten *Résistance*-Veteran. S. Dürr zeigt auf, wie Audiards Film die Mittel des *Résistance*-Films aufgreift und sie parodiert, um als „historischer Metafilm“ (S. 112) den Mythos als solchen zu entlarven.

In ihren Betrachtungen zur Dekonstruktion des Mythos legt die Verfasserin zunächst in einer bemerkenswerten Analyse der filmästhetischen Mittel in Jean-Pierre Melvilles Verfilmung von Vercors' *Le silence de la mer* (1947) die oft verkannte Vielschichtigkeit des Werkes dar, die weit über dessen vorschnelle Klassifizierung als *Résistance*-Film hinausgeht. Weiterhin zeigt sie am Beispiel von Alain Resnais *Hiroshima mon amour* (1959), das sie als „pazifistisches Pamphlet“ interpretiert, eine neue Herangehensweise an die Thematik auf, in deren Zentrum die individuelle psychische Bewältigung der Katastrophe Krieg steht. Mit der Analyse von Louis Malles *Lacombe Lucien* (1974) schließt das Kapitel. Malles Film, der in die Zeit der ersten massiven Infragestellung des Mythos in der französischen Öffentlichkeit fällt, kann zu Recht als paradigmatisch für den filmischen Umgang mit der Besatzungszeit gelten, da er erstmals die grundlegende Opposition von Gut und Böse in Frage stellt und den Eintritt der – moralische ambivalenten – Hauptfigur Lucien in die *Police allemande* als zufällig denunziert, wie S. Dürrs Figurenanalyse stichhaltig belegt.

Trotz einer bisweilen anzutreffenden Theorielastigkeit überzeugt die erfolgreiche Anwendung von literaturwissenschaftlichen Methoden auf das Medium Film in der vorliegenden Studie. Die detaillierte Analyse der ausgewählten Filme belegt die wichtige Rolle des Kinos für die Aufarbeitung von Geschichte und legt offen, auf welche Weise filmästhetische Mittel dazu eingesetzt werden. Der französische Film über die immer noch ambivalent beurteilte Besatzungszeit fragt nicht nur zur Verbreitung von

Mythen bei; er wirkt bereits seit den ersten Nachkriegsproduktionen gleichzeitig auch an seiner Dekonstruktion aktiv mit und fungiert somit als Medium, das zum Entwurf und der Diskussion neuer Geschichtsbilder in der Gesellschaft beiträgt.

Christoph Vatter

1 *Le syndrome de Vichy de 1944 à nos jours*, Paris 1990.

Martin Frenzel: Neue Wege der Sozialdemokratie. Dänemark und Deutschland im Vergleich (1982–2002), Deutscher Universitätsverlag, Wiesbaden 2002, XVII, 379 S.

Sozialdemokratie war immer Programmpartei! Sie hat den bürgerlichen Parteien den Wettbewerb um die „gute neue“ Gesellschaft aufgezwungen, gegen den sich jene ein ganzes Jahrhundert mit der Einschränkung des Wahlrechts gewehrt haben. Sie fürchteten, nicht zu Unrecht, das Mittel der Demokratie. Aber die parlamentarische Demokratie hat wiederum die Sozialdemokratie geprägt. Seit hundert Jahren muß man von einer allmählichen Deradikalisierung sprechen. Der Frontalangriff gegen das „kapitalistische System“ (politics against markets) mußte schon früh der Einsicht weichen, daß Verstaatlichung und zentrale Planung nicht funktioniert und nur auf Kosten der Freiheit zu haben ist. „Politics within markets“ schien die einzig erfolgversprechende Strategie den Kapitalismus, den Markt mit den Mitteln der Demokratie zu zähmen. Im „Goldenen Zeitalter“, nach 1945, war das auch einigermaßen gelungen. Alle Parteien, auch die Liberalen, bauten den Wohlfahrtsstaat

aus, zwangen der Wirtschaft Zugeständnisse und Kompromisse ab, die, wie es heute (wieder) heißt, gegen die „ökonomische Vernunft“ waren – und dennoch zu einem bisher unbekanntem Grad von Wohlstand und individuellen Freiheiten geführt hatten. Negative Freiheiten (gegen den Staat) wurden ergänzt durch positive, gleiche Freiheit(sansprüche) gegenüber Staat, Wirtschaft und Gesellschaft (T. S. Marshall).

Dieser soziale und politische Fortschritt („soziale Gerechtigkeit“) wird seit nunmehr 25 Jahren durch den Neoliberalismus attackiert. Im Namen der global zu entfesselnden Freiheiten des Marktes/des Kapitals für mehr Wachstum und höhere Gewinne, im Namen des egoistisch-gierigen Setzens auf sich selbst, geriet Sozialdemokratie in die Globalisierungsfalle. „1989“, völlig irrationale Erwartungen an die „New Economy“ und ein weltweit diffundierendes „pensée unique“ (Bourdieu) in Wirtschaft, Wissenschaft, Politik und Publizistik suggerieren nur eines: demokratische haben gegenüber (entpolitizierenden) Markt-Lösungen zurückzutreten.

Sozialdemokratie als bewußte, politische Korrekturmacht zu Markt und Kapital gibt (sich) auf. „Politics in favour of markets“ heißt die neue Realitätsdeutung: ‘Die Wirtschaft’, das sind immer nur Kapital/Eigentum/ Unternehmen, müssen von lästigen Kostenfaktoren wie Arbeit(slöhnen) entlastet werden – zugunsten des „Ganzen“, des Standorts. „Die Wirtschaft holt sich nun (mit Hilfe der Sozialdemokratie) zurück, was sie in 200 Jahren an die Politik verloren hat!“ – wie es kürzlich ein Altmeister deutscher Politikwissenschaft, Wilhelm Hennis, ausgedrückt hat.

Das etwa ist der grob gezeichnete Hintergrund, vor dem sich Wandel und „Neue Wege“ der Sozialdemokratie genauer orten lassen. Der junge Politologe *Martin Frenzel* macht einen solchen Versuch, er stellt viele Fragen, mehr als er am Ende beantworten kann und will. Aber wer kann schon, wenn er heute Parteienanalyse betreibt, erst recht, wenn es um die Sozialdemokratie geht, so etwas nur mit ruhiger Hand angehen? Schließlich sind wir Zeuge eines fundamentalen „dritten Revisionismus“ und eines Wandels des europäischen, gesellschaftszentrierten zu einem individuenzentrierten Demokratieverständnis, das von einer neuen, „mediokratisch „bestimmten Öffentlichkeit geformt wird.

Wie also und zu welchem Ende soll/kann man Sozialdemokratie studieren, sine ira et studio, wenn bereits seit 20 Jahren Ralf Dahrendorfs Diktum vom „Eude der Sozialdemokratie“ (wie wir sie kannten) im Raume steht? Wenn aufwendige empirische Widerlegungen¹ nicht nur überzeugen konnten², aber eine „wunderbare Wendekehr“ Ende der 90er Jahre 13 sozialdemokratische Parteien an die Regierung brachte, von denen nach kurzer Zeit nur noch fünf übrig geblieben sind? War der von Giddens neu erfundene „dritte Weg“, oder die Neue Mitte nur eine Chimäre? Befördert von spin-doctors, Kampas oder neugierigkeitsbesessenen Medien? Fragen, die auch *Frenzel* in seiner Mainzer Magisterarbeit stellt; er will die „neuen Wege der Sozialdemokratie“ exemplarisch und in detail in einem eher ungewöhnlichen Vergleich der deutschen und dänischen Sozialdemokratie abschreiten; er möchte, bei spürbarer Sympathie für den dänischen dritten Weg, zeigen, daß das von H. Kit-

schell³ benannte dreifache Dilemma der Sozialdemokratie (das politisch-ökonomische, das elektorale und das organisatorische) von der dänischen Sozialdemokratie so erfolgreich gehandhabt wurde, daß diese als „Vorbild für eine SPD 2000plus“ dienen könne. Nicht ganz zu Unrecht hebt *Frenzel* dabei die Rehabilitierung der in der Parteienforschung „an den Rand gedrängten Programmanalyse“ (S. 5) hervor, die die bisher dominierenden Organisations- (Wiesendahl) und Machtressourcen (Merkel) Ansätze ergänzen müsse.

Beide Parteien mußten 1982 in die Opposition; aber, so fragt *Frenzel*, warum gelang es der dänischen Partei so viel früher (1993) an die Macht zurückzukehren? Und wie ist der Erfolg des dänischen Jobwunders, der Strategie des „aktivierenden Sozialstaats“ und einer konsistenten Ökopolitik gegenüber der doch eher mageren Bilanz der rot-grünen Regierungspolitik zu erklären? So überzeugend *Frenzel* auf die Fakten erfolgreicher Arbeitsmarkt-, Öko- und Haushaltssanierungspolitik verweisen und das der klugen Strategiewahl und einem „schlüssigem programmatischen Gesamtkonzept“ der Parteieliten zuschreiben kann, so wenig kann der „Vergleich“ überzeugen. Denn *Frenzel* unternimmt ja nicht nur eine ex-post Analyse sozialdemokratischer politics und policies, er möchte auch orientierende Empfehlungen an die deutsche SPD geben und darüber hinaus Szenarien für die Zukunft einer europäischen Sozialdemokratie damit verbinden. So wünschenswert und richtig letztere Option auch sein mag, konsistent ließe sich das nur diskutieren, wenn man sich auf *Frenzels* Prämisse einläßt, warum es denn der dänischen

Sozialdemokratie so viel besser gelungen ist, „einen programmatischen Wandel im Hinblick auf die nötige Anpassung an neue Herausforderungen wie die neoliberale Hegemonie und die Globalisierung zu verwirklichen“. Zum zweiten muß man sich auf eine Prämisse einlassen, die man vereinfacht als den vohntaristischen Ansatz der Parteienforschung bezeichnen kann. Auf der ersten Seite seines Buches schlägt sich *Frenzel* mit Aplomb auf die Seite eines hervorragenden Vertreters dieser Richtung – H. Kitschelt. Mit diesem geht er von der Überlegung aus, „daß die je eigene Strategiewahl und die Bestimmung ihrer Ziele (seitens der Parteieliten – Ch. F.) am Ende weit wichtiger sind für die Zukunft der Sozialdemokratie als die externen sozialen, ökonomischen und institutionellen Bedingungen.“ – Das aber ist eine *quid pro quo* Argumentation. Nur wenn man „Neoliberalismus“ als unhintergebares Faktum und die von ihm erzeugten Problemlagen für alle westlichen Länder als gleich gegeben betrachtet, könnte man von einer autonomen Strategiewahl der Akteure sprechen, im Sinne von: Wie passe ich mich am besten an die Herausforderungen der neoliberalen Hegemonie an? Selbst der Anpassungsprozeß findet doch unter den vorgefundenen Bedingungen statt, und damit werden auch die „Bestimmungen der Ziele“ zwar präformiert, aber keineswegs ohne Berücksichtigung der je spezifischen nationalen Gegebenheiten vorgenommen werden können. Für den deutschen, den Fall SPD, liegen also die Einwände auf der Hand. Ohne das Jahrhundert-Ereignis „Wiedervereinigung“ wäre die SPD wahrscheinlich auch schon früher an die Macht zurückgekehrt, allerdings

noch mit dem vor 1989 durchaus „modernen“ ökosozialen Berliner Programm; und das Lafontainesche Wahlprogramm von 1990 hatte durchaus schon Anpassungsformen in Richtung „mehr Markt“ erkennen lassen. Dennoch, der neoliberale Anpassungsprozeß wurde durch die „keynesianische“ Arbeitsmarkt-Politik der christlich-liberalen Koalition und deren Schuldenmachen, auch, um die überraschenden Wahlerfolge im Osten zu sichern, verzögert. Nicht zu vergessen, die weitaus komplizierteren Aushandlungsinstitutionen des Föderalismus, die starken Verbände und die schiere Größe des Landes. Die enormen Belastungen der jährlichen Transferzahlungen für die Sozialversicherungen, all das macht die Übertragung jeglicher „modellhafter“ Reformen zu einer fragwürdigen Angelegenheit.

Nicht zu vergessen die völlig andere Parteiensystemkonstellation in Dänemark: schon seit 1973 ist das Parteiensystem fragmentiert, die Sozialdemokratie geschwächt, auf die kleine sozialliberale Radikale Venstre angewiesen, da Koalitionen mit der „nicht regierungsfähigen“ sozialistischen Volkspartei nach dem Desaster 1968 ff. unmöglich wurden; es gab keine Grünen, keine starke Christdemokratie, dafür aber inzwischen eine starke rechtsliberale Partei.

Um nicht mißverstanden zu werden: Was *Frenzel* am dänischen dritten Weg fasziniert und was er als einen empfehlenswerten alternativen (fünften) Weg für eine europäische Sozialdemokratie hält, das ist einmal die relativ konsistente, langfristig angelegte Zukunfts-/Gesamtstrategie seitens der auch in Dänemark professionalisierten Parlaments-Parteien-Eliten. Und diese ‚Häutung‘ und Neudefini-

tion von Sozialdemokratie wurde schon in Oppositionszeiten vorgenommen, so wie in Blairs New Labour, und damit widerspricht *Frenzel* gängigen Thesen, daß eine Reform nur unter der Fuchtel und dem Zwang der Partei an der Regierung vorgenommen werden kann.

Zum zweiten aber beeindruckt ihn, daß die „beschleunigte Weiterentwicklung des Wohlfahrtsstaates“ hin zum „selektiven, neouniversalistischen und utilitaristischen Sozialaktivierungsstaat“ doch angesichts notwendiger Anpassung an neoliberale Vorgaben relativ sanft ausgefallen sei; im Gegensatz zu den britischen, neuseeländischen oder niederländischen „Roßkuren“. Allerdings, der bitter-ironische Clou dieser Regierungspolitik folgt 2001. „Erfolg ohne Wählerdank“ – die dänischen Sozialdemokraten verlieren von 36 Prozent sieben Prozentpunkte, die Rechtsliberalen, die Konservativen und die rechtspopulistische Volkspartei erhalten über 52 Prozent der Stimmen. Und das stellt denn doch die Frage nach der konsistenten programmatischen Strategie, nach der Lösung des sozialdemokratischen Trilemmas neu.

Und das betrifft auch *Frenzels*, auf der ersten Seite aufgestellten Behauptung, („Kerngedanke“): „Politische Inhalte und Leitideen gewinnen – zumal im Zeitalter der Globalisierung – wieder wesentlich an Gewicht“; prinzipienloser Pragmatismus habe keine Zukunft mehr! Kann uns ex-post Programmanalyse auch einem Weg in die Zukunft weisen? Und wo lägen denn die programmatischen Ressourcen der Sozialdemokratie, wenn, wie schon festgestellt, gerade vom neoliberalen Paradigma präforuierende Restriktionen ausgehen, die zu allererst sozial-

demokratische Parteien in Dilemmata stürzten, die das Wunder der Wiederverkehr schnell verblässen ließen? Schröders zwei Mal hingelegter desaströser Fehlstart – Wahlwerbung mit traditioneller Programmatik und folgender Wende zum Schröder-Blair-Papier bzw. zur Agenda 2010 führten zur massenhaften Enthaltung von Stammwählern und Austritten aus der Partei – sind ein beredtes Beispiel. Wenn Parteien eines nicht dürfen, das hat die empirische Programmforschung erwiesen (Klingemann u. a.), so sind das programmatische Bocksprünge; Parteien sind „historische Wesen“, die nicht ungestraft unter einer linken Hülle auf einmal neoliberale Politik betreiben sollten. An programmatischen Aussagen muß man auch Parteien an der Regierung kontrollieren und messen können, das ist der Kern von demokratischer Politik. Insbesondere das einzige sozialdemokratische Markenzeichen, „soziale Gerechtigkeit“ darf nicht entwertet werden in einer Gesellschaft, die tagtäglich, „systemisch“, neue Ungleichheiten produziert. Die Verteidiger dieser Position, die Liberalen und Konservativen mußten in dieser Hinsicht seit 150 Jahren keine Neubestimmungen vornehmen, wie es von Sozialdemokraten gerade mit der Debatte um „gerechte Ungleichheiten“ getan wird. *Frenzels* durchaus beeindruckender Durchgang durch „programmatische Potentiale“ der Sozialdemokratie (Rawls; Marshall; Negt; Giddens; Bourdieu; Barber; Meyer u. a.) bleibt da merkwürdig unentschieden, sie werden eher referiert als daß eine kritische, konsistente Programmatik kondensiert und auf ihre Anschlußfähigkeit geprüft würde. Sie hängen in der Luft, ihr Stellenwert für

die Untersuchung wird nur am Ende sichtbar, wenn es um (optimistische) Ansätze für einen sozialdemokratischen „Politikmodus auf europäischer Ebene“ geht. Eine Politik der Neuen Mitte ist der gemischten Klientel der Sozialdemokratie nur schwer zu vermitteln, es sei denn, man gibt das untere Drittel auf und widerspricht dem neu formulierten Anspruch, alle zu inkludieren – und sei es durch Propagierung eines Niedriglohnssektors.

Den Sozialdemokraten ist noch gar nicht die politisch-kulturelle Bedeutung des Crash der New Economy aufgegangen. Entblößt aller programmatischen oder gar theoretischen Werkzeuge zur Analyse des verheerenden Wirkungen ansetzenden globalen Kapitalismus, suchen Sozialdemokraten die Schuld bei sich selber, der Politik oder der Demokratie und gehen damit den marktradikalen Dogmatikern auf den Leim. Selbst sehr gemäßigte Forscher wie P. Lösche fühlen sich bemüßigt, erneut zu fragen, ob sich Europas Sozialdemokraten im Niedergang befänden; obwohl die „alte soziale Frage“ in neuem Gewand wieder auf der politischen Bühne steht und das „Verhältnis von Kapital und Arbeit zu mehr Widersprüchlichkeiten führt denn je“⁴, bewegen sie sich auf die Position des „politics in favour of markets“ zu, wo die erwähnten sozialdemokratischen Programm-Ressourcen schwerlich greifen. Geradezu im Gegensatz zu Kitschels Diktum, hätte *Frenzel* die „externen, sozialen, ökonomischen und institutionellen Bedingungen“ ins Feld führen müssen. Nur dann ergibt auch programmatische Analyse einen Sinn.

Dennoch, auch im Widerspruch kann man viel aus *Frenzels* Analyse lernen, auch wenn sie mit unsäglichen

Druckfehlern, stehengebliebenen Wiederholungen etc. spüren läßt, daß er noch nicht ganz fertig war – auf der Suche nach Neuen Wegen.

Christian Fenner

- 1 K. Armingeon, Sozialdemokratie am Ende?, in: ÖZP 4 (1989), S. 321-346; W. Merkel, Ende der Sozialdemokratie?, Frankfurt a. M. 1993; H. P. Kitschelt, Transformation of European Social Democracy, Cambridge 1994.
- 2 Ch. Fenner, Das Ende der Sozialdemokratie – beschleunigt durch die Einigung? – „1989“?, in: *Comparativ* 4 (1994) 1, S. 57-79; ders., Parteiensystem und Politischer Kultur, Schweden im Vergleich mit Perspektive, Berlin 1998, Schlußkapitel.
- 3 H. Kitschelt (Anm. 1).
- 4 P. Lösche in: *Blätter f. deutsche u. internationale Politik* 2/03, S. 215f.

Franz Ansprenger: Geschichte Afrikas, Beck, München 2002, 128 S.

Die Geschichte Afrikas von der Steinzeit bis in die Gegenwart in einem schmalen Büchlein von wenig mehr als 100 Seiten zu erzählen, ist ein Wagnis. Das bemerkt *Franz Ansprenger* schon in der Einleitung und beantwortet die Frage, warum er es dennoch unternommen hätte, gleich mit: Einmal mehr gilt es, gegen den noch immer in europäischen Köpfen verwurzelten Mythos von Afrika als geschichtslosem Kontinent anzuschreiben. Dieses Leitmotiv zieht sich als roter Faden durch das Buch. Dem vorkolonialen Afrika wird demgemäß viel Platz eingeräumt. Ein ganzes Kapitel befaßt sich mit der Geschichte Äthiopiens, ein weiteres widmet sich der Entwicklung „selbständiger“ afrikani-

scher Staaten unmittelbar vor der kolonialen Eroberung. Hierbei wird deutlich, daß die Kolonisation keineswegs die Öffnung eines bisher im „Dunkeln“ liegenden Erdteils bedeutete. Die wechselvolle Geschichte Afrikas ist auch die Geschichte der Einflüsse, die über Jahrtausende hinweg von außen aufgenommen wurden und zu einer Symbiose des Eigenen und Fremden führten. Dies wird besonders deutlich in der Geschichte des „islamischen Afrika“ vom westlichen Sudan bis zur Swahiliküste, die der Autor ebenfalls in einem eigenen Kapitel behandelt.

Ansprenger konzentriert sich auf politische, wirtschaftliche und religiöse Zusammenhänge, die Sozialstruktur spielt nur am Rande eine Rolle. Augenfällig wird dies insbesondere beim Problem Sklaverei, das sich für *Ansprenger* vorrangig auf das weltgeschichtliche Kapitalverbrechen des transatlantischen Sklavenhandels reduziert. Dabei bleibt die Rolle der Sklaverei in afrikanischen Gesellschaften selbst weitestgehend ausgeblendet. Afrikaner werden einmal mehr in eine statische Opferrolle gedrängt, europäische Abolitionisten als Retter dargestellt, ohne z. B. darauf hinzuweisen, welche immensen Möglichkeiten der machtpolitischen Einflußnahme sich für Großbritannien aus dem Verbot des Sklavenhandels ergaben.

Trotz der Kürze der Darstellung wird die Willkürlichkeit und der improvisierte Charakter der kolonialen Aufteilung Afrikas unter die europäischen Mächte am Ende des 19. Jhs deutlich. Hier wie auch in der Beschreibung kolonialer Herrschaft selbst wird der Leser zu Recht für das

Fehlen eines kolonialen „Masterplans“ bei den „Mutterländern“ sensibilisiert.

Das zehnte und letzte Kapitel des Buches ist zweifellos das beste. Hier bewegt sich *Ansprenger* auf vertrautem Terrain, kann die relevanten Fakten zur Grundlage einer stimmigen und flüssigen Darstellung der Geschichte Afrikas in der zweiten Hälfte des 20. Jhs machen, unter besonderer Berücksichtigung multinationaler Organisationen und Gremien.

Interessant ist, daß *Ansprenger* ausdrücklich auf eine strenge Unterteilung in die Geschichte des nördlichen und des Afrikas südlich der Sahara verzichtet. Von der Zeit der Pharaonen an bis hin zu Gaddafis panafrikanischer Einigungspolitik wird die Brücke über die Sahara (und die Starre der Wissenschaftsdisziplinen) hinweg konsequent geschlagen, ein Ansatz, der angesichts der Spezialisierungswut und akademischen Erbsenzählerei unserer Tage zu begrüßen ist.

Das Buch enthält eine in Anbetracht seines begrenzten Umfangs überraschende Fülle von Fakten, Namen und Daten, die dem Erzählfluß nicht immer zuträglich ist. Eine stärkere Konzentration auf das Wesentliche unter Vernachlässigung diverser Details wäre hier hilfreich gewesen, um so mehr, als ein Buch dieser Größe nicht viel mehr als ein „Appetithappen“, eine Einführung sein kann und muß. Es bleibt zu hoffen, daß gerade der Nichtspezialist das Buch zum Anlaß nimmt, sich in ein faszinierendes, wenn auch hierzulande noch immer allzu exotisches Themengebiet zu vertiefen.

Rohland Schuknecht

Resümees

Andreas Lange

Editorial: Regionale Entwicklung und Polarisierungsprozesse in den mittel- und osteuropäischen Ländern (MOEL)

In der Diskussion um Ursachen regionaler Disparitäten und wirtschaftspolitische Handlungsmöglichkeiten rückten zunehmend endogene Wachstumspotentiale in den Mittelpunkt der Analyse. Eine darauf basierende Entwicklungsstrategie wird in vielen Regionen der MOEL durch erhebliche institutionelle Fragmentierung sowie das Fehlen finanzieller Ressourcen beeinträchtigt. Darüber hinaus spielen externe Entwicklungsbedingungen eine wichtige Rolle, wie z. B. die institutionelle Struktur des Nationalstaats, Multinationale Unternehmen sowie der Einfluss der EU-Politik. Die hier zusammengefassten Artikel setzen sich zum Ziel, das Ausmaß regionaler Disparitäten sowie Ursachen räumlicher und struktureller Polarisierungsprozesse in den MOEL zu untersuchen. Sie analysieren die spezifischen Transformationserfahrungen und politischen Herangehensweisen der einzelnen Länder sowie die Zukunftsfähigkeit der Regionalpolitiken. Für die Länder Estland, Polen, Ungarn und Slowenien werden Fragen wie die Entwicklung der Grenzregionen, die Rolle Multinationaler Unternehmen sowie inter-personelle und räumliche Polarisierung durch Minderheitendiskriminierung beleuchtet. Das Ausmaß von Polarisierung und Ungleichheit sowie die angewendeten Politiken der MOEL sowie der EU werden nicht zuletzt Rückwirkungen auf deren unterschiedliche Integrationsgeschwindigkeit nach dem Beitritt haben.

Silvia Däberitz, Anne Kadolph, Kristin Seffer, Anne Walde

Polarisierungstendenzen in Estland: Werden diese durch den Beitritt zur EU abgemildert?

In Estland haben sich seit der Einführung der Schocktherapie nach 1989 regionale und sozioökonomische Polarisierungstendenzen herausgebildet, deren Ausmaße und Ursachen sich der vorliegende Artikel widmet. Während die Hauptstadt Tallinn mit hohen Wachstumsraten wirtschaftliches Zentrum ist, sind der landwirtschaftlich geprägte Süden und die Mitte des Landes – mit Ausnahme der Universitätsstadt Tartu – sowie die ehemaligen Ölschieferabbaugebiete im Nordosten des Landes benachteiligt. Besonders betroffen ist die russischsprachige Minderheit, die größtenteils in diesem Teil Estlands lebt. Während sich der erste Teil der Arbeit mit den außenwirtschaftlichen Beziehungen Estlands beschäftigt, untersucht der zweite, dritte und vierte Teil Ursachen der regional unterschiedlichen Wirtschaftsleistung, die vor allem in den sektoralen Disparitäten zwischen

der zusammenbrechenden Schwerindustrie, der nicht wettbewerbsfähigen Landwirtschaft sowie der Entwicklung der IT-Branche zum Wachstumsmotor der estnischen Wirtschaft zu suchen sind. Weitere Ursachen sind in den schwachen institutionellen Strukturen auf regionaler Ebene durch unklare Finanz- und Kompetenzverteilungen zwischen nationaler, regionaler und kommunaler Ebene. Abschließend wird herausgestellt, dass durch das Engagement der Europäischen Union in Vorbereitung auf den Beitritt Estlands für benachteiligte Bevölkerungsteile und Regionen Chancen erwachsen und Disparitäten innerhalb des Landes durch einen Beitritt abgemildert werden könnten.

Anna Kurzynoga, Johannes Lenz

Führt der EU-Beitritt Polens zur Vertiefung der strukturellen Disparitäten zwischen westlichen und östlichen Regionen? Eine Analyse der Grenzregionen Polens

Dieser Aufsatz skizziert maßgebliche Entwicklungen, die den oft zitierten strukturellen Polarisierungsprozess in Mittel- und Osteuropa begleiten. Am Beispiel ausgewählter polnischer Grenzregionen soll analysiert werden, inwiefern der Beitritt Polens zur Europäischen Union zu einer Vertiefung der strukturell verankerten regionalen Disparitäten zwischen westlichen und östlichen Grenzregionen in Polen führen wird. Zuerst erfolgt eine theoretische Einführung in die Begriffsbestimmung von Grenzregionen sowie eine kurzer Abriss der historischen Kontinuitätslinien der polnischen Grenzregionen. Der zweite Teil betrachtet jeweils drei westliche und östliche Grenzregionen näher. Dabei wird das Ausmaß der vorhandenen regionalen Unterschiede untersucht. Ergänzt wird der Abschnitt durch Aspekte der Migration sowie der Grenzproblematik in den ostpolnischen Regionen nach dem Beitritt Polens zur Europäischen Union. Zum dritten wird hinterfragt, welche politischen Problemlösungen für die Polarisierungsprozesse in den untersuchten Regionen angeboten werden. Dies betrifft v.a. die institutionelle Ausgestaltung der 1999 in Kraft getretenen Verwaltungsreform. Es wird untersucht, ob die Ausrichtung der vorhandenen Finanz- und Steuerungsinstrumente der dargestellten Polarisierung begegnet kann. Der Aufsatz wird von einem Ausblick auf die zukünftige Entwicklung der polnischen Grenzregionen beschlossen.

Sabine Krätzschmar, Oliver Gebhardt

Restrukturierung mit Hindernissen: Der Fall Slowenien

Der Prozess der Restrukturierung verlief und verläuft in Slowenien nur sehr schleppend. Die bereits zu Beginn der Transformation bestehenden regionalen Disparitäten haben sich verfestigt. Dieser Artikel konzentriert sich zum einen auf die Untersuchung der nur sehr schleppend verlaufenden Privatisierung sowie die

damit zusammenhängende Restrukturierung des industriellen und finanzwirtschaftlichen Sektors. Besonderes Augenmerk soll hierbei auf die Öffnung der slowenischen Wirtschaft für den Zufluss von ausländischem Kapital gerichtet werden. Von zentraler Bedeutung erscheint in diesem Zusammenhang die Aufgabe der lange verfolgten Politik, ausländische Investitionen zu beschränken. Der Artikel untersucht zum anderen die Dezentralisierungsreform. Von Dezentralisierung kann in Slowenien erst seit wenigen Jahren gesprochen werden. Die Neuausrichtung der Dezentralisierungspolitik kann durch die Zunahme der wirtschaftlichen und sozialen Disparitäten zwischen den zwölf statistischen Regionen bedingt sein, andererseits war Slowenien gezwungen, die erforderlichen Instanzen und Mechanismen zu schaffen, um Zugang zu Mitteln aus den EU-Strukturfonds zu bekommen. Der Frage nach den Instrumenten des Nationalstaats zur Überwindung der gehemmten Restrukturierung und zunehmenden Polarisierung wird im letzten Teil der Arbeit nachgegangen.

Philipp Fink

Der ungarische Musterknabe? Wachsende Polarisierungen in Ungarn

Ungarn kann im Vergleich zu den anderen osteuropäischen Ländern eine geringere Arbeitslosigkeit, ein höheres Pro-Kopf-Einkommen und ein stabileres Wirtschaftswachstum vorweisen. Bei der Interpretation der Ursachen für diesen Erfolg wird auf die Wirkung der im Land investierenden multinationalen Unternehmen (MNU) verwiesen. Die Anziehung von MNU stellt einen integralen Bestandteil des ungarischen Entwicklungsmodells dar. Der folgende Beitrag wird aufzeigen, dass eine zweifache Strategie verfolgt wird, die einerseits die lokale Integration von Teilbereichen der internationalen Produktionsnetzwerke der MNU vorsieht und andererseits die einheimische Wirtschaft in die globalen Produktionswerke einzubinden versucht. Dies geschieht zum einen über die ständige Anpassung der lokalen Standortfaktoren an die globalen Produktionsbedingungen der MNU und zum anderen über die aus den Investitionen der MNU entstandenen positiven Externalitäten in Form von Vor- und Rückkopplungen, die gesamtwirtschaftlich aus den MNU-Sektoren in die übrige Wirtschaft diffundieren sollen. Doch Angesichts wachsender sozioökonomischer Widersprüche muss der vordergründige Erfolg des ungarischen Wachstumsmodells bezweifelt werden. Es wird argumentiert, dass die Dominanz oligopolistischer MNU trotz unbestreitbarer Wachstumserfolge zu Polarisierungsprozessen in Form von industriestrukturellen, interpersonellen und regionalen Polarisierungen führt. Es findet somit keine gesamtwirtschaftliche Diffusion von Wachstumsdynamiken aus den MNU-Sektoren in die übrige Wirtschaft statt, sondern es bilden sich einzelne von MNU dominierte Wachstumsinseln heraus.

Abstracts

Andreas Lange

Introduction: Regional Development and Polarization Processes in Central and Eastern European Countries (CEECs)

The discussion on the causes of regional disparities and the potentials of economic policy has increasingly concentrated on the analysis of endogenous growth factors. However, in many regions of the Central and Eastern European Countries (CEECs), a development strategy solely build on such factors is deemed to be limited due to institutional fragmentation and the lack of financial resources. Further, exogenous growth factors, such as the national institutional framework, transnational corporations and EU-policies, can play additional roles. The articles in this journal aim at analyzing the extent of regional disparities and the causes of spatial and structural polarization processes in CEECs. They examine the specific transformation experiences and political approaches of selected countries as well as the sustainability of their regional policies. The articles discuss a variety of topics, such as the development of border regions, the role of transnational corporations as well as inter-personal and spatial polarization due to ethnic minority discrimination in Estonia, Hungary, Poland and Slovenia. The degree of polarization and inequality as well as the implemented policies by both the CEECs and the EU will eventually have a backlash on their respective different pace of integration after accession.

Silvia Däberitz, Anne Kadolph, Kristin Seffer, Anne Walde
Polarization Tendencies in Estonia: Will they be Reduced After EU-Accession?

After introducing shock therapy in the early 1990s, Estonia became a country with regional and socio-economic divergences, which are the subject of the following article. While the capital Tallinn now is the economic centre with its high growth rates, the agrarian regions in the south and the centre of the country (except for the university city Tartu) as well as the former oil shale centres in the north east of Estonia are lagging behind. Thus, the Russian-speaking minority, who lives mainly in the northeast part of the country, is a very disadvantaged population. The first section deals with Estonia's foreign economic relations. The second, third and fourth section analyze reasons for the different economic performance of regions, which originated in the sectoral disparities between heavy industry, the uncompetitive agrarian sector and the development of the IT-sector, which is the current engine of the national economy. Other reasons could be found in the weak institutional structures on regional administrative levels,

caused by unclear distribution of finances and responsibilities between the different administrative levels. The conclusions of this article show that disparities will be reduced with the Estonian accession to the European Union, which was already observable in the preparation phase in which the European Union showed interest in minimizing regional, social, and economic inequalities.

Anna Kurzynoga, Johannes Lenz

Will Poland's Accession to the EU Lead to Greater Structural Disparities between Western and Eastern Regions? An Analysis of Polish Border Regions

This essay outlines decisive developments accompanying the often quoted structural polarization process in Central and Eastern Europe. Based on selected Polish border regions, it will analyze to what extent Poland's accession to the European Union will lead to a deepening of structurally anchored regional disparities between western and eastern border regions in Poland. It will begin with a theoretical introduction to the definition of border regions as well as with a brief summary of the historical continuities of Polish border regions. The second part will take a closer look at three western and three eastern border regions, investigating the extent of existing regional differences. This will be supplemented by various aspects of migration as well as border issues in the eastern regions of Poland following accession to the EU. A third section will analyze the political solutions available for dealing with the polarization processes in the regions being investigated. This concerns, in particular, new institutional arrangements since the introduction of administrative reforms in 1999. The essay will investigate whether existing financial and steering instruments can respond to the processes of polarization. It will conclude with a prognosis of the future development of Polish border regions.

Sabine Krätzschmar, Oliver Gebhardt

Restructuring with Obstacles: The Case of Slovenia

Restructuring in Slovenia has been and still is a fairly inhibited process. This led to a rigidity of regional disparities existing prior to the beginning of transformation. First, the article examines the only slowly progressing privatization reforms affecting the restructuring of the industrial and the public finance sector. Special attention will be paid to the opening of the Slovenian economy to foreign capital flows. A crucial element in this regard seems to be the ending of restraints on the inflow of foreign capital. Second, this article concentrates on the analysis of the decentralization reform. Decentralization in Slovenia has only started a few years ago. The reorientation of the decentralization policy can be explained, on the one hand, by the increase of economic and social disparities between the twelve sta-

tistical regions. On the other hand, Slovenia was obliged to implement the key institutions and mechanisms in order to gain access to EU-structural funds. The third part questions the adequacies of available national policy instruments to overcome the inhibited restructuring process and to respond to the increasing regional differences.

Philipp Fink

The Hungarian Model Child? Growing Polarizations in Hungary

Hungary has experienced lower levels of unemployment, higher income growth and more stable rates of economic growth in comparison to the other Eastern-European transition countries. This comparative success is generally attributed to the high levels of foreign direct investment (FDI) from export-oriented European and US transnational corporations (TNCs). The attraction of FDI is the main pillar of the Hungarian development model, which follows a two-sided integration strategy. On the one hand, certain areas of TNC global production networks are integrated locally and, on the other hand, the Hungarian indigenous sector is integrated globally. This double-sided integration strategy is implemented by the continuous adaptation of the locational factors to the global production requirements of TNCs. A further element is the diffusion of positive spill-overs stemming from TNC investments in form of forward and backward linkages into all economic sectors. However, in the light of rising socio-economic distortions, the Hungarian success story should be taken with more caution. The dominance of oligopolistic TNCs has led to the unleashing of polarization processes effecting the industrial structure, incomes and regional development. Hence, the diffusion of economic growth dynamics from the TNC dominated sectors to the other sectors of the economy does not take place as formally envisaged. Rather, the growth dynamics remain in the TNC dominated sectors of the Hungarian economy leading to the establishment of self-contained isles of growth.

Autorinnen und Autoren

Thomas Adam, Assistant Professor, Department of History, University of Texas at Arlington (adam@uta.edu)

Falk Bretschneider, M.A., Ecole des hautes études en sciences sociales, Centre de recherches interdisciplinaires sur l'Allemagne, Paris (bretschn@ehess.fr)

Silvia Däberitz, stud. pol., Universität Leipzig (s.daeber@web.de)

Christian Fenner, Prof. Dr., Universität Leipzig, Institut für Politikwissenschaften (fenner@uni-leipzig.de)

Oliver Gebhardt, stud. pol., Universität Leipzig (olivergebhardt@web.de)

Manfred Hettling, Prof. Dr., Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Institut für Geschichte (mhettling@aol.com)

Anne Kadolph, stud. pol., Universität Leipzig (akadolph@gmx.de)

Sabine Krätzschar, stud. pol., Universität Leipzig (BKraetzschmar@aol.com)

Anna Kurzynoga, stud. pol., Universität Leipzig/Universität Wrocław (ania6@gmx.net)

Andreas Lange, Dipl.-Pol., Humboldt-Universität zu Berlin, Institut für Sozialwissenschaften (andreas.lange@rz.hu-berlin.de)

Johannes Lenz, stud. pol., Universität Leipzig/Universität Wrocław (Epikur12@web.de)

Matthias Middell, PD Dr., Universität Leipzig, Zentrum für Höhere Studien/ Institut für Kulturwissenschaften (middell@uni-leipzig.de)

Diego Holstein, PhD, Hebrew University Jerusalem, Dept. of History (holstein@bu.edu)

Dittmar Schorkowitz, PD Dr., Freie Universität Berlin (schorkowitz@t-online.de)

Rohland Schuknecht, M.A., Universität Hamburg, Institut für Geschichte

Kristin Seffer, stud. pol., Universität Leipzig (kristin.seffer@gmx.de)

Kai Struve, Herder-Institut e. V. Marburg (struve@mailier.uni-marburg.de)

Autorinnen und Autoren

Victoria Umanet, Zentrum für Höhere Studien der Universität Leipzig,
Fachbereich Politikwissenschaft (vumanet@yahoo.co.uk)

Christoph Vatter, M.A., Universität des Saarlandes, Institut für Romanistik

Anne Walde, stud. pol., Universität Leipzig (friedericke39@yahoo.com)

Anmerkung der Redaktion:

In Heft 5/6 (2003) ist uns ein bedauerlicher Fehler im Autorenverzeichnis unterlaufen:
Astrid Hedin ist Swedish Research Council post-doc fellow at the University of Uppsala
(Schweden) und war im Jahr 2003 visiting scholar at CREES, Stanford University
(USA). Wir bitten, den Fehler zu entschuldigen.

REVIEW

FERNAND BRAUDEL CENTER

A Journal of the
Fernand Braudel Center for the Study of
Economies, Historical Systems, and Civilizations

Vol. XXVII in 2004 has special issues on
Directions for World-Systems Analysis?
and

Siberia and the World-System

Previous Special Issues and Sections still available include:

- XXVI, 2, 2003 — Ecology of the Modern World-System
XXV, 3, 2002 — Utopian Thinking
XXIV, 1, 2001 — Braudel and the U.S.: *Interlocuteurs
valables?*
XXIII, 4, 2000 — Development Revisited
XXIII, 1, 2000 — Commodity Chains in the World-
Economy, 1590-1790
XXII, 4, 1999 — Caribbean Migrants to Core Zones
XXII, 3, 1999 — ReOrientalism?
XXI, 3 & 4, 1998 — The States, the Markets, and the
Societies: Separate Logics or a Single
Domain?
XX, 3/4, Sum./Fall, 1997 — Nomothetic vs. Idiographic
Disciplines: A False Dilemma?
XVIII, 1, Winter, 1995 — Labor Unrest in the World-Economy,
1870-1990
XV, 4, Fall 1992 — Two Views of World History

A brochure containing the Table of Contents of past issues is available on request.

Institutions \$98/yr.
Individuals \$28/yr.
Non-U.S. addresses,
postage \$8/yr.
Special rate for low gnp
per capita countries \$10/yr.



Managing Editor, *Review*
Fernand Braudel Center
Binghamton University
State University of New York
PO Box 6000
Binghamton, NY 13902-6000

Aus dem Inhalt

Aufsätze

Andreas Lange

Editorial: Regionale Entwicklung und Polarisierungsprozesse in den mittel- und osteuropäischen Ländern (MOEL)

Silvia Däberitz, Anne Kadolph, Kristin Seffer, Anne Walde

Polarisierungstendenzen in Estland: Werden diese durch den Beitritt zur EU abgemildert?

Anna Kurzynoga, Johannes Lenz

Führt der EU-Beitritt Polens zur Vertiefung der strukturellen Disparitäten zwischen westlichen und östlichen Regionen? Eine Analyse der Grenzregionen Polens

Oliver Gebhardt, Sabine Krätzschmar

Restrukturierung mit Hindernissen: Der Fall Slowenien

Philipp Fink

Der ungarische Musterknabe? Wachsende Polarisierungen in Ungarn

Forum

Diego Olstein

Globalization and Historical Writing since the „Global Village“